

Geschichte in Bergheim

Jahrbuch des Bergheimer
Geschichtsvereins e.V.



Band 18
2009

Geschichte in Bergheim
Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins e.V.

hrsg. von Heinz Andermahr und Helmut Schrön



Band 18

2009

ISBN 978-3-00-028933-0

*Dieses Jahrbuch ist
Herrn Dr. Heinz Braschoß
zum 80. Geburtstag
gewidmet*



Die Drucklegung dieser Publikation erfolgte mit freundlicher Unterstützung des
Landschaftsverbandes Rheinland

Inhaltsverzeichnis

Petra Tutlies/Claus Weber

Archäologische Berichte aus dem Rhein-Erft-Kreis 2007 und 2008 7

Hans Klaus Schüller †

Fundstelle Bergheim, Hauptstraße 40 25

Dieter Kempkens

Europapolitik an Rhein und Erft. Jülicher Adel und Stadt Bergheim im Jülicher Erbfolgestreit 1609 27

Winfried Becher

Wenn's ans Sterben ging. Tod und Seelenheil in der Frühen Neuzeit am Beispiel Oberembts 83

Heinz Andermahr

Historische Gasthäuser im Bereich der Bergheimer Altstadt 88

Fritz Hemmersbach

Ein Wallfahrtsbild aus dem Kloster Bethlehem bei Bergheim aus dem 18. Jahrhundert 101

Stefanie Schmitz

Der Einfluss der katholischen Kirche auf das gesellschaftliche Leben am Beispiel der Pfarrgemeinde St. Remigius in Bergheim/Erft (1850-1900) 106

Heinz Braschoß

Die Bürgermeister im Kreise Bergheim am Beginn der preußischen Herrschaft 160

Helmut Schrön (Hrsg.)

Statistische Angaben über den Kreis Bergheim (1817) 166

Matthias Koch	
Das Tripskreuz in Bedburg	169
Heinz Andermahr	
Die politische Führungsschicht der Stadt Bergheim 1870 bis 1919	172
Helmut Schrön	
Die „landwirtschaftliche Winterschule“ in Bergheim. Von der Gründung bis zur Errichtung eines Neubaus in Bergheim (1907)	187
Helmut Schrön	
Anton Ruland. Kreisbaumeister des Landkreises Bergheim 1906 bis 1935	201
Helmut Schrön	
Beisselstraße. Ein historischer Straßenzug entlang der Erft in Bergheim	213
Heinz Braschoß	
Die Eltern von Quadrath-Ichendorf wollten 1919 ihre Kinder lieber in keine Schule schicken als in eine Schule ohne Kreuz und Schulgebet	235
Heinz Andermahr	
Die beiden ehemaligen Heimatmuseen in der Stadt Bergheim	238
Engelbert Inderdühnen	
Kirchenmusikalische Geschichte Kentens	243
Hubert Rosellen	
Ein bislang unbekanntes Gemälde von Haus Laach	252
Nachruf Hans Klaus Schüller	253
Ingeborg Angenendt	
Tätigkeitsbericht für das Vereinsjahr 2008	256

Archäologische Berichte aus dem Rhein-Erft-Kreis 2007–2008



Abb.1: Verteilung der archäologischen Aktivitäten im Rhein-Erft-Kreis der Jahre 2007 und 2008. Grafik: C. Weber, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

Vorwort

Im Rhein-Erft-Kreis wurden auch im Berichtszeitraum 2007-2008 wieder zahlreiche Ausgrabungen und Fundmeldungen bekannt, die das Wissen über die reiche archäologische Kulturlandschaft erneut verdichten helfen (Abb. 1). Die nachfolgende Aufstel-

lung soll einen allgemeinen Überblick über die neu hinzugewonnenen Erkenntnisse bieten; alle Ergebnisse liegen dem Ortsarchiv des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege, bzw. der Außenstelle Nideggen des Amtes vor. Die wichtigste Ausgrabung im Kreisgebiet, die die Außenstelle Nideggen durchführte, widmete sich in Gymnich, Erfstadt, den Besiedlungsspuren aus dem ältesten neolithischen Zeitabschnitt und der römischen Zeit. 41 Fundmeldungen geschichtlich interessierter Heimatforscher aus der Region komplettieren vor allem das Bild der römischen Kulturlandschaft. Zur systematischen archäologischen Betreuung der Region gehören wiederum zahlreiche Baubeobachtungen, die präventiv durchgeführt werden, da im Baufeld ein archäologischer Befund erwartet wurde. Auch wenn die Auswertung einer derartigen Baustellenbeobachtung gelegentlich mit „negativ“ abgeschlossen werden muss, kann das Ergebnis zur Ergänzung der bislang bekannten Fundplatzinformationen beitragen¹:

Auch archäologische Fachfirmen führten zum Teil umfangreiche Untersuchungen durch, die wichtige Ergebnisse für die Rheinische Geschichtsforschung erzielten. Dazu gehörten die Grabungen in einem spät-altsteinzeitlichen Rastplatz bei Wesseling, die Untersuchungen im Bereich römischer Landgüter in Elsdorf und Kerpen sowie diejenigen im Kloster Königsdorf in Frechen. Teilweise sind die Auswertungen der Grabungen noch nicht fertig gestellt bzw. werden zurzeit wissenschaftlich bearbeitet. Die Ergebnisse werden dann in den Berichten der folgenden Jahre vorgestellt. Wissenschaftlich wertvolle Maßnahmen wurden auch in den Braunkohlentagebauen durchgeführt, da hier Forschungsgrabungen möglich sind, gefördert von der Braunkohlenstiftung Nordrhein-Westfalen. Sie können nicht alle an dieser Stelle vorgetragen werden; die Ergebnisse der Untersuchungen in Elsdorf-Etzweiler stehen exemplarisch für viele weitere².

Vorgeschichte

Ein für das Rheinland außergewöhnlicher Fundplatz konnte im Vorfeld von Erschließungsmaßnahmen für ein Neubaugebiet in **Wesseling-Eichholz** archäologisch untersucht werden³. Die Grabungsstelle liegt auf der Niederterrasse südlich von Wesse-

¹ Der nachfolgende Bericht zu den Arbeiten der archäologischen Denkmalpflege umfasst den Zeitraum 2007 und 2008. Die Zusammenfassung der beiden Jahre war notwendig geworden, da der Bericht im vergangenen Jahr aus Gründen von Arbeitsüberlastung nicht vorgelegt werden konnte.

² Danksagung: Thomas Vogt, Bonn sowie den archäologischen Fachfirmen Ocklenburg Archäologie, Essen, Goldschmidt Archäologie & Denkmalpflege, Düren, Archaeonet GbR, Bonn, Fundort - Büro für Archäologie, Köln und artemus GmbH, Köln für die bereitwillige Überlassung von Unterlagen und Mithilfe bei der Recherche. Über die Codierungen der Fundplätze (NW... bzw. HA...) in den folgenden Anmerkungen können die Akten im Ortsarchiv des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Bonn ermittelt werden.

³ Martin HEINEN, Wirklich einzigartig! Der spätpaläolithische Fundplatz Wesseling-Eichholz. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 46–49; NW 2008/1001; Fa. artemus GmbH, Frechen.

ling, unmittelbar an einer Altrheinrinne des Rheins. Diese war noch wasserführend, als hier zwischen 12.000 und 10.700 v. Chr. Jäger und Sammler in einem nur zeitweise genutzten Freiland-Camp lebten. Heute bezeichnen wir die Vertreter dieser archäologischen Kulturen der ausgehenden Altsteinzeit als Federmessergruppen, benannt nach einem kulturtypischen Steingerät, das an Messerchen zum Schärfen von Schreibfedern erinnert. Zwar gibt es im Rheinland bereits einige Fundplätze dieser Zeitstellung, zu nennen sind

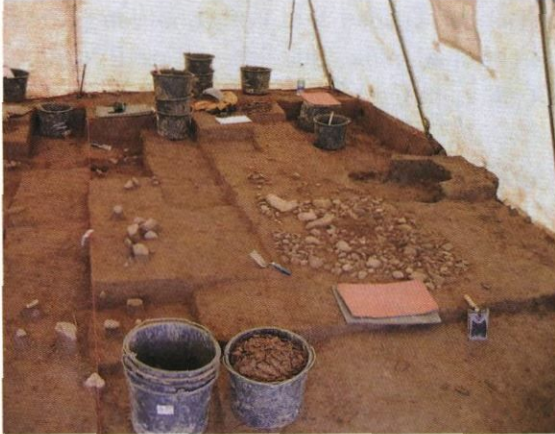


Abb. 2: Wesseling-Keldenich. Blick in das Grabungszelt mit einem der Steinpflaster. Foto: Thomas Vogt, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

das im LVR-Landesmuseum in Bonn ausgestellte Doppelgrab von Bonn-Oberkassel, die Kartsteinhöhle und das Abri an den Katzensteinen in der Nordeifel. Demgegenüber sind archäologisch untersuchte Siedlungsplätze im Freiland extrem selten. Es ist der Aufmerksamkeit des Ausgräbers zu verdanken, die ersten Hinweise auf diesen Freilandfundplatz sofort erkannt und eingeschätzt zu haben, so dass im Folgenden die Grabungstechnik den sensiblen Befunden angepasst werden konnte.

Mit hohem Aufwand und in Zusammenarbeit mit der Universität Köln wurde dieser seltene Freilandfundplatz nun untersucht:

Es wurden in Wesseling hauptsächlich Geräte aus Feuerstein gefunden, deren Lage sich auf zwei sog. Schlagplätze konzentriert. Hierbei handelt es sich um Werkplätze, an denen die Rohformen der Steingeräte durch eine gezielte Präparation ihre endgültige Form bekamen. Die Werkplätze sind durch Herstellungsabfälle (Feuerstein-Abschläge) gekennzeichnet. Während der Produktion wurden Schlaggeräte genutzt, aber auch Sandsteinplatten zum Reiben oder Schleifen der Feuersteine. Unweit der Schlagplätze dokumentierte der Ausgräber drei Pflasterungen (Abb. 2). Hier wurden gezielt Gerölle so verlegt, dass ein Pflaster entstand. Vermutlich sollte es den Platz vor Bodenfeuchte schützen.

Die am Ort gefertigten Feuerstein-Geräte wie Stichel, Kratzer, Spitzen oder Messer wurden unmittelbar zum Zerlegen der Jagdbeute verwendet und anschließend an Ort und Stelle liegen gelassen.

Der Zugang zu Rohmaterialvorkommen für die benutzten Steinartefakte dieser Jägergruppe kann durch deren petrologischer Bestimmung nachvollzogen werden. Die Grundformen kommen aus dem Mittelrheingebiet, aus dem Vorkommen von Chalzedon in Bonn-Muffendorf und aus den örtlich vorgefundenen Feuersteinen. Zudem

suchte man wohl die Ville auf, um an hier obertägig anstehende Braunkohle zu kommen.

Zur Datierung dieses Platzes können die in das Sediment eingebettete Bimskörner herangezogen werden, die von der Eruption des Laacher See-Vulkans stammen. Sie erlauben eine zeitliche Einordnung zwischen 10.966 und etwa 10.700 v. Chr.

Eine weitere Besonderheit dieses ungewöhnlichen Platzes stellen mehrere Objekte aus Braunkohle dar. Diese 2–5 cm messenden Stücke sind flach und geometrisch geformt (rund, sechseckig, rechteckig, polygonal). Wie zahlreiche kleine Braunkohlensplitter belegten, stellte man diese Objekte am Ort her. Man kann sich vorstellen,

dass es sich um Schmuck oder Kunstobjekte handelt. Da vergleichbare Stücke aus dem ausgehenden Paläolithikum Mitteleuropas bislang nicht bekannt sind, kann die Interpretation der Stücke nur mit aller Vorsicht erfolgen.



Abb. 3: Ertfstadt-Gymnich. Ausgrabungen in einer bandkeramischen Siedlung. Foto: A. S. Mousavian, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

Anlässlich der geplanten Errichtung eines Golfplatzes in **Pulheim-Freimersdorf** führte man archäologische Voruntersuchungen in Teilbereichen des Plangebietes durch, bei denen noch Reste eines bandkeramischen Dorfes an einem historischen, heute nicht mehr vor-

handenen Bachlauf untersucht wurden⁴.

Im Vorfeld einer Wohnbebauung grub ein Grabungsteam der Außenstelle Nideggen in Ertfstadt-Gymnich Teilbereiche einer ebenfalls linearbandkeramischen Siedlung aus⁵. Vier Hausgrundrisse mit den typischen Pfostenanordnungen und umlaufenden Wandgräbchen wurden neben Siedlungsgruben aufgedeckt. Aus dem geborgenen Fundmaterial ergaben sich vereinzelte Hinweise auf eine sehr frühe Zeitstellung der Siedlung (Abb. 3).

Eine Steinbeilklinge aus Lousberg-Flint wurde bei **Bergheim-Thorr** gefunden⁶, eine weitere aus Felsgestein bei **Wesseling**⁷. Aus der mittleren Bronzezeit stammt eine

⁴ NW 2007/1027; Fa. Wurzel Archäologie und Umwelttechnik GmbH, Jülich.

⁵ Eric BIERMANN/Abdolreza Shahriar MOUSAVIAN, Neue Hinweise auf ältestlinearbandkeramische Elemente westlich des Rheins. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 50-52.

⁶ NW 2008/0253.

⁷ NW 2007/0216.

bronzene Absatzbeilklinge, die bei **Elsdorf-Oberembt** auf einem Acker gefunden wurde⁸.

In Gewerbegebiet von **Pulheim-Brauweiler** wurden 2005 umfangreiche Untersuchungen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland durchgeführt, die einen eisenzeitlichen Hofplatz nachweisen konnten⁹. Da nicht auszuschließen war, dass sich im zur Grabung benachbarten Grundstück weitere Reste dieser Siedlung erhalten haben könnten, wurden dort im Vorfeld einer geplanten Bebauung Voruntersuchungen durchgeführt¹⁰. Diese ergaben Hinweise auf die randliche Lage dieser Siedlung im Baugebiet.

Römische Zeit

Am südlichen Ortsrand von **Bergheim-Zieverich** war ein Gewerbegebiet neu ausgewiesen worden. Da hier bereits archäologische Fundplätze bekannt waren, wurde zunächst eine Prospektion durchgeführt, um die Erhaltung und die Bedeutung der betroffenen Fundplätze zu ermitteln¹¹. Dabei wendet man bei einer Prospektion Methoden an, die möglichst wenig in die archäologische Substanz eingreifen, da es vorrangiges und gesetzliches Ziel der Bodendenkmalpflege im Rheinland ist, Bodendenkmäler an Ort und Stelle für kommende Generationen zu erhalten. An prospektiven Methoden können Oberflächenbegehungen, Bohrungen, Auswertung von Luftbildern, geophysikalische Untersuchungen, aber auch Sondagen angewendet werden. Eine solche Prospektion wies in Zieverich einen ausgedehnten römischen Siedlungsplatz nach.

Um das Bodendenkmal zu schonen, wurde mit dem Bauherrn vereinbart, möglichst wenige punktförmige Fundamente zur erforderlichen Gründung der Gebäude anzulegen. *Schließlich wurden bauseits mehr Fundamente als zunächst angenommen benötigt, so dass die Störungen des Bodendenkmals doch größer als zunächst erwartet ausfielen.*

Die archäologischen Ergebnisse hat Michael Wiehen bereits im letzten Jahrbuch vorgestellt: Bei den Untersuchungen wurden Siedlungsspuren der bandkeramischen Zeit und der Eisenzeit nachgewiesen. Bei letzteren handelt es sich um Reste einer Hofstelle aus der Mitte des 1. Jahrtausend v. Chr. Vom römischen Landgut, einer villa

⁸ Hans-Eckart JOACHIM/ Claus WEBER, Die bronzezeitlichen Beile im Rheinland. Bonner Jahrb. 206, 2006, 28 Nr. 63 Abb. 11; 85; NW 2007/0094.

⁹ Klaus FRANK, Pulheim-Brauweiler: Auf dem Weg zur eisenzeitlichen Siedlungslandschaft. Arch. Rheinland 2005 (Stuttgart 2006) 53–56.

¹⁰ NW 2008/1035; Fa. Wurzel Archäologie, Jülich.

¹¹ Michael WIEHEN, 130 „Einblicke“ in eine römische Siedlung – ein Fundplatz in Zieverich. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 83–85; ders., 130 „Einblicke“ in die Vergangenheit. Ein archäologischer Fundplatz in Bergheim-Zieverich. Jahrb. Bergheimer Geschver. 17, 2008, 5–13; NW 2007/1007 + 1033; Fa. Archeonet GbR, Bonn.

rustica, konnten neben dem Umfassungsgraben und Teilen eines Gräberfeldes Gebäudereste nachgewiesen werden. Diese ließen sich allerdings nicht – wegen der kleinen Grabungsschnitte – zu vollständigen Grundrissen ergänzen. Hinweise auf Handwerke gaben zwei Töpferarbeitsgruben, von denen aus die eigentlichen Töpferöfen bedient wurden. In der Verfüllung der Gruben fanden sich zahlreiche Gefäßscherben des 1. Jh. n. Chr. sowie Fragmente der Ofenwandungen¹².

Im Braunkohlentagebau Hambach wurde ein römischer Siedlungsplatz südwestlich von **Elsdorf-Etzweiler** untersucht¹³. Im Gegensatz zu anderen Untersuchungsgebieten im Rheinland können in den Braunkohlentagebauten archäologische Plätze in vollständiger räumlicher Ausdehnung und erforderlichen Tiefe der Befunde erforscht werden. So ließ sich in Etzweiler eine mehrperiodige Hofstelle mit Gebäuden, Umfassungsgraben, Brunnen sowie dazugehörigen Gräbern ermitteln. Eine Besonderheit stellt eine kreisförmige Grabenbefestigung in der südöstlichen Ecke der umgrenzten Hofstelle dar. Es sind Reste einer Befestigungsanlage vom Typ Burgus, wie sie mehrfach im Zusammenhang mit römischen villae rusticae nachzuweisen waren. Innerhalb des Umfassungsgrabens stand ein Holzbau von 8 x 9 m Größe auf Holzpfosten. Solche Kleinbefestigungen werden mit den Frankeneinfällen nach der Mitte des 3. Jh. n. Chr. in Verbindung gebracht, als die Landbevölkerung eigene Sicherungsmaßnahmen ergreifen musste. So hat man von diesem Burgus aus eine in geringer Entfernung vorbei führende Straße im Blick, um plündernde fränkische Gruppen frühzeitig erkennen zu können. Mehrere Öfen des 4. Jh. n. Chr. weisen auf Metallverarbeitung am Ort hin.

Ein Fund aus einem Brunnen dieses Fundplatzes bietet einen außergewöhnlichen Einblick in die römische Götterwelt am Niederrhein¹⁴. Es handelt sich um ein nur 3 cm messendes Bronzerelief, das in einem Doppelbildnis zwei Gesichter zeigt. Es sind ein Satyr und ein Silen, die beide als Naturdämonen zum Gefolge des griechischen Dionysos, des römischen Bacchus gehören. Dem jungen Satyrn ist der ältere Silen gegenübergestellt, dabei gilt mythologisch der Silen als Vater des Satyrn. Somit versinnbildlicht die Darstellung die Lebensalter der beiden Mischwesen. Das kleine Stück aus Elsdorf war mittels einer Steckverbindung befestigt, wohl auf einem Kästlein oder einer Truhe. Beispiele von Kulte des Dionysos/Bacchus vom Niederrhein sind vereinzelt bekannt, das Doppelrelief vergrößert somit den Bestand an bekannten Fundorten. Nach dem mitgefundenen Material kann es in die zweite Hälfte des 2. Jh. n. Chr. datiert werden.

¹² Die archäologische Begleitung einer nur wenig östlich verlaufenden Kanaltrasse deckte weitere römische Gruben auf (NW 2007/0180).

¹³ Wolfgang GAITZSCH/Jan JANSSENS, Burgus und merowingische Gräber in Etzweiler. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 111–114; Siedlung HA 133.

¹⁴ GAITZSCH, Satyr und Silen. Ein ungewöhnliches Doppelbild. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 103–104.

Die römische Wasserleitung aus der Eifel nach Köln verläuft in Abschnitten auch durch Brühl und Hürth. Die genaue Position, die Technik und die Erhaltung der Wasserleitung sind jedoch nicht immer zweifelsfrei bekannt. Daher ist es erforderlich, dass in solchen Fällen, in denen die Wasserleitung durch Baumaßnahmen tangiert wird, eine archäologische Untersuchung durchgeführt wird – mit durchaus unterschiedlichen Ergebnissen. Eine Untersuchung am Südrand von **Brühl-Badorf** ergab 2008, dass nur noch die Ausbruchgrube erhalten war¹⁵. Alle Steine waren bereits früher ausgebrochen worden, und es blieb nur der Graben, den die römischen Erbauer ausgehoben hatten, um die Wasserleitung aus Steinen darin zu errichten. Der Zeitpunkt des Abbaus der ehemaligen Wasserleitung konnte jedoch nicht festgestellt werden. Aber auch die Untersuchung der Ausbruchgrube ergab noch neue Erkenntnisse, wie die genaue Einmessung von Lage und Tiefe, aber auch Hinweise auf Bau-technik usw. Insbesondere die Kenntnis des genauen Verlaufs wird dazu beitragen, zukünftig weiterer Zerstörung der Wasserleitung durch geschickte Planungen vorzubeugen.

In einer weiteren Untersuchung in **Brühl-Pingsdorf** konnte der hier vermutete Abschnitt der Wasserleitung nicht nachgewiesen werden¹⁶, die Leitung muss also an einer anderen Stelle verlaufen.



Abb. 4: Hürth. Sarkophag aus Buntsandstein im Saunabereich des städtischen Freizeitbades. Foto: K. Drechsel, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

Um das bereits 1987 und 2004 in Teilen ergrabene spätrömische Gräberfeld von **Hürth-Hermülheim** räumlich weiter einzugrenzen, wurde eine bauvorgreifende Sachermittlung an der Ribbertstraße erforderlich. Die tiefgründigen Zerstörungen der letzten beiden Jahrhunderte am Ort lassen jedoch vermuten, dass etwaige Reste des Gräberfeldes bereits zerstört worden sind. Es wurden keine Hinweise auf Grablagen dieser Zeit angetroffen¹⁷.

Bereits in den 1930er Jahren wurde ein Sarkophag aus dem damaligen Braunkohlentagebau Roddergrube II westlich des lange abgegangenen Ortes **Hürth-Altenrath** geborgen. Die Grablege gehörte zu der kleinen Gräbergruppe einer unbekanntes villa rustica. Der Sarkophag stand nach seiner Bergung lange Zeit im Industriegebiet in Hürth-Knapsack. Im Zuge seiner Umsiedlung in eine neue Bleibe im Saunabereich

¹⁵ NW 2008/1029; Fa. archaeologie.de, Brühl.

¹⁶ NW 2008/1091; Fa. archaeologie.de, Brühl.

¹⁷ NW 2008/0110.

des Freizeitbades in Hürth wurde der mit Eckakroteren und Mittelgiebeln geschmückte Sandsteinsarkophag aus dem 3. Jahrhundert als bewegliches Bodendenkmal für die Aufnahme in die Liste der geschützten Denkmäler der Stadt Hürth vorbereitet (Abb. 4 und 5).

Neben den hauptamtlich arbeitenden Archäologen mehren auch Heimatforscher die Kenntnis über das Fundinventar der römischen Siedlungen im Kreisgebiet. Seit einigen Jahren wird die erlaubnispflichtige Suche mit einem Metallsuchgerät von einem immer größer werdenden Personenkreis genutzt. So sind es in den letzten Jahren

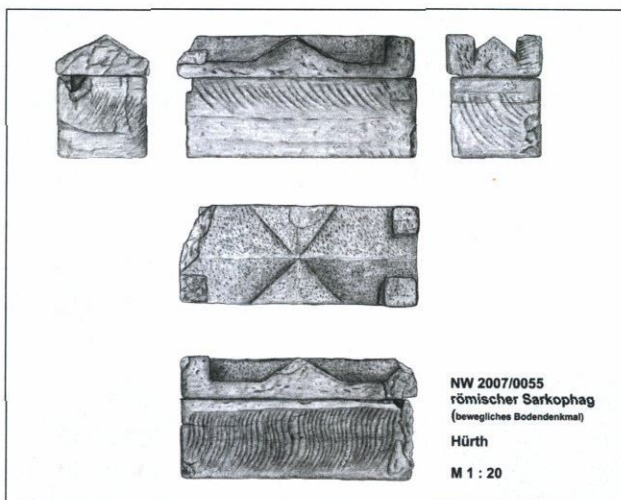


Abb. 5: Sarkophag aus Buntsandstein im Saunabereich des städtischen Freizeitbades. Grafik: K. Drechsel, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

zunehmend Metallfunde, die der Außenstelle Nideggen gemeldet werden. Diese stammen zumeist von den bekannten römischen Siedlungsstellen im Landkreis, deren aufgefundene Metallfunde nun der Forschung zugänglich werden. Dazu zählen in erster Linie römische Münzen ab der ausgehenden Eisenzeit, der römischen Kaiserzeit und hier vor allem aus deren jüngsten Abschnitt. Außerdem werden Metallteile wie Beschläge, Nieten, Nägel und Trachtbestandteile gemeldet.

Der vermehrte Kenntnisstand, der sich gleichsam als Puzzle aus den vielen Einzelmeldungen zusammensetzt, rechtfertigt den Archivierungsaufwand der Informationen aus den Meldungen. Nur als Beispiele können die Neufunde aus **Bedburg-Kirchtroisdorf**¹⁸, **Elsdorf**¹⁹, **Elsdorf-Desdorf**²⁰, **Elsdorf-Grouven**²¹, **Elsdorf-Oberembt**²², **Elsdorf-Tollhausen**²³, **Erfstadt-Dirmerzheim**²⁴, **Erfstadt-Erp**²⁵, **-Herrig**²⁶, **-Lechenich**²⁷ und **Kerpen-Sindorf**²⁸ an dieser Stelle benannt werden.

¹⁸ NW 2007/0030.

¹⁹ NW 2007/0027, NW 2007/0028, NW 2007/0031, NW 2008/0012, NW 2008/0022.

²⁰ NW 2008/0016.

²¹ NW 2008/0010, NW 2008/0330.

²² NW 2007/0032, NW 2007/0244.

²³ NW 2007/0107, NW 2007/0245, NW 2008/0037.

²⁴ NW 2007/0075.

²⁵ NW 2007/0248.

²⁶ NW 2007/0249.

²⁷ NW 2008/0005, NW 2008/0023.

Mittelalter und Neuzeit

Die archäologischen Untersuchungen im Vorfeld des Braunkohlentagebaus Hambach ermöglichen ansonsten nicht mögliche Einblicke in die Geschichte mittelalterlicher Orte. Im Zentrum von **Elsdorf-Etzweiler** fanden sich merowingerzeitliche Bestattungen²⁹, die auf eine fränkische Hofgründung wohl schon im 6. Jh. n. Chr. schließen ließen. Auf dem Gebiet des späteren Etzweiler lagen ursprünglich drei römische Landgüter, auf deren merowingerzeitliche Nachfolgesiedlung sich wohl die Bezeichnung Wilre, urkundlich bezeugt 898 und 1141, bezog. Der Name Echtzweiler dagegen ist erst 1350 bezeugt. Die fränkischen Gräber lagen 120 m westlich der Etzweiler Kirche St. Hubertus, am alten Weg nach Elsdorf. Sie waren systematisch beraubt und weitgehend zerstört. Die wenigen erhaltenen Funde gehörten zu Gürtelgarnituren und einem Schwertgehänge. Es zeichneten sich Bestattungen von zwei oder drei Generationen einer Familie ab. Die Funde von Etzweiler stehen in einem größeren Zusammenhang mit zeitgleichen Funden von Wüstweiler und mit den Gräberfeldern von Elsdorf, Steinstraß-Lich und Titz-Rödingen. Sie belegen die Besiedlungsgeschichte dieser Region in der nachrömischen Zeit, von der historische Quellen nicht bekannt sind.



Abb. 6: Frechen. Abfallgrube mit vollständigen Gefäßen. Foto: Fa. Fundort - Büro für Archäologie, Köln.

Im Zuge der Errichtung eines Regenrückhaltebeckens in **Brühl-Pingsdorf** wurden umfangreiche Grabungen durchgeführt, bei denen sich 2005/2006 ein Töpferbetrieb mit acht Töpferöfen des späten 10. bis frühen 12. Jh. fand³⁰. Im Anschluss an diese Untersuchungen ergab die archäologische Begleitung von Kanalbaumaßnahmen 2007 weitere frühmittelalterliche Befunde³¹. Zu einem der bereits erkannten Öfen konnten der zugehörige Feuerungsraum und eine Abwurfgrube für Asche dokumentiert werden.

Darüber hinaus fand sich eine weitere große neuzeitliche Grube, die im Zusammenhang mit weiteren Gruben am ehemaligen Verlauf des Pingsdorfer Baches und mit der Pingsdorfer Mühle stehen.

²⁸ NW 2008/0248.

²⁹ GAITZSCH/JANSSENS (Anm. 13) 113–114; HA 2007/0131.

³⁰ NW 2005/1053; Fa. archaeologie.de, Brühl.

³¹ NW 2007/1014; Fa. archaeologie.de, Brühl.

In der weltweit bekannten Töpferiesiedlung **Frechen** mussten auch 2008 Untersuchungen durchgeführt werden. In der Hauptstraße in Frechen fanden sich Reste von Töpferbetrieben des 13. und des 16.–18. Jh. Die ältere Phase war durch eine Arbeitsgrube, Pfostengruben und eine Schicht belegt; zu den Funden gehörten Scherben später Pingsdorfer Ware. In die jüngere Produktionsphase datierten Reste von zwei Steinzeugöfen und zwei Abfallgruben. Auffällig waren die Inhalte der Abfallgruben, in denen mehrere Fehlbrände vollständig und wenig Platz sparend vergraben worden waren (Abb. 6). Einige der Krüge tragen aufgestempelte Maßeinheiten: 1½, 2, 3 usw. Diese Maßeinheiten werden als älter als die im 19. Jh. eingeführten preussischen Systeme angesehen und mit dem Quart, einem Hohlmaß von ca. 1,3 Liter, in Verbindung gebracht³².

Die mittelalterliche Stadtbefestigung von **Bergheim** ist überregional bekannt, wird doch insbesondere das Aachener Tor in den Medien immer wieder abgebildet. Doch die Standfestigkeit dieser Bauwerke war durch verschiedene Umstände nicht mehr gegeben, so dass die Sanierung und Herstellung der Standsicherheit erforderlich



Abb. 7: Bergheim. Stadtmauer. Ansicht von der Stadtseite.
Foto: Fa. Goldschmidt Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

waren. Diese Maßnahmen wurden archäologisch begleitet³³.

Bergheim erhielt Anfang des 14. Jh. das Stadtrecht. Damit verbunden war die Erlaubnis, eine Stadtmauer errichten zu dürfen. In Bergheim dürfte wohl unmittelbar nach Erhebung zur Stadt damit begonnen worden sein. Ein Schöffensiegel von 1325 zeigt bereits eine Umfassungsmauer mit zwei Stadttoren. Trotz des Abrisses von Teilen der Mauer ist die Anlage

im Westen der Stadt noch gut erhalten. Die jetzt durchgeführten Sanierungsmaßnahmen betrafen den südwestlichen Abschnitt, beginnend mit dem südwestlichen Eckturm und weiter bis zu den Krankenhausgaragen. Auf der Innenseite hatten sich die Fundamentbögen des ehemaligen Wehrganges und die Außenschale der Wehr-

³² Marcel EL-KASSEM, Abschlussbericht Frechen, Rhein-Erft-Kreis (Köln 2007; Ortsarchiv des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland); NW 2007/1024; Werner SCHÄFKE (Hrsg.), Kölner Maße und Gewichte. Die Bestände des Kölner Stadtmuseums (Köln 2003) 87–90.

³³ NW 2007/1025; Fa. GOLDSCHMIDT Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

mauer voneinander gelöst, kippten nach innen und waren dadurch akut einsturzgefährdet (Abb. 7).

An der Außenseite bzw. Feldseite der Stadtmauer wurden die Unterkanten der Fundamente freigelegt. Dabei zeigte sich der Aufbau: die Mauer hatte man auf Punktfundamenten errichtet, verbunden mit Entlastungsbögen³⁴. Diese technisch aufwendige



Abb. 8: Bergheim. Stadtmauer. Punktfundament mit Entlastungsbogen. Foto: Fa. Goldschmidt Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

Gründung war dem Untergrund der Erftterrassenschotter geschuldet: Dieser war nicht tragfähig genug, um das Gewicht der Mauer aufzunehmen, also errichtete man die tiefer greifenden Punktfundamente (Abb. 8). Der unsichere Baugrund war auch der Grund für die aktuelle fehlende Standsicherheit. Zur Errichtung neuer Punktfundamente musste hier das historische Mauerwerk entfernt werden. Im Osten, nahe am Krankenhaus,

stand die Mauer auf festerem Grund, so dass hier das Aufgehende auf einem normalen Streifen-Fundament errichtet werden konnte.



Abb. 9: Bergheim. Stadtmauer. Fundament mit mehreren Ausbesserungen. Foto: Fa. Goldschmidt Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

Bei den weiteren archäologischen Untersuchungen zeigte sich, dass die heute sichtbare Mauer auf der Innenseite nicht die ursprüngliche war. Als älter zeigten sich Fundamente, die aus ziegelroten Feldbrandsteinen in einem beige-gelben Kalk-Sand-Mörtel verlegt worden waren. Auch in dieser Bauphase gab es Pfeilerfundamente für den Wehrgang. Aber diese waren im Aufgehenden ergänzt worden, und zwar mit weinroten Industrieziegeln in grauem Zementmörtel, also nach der Mitte des 19. Jh. Der Grund der Neufassung der Mauer dürfte der Abbruch der Innenseite der historischen Mauer gewesen sein. Es zeigte sich, dass die älteren Fundamente noch stärker geneigt waren als die jüngeren. Im Fundamentbereich waren die älteren Mauern zwischen 1,0 und 1,2 m breit, die Abstände der Wehrgang-

waren die älteren Mauern zwischen 1,0 und 1,2 m breit, die Abstände der Wehrgang-

³⁴ Dies zeigten bereits 2007 Voruntersuchungen der AS Nideggen: NW 2007/0092.

pfiler maßen 2,6–2,7 m. Die neueren Wehgangfundamente wichen jedoch von den älteren bis zu 0,8 m ab; diese Verschiebung nahm nach Osten ab, hier saßen die neuen auf den alten Fundamenten.

Auf der Wiederherstellung der Mauer folgte noch eine weitere, die ebenfalls aus Industrieziegeln bestand. Auch diese Rekonstruktion war nur auf der Innenseite der Mauer zu erkennen (Abb. 9).

Die Stadtbefestigung von **Brühl** war bereits mehrfach untersucht worden. In einem weiteren Bauvorhaben an der Nordseite der ehemaligen Stadtbefestigung konnte wiederum der Stadtgraben untersucht werden³⁵. Das Grundstück liegt im Bereich des Nordrandes des Stadtgrabens, der auch nachgewiesen werden konnte. Damit ergibt sich ein Abstand von rund 30 m zur Stadtmauer und eine Breite des Grabens von rund 28 m. Die erhaltene Tiefe erreichte 1,8 m, der Graben war also eher flach mit wenig geneigten Flanken.

Mittelalterliche und neuzeitliche Burgen und Schlösser sind bedeutende Landmarken in der Kulturlandschaft des Rhein-Erft-Kreises. Doch nicht nur das obertägig Erhaltene hat seine Bedeutung, viele Informationen zur Geschichte der Anlagen und der in ihnen lebenden und arbeitenden Menschen haben sich im Boden erhalten. Daher sind archäologische Untersuchungen immer dann erforderlich, wenn größere Eingriffe beabsichtigt sind. Bei solchen Untersuchungen konnten in der Effertzburg bei **Erftstadt-Friesheim** Reste des ehemaligen Umfassungsgrabens untersucht werden³⁶. Die Burg war Lehns- und Fronburg des Kölner Domkapitels in Friesheim, erstmalig 1181 erwähnt. Nach 1807 verkauft, wurden die alten Gebäude beseitigt, die ehemalige Gräfte ist jedoch teilweise noch im Gelände erkennbar. Die archäologischen Untersuchungen bestätigten jedoch die Berichte von Anwohnern, dass westlich der ehemaligen Burg bis zum 2. Weltkrieg ein großer Teich lag, der nach dem Krieg mit Schutt verfüllt wurde.

Archäologische Untersuchungen im Zuge von umfangreichen Umbau- und Neubaumaßnahmen fanden in der Anstelburg bei **Kerpen-Buir** statt³⁷. Die Ersterwähnung der Burg datiert auf 1363, auf den Karten des 19. Jh. ist die neuzeitliche zweiteilige Burg mit dem Umfassungsgraben zu erkennen. Teile der Gräfte sind heute überbaut, andere wurden in den 1970er-Jahren verfüllt. Die Untersuchungen mussten sich auf wenige Ausschnitte beschränken, daher wurden so gut wie keine datierenden Funde geborgen. Die Grabungsergebnisse sind somit nur als vorläufig anzusehen. Älter als die Anlage, die kartographisch vom Beginn des 19. Jh. belegt ist, wird eine Mauer aus Bruchsteinen angesehen. Hinweise auf die mittelalterliche Bauphasen geben

³⁵ TUTLIES/WEBER, Jahrb. Bergheimer Geschver. 12, 2003, 13; dies., ebd. 13, 2004, 13; dies., ebd. 14, 2005, 9 f.; NW 2008/1041; Fa. Ocklenburg-Archäologie, Essen.

³⁶ NW 2008/1098; Fa. GOLDSCHMIDT Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

³⁷ NW 2007/1028; Fa. GOLDSCHMIDT Archäologie & Denkmalpflege, Düren.

zudem wenige Scherben des 12.–14. Jh. sowie einige wenige Befunde ohne nähere *Ansprache*.

Die Anlage der frühen Neuzeit besteht dagegen aus Feldbrandziegeln in Kalk/Sand-Mörtel, von denen einige in den untersuchten Schnitten nachgewiesen werden konnten und die regelhaft mit der Kartierung von 1826 verglichen werden können. Durch die Befunde wird die Korrektheit dieser Kartierung eindrucksvoll bestätigt. Neben Hausfundamenten fanden sich Brunnen bzw. Latrinen. Zu jüngeren Umbau- und Ausbauphasen bis in die 1950er-Jahre zählen Reste mehrerer kleiner Gebäude und ein Abwasserkanal aus Ziegeln.

Neben den Resten der Gebäude konnten auch Teile des ehemaligen Umfassungsgrabens untersucht werden. Die im Grabensediment liegenden Funde datieren ins 19./20. Jh. und belegen dessen *kontinuierliche Verfüllung mit Abfall*. Der *neuzeitliche Wehrgraben* konnte nur in Teilabschnitten erfasst werden; es liegen jedoch auch Hinweise auf Grabenabschnitte der mittelalterlichen Anlage vor. Insgesamt bezeugen die ausschnitthaft dokumentierten Befunde die reiche Geschichte der Burganlage, Erkenntnisse, die über das bislang vorliegende historische Wissen hinausreichen.

Ebenfalls der ehemalige Wehrgraben wurde bei einer Untersuchung an der Krafftburg in **Kerpen-Buir** gefunden³⁸. Diese Burg wird erstmalig 1401 mit dem Lehnnehmer Werner von Vlaten erwähnt. In späteren Jahren geht die Anlage in den Besitz verschiedener Herren über, nach denen sie auch als Hökingshof, als Scheiffahrtshof oder als Wingartshof bezeichnet wird. Seit 1827 ist sie im Besitz der Familie Krafft. Im Bereich des ehemaligen, heute obertägig nur noch in wenigen Teilen erkennbaren Umfassungsgrabens war die Errichtung einer Halle geplant, die Bodeneingriffe wurden archäologisch begleitet. Der Umfassungsgraben konnte in seiner Breite von 10,5 m erfasst werden, dieses Maß und der Verlauf des Grabens stimmen mit den Angaben des Urkatasters von 1827 gut überein. Allerdings wurde der Graben nur in seinen oberen Teilen dokumentiert, da die Baugrube nicht bis zur Unterkante des Grabens reichte.

Auch in der Scheiffartsburg bei **Kerpen-Bergerhausen** ergaben die Untersuchungen Reste des Umfassungsgrabens³⁹. Die Burg selbst ist obertägig nicht mehr erhalten, auf Karten des 17. bis 19. Jh. erkennt man eine zweiteilige Burganlage mit umgebenden Wehrgräben. Sie wurde erstmalig 1670 erwähnt, aber wohl bereits zu Beginn des 19. Jh. geschleift. Im Vorfeld der Errichtung eines landwirtschaftlichen Gebäudes erfassten die Untersuchungen den Randbereich der ehemaligen Gräfte. Die Lage der ehemaligen Burg ist im Gelände noch zu erkennen, westlich der jetzt errichteten Halle und etwa einen Meter tiefer.

³⁸ NW 2007/1030; Fa. artemus GmbH, Frechen.

³⁹ NW 2008/1055; Fa. Ocklenburg-Archäologie, Essen.

Seit mehreren Jahren finden bereits Sanierungsmaßnahmen im Weltkulturerbe Schloss Augustusburg in **Brühl** statt, die intensiv archäologisch begleitet werden. 2008 konnten bei einer Leitungsverlegung im Ehrenhof des Schlosses, also im Bereich der mittelalterlichen Burg, weitere archäologische Befunde dokumentiert werden⁴⁰. Eine Tuffmauer gehört wohl zur mittelalterlichen Burganlage; sie wurde noch auf einem kurzen Abschnitt im Leitungsgraben erfasst. Zum Versorgungssystem des Schlosses gehörte ein Gewölbe, das an einen bereits bekannten mittelalterlichen Brunnen anschloss. Und an der Südseite des Ehrenhofes erfasste man eine Ost-West verlaufende Ziegelmauer unbekannter Funktion. Mögen diese Ergebnisse allein wenig aussagekräftig sein, bilden sie jedoch wichtige Mosaiksteine in der Erforschung der Geschichte der mittelalterlichen Burg und des renaissancezeitlichen Schlosses. In gleicher Weise trägt die forstbodenkundliche Kartierung, die der geologische Dienst NRW im Schlosspark Augustusburg und Falkenlust durchgeführt hat, zur Mehrung der historischen Kenntnis des Terrains bei: Durch geländemorphologische Merkmale und unterschiedliche Ausprägungen des Bodens wurden zahlreiche Lehmentnahmegruben erkannt. Sie dienten vielleicht als Entnahmestellen zur Ziegelherstellung bei der Anlage der beiden Schlösser. Unterschiedlich flache und breite Wälle und Dämme wurden ebenso nachgewiesen wie der Standort des ehemaligen Teehauses am kleinen Inselweiher⁴¹. Durch die traditionell gute Zusammenarbeit beider Häuser konnten die gewonnenen Erkenntnisse in die Akten des Ortsarchivs einfließen.

Unerwartete „Finder“ eines archäologischen Befundes wurden die Besitzer eines Grundstücks in **Elsdorf-Niederembt**: mitten in der Garageneinfahrt brach das Erdreich über einem Mergelschacht ein, der einst der Gewinnung kalkreichen Lösses diente, um so den Ackerboden aufzubessern⁴². Aus **Bedburg-Grottenherten** liegt aus dem Berichtszeitraum die Meldung eines weiteren Schachtes vor.

Das ehemalige Benediktinerinnenkloster in **Frechen-Königsdorf** ist heute weitgehend mit neuzeitlichen Wohngebäuden überbaut⁴³. Da im Bereich des Bodendenkmals Neubauten geplant wurden, waren bauvorgreifende archäologische Untersuchungen erforderlich. Die umfangreichen Maßnahmen ergaben zahlreiche neue Erkenntnisse, die über das bislang aus den schriftlichen Quellen bekannte Wissen hinausgehen. Das Kloster Königsdorf ist erstmalig 1136 in einer Urkunde erwähnt. Der Kölner Erzbischof Bruno II. nimmt das Kloster auf Bitten des Abtes von St. Pantaleon unter seinen Schutz. Hintergrund war der Umzug der Nonnen von St. Pantaleon von Köln nach Königsdorf. Aus der Klosterzeit gibt es nur wenige Hinweise auf Baumaßnahmen, so Ende des 15. Jh. an der Kirche. 1802 wurde das Kloster säkularisiert, die Nonnen zogen aus und die Gebäude wurden verkauft. Bald danach wurden sie teil-

⁴⁰ NW 2008/1002; Fa.archaeologie.de, Brühl. Weitere Untersuchungen der Fa. archaeologie.de, Brühl ergaben keine archäologischen Befunde: NW 2008/1045.

⁴¹ NW 2007/0148 bis NW 2007/0167.

⁴² NW 2007/0042.

⁴³ NW 2007/1012; Fa. Archaeonet, Bonn.

weise abgerissen. In der weiteren Folge nutzte man das Areal als landwirtschaftlichen Betrieb, in der 2. Hälfte des 20. Jh. für Wohnbauten.

Die archäologischen Grabungen auf einem Teilgebiet der Klosterimmunität ergaben mindestens vier Nutzungsphasen des Klostergeländes: vorklösterliche Siedlungsspuren des 10.–12. Jh., eine ältere Klosterphase (13.–15. Jh.), neuzeitliche Klosteranlagen des 16.–18. Jh. sowie nachklösterliche Bauphasen (19./20. Jh.). Zur ältesten Phase gehören ein Gebäude des 10. Jh. sowie ein mittelalterliches Hofgut des



Abb. 10: Frechen, Kloster Königsdorf. Abwasserkanal.
Foto: Fa. Archaeonet GbR, Bonn.

10./11. Jh., das von einer großen, etwa rechteckigen Grabenanlage umgeben war. In dieser Zeit gehörte das Areal bereits dem Kloster St. Pantaleon in Köln, das diesen landwirtschaftliche Hof wohl betrieb.

Zur älteren klösterlichen Phase gehören Reste eines Fußbodens, vielleicht aus einer Vorgängerkirche. Des Weiteren fanden sich Gebäudereste, die wohl zu einem ersten Kloster gehörten, bevor die eigentlichen Klostergebäude errichtet wurden.

Nach Ausweis der Keramikfunde planierte man das Areal des ehemaligen Gutshofs im letzten Drittel des 12. Jh. Auf diesen

Planierschichten errichtete man die älteste Kirche, eine kleine Saalkirche mit Apsis. Die Toten dieser Zeit wurden in Reihen westlich vor dem Altar bestattet. Aber auch nördlich, östlich und südlich dieser älteren Kirche fanden sich zugehörige Bestattungen.

Im Zuge der Errichtung der gotischen Kirche wurden die ältere Kirche abgetragen und die Bestattungen überbaut. Umbauten an den Klostergebäuden sind dann bis in das 16. Jh. hinein zu verfolgen. Im 17./18. Jh. wurde westlich der Konventsgebäude ein aufwändiges Abwasserleitungssystem errichtet, dieses Ziegelbauwerk wurde nahezu ungestört vorgefunden. Das Abwasser führte man dabei Richtung Aachener Straße. Im Bereich des Klosters und des Abwas-

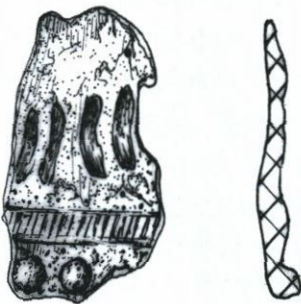


Abb. 11: Elsdorf-Oberembt. Vergoldder Buchbeschlag. Zeichnung: E. Rogge, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

serkanals wurden mehrere Keller dokumentiert, die zu Wirtschaftsgebäuden gehörten.

Im zur um 1500 umgebauten Konventanlage gehörenden Friedhof konnten bei den Grabungen 333 Bestattungen nachgewiesen werden. Eine besondere Bedeutung

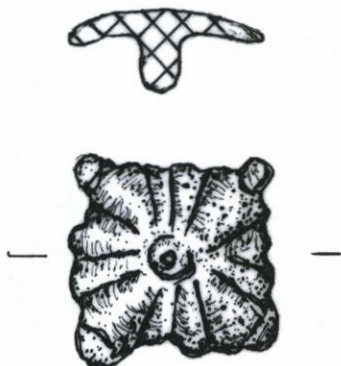


Abb. 12: Elsdorf-Oberembt. Bronzener Beschlag. Zeichnung: E. Rogge, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

erhalten diese Bestattungen dadurch, dass historisch 260 Namen von Klosterangehörigen überliefert sind. Allerdings ist eine Zuordnung von Namen zu den einzelnen Bestattungen nicht mehr möglich.

Von den nachklösterlichen Bauphasen ist ein Abwasserkanal erwähnenswert, der aus dem Abrissmaterial der Klostergebäude erbaut wurde und mit dem klösterlichen Abwasserkanal gemeinsam genutzt wurde (Abb. 10).

Die weiter oben bereits angesprochenen Metallfunde, die dem Fachamt von Heimatforschern gemeldet werden, stammen auch aus dem Mittelalter und der Neuzeit. Stellvertretend für die zahlreichen Funde dieser E-

pochen – häufig sind es Verlustfunde - steht das Fragment eines vergoldeten Buchbeschlags (Abb. 11) und ein kleiner Bronzebeschlag aus **Elsdorf-Oberembt** (Abb. 12)⁴⁴.

Ohne archäologischen Befund blieb die Beobachtung bei dem Bau eines Umflutgerinnes am Wehr der **Zievericher Mühle** an der Erft⁴⁵. Der Bau derartiger Gerinne und weiterer wasserbaulicher Maßnahmen wird im Zuge der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie die Bodendenkmalpflege der kommenden Jahre an der Erft und seiner Nebenbäche in einem nicht unbeträchtlichen Maße betreffen (Abb. 13). Hier wird eine neue Herausforderung an die Bodendenkmalpflege in der fundträchtigen Auenregion gestellt, die sicherlich zu überraschenden neuen Funden und Erkenntnissen führen wird.

Die Grabungen in den Braunkohlentagebauen ermöglichen Untersuchungen, die unter normalen Umständen wohl unterbleiben müssten. Dazu gehört die Dokumentation eines eisenbahntypischen Gebäudes an der Eisenbahnlinie von Düren über Elsdorf nach Neuss⁴⁶. Diese Bahnlinie wurde 1869 eröffnet und diente dem Anschluss von Elsdorf und dem Braunkohlentagebau in Etzweiler.

⁴⁴ NW 2007/0032,

⁴⁵ NW 2007/0211.

⁴⁶ GAITZSCH/JANSSENS (Anm. 13) 114; HA 2006/0052; <http://www.wisoveg.de/elsdorf/etzweiler/etzweiler2.html>; 6.12.2008.

Die jetzt untersuchte ehemalige Blockstelle Etzweiler war das einzige markante Gebäude an der Strecke zwischen Elsdorf und Düren und lag am östlichen Teil des Bürgewaldes am Abzweig des Braunkohlentagebaus Etzweiler / Morschenich. Der ehemalige Bahnhof Etzweiler besaß zwei Überholungsgleise und ein Anschlussgleis zum Untertagebau Richtung Morschenich. Die Strecke war vor dem Kriege zweigleisig. Als Ironie der Geschichte wird diese Bahnlinie nun vom Fortschreiten des Braunkohlentagebaus überholt, einen Fortschritt, der ursprünglich den Bau der Bahn erst ermöglichte.



Abb. 13: Bergheim-Zieverich. Bau eines Umflutgerinnes in der Erfttaue. Foto: J. Altmiks, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege.

In den Jahren 2007 und 2008 erschienene archäologische Literatur (ohne Jahrb. Bergheimer Geschver.):

Heinz Andermahr/U. Depcik, Geschichte der Stadt Kaster. Von den Anfängen bis zur kommunalen Neugliederung 1975. Forum Jülicher Gesch. 46 (Jülich 2007); Gerhard Bauchhenß/Petra Tutlies, Warum zweimal? Ein Trachytsockel aus dem Rotbachtal. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 134–137 (Römischer Inschriftenstein); Eric Biermann/Abdolreza Shahriar Mousavian, Neue Hinweise auf ältestlinearbandkeramische Elemente westlich des Rheins. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 50-52; Erich Claßen, Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der frühesten Ackerbauern im Rheinland. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart

2007) 55–58 [Untersuchungen an bandkeramischen Siedlungsgruppen bei Königshoven, Tagebau Frimmersdorf/Garzweiler]; Michael Dodt, Römische Badeanlagen in Niedergermanien – eine Verbreitungskarte zum aktuellen Forschungsstand. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 96–99; Ders., Bäder römischer Villen in Niedergermanien. Bonner Jahrb. 206, 2006, 63–85; W. Drösser, Wesseling und der Rhein. Bl. Gesch. Stadt Wesseling 7 (Wesseling 2005); Marcel El-Kassem, St. Nikolaus und St. Medardus in Brauweiler – Untersuchungen zur Baugeschichte. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 181–183; Marcel El-Kassem, St. Nikolaus und St. Medardus in Brauweiler – Archäologische Untersuchungen im Jahr 2006. Pulheimer Beitr. Gesch. 32, 2007, 78–94; Klaus Frank, Pulheim-Brauweiler. Ein Bauernhof aus der Zeit des 5. Jahrhunderts v. Chr. Pulheimer Beitr. Gesch. 30, 2006, 7–17; Wolfgang Gaitzsch, Satyr und Silen. Ein ungewöhnliches Doppelbild. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 103–104 [römischer Bronzekopf aus Elsdorf]; Wolfgang Gaitzsch/Jan Janssens, Burgus und merowingische Gräber in Etzweiler. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 111–114; Lothar Giels, Ein vorgeschichtlicher Hausgrundriss von Pulheim-Freimersdorf. Die Jungsteinzeit in der Stadt Pulheim. Pulheimer Beitr. Gesch. 33, 2008, 7 ff.; Stefan Graßkamp, Neue Töpferöfen in Brühl-Pingsdorf. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 164–168; Martin Heinen, Wirklich einzigartig! Der spätpaläolithische Fundplatz Wesseling-Eichholz. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 46–49; Hans-Eckart Joachim / Claus Weber, Die bronzezeitlichen Beile im Rheinland. Bonner Jahrb. 206, 2006, 1–62; Elke Nieveler, Zur merowingerzeitlichen Besiedlung im Rheinland. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 157–162; Pierre und Anne-Marie Pétrequin/Michael Errera/Lutz Klassen, Naturwissenschaftliche Analysen an neolithischen Jadeitbeilen. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 58–60; B. Petri (Hrsg.), Frechener Bartmannkrüge. Ausstellungskat. Frechen 2006 (Frechen 2006); Alfred Schuler, Hochmittelalterliche Laiensiedlung im Schatten der Abtei Brauweiler. Archäologie im Rheinland 2006 (Stuttgart 2007) 175–178; Ders., Archäologische Ausgrabungen zur Brauweiler Laiensiedlung auf und um den Guidelplatz. Pulheimer Beitr. Gesch. 32, 2007, 7–77; Stefanie Troll, 350 Jahre römisches Leben auf einem Bauernhof in Frechen-Königsdorf. Pulheimer Beitr. Gesch. 30, 2006, 18–49; Michael Wiehen, 130 „Einblicke“ in eine römische Siedlung – ein Fundplatz in Zieverich. Archäologie im Rheinland 2007 (Stuttgart 2008) 83–85.

Fundstelle Bergheim, Hauptstraße 40

Bei Umbauarbeiten auf dem Hof des Hauses Brücher-Wunsch (Hauptstraße 40) im Jahr 1981 kam nach Abtragung des oberen Hofbodens eine einfache, fast viereckige Hausanlage von etwa 7 x 7 m zutage.

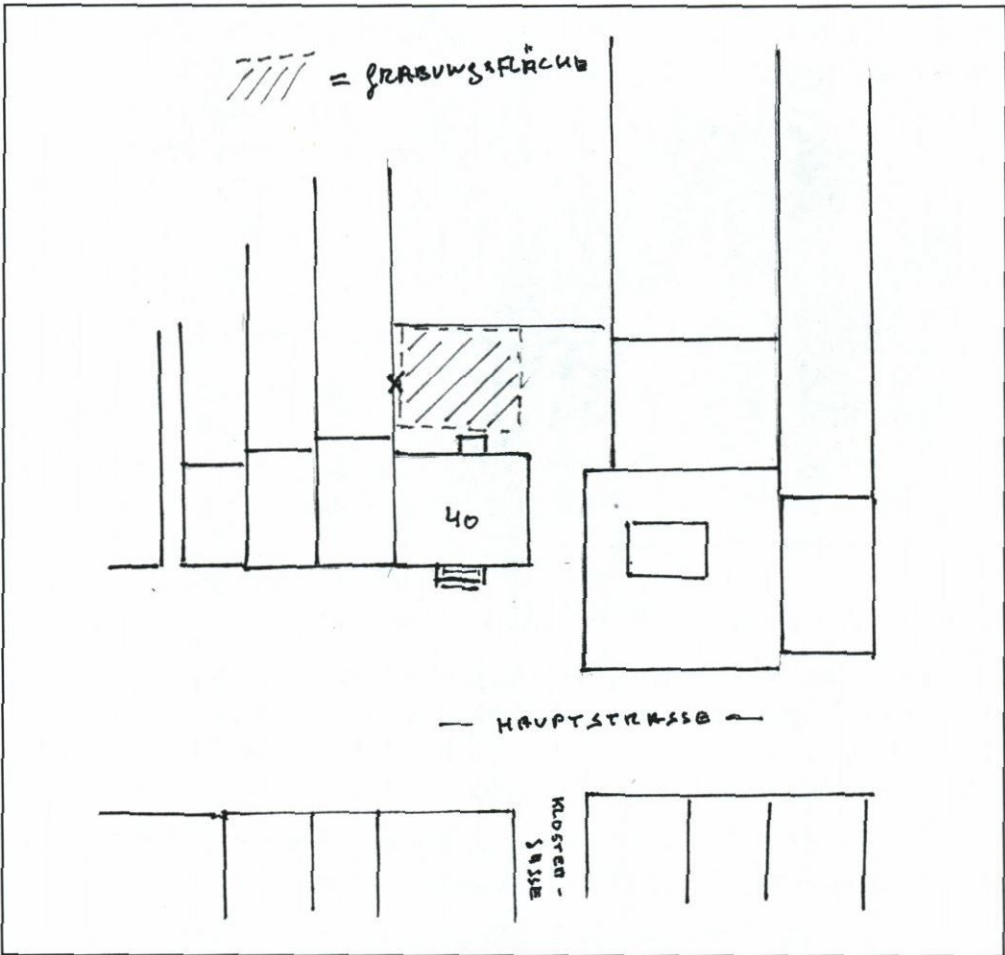


Abb.1: Lageplan des untersuchten Areals

Der obere Bodenbefund war eine mehrmals aufgeworfene Lehm-Sand-Schicht in der Stärke von 34 cm. Sie barg kaum Spuren einer früheren Zeit. Darunter folgte eine 19 - 20 cm starke Lehmschicht mit anstehenden Holzpfählen an den Ecken der Baugrube. Die weitere Freilegung erbrachte dünnere Pfahlreihen im Geviert. Auf der westli-

chen Seite ergab sich eine Grubenvertiefung mit 2 Bohlenbrettern und querliegenden dünneren Hölzern. Der Abstand der beiden Bohlen maß 48 cm. Da die Grube mit organischem Ablagerungsmaterial gefüllt war, wurde ein Versuchsschacht bis zur Gartengrenze des Nachbarhaus ausgehoben. Die Tiefe der Grube lag bei 45 - 48 cm und einer Breite von 56 cm.

In der unteren Verfüllung fanden sich die Bodenteile von zwei Gefäßen. Erstens ein Steilwandkrug mit scharfem Fußring und einem messerartigen Durchstoß durch die Wandung. Der zweite Becher war eine bauchige Kanne mit starkem Dellenfuß. Beide Gefäße gehören in die Zeit um 1500. Ebenfalls kam ein Bronzefragment zutage.

Hinter den beiden Steinzeugkrügen, aber schon außerhalb des Hauses in einem Wasserablauf fand sich ein gut erhaltener Totenschädel. Dem Schädel fehlte die

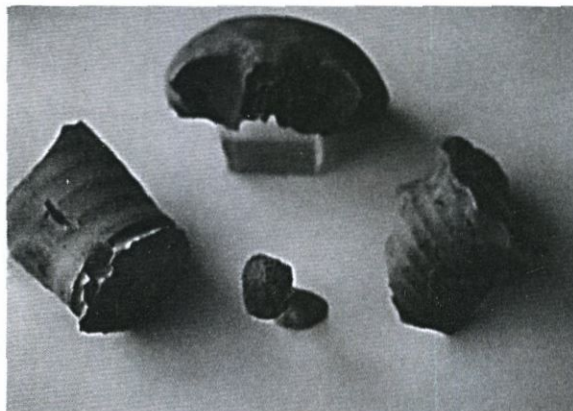


Abb. 2: Totenschädel und Gefäßreste

obere Backenhälfte samt der Zahnreihe. Außerdem war er im hinteren Teil stark ausgebrochen. Aus Rücksicht auf die Nachbargrenze wurde nicht weiter gesucht. Der Körper muss wohl im Bereich des Nachbargrundstückes liegen.

Bei der innerhalb des Hauses, aber an dessen Außenmauer gelegenen Grube dürfte es sich um eine Abortgrube gehandelt haben, die zu dem Fachwerkgebäude gehörte, zumal auf der Nachbar-

grenze ein Abwassergraben in östlicher Richtung verlief.

Da von dem Haus kaum weitere Merkmale gefunden wurden, ist man auf Vermutungen angewiesen. Am nächsten liegt die Möglichkeit eines Stalles mit Unterkunfräumen für Personen und Gäste des im Haus Nr. 40 untergebrachten Gasthofes. Jedenfalls wurde dieses Gebäude im 18. Jahrhundert abgebrochen.

Bei dem gefundenen Schädel dürfte es sich um einen Mann von etwa 40 Jahren handeln. Er wurde durch eine Hiebwaaffe gewaltsam getötet.

Nun ist es merkwürdig, dass der Getötete nicht auf dem Friedhof der Pfarrkirche St. Remigius beigesetzt wurde, sondern vermutlich am Ort seines Todes verblieb. Dies ist nur durch besondere Umstände zu erklären. Vermutlich kam er ums Leben, als kaiserliche Truppen Bergheim 1542 zerstörten und dermaßen wüteten, dass die überlebenden Einwohner aus der Stadt flohen.¹ Nur so ist zu verstehen, dass der getötete Mann nicht bestattet werden konnte.

¹ Siehe zu diesen Ereignissen: Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt (Forum Jülicher Geschichte 42), 2005, S. 119 f.

Europapolitik an Rhein und Erft Jülicher Adel und Stadt Bergheim im Jülicher Erbfolgestreit 1609

Die politische Situation bis 1609

Das Jahr 1609 veränderte die Herrschafts- und Lebensverhältnisse in den vereinigten Herzogtümern Jülich, Kleve und Berg sowie in den Grafschaften Mark und Ravensberg. Die große Aufmerksamkeit der europäischen Mächte für dieses große Territorium ergab sich aus der Frage, wer das Erbe des am 25. März 1609 verstorbenen, kinderlos gebliebenen Herzogs Johann Wilhelm antreten sollte.

Das Herzogtum bestand aus zwei Teilen: Jülich, Berg und Ravenstein wurden von Düsseldorf, Kleve und Mark von Kleve aus regiert. Der Herzog residierte in Düsseldorf und bildete mit seiner Person die Klammer. Die Landtage fanden in den beiden Regierungsstädten statt, zu denen die landtagsfähigen Ritter und die Oberstädte vom Herzog eingeladen wurden.

Die Anwärter auf das Erbe, Brandenburg, Pfalz-Neuburg, Zweibrücken und Burgau, sahen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass der Kaiser des heiligen römischen Reiches, Rudolf II., ihnen erklärte, nach dem Reichsrecht entscheide allein der Reichshofrat über den rechtmäßigen Erben.

Die Erbanwärter unternahmen schon seit 1592 verschiedene Schritte, um an das zukünftige Erbe zu kommen. Deshalb verbündete sich Brandenburg mit den Generalstaaten und der Kurpfalz 1605. Pfalz-Neuburg trat 1608 der protestantischen Union bei. Zweibrücken hoffte auf die Hilfe der Kurpfalz, Burgau auf die des Papstes und des Kaisers.

Die Großmächte Frankreich, Spanien und England sowie die spanischen Niederlande, die Generalstaaten und der Kirchenstaat beeinflussten ebenso wie die deutschen Fürsten von Bayern, Kurpfalz und den Bistümern Köln, Mainz und Trier die Erbanwärter.

Das spanisch-habsburgisch-päpstliche und das französisch-englisch-niederländische Lager wollten den neuen Herrscher stellen, damit stand der Erbfolgestreit auf der großen Bühne der europäischen Politik.

1609 war auch ein „*annus mirabilis*“, weil nach 80 Jahren der spanisch-niederländische Krieg im Juni 1609 mit einem Waffenstillstand vorläufig endete. Wenige Jahre zuvor hatten Spanien und England Frieden geschlossen. Im Reich hingegen verlor Kaiser Rudolf II. seine Macht. Zuerst musste er im „Bruderzwist von Habsburg“ seinen Bruder Mathias als zukünftigen Nachfolger akzeptieren, dann blockier-

ten die Reichsstände seine letzten politischen und juristischen Machtinstrumente: Reichstag, Reichshofrat und Reichskammergericht.

Die Menschen im Herzogtum und speziell im Jülicher Teil gestalteten den Erbfolgestreit mit oder spürten ihn deutlich in seinen Konsequenzen.

Die Quellen darüber sind teilweise im 19. Jahrhundert schon veröffentlicht worden.¹ Weitgehend unbeachtet blieben bisher in der Fachliteratur die Informationen aus den Zeitungen *Aviso*,² der zur Frühjahrmesse erscheinenden *Relation*³ und die Kölner Nuntiaturreporte des Atilio Amalteo.⁴

Die lokalgeschichtlichen Werke und Quellen bieten das Wissen über die einzelnen adeligen Familien und die Städte.

Die Darstellung dient dem Ziel, die geschichtliche Wechselwirkung zwischen den Verhaltensweisen der jülicher Adligen und den Bewohnern in und um die Stadt Bergheim und den Zielen und Handlungen der Erbanwärter und ihrer Verbündeten zu erkennen. Warum Region und Stadt in der europäischen Politik 1609 eine bedeutende Rolle spielten, zeigt die deutlich auf unterschiedlichen Quellen fußende anschließende Analyse und Interpretation.

Die politischen Methoden und die sprachlichen Mittel, die die Handelnden verwenden, sind uns heute teilweise fremd, teilweise aber auch sehr vertraut. Geschichte als „*historia magistra vitae*“ und als „*ferner Spiegel*“, beides bietet dieses Jahr 1609.

Die Politik der Erbanwärter in den Ländern des Herzogtums

Im Februar 1593 schon hatten die protestantischen Erbanwärter auf das gesamte Herzogtum aus Brandenburg, Pfalz-Neuburg und Zweibrücken sich in Frankfurt getroffen und gemeinsam festgelegt, dass sie das Recht hätten, den Herzog Johann Wilhelm und die vollständige Verwaltung unter ihre Kuratel zu stellen. Diese Forderung stellten sie im Januar 1594 an den Kaiser, der sie aber ein Jahr später mit der Begründung, er müsse diese noch prüfen, faktisch ablehnte. Die Regierungsräte des

¹ Briefe und Acten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges, Bd. 2, bearb. v. Moritz RITTER, München 1877, abgekürzt BuA 2, Bd. 3, bearb. v. Moritz RITTER, München 1877, abgekürzt BuA 3, Bd. 6, bearb. v. Felix STIEVE, München 1895, abgekürzt BuA 6, Bd. 7, bearb. v. KARL MAYER, München 1905, abgekürzt BuA 7; Die Gegenreformation am Niederrhein und in Westfalen, Actenstücke und Erläuterungen, zusst. v. Ludwig KELLER, T.3 ND (Leipzig 1895) Osnabrück 1965 (Publikationen aus den k. preußischen Staatsarchiven, 62), abgekürzt KELLER.

² Der *Aviso* des Jahres 1609, Faksimile, hrsg. v. Walter SCHÖNE, Leipzig 1939.

³ *Relation*: aller fürnemmen und gedenckwuerdigen Historien inn diesem 1609. Jahr verlaufen und zuetragen möchte, Strassburg 1609.

⁴ Nuntiaturreporte aus Deutschland, Die Kölner Nuntiaturreporte, Bd. IV/2, Nuntius Atilio Amalteo (1607 Oktober-1610 Oktober), bearb. v. Stefan SAMERSKI, Paderborn-München-Zürich-Wien 1999; abgekürzt Nuntius.

Herzogtums schlossen parallel dazu am 24. Juli 1595 unter sich eine Vereinbarung, dass die Erbanwärter nur im Herzogtum regieren könnten, wenn sie ihr Recht vor dem Kaiser und dem Reich erhalten hätten.⁵ Nach der Ermordung der Frau des Herzogs, Jakobe von Baden, und der Heirat Johann Wilhelms mit Antonie von Lothringen (1568- 1610) erneuerte der Kaiser die am 1.12.1591 erstmals gültige Regimentsordnung, so dass sie zusammen mit den Räten die Regierung leiten konnte.

Kurz nach dem Tod Johann Wilhelms im März 1609 erließ Rudolf II. am 2. April 1609 das Mandat, dass die Herzogin Antonie von Lothringen und die Räte weiter regieren sollten, jedoch von kaiserlichen Kommissaren unterstützt.⁶ Am 24. Mai folgte das nächste kaiserliche Mandat, dass die Erbanwärter binnen vier Monaten am kaiserlichen Hof erscheinen, dort ihre Ansprüche anmelden und auf die erbrechtliche Entscheidung durch den Reichshofrat warten sollten. Der Reichshofrat war aber das von den Fürsten der Union heftig abgelehnte kaiserliche Gericht, weil dort die Katholiken die Mehrheit hatten. Die vom Kaiser vorgeschlagene juristische Klärung der Erbfolge entsprach weitgehend dem von den Regierungsräten schon am 24. Juli 1595 geforderten Vorgehen.

Der erste vom Kaiser angekündigte Kommissar, Richard von Schönberg, erschien erst am 1. Mai in den Jülicher Landen. Ihn löste Graf Georg von Hohenzollern am 2.7. 1609 ab.

Die Vertreter der Erbanwärter hingegen arbeiteten schon seit Anfang April in Jülich, Kleve und Mark. Brandenburgs Bevollmächtigter Stephan von Hertefeld schlug am 4. April in Kleve das brandenburgische Wappen ans Tor, die Pfalz-Neuburger in der Mark. In Bergheim erschien der brandenburgische Vertreter, wahrscheinlich Hertefelds Substitut, Dr. Brynnen, am 17. April und schlug das Wappen ans Aachener Tor und verlas „*die real=, Corporal= und Aktual=Possession dieser Stad*“.⁷ Die Stadtsoldaten ließen ihn nicht in die Stadt, so dass er nicht in den „*Besitz von Stadt und Amt*“ kam.⁸

Diese frühzeitige symbolische Besitzergreifung fand überall im Herzogtum statt, so dass der Kaiser mit seinen Mandaten nur noch Rechtspositionen sichern konnte. Die Stände von Jülich hatten die Stadtsoldaten von Bergheim frühzeitig instruiert, die faktische Inbesitznahme zu verhindern. „*Die Stände verwalten die Städte, die Amthäuser und andere Orte seien durch die Rätthe besetzt.*“⁹

⁵ Ausführlich in: Moritz RITTER, *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreissigjährigen Krieges*, Bd. 2, ND Darmstadt 1962, S. 126-128.

⁶ KELLER, S. 100.

⁷ KELLER, S. 93 f.

⁸ Heinz ANDERMAHR, *Bergheim, Geschichte einer rheinischen Stadt*, Jülich 2005, S. 132.

⁹ Johann Adolf von Broich an Landgraf Moritz von Hessen am 9.4.1609, in: KELLER, S. 91.

Die Politik der regierenden Räte und der Landstände bis zum Dortmunder Vertrag

Die regierenden Räte hatten nach dem Tode des Herzogs in Dinslaken auf dem Landtag entschieden, gemeinsam mit den Landständen die politischen Geschäfte weiterzuführen, und damit den Erbanwärttern keinen Einfluss zu geben, bis der Erbfolgestreit juristisch beigelegt sein würde.¹⁰ Diese Politik entsprach dem kaiserlichen Mandat vom 2. April 1609.

Sie konnten diese Politik der Neutralität nur aufrechterhalten, wenn sie mit den Landständen zusammenarbeiteten, um diese von Bündnissen mit einzelnen Erbanwärttern fernzuhalten. Die Landstände bevorzugten entweder die Zusammenarbeit mit den evangelischen Fürsten, oder, wie die Mehrheit der Jülicher Stände, den Schluß mit den katholischen Mächten in den spanischen Niederlanden, Kurköln und dem Kaiser, der jedoch als schwach galt.

Lothringens katholischer Herzog blieb neutral, weil er Frankreichs Übermacht fürchtete.¹¹

Die Räte hatten jedoch durch die Kämpfe zwischen spanischen und Truppen der Generalstaaten auf dem Territorium des Herzogtums in den Jahren seit 1598 erfahren, dass die Großmächte ihre neutrale Politik gering schätzten, so dass sie zurecht erwarteten, dass Erbanwärter mit angeworbenen Truppen ihre Ansprüche geltend machen würden.

Deshalb beriefen sie für den 2. April 1609 einen Landtag ein, jeweils für Jülich-Berg und Kleve-Mark getrennt, um das Land zu schützen.

Das Ergebnis war, dass Ritterschaft und Stadtabgeordnete in beiden Landtagen sich am 9. April in Düsseldorf bzw. am 15. April 1609 in Dinslaken eidlich verpflichteten, sich keinem der Erbanwärter anzuschließen. Außerdem bildeten sie einen Ausschuss von acht jülicher und sechs bergischen Rittern, die nach dem Ende des Landtags am 17. April 1609 die Regierung zusammen mit den bisherigen Räten führen sollten. Ziel war es: „*Niemand ichtwas inräumen oder bewilligen*“.¹²

Außerdem hatten die Landstände den vier Erbanwärttern, dem König von Frankreich, dem Herrscherpaar in den spanischen Niederlanden, Erzherzog Albert und Infantin

¹⁰ KELLER, S. 103 f. Ausführlich belegt in Achim MOSTERT, Der Jülich-Klevische Regiments- und Erbfolgestreit, in: Der Dreißigjährige Krieg im Herzogtum Berg und in seinen Nachbarregionen, hrsg. von Stefan EHRENPREIS, Neustadt a.d. Aisch 2002, S. 26-64, hier S.46 f.

¹¹ Ebda S. 45; zu Lothringen: William MONTER, A bewitched duchy: Lorraine and its dukes, 1477-1736 (Travaux d'Humanisme et Renaissance 432), Genf 2007.

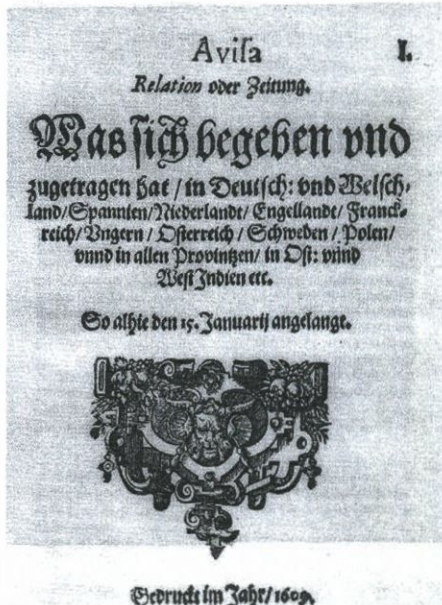
¹² Hans GOLDSCHMIDT, Die Landstände von Jülich-Berg und die landesherrliche Gewalt, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 34 (1912), S.175-228; hier S. 182-185; KELLER, S. 103.

Clara Isabella Eugenia von Spanien, und den Generalstaaten geschrieben, dass „die Lande und Unterthanen in rechter Neutralität [...] beisammen thun und halten.“¹³

Zudem hatten die Räte die „in den Niederlanden kriegenden Theilen [...] ermahnt, keinem Theil anzuhängen.“¹⁴

Der Landtagsausschuss, der zwischen den Landtagen mit der Regierung die Geschäfte erledigte, berief deshalb Ende Mai den Landtag für den 9. Juni 1609 erneut ein.

Inzwischen hatten sowohl die Gesandten Brandenburgs Gespräche mit den Ausschussmitgliedern geführt als auch Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg, der in Kaiserswerth wohnte. Außerdem verhandelten Brandenburg und Pfalz-Neuburg unter Leitung des Landgrafen Moritz von Hessen über einen Vertrag.



Der Landtagsausschuss sandte Wilhelm Quadt zu Beek und Johann von den Hövelich als Vertreter der Stände nach Dortmund, um dort mit den Gesandten der Fürsten zu verhandeln. Ihre Instruktion lautete: Die Stände akzeptieren einen Vergleich der beiden Fürsten unter der Bedingung, dass die freie Religionsausübung, die Rechte der anderen Erbanwärter und die Bestätigung des Kaisers gewährleistet würden.¹⁵

Diese Maximalforderungen konnten nicht dazu führen, die Gesandten der beiden Fürsten in Dortmund kompromissbereit zu machen.

Der Dortmunder Recess bildet im Unterschied zu vielen anderen Verträgen die Grundlage der sich daran anschließenden politischen, administrativen und militärischen Aktionen. Beide Vertragspartner, Pfalz-Neuburg und Brandenburg, beriefen sich bis zum Februar 1610 mehrfach darauf. Deshalb bedarf dieser Recess einer eingehenden Analyse.

¹³ KELLER, S. 104.

¹⁴ Aus einem Schreiben der jülich-klevischen Stände an Brandenburg, Neuburg, den Pfalzgrafen von Zweibrücken und den Markgrafen von Burgau, 11.4.1609, in: KELLER, S. 101.

¹⁵ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 187.

Die Entstehung des Dortmunder Recess

Dieser „Abscheyt“¹⁶ oder später „Recess“¹⁷ genannte Text wurde am 31 Mai 1609 - Datum nach dem Julianischen Kalender - oder am 10.6.1609 - Gregorianischer Kalender- gesiegelt und veröffentlicht,¹⁸ und zwar auf dem Marktplatz in der Freien Reichsstadt Dortmund.

Der im Anhang abgedruckte Text ist eine Abschrift aus der Veröffentlichung von Johann Christian Lünig in seinem „*Teutschen Reichs- Archiv*“.¹⁹ Zwei Druckfehler Lünigs: „*vergergleichen*“ statt „*vergleichen*“ und „*Brugau*“ statt „*Burgau*“ sind stillschweigend korrigiert, der Text ist ansonsten identisch mit Lünigs Text.

Die Entstehung dieses Vergleichs wird im Text selbst teilweise berichtet, so dass wir bei der Analyse dieser Quelle darauf direkt eingehen können. Diese Passagen sind zudem bemerkenswert, weil sie nicht nur berichten, wer wann wie daran beteiligt war, sondern auch schon ausdrücklich eine Wertung damit verbunden wird.

Der frühneuhochdeutsch verfasste Text enthält eine ganze Reihe von lateinischen Redewendungen und Wörtern, außerdem einige aus dem Lateinischen stammende Fremdwörter. Die vermittelnde Rolle des hessischen Landgrafen Moritz lässt darauf schließen, dass aus seiner Kanzlei der Text stammt, den die Unterhändler verhandelt und verabschiedet haben.

Auffällig ist, dass die Gliederung dieser Urkunde genau den vorgegebenen Regeln entspricht.

Dieser aus der päpstlichen Kanzlei stammende Urkunden-Typus „*litera de iusticia*“²⁰ hatte sich seit dem Spätmittelalter als Vorbild für die äußere Form der Beurkundung rechtlicher Entscheidungen durchgesetzt. Die Kanzlei legte also sehr viel Wert darauf, den im Vertrag formulierten bedeutenden Inhalt durch eine perfekte Übernahme des Schemas der Urkunde zu unterstreichen.²¹

Die Kanzleien benutzten in vielen Fällen Kanzleiformularbücher oder andere Modell-

¹⁶ Christa BAUFELD, Kleines Mittelhochdeutsches Wörterbuch, Tübingen 1996, S. 3: Art. „*abschied*, *ab(e)scheidt* [...] 2. Bescheid, Entscheidung.

¹⁷ Recess, in: Rechtswörterbuch, begr. von Carl CREIFELDS, hrsg. v. Klaus Weber, 17. neu bearb. Aufl., München 2003, Sp. 1148 f.: Art. „Rezess“: „Vergleich oder Auseinandersetzung, wenn das Ergebnis schriftlich festgehalten wird (z. B. Erbrezess bei der Nachlassteilung).

¹⁸ Hans LITZMANN/Kurt ALAND, Zeitrechnung der römischen Kaiserzeit, des Mittelalters und der Neuzeit für die Jahre 1-2000 nach Christus, Berlin 1956, S. 5.

¹⁹ Johann Christian LÜNIG, Das Teutsche Reichs-Archiv, Pars specialis, Bd. 5, Leipzig 1713, S. 69-71.

²⁰ Ahasvar von BRANDT, Werkzeug des Historikers, 6. Aufl., Stuttgart 1971, S. 97-111.

²¹ Grundlegend Wilfried BARNER, Barockrhetorik, 2. Aufl. Tübingen 2002, S. 155-159.

vorlagen, um ihren Urkunden einen solchen klaren Aufbau zu geben.²²

Die Inhalte der Urkunde sind leichter zu verstehen, wenn die Familienverhältnisse bekannt sind.²³

Stammbaum der Herzöge von Jülich - Kleve- Berg

Sibylle (*1515 †1554) ∞ Johann Friedrich Kfst. von Sachsen	Wilhelm V. der Reiche Hzg. von Jülich-Kleve-Berg (*1516 †1592) ∞ Maria von Habsburg	Anna (†1554) ∞ Heinrich VIII. Kg. von England
---	---	--



<u>Marie Eleonore</u> (*1550 †1608) ∞ Albrecht Friedrich von Preussen ↓ <u>Anna</u> ∞ Kurfürst Joh. Sigismund von Brandenburg (†1619) ↓ Kfst. Georg Wilhelm erhält Kleve- Mark- Ravensberg	<u>Anna</u> (*1552 †1632) ∞ Philipp Ludwig von Pfalz- Neuburg ↓ Wolfgang Wil- helm (†1653) erhält Jülich- Berg & Ravensstein	Magdalena (*1553 †1633) ∞ Johann I. von Pfalz- Zweibrücken ↓ Johann II. erhält nichts	Sibylle (*1557 †1627) ∞ Ehzig. Karl von Burgau	Johann Wil- helm (*1562 †1609) letzter Hzg. von Jülich-Kleve- Berg, Graf von Mark und Ravensberg, Herr von Raven- stein
---	---	--	---	---

²² Siehe dazu: Silio P. P. SCALFATI, Zur Methodologie der Textkritik der diplomatischen Quellen, in: de litteris, manuscriptis, inscriptionibus..., Festschrift Walter KOCH, hrsg. v. Theo KÖTZER u.a., Wien-Köln-Weimar 2007, S. 3-15.

²³ Siehe: http://www.coingallery.de/Varia/_varia_4b_D.htm vom 1.10.2008. Dort ist der gesamte Stammbaum aufgezeichnet.

Der Inhalt des Recess

Die Urkunde besteht aus vier Abschnitten: Intitulatio, Inscriptio, Corroboratio und Datierung.

Im Unterschied zur klassischen mittelalterlichen Urkunde der Invocatio erfolgt zu Beginn des Textes nur eine kurze Beschreibung des Anlasses: „*als nach dotlichem Abganck [...] des Fürsten*“ (Zeile 4-5). Der Fürst starb im März 1609.

2.1 Die Intitulatio formuliert den Rechtsanspruch der anschließend genannten beiden Herrscher auf die Erbfolge des gesamten Territoriums.

Danach folgen gemäß dem klassischen Formenapparat der Urkunde die weiteren Beteiligten, nämlich die Personen, die bei dieser Erbfolge einzubeziehen sind.

Der Text nennt die beiden Aussteller der Urkunde. Zum einen „*Johan Sigesmundte marggraven zu Brandenburg*“ (Zeile 9) und seine „*Gemahlin Anna Marg. Gravin zu Brandenburg*“ (Z.12). Anna ist die Tochter der ältesten Tochter des verstorbenen Herzogs von Jülich, Johann Wilhelm: „*Hochgeborenen Fürstin Maria Leonora, gebohrerer Hertzogin zu Gulich, Cleve und Berge etc. Christmilden gedächtenus, hinterlaßenenn eltisen dochter*“ (Z. 13-14). Damit wird direkt deutlich, dass der Brandenburger den Erbsanspruch seiner Frau damit begründet, dass sie die älteste Tochter seiner zuerst erbberechtigten Schwiegermutter ist.

Zum anderen „*des Wolffganck Wilhelmen Phalts- Grave bey Rhein*“ (Z. 16) „*in Nahmen und von wegen S.f. Gn. Frauw Mutter [...] Annen Phalts-Gravin bey Rhein, gebohrerer Hertzogin zu Gulick, Cleve und Berge*“ (Z. 17-18).

Wolfgang Wilhelm vertritt also den Erbsanspruch seiner Mutter, die eine Tochter des verstorbenen Herzogs ist.

Darauf folgt die „*allgemeine redensartige Begründung ihrer anschließenden Vereinbarung, die Arenga*:²⁴ „*als ihrer beyderseits seligen Bruders [...] nachghelassene Fürstenthumb, Graef und Herrschafften Succession, streyt und Misverstandt ist vorgefallen*.“ (Z. 19-21).

Schließlich folgt die Promulgatio, die Verkündigungsformel: „*indehme das beyde Chur- und Fürstliche theyle sich zu solchem Hertzog Johann Wilhelm hinterlaßenenn Land und leuthen befueght und berechtigt zu sein, praetendiert[in Anspruch genommen] und vorgegeben*“ (Z. 22-24).

Schließlich haben beide sich in „*possession [Besitz] derselben Landen gethan und genaeheret [gebracht]*“ (Z. 24-27).

²⁴ BRANDT, Werkzeug, S. 24.

2.2 Narratio

In der narratio (Erzählung) werden die Umstände berichtet, die zur Formulierung der Vereinbarung in der Urkunde geführt haben.

Beide „Possedierenden“ haben im Vorfeld der Entscheidung an folgende Herrscher „*geschrieben und umb Raht und Asssistens gebeten und angehalten [gefragt]*“ (Z. 39-40), und zwar in dieser Reihenfolge in der Quelle genannt:

- Kurfürst von Brandenburg, Vater von Johann Sigismund von Brandenburg
- Ernst Markgraf von Brandenburg, Bruder Johann Sigismunds
- Fürst Moritz Landgraf von Hessen-Darmstadt
- Fürst Philipp Ludwig Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Vater von Wolfgang Wilhelm von Pfalz- Neuburg

„*In Masse auch die Gulickschen Land-Stende*“ (Z. 40) sind zu den Verhandlungen der „*Excellencie*“ (Z. 41) nach Siegen und Homburg eingeladen worden, diesen Vergleich „*gutlich [freiwillig] an zu nehmen [...] damit die Landen in Ruhe und Frieden verbleiben und alle thaetlycheiten verhütet werden möchten.*“ (Z. 45-46). Außerdem sollten sie zusammen mit den possedierenden Herrschern „*schriftlich so mundtlichen [...] sich zu solcher gutlicher Vergleichung [...] bequemen [bereit finden].*“ (Z. 47-48).

In Siegen haben wohl - das steht aber nicht im Text - nur die Gesandten miteinander verhandelt, jedoch ohne Ergebnis.

Der Landgraf Moritz hatte danach für den 22. Mai 1609 die Gesandten der Stände und den Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm nach Bad Homburg, an einen neutralen Ort, eingeladen. In der Nähe von Homburg hielt sich außerdem der Bruder des Kurfürsten Sigismund von Brandenburg, Markgraf Ernst von Brandenburg, auf. Was wurde an diesem neutralen Ort besprochen?

Wem soll die „*Administration derselben Landen und Leuthe sine vel cum adiunctione [mit oder ohne Zusatzvereinbarung]*“ (Z. 66) übertragen werden? Drei Modelle werden genannt. 1. Einer der Possedierenden überträgt den jetzt regierenden Räten die Verwaltung mit der Bedingung, dass die Rechtsansprüche des andern nicht aufgegeben werden. 2. Die Verwaltung wird alternierend von beiden Possedierenden geleitet. 3. „*Ein herr [soll] die Cantzley zu Cleve doch ungeschlacht [ungeachtet] der Landen Union, Privilegien und seyne Genade pecten [Gnadenerweise] bey wohnen [angehören] und also die regierung derselben Landen bis zur ferner gutlicher Handlungh oder rechtlichen Austragh dieser Sache führen.*“ (Z. 68-71).

Keines dieser Modelle wurde von den Gesandten akzeptiert, so dass Landgraf Moritz von Hessen für den 27. Mai 1609 nach Dortmund einlud, um die Sache „*endtlichen zu resolvieren [lösen]*“. Hier kommentiert Moritz den bisherigen Ablauf als langatmig. Es nahmen „*beyde Fürstlycke Partheyen*“ (Z. 79-80) teil.

2.3 Dispositio

Dieser Abschnitt der Urkunde enthält die Willenserklärung und den materiellen Inhalt der Rechtshandlung. Die konkreten Schritte sind

- 2.3.1 Beide Seiten sollen „*iure familiaritas* [nach Familienrecht] *und als nahe Verwandten und Bludtfreunden miteinander freundlich*“ (Z. 84-85) umgehen.
- 2.3.2 Sie sollen sich zusammensetzen, um „*wieder alle andere Anmassunge* [unberechtigte Ansprüche] *zur erhaltung und defension der lande*“ (Z. 86) zu gelangen.
- 2.3.3 Beide sollen in den nächsten vier Monaten die Rechte der Erben und der „*Unterthanen bestes und mögliches fleisses bedencken befondern und anstellen helfen*“. (Z. 90-91).
- 2.3.4. Beide wollen nach Düsseldorf und Kleve fahren, den Landständen und den Regierungsräten diese zukünftige Vorgehensweise „*zu erkennen geben*“. (Z. 93).
- 2.3.5 Die „*Mittel*“ [Gelder] sollen ihnen von den Ständen „*zugeordnet*“, das heißt übergeben werden. (Z. 94).
- 2.3.6 Die Regierung erhält von den beiden Possidierenden die Befehle „*bis zu andererwerts beßerer Bestellung*“. (Z. 95).
- 2.3.7 Die Possidierenden wollen von den „*Regiments rathen*“ [Regierungsräten], den Ständen und den Untertanen die Huldigung entgegennehmen.
- 2.3.8 Diese sollen dem Herren schwören, der „*hier nechst und inskünfftig unter Chur-Brandenburg und Pfalts-Neuburch der Rechte Erve und Successo*“ (Z. 98-100) des Herzogtums wird.
- 2.3.9 Beide wollen das Begräbnis des Fürsten ausrichten.
- 2.3.10 Beide wollen die Witve des Fürsten „*abfertigen* [einmalig auszahlen]“.
- 2.3.11 Das Archiv soll versiegelt werden.
- 2.3.12 Anträge auf die Übertragung eines Lehens gewähren.
- 2.3.13 Kreis- und Reichstage besuchen lassen.
- 2.3.14 Weitere dringende Aufgaben erledigen.

Danach werden diese vielen Schritte unter einen rechtlichen Vorbehalt gestellt: „*dadurch doch keinem theil aen seynem recht tam in possessio, quam in petitoris* [sowohl den Besitz als auch das Nutzungsrecht bezüglich des Eigentums] *etwas behohmen sonderen / so viel ferners der guth und rechtlichen Austrag der Hauptsachen an langt / beyde theil in dem Standt / wie sie jetzo seyndt / verbleiben / undt kein Theil immittels ihme etwas zur Fortheil / undt den anderen zuer Nachtheil voor sich erlangen / undt hier nechst entziehen* [und hier am günstigsten wegnehmen] / *wie dan auch weniger nicht Phalts Zweibrugge* [Pfalz-Zweibrücken] *undt den Marggraven zu Burgau ihr Recht in alle wegen* [auf jegliche Weise] *vorbehalten, und durch dieser*

Vergleichung nicht praejudicirt [rechtlich vorentschieden] sein oder werden sol.“(Z. 104-111).

2.4 Corroboratio, Beglaubigungen dieser Vereinbarung

Beide Seiten „*mit Handt [mit Handschlag] undt treuwen [Aufrichtigkeit] bey Fürstlichen Ehr und Glauben haben versprochen / solcher Vergleichung stets und fest zu geloben und nach zu kommen / alles ohne gefehrde [betrügerische Absicht]*“. (Z. 112-114).²⁵

2.5 Subscriptiones

Dieser Vergleich wird durch eine genaue Darstellung der Anzahl der gemachten Abschriften und der Art und Weise der Beglaubigung abgeschlossen.

Drei Abschriften sind gemacht worden von dieser Urkunde.

Der Landgraf Moritz von Hessen hat diese Urkunde „*mit eigenen Handen unterzeichnet*“. (Z. 117). Die beiden Fürsten jedoch haben tatsächlich nicht unterzeichnet, sondern - und dies gilt auch als Unterzeichnung - durch ihre Gesandten das Dokument siegeln lassen, mit dem Siegelring. Mit „*Bittschafften becrefftigt und bestettigt*“ (Z. 118) heisst, dass die Gesandten aufgrund ihrer schriftlichen Instruktionen unterzeichnet haben.

Machtwechsel mit Hindernissen

Dieser Rezess enthält in seinen zentralen Aussagen die faktische Inbesitznahme des gesamten Herzogtums Jülich-Kleve-Berg-Mark und Ravensburg sowie der heute in den Niederlanden sich befindenden Enklave Ravenstein durch die beiden Fürsten Johann Sigismund von Brandenburg und Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg. Die Regelung der Nachfolge war aber nur vorläufig bis zur endgültigen juristischen Klärung, weil die Possidierenden die Rechtsansprüche der beiden anderen im Rezess erwähnten Personen, des Fürsten von Pfalz-Zweibrücken, Johann I., und des Markgrafen Karl von Burgau, anerkannt hatten. Sie beruhten auf der Rechtslage, die 1546 schon entstanden war.

Karl V. hatte die weibliche Erbfolge in den Herzogtümern durch Privileg anerkannt. Falls männliche Erben fehlen sollten, sollte die Sukzession an die Söhne der Töchter fallen. Herzog Wilhelm V. von Jülich (1539-1592) suchte an sich das Erbe zugunsten seiner ältesten Tochter Maria Eleonora, Herzogin von Preußen, zu regeln. Die Bestimmungen waren so vage gehalten, dass auch die Ehemänner der drei nächsten

²⁵ ZEDLER, Universal- Lexicon, Bd. 1, Sp. 664 f.: „*alles getreulich und ohne gefehrde: Diese Clausul ist nicht nur [...] bei denen Römern üblich und gebräuchlich gewesen, sondern wird auch heut zu Tage fast allen Instrumenten einverleibt, damit dadurch allem betrug und Gefehrde vorgebeuet werden möchte.*“ Dies ist ein Beispiel für die Übernahme römischrechtlicher Regelungen in die deutsche Rechtssprache und -praxis.

Töchter Ansprüche erheben sollten, zunächst die Herzöge von Pfalz-Neuburg und Pfalz-Zweibrücken, dann aber auch der Markgraf Karl von Burgau, der nicht ganz ebenbürtige Sohn Ferdinands von Tirol aus einer Verbindung mit Philippine Welser. Zugleich war deutlich, dass der einzige Sohn Herzog Wilhelms, der geistesschwache Johann Wilhelm, keine Kinder haben würde.²⁶

Die Hindernisse werden auch genannt, nämlich

1. die Zustimmung der Landstände in Düsseldorf und Kleve
2. die Führung der beiden Regierungen in Düsseldorf und in Kleve, weil das Erbe aus zwei in Personalunion regierten Ländern Jülich-Berg und Kleve-Mark bestand
3. die ausstehende endgültige Regelung der Erbfolge durch einen Herrscher.

Die Lösung sollte, so sieht es die Zusatzvereinbarung im Anschluss an den Dortmunder Vertrag vor, in den folgenden neunzehn Monaten erzielt werden. Sollte eine gütliche Einigung nicht erreicht werden, schlagen beide vor, dass ein aus 12 Reichsfürsten bestehendes Gericht einen endgültigen Kompromiss formulieren soll.²⁷ Auffällig ist, dass nur protestantische Reichsfürsten genannt werden, die aber nicht alle Mitglieder der schon am 14. Mai 1608 gegründeten Liga waren.²⁸

Die Politik des Kaisers

Nicht erwähnt werden in dieser Vereinbarung die beiden mächtigen Gegenspieler der Possedierenden, Kaiser Rudolf II. und der Kurfürst von Sachsen, Christian II. (1591-1611). Dass die in diesem Erbfolgestreit auch involvierten Großmächte Spanien und England sowie die aufstrebende Regionalmacht der Generalstaaten nicht genannt werden, ist klar, weil es sich um einen Vertrag, keine politische Situationsbeschreibung, handelt. Im Hintergrund besaßen auf katholischer Seite der mächtigste katholische Fürst, Maximilian I., Herzog von Bayern, und sein Bruder Ernst, Erzbischof von Köln, Freising und Lüttich, die Macht, die protestantischen Possedierenden in ihre Schranken zu weisen. Der Kaiser vertrat die Position, er habe das Herzogtum als Lehen vergeben. Nach dem Tod des Herzogs als Lehensnehmer falle das Lehen an den Lehensgeber zurück, eine an dem alten, nicht mehr gelebten Lehensrecht orientierte Rechtsauffassung.²⁹

Der Kurfürst von Sachsen als traditionelles Oberhaupt der lutherischen Fürsten sah sich auch als erbberechtigt. Er begründete dieses Recht mit dem von Kaiser Maximi-

²⁶ Volker PRESS, *Kriege und Krisen, Deutschland 1600-1715*, München 1991, S. 103 (Die Neue Deutsche Geschichte, Bd. 5).

²⁷ Johann Christian LÜNIG, *Das Teutsche Reichs-Archiv, Pars specialis*, Bd. 5, Leipzig 1713, S. 71.

²⁸ Volker PRESS, *Kriege*, S. 166 f.

²⁹ Ebda S. 86 f.

lian I. verliehenen alten Privileg, das ihm die Erbfolge sichern sollte.³⁰ Er hoffte auf die Unterstützung durch den Kaiser. Außerdem hätte er seine herausgehobene Stellung als der protestantische Kurfürst in einem Bündnis mit kleineren Territorialherren geschmälert, wenn er sich der seit 1608 gegründeten protestantischen Union angeschlossen hätte, um seine Rechtsansprüche durchzusetzen, weil auf der Ebene der Union keine Rangunterschiede betont wurden.

Die Kaiserstreue des Kurfürsten von Sachsen rührte nicht zuletzt daher, dass Sachsen durch die Wasserstrasse der Elbe³¹ und andere Handelsstraßen³² wirtschaftlich mit dem kaiserlichen Böhmen eng verbunden war.

Spaltung der Regierungsräte und Landstände nach dem Dortmunder Recess

Nach der Unterzeichnung erwarteten die Possedierenden, dass die Stände ihnen huldigen würden, um ihre Rechtsposition zu stärken und als „normale Landesfürsten“ zu gelten. Die eigene Politik im gesamten Herzogtum wollten sie mit Hilfe der mitgebrachten Räte, den bürgerlichen Räten aus den bisherigen Regierungen wie Simonius Ritz von Etgendorf und einigen einheimischen adligen Räten wie Wilhelm von Scheid genannt Weschpfennig gestalten.

Die noch tagenden Landstände konnten sich nicht einigen, sofort zu huldigen, was die Mehrheit der bergischen Vertreter wünschten,³³ oder erst einmal zu beraten, was die Jülicher Ritter mehrheitlich forderten. Die Spaltung wurde offenbar. Die mehrheitlich protestantischen bergischen Adligen sahen sich durch die Erbfolge der beiden Protestanten nicht so gefährdet wie die katholischen Adligen, denn der Augsburger Religionsfriede von 1555 war im gesamten Herzogtum Jülich nicht so umgesetzt worden wie in vielen anderen Territorien des Reiches. Die katholischen Adligen sahen zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass die Gesandten der Possedierenden viel aktiver waren als die des Kaisers, so dass sie offensichtlich keine katholische Macht, auch der Erzbischof von Köln nicht, direkt unterstützte. Die spanischen sowie die auf niederländischer Seite kämpfenden französischen Truppen hatten sich schon vor dem Waffenstillstand mit den niederländischen Generalstaaten am 9. April 1609 in ihre Festungen bei Nimwegen und Grave zurückgezogen, jedoch nicht aufgelöst, weil der Waffenstillstand noch nicht geschlossen worden war. In diesem Machtvakuum konn-

³⁰ Ebda, S. 175.

³¹ Ebda, S. 97.

³² Ferdinand SEIBT, Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre, Bonn 2005, S. 97-126, hier S. 111 über die Straßen von Böhmen nach Sachsen.

³³ Liste der opponierenden bergischen Adligen von Ende Oktober 1609, in: Franz Josef BURGHARDT, Brandenburg und die niederrheinischen Stände 1615-1620, S. 91 f., in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 17 (2007) S. 1-95.

ten die Possedierenden auch ohne Militär politisch frei agieren.³⁴



Abb. 2: Joseph Heintz d. Ä., Kaiser Rudolf II., gemalt 1594

Vorbereitungen der Landstände auf den Landtag vom Juli 1609

Die in Düsseldorf dann eintreffenden Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg und Markgraf Ernst von Brandenburg als Vertreter Sigismunds von Brandenburg luden deshalb am 21. Juni 1609 die Stände für den 2. Juli zu einem Landtag ein. Sie verhielten sich schon wie die Herren des Herzogtums, denn nur der Landesherr allein durfte einladen.³⁵

Die jeweiligen Landstände von Jülich, Berg, Kleve und Mark tagten wie bisher getrennt, um ihre Forderungen an die neuen Fürsten zu formulieren. Die Jülicher trafen sich zur Vorbesprechung im Schloss Hambach, und zwar vom 25. bis 28. Juni 1609. Diesmal waren aber die jülicher „Unterstädte“ wie „Sittard, Gangelt, Heißenberg, Ran-

³⁴ Außenpolitik der Niederlande dargestellt in: Helmut GABEL, Sicherheit und Konfession. Aspekte niederländischer Politik gegenüber Jülich-Berg vor und während des dreißigjährigen Krieges, in: EHRENPREIS, Der Dreißigjährige Krieg, S.132-179.

³⁵ Fritz HARTUNG, Deutsche Verfassungsgeschichte, 9. Aufl., Hannover 1969, S. 85.

den-Rhatt, Linnich, Waßenbergh, Gladbach, Dahlen, Grevenbroich, Geilen=Kirchen, Dülken, Süchteln, Süsteren, Feucht, Coster und Berchem³⁶ durch Abgeordnete vertreten.³⁷ Die Possedierenden hatten diese auch zum Landtag eingeladen, um die bisher sie vertretenden Oberstädte Jülich, Düren, Münstereifel und Euskirchen gegen sie möglicherweise ausspielen zu können, doch die Landstände lehnten ihre Teilnahme ab, was die Possedierenden beim nächsten Landtag nicht mehr dulden wollten: „das gedachte abgeordnete der gemeinen Gülüchischen stetten sich des Rhattgangs vor diesmal enthalten [...], aber inskünftige [...] die Veroerdnung zu thuen, damit sie wieder die gebühr und habende privilegia“ nutzen können.³⁸

Die Landstände formulierten drei Forderungen an die neuen Herrscher:

1. Der künftige Herrscher soll im Land residieren.
2. Bis zur endgültigen Erbfolgeentscheidung soll eine vom Kaiser ernannte „voirmeme Person“ zu allen ihren Beratungen zugezogen werden.
3. Katholische Religion soll geschützt werden.³⁹

Der in Hambach anwesende kaiserliche Gesandte Graf Hans Georg von Hohenzollern trug die politisch-rechtlichen Forderungen des Kaisers vor.⁴⁰ Die Ständevertreter antworteten, solange der Kaiser nur gute Worte für sie habe, könnten sie sich nicht für ihn entscheiden.

Haltung der Oberstädte

Oberstadt	Haltung
Düren	Katholisch sind im Rat der Stadt Schöffen und Alt-räte, protestantisch einige Zunftmeister ⁴¹
Jülich	Festung Jülich befindet sich in der Hand des kaisertreuen Amtmanns Johann von Reuschenberg
Münstereifel	Katholisch und kaisertreu; nahe zu den spanischen Niederlanden sowie dem Erzbistum Trier
Euskirchen	Katholisch und kaisertreu, umgeben von Territorien

³⁶ „Fürstliches Reversale, indem das Recht der Unterstädte des Herzogtums Jülich, auf dem Landtag zu erscheinen, anerkannt wird. 22.7.1609“, abgedruckt in: Heinrich Maria KRUECKEMEYER, Die Stadt Linnich. Ein Beitrag zur deutschen Rechtsgeschichte, ND (Linnich 1897), Jülich 1999 (Forum Jülicher Geschichte, Bd. 29), S. 75-77.

³⁷ Nideggen fehlte, weil es als arme Stadt sich nicht einen Vertreter leisten wollte; GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 190, Anm. 1; KELLER, S.143, Anm. 4.

³⁸ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 190; KRUECKEMEYER, Linnich, S. 76.

³⁹ GOLDSCHMIDT, Landstände, ebda.

⁴⁰ Ernst von SCHAUMBURG, Der jülich-clevische Erbfolgestreit und die Belagerung von Jülich vom 28. Juli bis 2. September 1610, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 1 (1879), S. 286-370, hier S. 308.

⁴¹ WALZ, Stände, S. 220 f.

des Erzbischofs von Köln⁴²

Ritterschaft in der Umgebung katholisch, Minderheit
reformatorisch gesinnt⁴³

Der Landtag im Juli 1609

Die Beratungen auf dem anschließenden Landtag in Düsseldorf ab 3. Juli 1609 verliefen teilweise stürmisch, weil kaisertreue Adlige auf die beiden Possedierenden und deren adlige Anhänger trafen. Außerdem fehlten auf „kaisertreuer“ Seite einzelne Adlige wie Johann von Reuschenberg und Schenkern. Die Beratungen zogen sich lange hin, denn die bisherigen Maßnahmen des kaiserlichen Kommissars⁴⁴ und die kaiserlichen Mandate⁴⁵ wurden besprochen. Der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm forderte ein Ende dieser Debatte: die ändern sollen „nitt difficultiren (Schwierigkeiten machen) sondern ihm alsbaltt draußen accomodiren“.⁴⁶

Die Gegensätze blieben bestehen, so dass von den jülich-bergischen Landständen 50 den Possedierenden huldigten:

„Dataf sind beide [...] Fürsten in das Nebengemach gängen und hat hierauf der Graf von Schwartzberg mit ungefehrlich 22 Gülichschen von Adel, darunter der Erbmarschalk mitgewesen, ingleichen der Graf von Bruch mit 26 Bergischen vom Adel und allen bergischen Städte Abgeordneten gefolgt und Ihren Fürstlichen Gnaden Handgelöbniß gethan. Die meisten Dissentierenden, datunter alle Rätthe und Beamten, hätten Güter im geldrischen; man verhandele weiter mit ihnen.“⁴⁷

Während die bergischen Ritter „in votis“ gleich gewesen [Stimmgleichheit]⁴⁸ und die bergischen Städte „allerseits“ die Possedierenden anerkannten, teilten sich die jülichen Stände auf: Die Mehrheit der Jülicher Ritterschaft und der Oberstädte huldigte nicht, „weil sie unter dem Einfluß der kaiserlichen Kommissare und der Drohungen von soeben angelangten Gesandten des Markgrafen von Burgau“⁴⁹ standen, aber auch, weil sie ihre in Hambach bei Jülich formulierten Forderungen komplett erfüllt sehen wollten. Der Markgraf von Burgau galt für die mit den Jülicher Landstän-

⁴² Irmgard HANTSCHKE, Atlas zur Geschichte des Niederrheins (Schriftenreihe der Niederrhein-Akademie 4), 5. rev. Aufl., Essen 2004, S. 91.

⁴³ Hans KISKY, Burgen, Schlösser und Hofesfesten im Kreise Euskirchen, Siegburg o. J., (Veröffentlichungen des Vereins der Geschichts- und Heimatfreunde des Kreises Euskirchen, A-Reihe, Heft 6) S. 70.

⁴⁴ Landtagsprotokoll vom 24.7.1609, HSTA Düsseldorf, Jülicher Landstände 29, Blatt 119.

⁴⁵ Ebda, Blatt 122.

⁴⁶ Ebda, Blatt 123.

⁴⁷ Bericht des Bevollmächtigten von Hessen-Kassel, Otto von Starschedel, an den Landgrafen Moritz, Düsseldorf 18.7.1609, in: KELLER, S. 142. Der Erbmarschall Huyn von Amsterrade wird nicht gehuldigt haben; er gehört zum Kern der kaisertreuen Regierungsräte.

⁴⁸ Ebda.

⁴⁹ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 196.

den eng verbundenen Düsseldorfer Regierungsräte als ihr Kandidat für die Erbfolge. Der päpstliche Gesandte Kardinal Paravicino schrieb am 29. November 1608 an Kaiser Rudolf II., Karl solle mit Hilfe der Stände und des Königs von Spanien als Erbe aufgebaut werden. Der Kaiser stimmte diesem Vorschlag jedoch nicht zu. Im Dortmunder Vertrag hatten die Possedierenden seine Rechte auch erwähnt. Schließlich war er der einzige katholische Kandidat.⁵⁰ Von dieser Initiative zugunsten Karls rührte auch die in den Quellen häufig genannte Unterstellung, die kaisertreuen Räte und Landstände seien Anhänger der spanischen Monarchie. Karl von Burgau spielte jedoch später im Lauf des Jahres 1609 keine Rolle mehr, weil es ihm an Macht fehlte, seine Ansprüche durchzusetzen.

Außerdem hatte Kaiser Rudolf II. am 7. Juli 1609 in einem Mandat erklärt, der Dortmunder Vertrag sei „*an sich selbst null und nichtig*“.⁵¹

Die Possedierenden hielten den Landtagsabschied für entscheidend, denn nur er legitimierte ihre gemeinsame Herrschaft über das Herzogtum. Der Dortmunder Recess brachte Früchte.

Die kaiserlichen Gesandten, katholische Adlige und kurkölnische Räte sahen in dieser Huldigung von großen Teilen der Landstände und der Wirkungslosigkeit des kaiserlichen Mandates einen großen Erfolg der Possedierenden. Der kaiserliche Kommissar Reichard von Schönberg schrieb an den kaiserlichen geheimen Rat Leopold von Stralendorf: „*die stende haben allen gewalt aus iren heden gegeben, und wirt alles durch die fürsten versehen*“.⁵²

Der Adlige Johann von Baexen schrieb seinem Bruder Werner am 15. Juli, er habe „*weniger als garnigts verricht, so dass das land in andere gewalt gestellet*“.⁵³ Die kurkölnischen Rechtsgelehrten formulierten politisch zutreffend: „*Auf alle Fälle ist eine [erneute] Landtagsberufung durch die [possedierenden] Fürsten zu verhindern. Denn compariren die Stände, so bringen sie die Regierung völlig an sich, da hier die Beschlüsse auch für die Abwesenden gelten*“.⁵⁴

Die Possedierenden agierten außerdem sehr geschickt und gewährten den ablehnenden Ständen am 21. Juli 1609 in einem Revers weitgehende Rechte:

⁵⁰ Franz REINDL, *Der Anfang des Streits über die Jülicher Erbfolge*, München 1896, S. 37. Brief des Kardinals in: BuA 6, S. 547.

⁵¹ KELLER, S. 137: Mandat des Kaisers an Markgraf Ernst und Wolfgang Wilhelm, Prag, 7.7.1609; Bedeutung hervorgehoben durch Heinz OLLMANN-KÖSLING, *Der Erbfolgestreit um Jülich-Kleve (1609-1614). Ein Vorspiel zum Dreißigjährigen Krieg*, Regensburg 1996, S. 78.

⁵² BuA 2, S. 538.

⁵³ Johann von Baexen an Werner von Baexen am 15. Juli von seinem Haus in Effeld, gelegen vor Roermond an der Grenze zum spanischen Oberquartier Geldern, abgedruckt in: GOLDSCHMIDT, *Landstände*, S. 220 f. Werner von Baexen stand in Diensten der spanischen Niederlande.

⁵⁴ BuA 2, S.36; Gutachten vom 29.8.1609.

- Die Fürsten „*bekennen hiermit [...] die Catholische Römische wie auch andere christliche religion [...] an einem jeden Ort öffentlich zu üben und zugebrauchen, zuzulassen, zu continuiren [in Besitz halten] und zu manutenerien [die Rechtsstellung schützen],⁵⁵ item, die adeliche Hoffämpter, alle Rätthe und Cantzeley-besetzung und andere Amptsbedienungen durch landseßige, qualificirte und nicht frembde, [...] alten herkommen nach zu besetzen*“.⁵⁶
- „*Stifte, Klöster und alle andere Collegien ebener gestalt durch Landeseßige besetzt, in esse gelassen*“⁵⁷
- Schutz gegen feindliche Übergriffe⁵⁸

Wie argumentierte die nicht akkomodierende Jülicher Ritterschaft? Als die bergischen Landstände huldigen wollten, protestierten sie dagegen und wollten den Landtag verlassen. Damit beabsichtigten sie, einen endgültigen Landtagsabschied zu vermeiden, der auch sie gebunden hätte. Zwar besaßen die Vertreter „*das Recht zum beliebigen Verlassen des Landtags*“,⁵⁹ dennoch folgte daraus, dass die „*Abwesenheit den Verlust des Rechts nach sich zog, gegen die auf dem Landtag gefassten Beschlüsse Einspruch zu erheben*“.⁶⁰

Der Pfalzgraf beendete die Diskussion auf dem Landtag in Düsseldorf, indem er das Handgelöbnis forderte.⁶¹

Liste bedeutender Jülicher Ritter, die gehuldigt haben.⁶²

Name	Amt, Dienste	Familienbesitz
Hurt von Schöneck	Erbmarschall	Mitbesitzer der beiden halben Domhöfe zu Eschweiler, Gut Esch bei Bergheim

⁵⁵ Deutsches Rechtswörterbuch, Internet: <http://drw-www.adw.uni-heidelberg.de/drw/lund>; KELLER, S. 144; RITTER, Deutsche Geschichte, Bd. 2., S. 289. Die Landstände forderten seit 1577, dass die Landesbeamten aufhören sollten, wider „*gottes wort die gewissen beschwerden zu wollen*“, in: Wilhelm JANSSEN: „*Gute Ordnung*“ als Element der Kirchenpolitik, in: Jülich-Kleve-Berg, in: Rheinische Vierteljahresblätter 61 (1994), S. 161-174, hier: S. 172.

⁵⁶ KELLER, ebda; so genanntes Indigenat, das ist die Bevorzugung von Einheimischen bei der Ämterbesetzung.

⁵⁷ Ebda.

⁵⁸ Ebda, siehe auch: GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 196.

⁵⁹ WALZ, Stände, S. 59.

⁶⁰ Ebda.

⁶¹ Deutsches Rechtswörterbuch, Art Handgelöbnis: „*Gelöbnis oder Versicherung mit bestimmter Handgebärde oder Handschlag, schwächer als der Eid, auch Vorstufe zu ihm*, in: <http://www.rzuser.uni-heidelberg.de/~cd2/drw/e/ha/ndge/lobn/handgelobnis.htm>.

⁶² Goldschmidt bezeichnet diese als den Fürsten geneigte Jülicher Ritter. Liste beruht auf Angaben von GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 192, und SCHAUMBURG, Belagerung, S. 312.

Werner von Palant	Oberst der brandenburgischen Armee	Familienbesitz in Coulembourg in der Nähe Utrechts, außerdem im gesamten Herzogtum und außerhalb; Bachem, Frechen, Weisweiler,
Carsilius von Palant	Amtmann in Brüggen	Haus Bredenbent; Familie Palant besaß allein im Herzogtum „ <i>zwanzig Haupthäuser</i> “ ⁶³
Adam von Schwarzenberg	Brandenburgische Dienste	Linnich, Bungart (Kreis Aachen-Land)
Adam Luther von Quadt zu Beek	Gesandter der ehemaligen Räte	Beek, Kreis Heinsberg; Teil von Kühlseggen
Damian Luther Quadt von Landskron		Flamersheim bei Euskirchen, Tomberg und Meyl ⁶⁴
Wilhelm von Hall		Disternich; Ophoven
Johann von Mangelmann		Lürich, Kreuzberg im Amt Angermund
Hans Dietrich von Ahr	Amtmann von Heinsberg	Horrich, Selfkantkreis; Patern bei Aldenhoven; Zieverich
Wilhelm Drimborn zu Dürwiß	Im Dienst der Possidierenden im August in Bergheim	Dreiborn bei Nideggen
Herr von Mülstroe (möglich Gotthard von Olmissen genannt Mülstroe)		Haus Hall bei Ratheim, Kreuzberg im Amt Angermund (Nachfolger des Johann von Mangelmann)

Deutlich wird aus dieser Aufstellung, dass der Besitz der Familien weit verstreut war. Einzelne standen in brandenburgischen Diensten. Die große Familie Palant dominierte mit ihren 20 festen Häusern und mindestens 8 landtagsfähigen Rittersitzen. In Coulembourg bei Utrecht in den Generalstaaten regierte das Oberhaupt der großen adligen Familie Palant, Floris II. (1571-1639), die Herrschaft Coulembourg nahe Utrecht von seinem dortigen Schloss aus.⁶⁵ Die Palants, Mülstroe und Quadt waren seit Jahrzehnten Anhänger der reformierten Glaubens.

Außerdem bildeten Adlige, die sich als „*Patrioten*“ bezeichneten und von Otto von Bylandt-Rheydt (hier nicht erwähnt, weil schon seit 1598 in brandenburgischen Diensten) bis zu seinem Tod 1608 geführt, sowie Schwarzenberg und Palant schon seit *einigen Jahren eine protestantische Fürstenopposition* gegen die von katholischen Räten dominierten Regierungen in Düsseldorf und Kleve. In Berg besaßen Wilhelm von Scheid genannt Weschpfennig und von Ketteler sehr großen Einfluss bei den

⁶³ KELLER, S. 128.

⁶⁴ Hans KISKY, Schlösser, S. 114.

⁶⁵ Walther BIENERT, Ursprung und Frühgeschichte der evangelischen Kirchengemeinde Frechen (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins, 19), Köln 1957, S. 53.

bergischen Rittern.⁶⁶ Johann VI. von Nassau hatte schon 1595 den reformierten Gemeinden in Hamm, Unna und an anderen Orten einen Prediger besorgt. Er organisierte unermüdlich, so dass auch die Fürsten Christian von Anhalt, Moritz von Oranien und später Moritz Landgraf von Hessen die Possedierenden unterstützten. Aber: Er hatte schon 1602 „*entgegen den Bestimmungen der Goldenen Bulle, nicht den Pfalzgraf Philipp Ludwig*“ von Pfalz-Neuburg, sondern den Bruder des Pfälzer Kurfürsten Friedrich IV, Johann I. von Zweibrücken, als seinen Erben bevorzugt. Philipp und sein Sohn Wolfgang Wilhelm blieben deswegen auf Distanz zu der Kurpfälzer Politik im Reich und auch im Herzogtum Jülich-Kleve-Berg im Jahr 1609.⁶⁷ Johann VI. trieb auch die Unterstützung der protestantischen Union für die Possedierenden voran, weil er schon am 2. Juli 1609 in einem Brief an den Landgrafen Moritz erkannte hatte, dass die im Dortmunder Recess festgelegte Regelung erhalten bleiben könne. Seine Lösung sah vor, dass die Landstände, der Kurfürst von Brandenburg und Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg in Wesel oder Dortmund persönlich eine „*gütliche Handlung wegen der Landstände, welche in allwege in loco sein müssten*“, erzielen sollten. Die Teilnehmer hätten die „*reputation*“⁶⁸, die er für nötig hielt, um zu einem Ergebnis zu kommen. Johann VI. hatte erkannt, dass die Brandenburger und die Neuburger nicht fähig waren, sich, wie die nicht akkomodierenden Landstände wünschten, auf einen Erben zu „*vergleichen*“.

Johann hatte schon am 14. Mai 1609 aus Siegen dem Großhofmeister in Heidelberg, Hans Albrecht von Solms, die europapolitische Bedeutung des Erbfolgestreits dargelegt: „*Durch eine Erwerbung Spaniens würden nicht allein die Niederlande ganz von Deutschland abgesonder und die spanische Grenze desto weiter extendirt [vorgeschoben], sondern auch das Evangelium nun ganz und zumal ausgerottet und viele hundert vornehme adlige Geschlechter in ewige Servitut gebracht, wo nicht gar mit der zeit vertilgt werden.*“

Die nassauische Politik diente der Erhaltung der oranischen Dynastie. Durch einen spanisch beherrschten Erben würde die eigene Religion und der Adel zusammen vernichtet. Solms sollte an die von aufständischen Niederländern propagierte „*leyenda negra*“ erinnert werden, die behauptete: 1. Der spanische Nationalcharakter ist sittlich und moralisch verderbt, und 2. Spanien strebt nach der Universalmonarchie.

Reginaldus Monatus Schrift „*Sanctae Inquisitionis Hispanicae Artes*“ erschien zuerst in Heidelberg 1567 und „*belegte*“ diese schwarze Legende anhand der Inquisitionsmethoden.⁶⁹

⁶⁶ Franz Josef BURGHARDT, Brandenburg, S. 9, Anm. 33. In Berg hatten Dr. Gottfried von Steinen und er sich als Räte den Possedierenden angeschlossen.

⁶⁷ Franz PETRI, Im Zeitalter der Glaubenskämpfe (1500-1648), in: Ders. u. Franz DROEGE (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 2, Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 1-218, hier S. 118.

⁶⁸ Brief an Landgraf Moritz vom 2.7.1609, in: KELLER, S. 132-136, hier: S. 134.

⁶⁹ KELLER, S. 113; zur Legende Johannes ARNDT, Der spanisch-niederländische Krieg in der deutschsprachigen Publizistik, in: Horst LADEMACHER, Simon GROENVELD (Hrsg.), Krieg und

Die Patrioten forderten ihre adligen und bürgerlichen Anhänger im Herzogtum auf, „*teutsche libertät*“ gegen „*spanische servitut*“ zu verteidigen.

Liste bedeutender Adliger, die nicht gehuldigt haben

Die nicht „*akkommodierenden*“ jülicher Räte, Amtleute und Landstände sind ebenfalls weitgehend bekannt, denn sie trafen sich nach der Abreise vom Landtag am 6. August mit dem Vertreter des Kaisers, Erzherzog Leopold, in Jülich.⁷⁰

Werner Huyn von Amstenrath, der Marschall, Amtmann zu Brüggem, leitete die Sitzung der Jülicher Landstände und besaß Güter in Hauffen bei Jülich sowie das Kastell Amstenrath bei Eynatten.⁷¹ Das Kastell Amstenrade wurde 1574 von Truppen Wilhelm von Oraniens geplündert und 1581 von spanischen Truppen zurück erobert.⁷² Er galt als Vertreter spanischer Interessen im Herzogtum, weil er sich häufiger am Brüsseler Hof Erzherzog Alberts aufhielt.⁷³ Edmond Huyn von Amstenrath (Aachen 1567-Alden Biesen 1636) übernahm 1606 von seinem Neffen Heinrich von Reuschenberg die dem deutschen Orden gehörende Landkommandantur Alden Biesen bei Bilzen.⁷⁴ Heinrich von Reuschenberg hatte die seit 1587 gebaute Kapelle, ein Hospital, Scheunen und Stallungen bezahlt. Amstenrath führte die von Reuschenberg schon 1597 gegründete Stiftung Jungenbiesen in Köln. Sie diente als Unterkunft für 12 Stipendiaten der Laurentianerburse an der Universität Köln. Die der Ballei Koblenz zugehörige Kommende Siersdorf bei Jülich leitete von 1591 bis 1623 Edmund von Reuschenberg.⁷⁵ Er gründete eine Stiftung für die Pfarrei und baute ein Armenstift. Die armen Empfänger der Brotzuteilungen aus den Dörfern Siersdorf und Setterich mussten am Freitag an der Messe teilnehmen und die Predigt hören. Die Ordensmitglieder hingegen bekamen während der Messe ein Präsenzgeld und mindestens zwei Maß Wein.⁷⁶

Werner von den Bongart der Jüngere war Amtmann des Amtes Bergheim bis 1610 und Rat in der Düsseldorfer Regierung⁷⁷ und wurde von Werner von Palant im Mai 1609 als Anhänger Neuburgs bezeichnet.⁷⁸

Kultur, Münster 1988, S. 401-420, hier S. 411-415; zur „*Teutschen Libertät*“ Georg SCHMIDT, Art. Reich, Reichsidee II., in: Theologische Realenzyklopädie, hrsg. v. Gerhard KRAUSE u.a., Bd. 28, Berlin 1977, S. 450-457.

⁷⁰ Namen nach GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 203.

⁷¹ Burgen und Festungen in der Euregio Maas-Rhein, Eupen 2002, S. 211.

⁷² www.absolute-facts.nl/kastelen.

⁷³ Werner von Palant behauptet dies in einem Schreiben an den Kurfürsten von Brandenburg im Mai 1609; GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 180.

⁷⁴ Burgen und Festungen in der Euregio Maas-Rhein, S. 211.

⁷⁵ Conrad Doose (Hrsg.), Die Deutschordenskommende Siersdorf, 2. Aufl. Jülich 2002, S. 24.

⁷⁶ Hans Georg MOLITOR, Das Erzbistum Köln im Zeitalter der Glaubenskämpfe (Geschichte des Erzbistums.3), Köln 2008, S. 564.

⁷⁷ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 180.

Seine Familie besaß Güter in Paffendorf, Heiden bei Aachen und die Herrlichkeit Wijnandsrade in den spanischen Niederlanden, Provinz Limburg, Gemeinde Nuth sowie in Elsen, Mülheim und Oedigkoven.⁷⁹ Werner van den Bongart d. J. heiratete 1597 Adda von Vlodorp „*iuxta concilium Tridentinum*“, das heißt vor einem katholischen Pfarrer.⁸⁰ Wilhelm van den Bongart zu Heiden und das Stift zu unserer lieben Frau in Aachen erzielten am 3.10.1609 einen Vergleich, der vom Jülicher Rat Bernhard zu Pütz, Syndikus des niederländisch-westfälischen Kreises, vermittelt wurde.⁸¹

Die Herrlichkeit Wijnandsrade erhielt die Familie zu Lehen durch den Herrn von Valkenburg. Der Besitz umfasste mehrere Dörfer samt dazugehörendem Grundbesitz. Am 29. Mai 1600 wird Werner von Orsbeck nach dem Tod Werner van den Bongart d. Ä. mit der Herrlichkeit Wijnandsrade belehnt.⁸²

Christoph von Rolshausen war Amtmann zu Monschau und in Vianden, Herzogtum Luxemburg. Werner von Palant bezeichnete ihn im Mai 1609 als Anhänger Brandenburgs.⁸³ Seine Familie besaß Güter in Törnich, in der Grafschaft Solms bei Weilburg, Anteil an der Stadt Allendorf an der Lahn und im luxemburgischen St. Vith und Büttgenbach.⁸⁴

Johann Wilhelm Spies war Amtmann zu Wilhelmstein,⁸⁵ Rat in der Düsseldorfer Regierung und wurde von Werner von Palant im Mai 1609 als Anhänger Neuburgs bezeichnet.⁸⁶ Er besaß ein landtagsfähiges Rittergut für das Herzogtum Jülich, das Haus Motzenborn bei Düren, und das Haus Loersfeld,⁸⁷ außerdem ein landtagsfähiges Rittergut im Amt Haardt für das Erzbistum Köln.⁸⁸ Er heiratete 1598 Margaretha Raitz von Frentz.⁸⁹ Margarethes Bruder Arnold I. Raitz von Frentz war kurkölnischer Marschall und Amtmann und Rat in Bonn.⁹⁰

⁷⁸ Ebda.

⁷⁹ Deduktion des Buches von Alphons Toletani, *Sermones in Parabolis Evangelicas*, Köln 1612, Titelseite, für Adolph van den Bongart.

⁸⁰ Gisbert DREWS, *Quellen zur Geschichte von Bergheim/Erft*, Bedburg 1960, S. 77.

⁸¹ Ebda.

⁸² P. G. PEETERS, *Korte schets der geschiedenis van den Valkenburgsche Heerlijkheid Wijnandsrade*, in: *Publications de la Societe Historique dans le Limburg* 23 (1886), S. 362-440, hier S. 376.

⁸³ GOLDSCHMIDT, *Landstände*, S. 224.

⁸⁴ Kurt FAGNOUL, *Christoph von Rolshausen, Herr zu Törnich*, in: *Kerpener Köpfe*, Bd. IV, S. 39-41; Er war verheiratet mit Katharina von Palant (!) zu Wachendorf, S. 370 f.

⁸⁵ GOLDSCHMIDT, *Landstände*, S. 224.

⁸⁶ Ebda.

⁸⁷ Hans KISKY, *Schlösser und Herrensitze im Rheinland*, Frankfurt/Main 1960, S. 86 f.

⁸⁸ Ferdinand WALTER, *Das alte Erzstift und die Reichsstadt Cölln*, Bonn 1886, S. 71.

⁸⁹ Lutz JANSEN, *Schlenderhan. Geschichte und Kunstgeschichte eines rheinischen Adelssitzes*, Bergheim 1996, S. 72.

⁹⁰ Ebda.

Eremund von Orsbeck war Rat in der Düsseldorfener Regierung⁹¹ und galt in Augen des Werner von Palant als Anhänger des Kaisers.⁹² Dennoch informierte er in einem Schreiben vom 30. Juli die Possidierenden über die Lage in mehreren Amtshäusern im Herzogtum.⁹³ Er besaß das Rittergut Großvernich sowie die Burgen in Efferen und Merzenich.⁹⁴ Orsbecks Familie gehörte außerdem ein Stammhaus in Köln am Holzmarkt.⁹⁵ Zur Familie zählte auch ein nicht akkommodierender bergischer Amtmann Orsbeck.⁹⁶ Orsbecks saßen auch in den Domkapiteln von Münster und Speyer. Eremund von Orsbeck besaß auch Kontakte zum Hof Heinrichs IV., denn dessen Übersetzer Cesar Oudin widmete ihm seine spanische Grammatik, verfasst speziell für den Unterricht deutscher Adliger.⁹⁷ Engelbert von Orsbeck war Amtmann in Sinzig und Remagen und Präfekt in Neuenahr, so dass er im Landtag des Erzbistums Köln saß.⁹⁸ Der Familienzweig der Orsbeck zu Ollbrück und Raitz von Frenz zu Frenz besaßen gemeinsam Güter an der unteren Mosel und auf dem Hunsrück.⁹⁹

Lutger von Winkelhausen besaß Güter in Winkelhausen, die Burg Kalkum, Haus Morp bei Erkrath und die limburgische Herrschaft Mierlo in den spanischen Niederlanden. Ein bergischer Amtmann Winkelhausen hatte ebenfalls nicht akkommodiert.¹⁰⁰ Er war verheiratet mit Johanna von Hövelich aus der Familie des kurkölnischen Gesandten Johann von Hövelich. Winkelhausen war in Jülich und Kurköln aufgeschworen.¹⁰¹ Er hat am Ehevertrag zwischen Reinhardt Hugenputt und Anna Raitz von Frenz mitgewirkt.

Wilhelm von Hatzfeld gehörte zu der im gesamten deutschen Reich vertretenen adeligen Großfamilie. Sie besaß Güter in Hessen, Thüringen, Schlesien, in Lüttich und Stablo, in Luxemburg und in Weisweiler. Ein Mitglied der Familie gehörte dem Domkapitel 1611 in Münster an.¹⁰² Die Familie besaß auch einen Rittersitz in Friesheim in

⁹¹ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 180.

⁹² Ebda.

⁹³ Ebda S. 203, Anm. 2.

⁹⁴ A. FAHNE, Geschichte der Kölnischen, Jülichischen und Bergischen Geschlechter in Stammtafeln, Wappen, Siegeln und Urkunden, 2 Theile, ND Osnabrück (Köln-Bonn 1848-1853), 1965, Theil II, S. XII.

⁹⁵ Franz SCHORN, Johann Hugo von Orsbeck. Ein rheinischer Kirchenfürst der Barockzeit, Köln 1976, S. 14 f.

⁹⁶ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 206, Anm.1.

⁹⁷ Sylvain AUROUX, History of the language sciences, Berlin 2000, S. 721; Cesar OUDIN, Grammatica Hispanica, Köln 1607: „Antiqua generis nobilitate ... strenuo viro, Eremundo ab Orsbeck.

⁹⁸ Dedikation in P. A. IANSONIO (Pseudonym für Michael von Isselt, Mercurio Gallobelgici), Köln 1608.

⁹⁹ Lutz JANSEN, Schloß Frens. Beiträge zur Kulturgeschichte eines Adelssitzes an der Erft, Bergheim 2008, S. 237.

¹⁰⁰ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 206, Anm.

¹⁰¹ Hans KISKY, Schlösser und Herrensitze im Rheinland, S. 64.

¹⁰² KELLER, S. 379.

Kurköln mit 223 Morgen Land,¹⁰³ die Burg Graurheindorf bei Bonn seit 1600¹⁰⁴ und stellte einen Amtmann im bergischen Merten.¹⁰⁵ Schließlich erhielt Hermann von Hatzfeld-Wetter Amt und Herrschaft Schönstein 1589 vom Kölner Erzbischof zum erblichen Lehen. Die Linie Hatzfeld-Wildenburg gehörte seit der Mitte des 16. Jahrhunderts zur rheinischen Reichsritterschaft.¹⁰⁶

Johann von der Hövelich zu Lohmar hatte Besitz im Herzogtum Kleve, die adligen Häuser in Bimmen und Hengmeng bei Keeken.¹⁰⁷ Er war kurkölnischer Amtmann zu Hülchrath¹⁰⁸ und kurkölnischer Marschall.¹⁰⁹ Als jülicher Gesandter in Arnberg beim Erzbischof von Köln am 5. November 1608 sprachen er, Arnold Prom genannt Aldenhoven und Vizekanzler Bernhard Pütz mit dem Sekretär des Kaisers, Andreas Hannewald, und luden ihn „*dringendst nach Düsseldorf*“ ein.¹¹⁰ Seit dem 21. September 1606 war er Oberst im Dienst des Herzogs Maximilian I. von Bayern.¹¹¹

Bernhard zum Pütz oder auch Putz geschrieben, war Lizentiat und Vizekanzler der Jülicher Regierung. Bürgerliche Juristen wurden für dieses Amt ausgewählt. Er entstammte einer Kölner Familie und war Syndikus des niederländisch-westfälischen Kreises.¹¹² Pütz nahm als Gesandter Jülichs am Reichstag 1608 teil.¹¹³ Im Schreiben des hessischen Gesandten Sebastian von Kotteritz an den Landgrafen Moritz von Hessen am 9. April 1609 charakterisiert er Pütz: „*Zu den vornehmsten Räten, die sich der Regierung besonders annähmen, gehörten der jülicher Kanzler Pütz, der clevische kanzler [...] sie seien alle katholisch.*“¹¹⁴

Dr. Arnold Prom genannt Aldenhoven wurde als Gesandter der jülich-bergischen Landstände am 11. April 1609 zu den in Dinslaken tagenden klevisch-märkischen Landständen geschickt. Er sollte ihnen sagen, dass die jülicher Stände „*dem Kaiser dank für seine Resolution sagen und ferner die hand bei den Fürstenthüern halte*“.¹¹⁵ Er besaß drei Häuser in Bonn.¹¹⁶

¹⁰³ Jens FRIEDHOFF, Die Familie von Hatzfeld, Düsseldorf 2004, S. 57.

¹⁰⁴ Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt 1597-1794, hrsg. von Dietrich HÖROLDT, Bonn 1988, S. 55 (Geschichte der Stadt Bonn 3).

¹⁰⁵ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 206, Anm.

¹⁰⁶ Jens FRIEDHOFF, Hatzfeld, Register.

¹⁰⁷ www.Members.chello.nl/g.vbenthem/Hatgericht.htm.

¹⁰⁸ Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, S. 99.

¹⁰⁹ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 203.

¹¹⁰ BuA 6, S. 501.

¹¹¹ Ebda, S. 6.

¹¹² DREWS, Quellen, S. 77

¹¹³ BuA 6, S. 292. Pütz hatte auch schon in den Jahren vorher an Gesandtschaften teilgenommen.

¹¹⁴ KELLER, S. 97.

¹¹⁵ Ebda, S. 99.

¹¹⁶ Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, S. 99

Der Brüsseler Gesandte Peter de Vischere charakterisierte Aldenhoven 1608 als „*nicht allein einen gelehrten, erfahrenen, verstendigen, sondern auch einen aufrechten, from catholischen man [...] erbeut sich, wann er wieder zu Cölln kumbt, mit mir [...] zu correspondirn*“.¹¹⁷

Außerdem gehörten die Adligen zur Gruppe dazu, die in kaiserlichen Diensten standen, Erzherzog Leopold und dem Erzherzog Albrecht in Brüssel als Gesandte dienten; schließlich diejenigen, die in Geilenkirchen am 24. September 1609 sich versammelten, um einen Krieg zwischen den kaiserlichen Truppen Leopolds und den der Possedierenden zu verhindern.

Johann VII. von Reuschenberg war der bekannteste unter ihnen. Er hatte beim Einzug Wolfgang Wilhelms in Düsseldorf die Stadt fluchtartig verlassen und die Festung Jülich Ende Juli Erzherzog Leopold übergeben. Er lebte dort die meiste Zeit. Die Familie Reuschenberg besaß Güter in Setterich und Jülich sowie in und um Elsdorf.¹¹⁸ Heinrich von Reuschenberg hatte die Kommende Aldenbiesen ausgebaut, aber auch 1602 einen Gutshof bei Elsdorf, der bis heute Kommandeursburg heisst.¹¹⁹ Johann besaß auch seit 1587 Burg Holtrop als Lehen¹²⁰ und Haus Desdorf; er war also ein bedeutender Adliger aus der Region.¹²¹

Der Jülicher Kanzler **Johann Raitz zu Frentz** hatte sich auch den Gegnern der Possedierenden angeschlossen. Er war außerdem Domherr in Speyer und Lüttich. Erwähnt wird er in einer Quelle am 11. Mai 1609: „*Die katholischen vornehmsten Räte bemühen sich sehr für dasselbe (ein Interim), besonders der Kanzler, Marschall und die vom Koadjutor von Köln, die Stadt Köln und dem dortigen Nuntius angefeuerte Clerisei*.“¹²² Im November trat er bei den Verhandlungen der Landstände in Köln mit Erzherzog Leopold und den Gesandten Brandenburgs auf. 1613 vertrat er Kurköln auf dem Regensburger Reichstag.¹²³ Die Familie von Frentz war um 1600 weit verzweigt, somit auch der Besitz weit verstreut, insbesondere auf jülicher und kurkölnischer Gebiet.¹²⁴

¹¹⁷ BuA 6, S. 292.

¹¹⁸ Manfred JUNGGEBURTH/Christoph HOISCHEN, Reuschenberg. Rittergut und Adelssitz in Bildern und Texten, Bedburg 2000, S. 42.

¹¹⁹ Ebda, S. 38.

¹²⁰ Wilhelm PIEPERS, Burg Holtrop (Bergheimer Beiträge zur Erforschung der mittleren Erftlandschaft 1), Bedburg/Erft 1960, S. 17.

¹²¹ Heinrich SCHLÄGER, Kaster als altes Jülicher Amt, in: Ders. und Heinrich HINZ, Kaster. Beiträge zur Geschichte von Burg, Stadt und Amt Kaster (Bergheimer Beiträge zur Erforschung der mittleren Erftlandschaft, Bd. 5), Bedburg/Erft 1964, S. 62.

¹²² BuA 2, S. 233.

¹²³ Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, S. 99, zusammen mit Aldenhoven.

¹²⁴ Lutz JANSEN, Schloß Frens, S. 50 f.

Der Gesandte Leopolds, **Werner von Eynatten**, besaß die Burg Antweiler¹²⁵ und das Rittergut Gerdingen-Neustadt bei Bree in der Provinz Limburg nahe Masseik, also in den spanischen Niederlanden. Franz von Eynatten als Gesandter der Düsseldorfer Regierung teilte am 1. April 1609 in Prag dem Kaiser den Tod des Herzogs mit.¹²⁶ Er bat sofort den Kaiser um Verhaltensregeln gegen die Erbanwärter. Die in Geilenkirchen tagenden Adligen im September 1609 sandten ihn als ihren Vertreter zu Leopold, Wolfgang Wilhelm und danach zum wichtigsten brandenburgischen Gesandten im Herzogtum, von Ketteler, um Frieden zu schließen.¹²⁷ Er unterschrieb auch 1597 den Ehevertrag von Adolf II. Raitz von Frenz mit Christina Truchseß von Bardenstein.¹²⁸ Hermann von Eynatten war von 1620 bis 1645 Abt von Kornelimünster.¹²⁹

Ein Gesandter Erzherzog Alberts aus Brüssel war **Philipp von Merode** zu Frenz bei Düren, der sich häufig am Hof des Koadjutors Ferdinand von Bayern in Bonn aufhielt. Er war außerdem Amtmann in Liedberg im Erzbistum Köln.

Der Ritter Johann **Wilhelm von Waldenburg genannt Schenkern** dominierte die Düsseldorfer Regierung bis 1600, danach wurde er angeklagt. Das Verfahren am Reichskammergericht lief 1609 noch. Er besaß großes Ansehen beim Kaiser, denn er forderte ihn 1607 und mit persönlichem Schreiben vom 26. Dezember 1608 erneut auf, nach Prag zu kommen, um mit ihm „*zeitliche fürseh- und remedierung zu besprechen*“. Gemeint sind die Erbfragen im Herzogtum.¹³⁰ Er sollte auf Wunsch des Kaisers den kaiserlichen Kommissar von Schönberg unterstützen, doch er erschien nicht auf dem Landtag im Juli und beriet ihn auch nicht. Schönberg schimpfte auf ihn in einem Schreiben an den Brüsseler Gesandten Jakob Fleckhamer: „*ist er nun ein solcher gutter patriot, warum kompt er dan nit auf den plan und redet öffentlich des vaterlants bestes*“. Er sei nur ein „*Winkelfechter*“.¹³¹

Verbündete der kaisertreuen Räte und Landstände

Die Räte und Landstände glaubten im Frühjahr 1609 noch an den Einfluss der kaiserlichen Kommissare, danach verloren sie das Vertrauen, weil diese wenig erreichten. Auf welche Verbündete konnten die nicht akkommodierenden Adligen und ehemaligen Räte dann noch zählen?

¹²⁵ KISKY, Burgen, Schlösser und Hofesfeste im Kreis Euskirchen, Siegburg o. J., S. 80.

¹²⁶ Bu A 6, S. 599.

¹²⁷ SCHAUMBURG, Erbfolge, S. 321.

¹²⁸ Lutz JANSEN, Schloß Frens, S. 90.

¹²⁹ Helmut GABEL, Widerstand und Kooperation (Frühneuzeit-Forschungen 2), Tübingen 1995, S. 126-128.

¹³⁰ BuA 6, S. 537.

¹³¹ Ebda, S. 317.

Der nächste Nachbar, der Koadjutor des Erzbistums Köln, konnte weder den Adligen noch Erzherzog Leopold helfen, weil

1. er jährlich einen großen Geldbetrag vom französischen König erhielt, wovon Maximilian I. von Bayern, sein Bruder, aber auch der päpstliche Nuntius in Köln, Atilio Amalteo, wusste;¹³²
2. er einzelne Orte verpfändet hatte, um die Kredite nach den gewaltigen Zerstörungen des spanischen Heeres bis 1606 zu bedienen;¹³³
3. Domkapitel und Landstände keinen Krieg finanzieren wollten.¹³⁴

Dennoch haben er und die beiden anderen geistlichen Kurfürsten von Trier und Mainz Leopold Hilfe zugesagt.¹³⁵ Außerdem forderte der Koadjutor Maximilian I. am 1. November 1609 auf, er solle die gerade gegründete katholische Union um Hilfe bitten für Leopold.¹³⁶

Der bayerische Herrscher als Oberhaupt der katholischen Union wusste, dass die drei geistlichen Kurfürsten planten, dem Kurfürsten von Sachsen das Herzogtum Jülich-Kleve-Berg und Mark zu Lehen zu geben, indem sie forderten, der Kaiser solle über die Erbfolge entscheiden. Sachsen sollte als Gegenleistung im Kurfürstenrat die katholische Mehrheit allein über die Wahl des Nachfolgers Rudolfs II. entscheiden lassen, so dass die Sorge der katholischen Fürsten vor einem protestantischen Kaiser gegenstandslos würde.¹³⁷ Der Kaiser bevorzugte jedoch Leopold als seinen Nachfolger, was aber keine entscheidende Rolle spielte, weil er ihn nicht durchsetzen konnte: „Kaiser wolle aintweder den ertzherzogen Leopolden oder einen anderen.“¹³⁸ Maximilian I. trieb die Gründung der Liga ohne den Kaiser voran, so dass die Herren am kaiserlichen Hof in Prag sich „hintangesetzt und ubergangen“ sahen. Er wollte die Liga als schlagkräftiges Instrument der katholischen Fürsten selbst führen, weil der Kaiser und die Erzherzöge Matthias und Ferdinand seit 1605 nur mit Unterstützung protestantischer Stände regieren konnten. Deshalb unterstützte er Leopold nicht.¹³⁹

¹³² Nuntius, Amalteo, Köln 9.8.1609; BuA 6, S. 386: 10000-20000 Taler jährlich Einkünfte aus einer Kommende des deutschen Ordens.

¹³³ Franz PETRI, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S 95.

¹³⁴ gilt für 1609; Maximilian I. forderte Koadjutor brieflich auf, beide wenigstens zur Verteidigung des Erzstifts aufzurufen; BuA 7, S. 208 f.

¹³⁵ BuA 7, am 27.8.1609.

¹³⁶ BuA 7.

¹³⁷ Heinrich LUTZ, Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 4), Frankfurt/Main-Berlin 1987, S. 393; generell Heinz DUCHHARDT, Protestantisches Kaisertum und Altes Reich (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 87), Wiesbaden 1977.

¹³⁸ Kurfürst Ernst, Erzbischof von Köln, am 16.5.1608, in: BuA6, S. 375.

¹³⁹ Aviso, Prag 17.10.09. Zur Jülicher Politik insgesamt: Dieter ALBRECHT, Maximilian I. von Bayern 1573-1651, München 1998, S. 416-426; Der Erfolg der protestantischen adligen Stände in Österreich, gipfelnd im Horner Bund von 1608, zeigte ihm, nur er könne die Ka-

Der Papst schließlich blieb der Union 1609 trotz mehrfacher Anfragen fern, weil er mit seiner Politik die Konfrontation zwischen katholischen und protestantischen Fürsten nicht noch verstärken wollte.

Der Vertreter des Papstes in Köln, Nuntius Atilio Amalteo, erhielt die Instruktion von Papst Paul V. (1605-1621), die kaisertreuen jülichischen Räte und Landstände nicht zu unterstützen.

Der Papst half ihnen nicht, weil er

1. Frankreichs Heer aktuell finanziell unterstützte, damit es die Hugenotten unter Kontrolle hielt;
2. Matthias, nicht Leopold, als Nachfolger Rudolfs II. unterstützte;¹⁴⁰
3. kein Geld ausgeben konnte, wie er sagte.¹⁴¹

Der Nuntius lehnte deshalb die Bitte der Jülicher Landstände um Geld ab.¹⁴² Der Papst erwartete aber, er solle dennoch die Räte beeinflussen,¹⁴³ jedoch nicht an sie schreiben.¹⁴⁴ Leopolds Forderung um finanzielle Unterstützung lehnte er ebenfalls ab.¹⁴⁵ Erst 1610 erhielt er eine kleine Summe.

Der Kölner Nuntius wirkte indirekt, um nicht handlungsunfähig zu sein. Wolfgang Wilhelms Wunsch, mit dem Kaiser zu sprechen, förderte er. Wolfgang Wilhelm hatte Erzherzog Albert in Brüssel gebeten, Kurköln solle dieses Gespräch arrangieren.¹⁴⁶ Er betrieb außerdem klassische päpstliche Mikropolitik, nämlich die langfristig angelegte „Besetzung einer Stelle zu politischen Zwecken“.¹⁴⁷ Zur Familie des Jülicher kaisertreuen Adligen Ludger von Winkelhausen gehörte auch die Tochter des Johann von Winkelhausen, Guda von Winkelhausen, die das adelige Damenstift St. Hippolyt in Gerresheim leitete. Amalteo erreichte, dass sie mit Hilfe eines päpstlichen Dispens Äbtissin des Kölner Damenstifts St. Maria im Kapitol wurde.¹⁴⁸

tholiken insgesamt führen. Zur Politik in Österreich die ausführliche und sprachlich präzise Darstellung von Thomas WINKELBAUER, Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter (Österreichische Geschichte 1522-1699, Teil 1, Wien 2003, S. 55-68).

¹⁴⁰ Papst an Matthias, 23.8.1608; BuA 6, S. 464, Anm. 1.

¹⁴¹ Nuntius, 23.5.1609.

¹⁴² Ebda 2.5.1609.

¹⁴³ Ebda 9.5.1609.

¹⁴⁴ Ebda 20.6.1609.

¹⁴⁵ Ebda 1.8.1609.

¹⁴⁶ Ebda 26.9.1609.

¹⁴⁷ Wolfgang REINHARD, Makropolitik und Mikropolitik in den Außenbeziehungen Roms unter Papst Paul V. Borghese (1605-1621), in: Alexander KOLLER (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der römischen Kurie unter Paul V. Borghese (1605-1621), Tübingen 2008, S. 67-81, hier S. 67.

¹⁴⁸ Nuntius 6.6.1609.

Amalteo besorgte dem Jülicher Vizekanzler Pütz für seinen Sohn Johann Jakob Pütz ein Kanonikat im Aachener Münsterstift. 1612 trat er dieses Amt an.¹⁴⁹ Er sprach



Abb. 3 :Ferdinand als Erzbischof von Köln, Gemälde im Kapitelsaal des Kölner Domes

auch häufiger mit Leopolds Sekretär Everhard Henot und seinem Bruder Holger Henot, dem Kölner Obersiegler, mit Philipp von Merode, Erzherzog Alberts Gesandtem in Düsseldorf. Zudem hielt er Kontakt zu Theodor von Orsbeck, Kanoniker in Osnabrück, und dem Kölner Kleriker Wilhelm von Orsbeck.¹⁵⁰

Direkt erfolgreich blieb seine Politik nicht, weil er vom 30. September 1609 bis zum Ende seiner Gesandtschaft am 17. September 1610 in Trier wohnte, um das Kloster St. Maximin zu investieren und die Wahl des Trierer Koadjutors zu beaufsichtigen.¹⁵¹

Generelles Ziel der Kölner und der Brüsseler Nuntiatur blieb die Stärkung der Kirche im Sinne des Trienter Konzils. Amalteo formulierte für Köln die Wiederherstellung der ordentlichen Jurisdiktion durch den Generalvikar und die Abschaffung des Konkubinats.¹⁵²

Der Generalvikar sollte den vom Herzog von Jülich praktizierten Einfluss auf die Vergabe der Dekanate zurückdrängen, was auch auf das Bergheimer Dekanat zutraf.¹⁵³

Für den Brüsseler Nuntius Guido Bentivoglio (1607-1615) galt die Instruktion „to maintain the unity between the papacy and the archdukes, to support the conservation of Catholicism and to defend ecclesiastical liberty“.¹⁵⁴ Albert und Isabella erhiel-

¹⁴⁹ Ebda 16.5.1609 und Anmerkung 2, S. 529.

¹⁵⁰ Nuntiaturberichte, Bd. IV/1, S. 255.

¹⁵¹ Nuntius, S. 679.

¹⁵² Nuntius aus Trier 9.1.1610.

¹⁵³ Details bei Erich FEINE, Kirchlicher Rechtsgeschichte. Die katholische Kirche, 4. neu bearb. u. ver. Aufl., Köln-Graz 1964. S. 535. Zum großen Dekanat Bergheim: Wilhelm CORSTEN, Die köln-jülichsche Christianität Bergheim von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des Bestehens (Schriften zur Bergheimer Geschichte 1), ND (Freiburg 1920) Bergheim 1994.

¹⁵⁴ Bruno BOUTE, The multiplicity of Catholicism and Roman attitudes in the correspondence of the nuntiature of Flanders under Paul V., in: KOLLER, Die Außenbeziehungen der römischen Kurie, ebda, S. 457-492, hier S. 459.

ten durch den Waffenstillstand zwischen den Generalstaaten und Spanien die Gelegenheit, das Land wirtschaftlich sich vom achtzigjährigen Krieg erholen zu lassen.

Die Politik Alberts, zwischen den Interessen Spaniens an einem Frieden, den Forderungen Frankreichs, seine Truppen ungehindert durch sein Territorium nach Jülich



Abb. 4 : Joseph Heintz d. Ä.,
Erzherzog Leopold V.
(1586-1632) im geistlichen Gewand

marschieren zu lassen, und den Erwartungen des Kaisers, Leopold in Jülich zu unterstützen, glich einem Balanceakt.¹⁵⁵

Deshalb unterstützte er Leopold diskret mit Geld. Spaniens Hof wünschte sich jedoch Matthias als Nachfolger Rudolfs II.¹⁵⁶ So blieb ihm nichts anderes übrig, als mit seinen „Kriegsobersten“ an Kriegsplänen zu arbeiten. Sofort reagierte Frankreichs König Heinrich IV. Er teilte ihm mit, „er solle sich nur fertig machen. Ihre Königliche Majestät solle auf künftigen Frühling ihnen mit einer Kriegs Macht daheim suchen“.¹⁵⁷ Alberts und Isabellas Politik beeinflusste die Jülicher Adligen stark.

Sein Gesandter in Düsseldorf, Philipp von Merode, lebte auf seinem Stammsitz Schloss Frenz bei Düren, verkehrte mit dem Koadjutor und besaß in Werner von Baexen mindestens einen jülicher Adligen in Brüsseler Diensten.¹⁵⁸ Die Familien von Orsbeck, van den Bongart, Huyn von Amstenrade sowie von Reuschenberg besaßen ausgedehnte Lehen in den spa-

nischen Niederlanden, so dass sie auf das Herrscherpaar hofften, um die eigene Politik gegenüber den Possidierenden durchsetzen zu können. Albert selbst hielt Kontakt zu jülicher Adligen wie Dr. Aldenhoven und beispielsweise am 4. Mai 1609 zu von Reuschenberg.¹⁵⁹

¹⁵⁵ So ALBERTS Gesandter Philipp von Merode an Brandenburg, 13.2.1610, zitiert von Alison D. ANDERSON, *On the verge of war*, S. 112; Geoffrey PARKER, *Europe in crisis, 1598-1648*, Glasgow 1979, S. 132-137.

¹⁵⁶ Spanischer Gesandter an Philipp III. 30.6.1608: Vertrag von Kaiser Rudolf II. und Erzherzog Matthias fertig. Bittet, Matthias jetzt die versprochenen 30.000 Dukaten auszuzahlen; BuA 6, S. 415.

¹⁵⁷ Aviso, aus Köln, 19.12. 1609.

¹⁵⁸ GOLDSCHMIDT, *Landstände*, S. 221, Anm. 2.

¹⁵⁹ ANDERSON, *Verge*. S. 104.

Spanische Truppen bildeten einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor im Jahr 1609, denn die Truppen standen in Kerpen, Maastricht, Valkenburg, Erkelenz, in Rheinberg und massiert im Emsland.¹⁶⁰ Spaniens Hof sehnte sich angesichts des in dieser Zeit ständig drohenden Staatsbankrotts¹⁶¹ nach Frieden: „*Man scheue sich in Spanien sehr vor dem Krieg*“, sagte ein spanischer Gesandter.¹⁶²

Die Zahlungsunfähigkeit des spanischen Hofes führte dazu, dass die im Emsland um Lingen und an der Maas zu entlassenden spanischen Soldaten keinen Sold erhielten und meuterten. Ebenso geschah es mit den in Flandern stehenden Heeren. Die Anführer der Meuterer wurden hingerichtet, die Soldaten danach gewaltsam „*abgedankt*“, sie ließen sich in großer Zahl von Leopold für Jülich anwerben. „*Obristleutnant Gent [...] mit etlichen Haupt- und Befehlsleuten von Brüssel nach Gülch zu Ertzhertzog Leopold verruckt/ der soll eine Anzahl Reutter werben/ wie dann auch zu Gülch. Viele unserer abgedanckten Soldaten angenommen werden*“.¹⁶³

Huyn von Amstenrade nahm als Jülicher Marschall an der Beerdigung des Brüsseler Gesandten am französischen Hof, Richartot, in Brüssel am 18. September teil, und traf dort die gesamte Führung des Landes und den päpstlichen Nuntius.¹⁶⁴ Leopold selbst reiste zu Albert,¹⁶⁵ ebenso der kaiserliche Kommissar Graf von Hohenzollern, aber Albert blieb bei seiner neutralen Haltung.¹⁶⁶

Ebenso neutral verhielt sich die freie Reichsstadt Köln. Sie bot den Jülicher Räten und Landständen einen Ort, an dem sie sich mit ihren potentiellen Unterstützern treffen konnten, zumal einige von ihnen in Köln Stadthäuser besaßen. Der Rat der Stadt verstärkte nach dem Tod des Herzogs im März 1609 die Verteidigungsanlagen. Er war zudem besorgt, weil einzelne „*Kalviner*“ ab 26. März in Gaffeln sich versammelten, obwohl die Gaffeln ohne Erlaubnis des Rats nicht tagen durften. Der Rat wies die „*Kalviner*“, meist niederländische Schiffer, an, am Abend sich nur auf ihren Schiffen aufzuhalten.¹⁶⁷ Weitere behutsame Maßnahmen des Kölner Rates, um nicht den umfangreichen Handel mit den Niederlanden zu stören, wurden in der Messrelation vom 11. Juni 1609 präzise dargestellt: Der Rat fährt „*mit der persecution und außtreibung der Religionsverwandte noch dagffer fort, dass es endlich zu einem verderblichen handel der Statt und der Burger Freyheiten unthergang gereichen möchte*“. Präziser könnte auch ein heutiger Historiker die Gefahren konsequenter gegenreformatori-

¹⁶⁰ Übersichtskarte in: PETRI, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S. 95.

¹⁶¹ ANDERSON, Verge, S. 162.

¹⁶² BuA 2, S. 359.

¹⁶³ Aviso, aus Antwerpen, 25.9.1609.

¹⁶⁴ Aviso, aus Antwerpen, 18.9.1609.

¹⁶⁵ Aviso, aus Köln, 8.11.1609.

¹⁶⁶ Aviso, aus Antwerpen, 11.12.1609.

¹⁶⁷ Joseph KLERSCH, Volkstum und Volksleben in Köln, Köln 1968, Bd. 3, S. 142.

scher Politik für die Menschen nicht darstellen.¹⁶⁸ Die konkrete Unterstützung der kaisertreuen Adligen unterblieb, so dass sie auf Leopolds Truppen angewiesen blieben. Den kaisertreuen jülicher Adligen blieb nur die Hoffnung, dass Wolfgang Wilhelm mit seiner Politik der Verständigung mit dem Kaiser sich gegen Brandenburgs Position behaupten würde.

Verbündete der Possedierenden

Markgraf Ernst von Brandenburg und Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg hingegen konnten sich auf die vielen protestantischen und reformierten Landstände, Teile der Städte und einzelne Jülicher Adlige wie die Familie Palant und Adam von Schwarzenberg verlassen. Der päpstliche Nuntius Amalteo teilte diese Beobachtung dem Papst mit.¹⁶⁹ Brandenburgs Stärke beruhte auf dem Vertrag von 25. April 1605 mit den Generalstaaten und Kurpfalz, in dem der Kurfürst sich verpflichtete, den Generalstaaten für die Unterstützung bei der zukünftigen Jülicher Erbfolge 300.000 Gulden in drei Jahren zu zahlen. Parallel musste er im Vertrag von Krakau Polen ebenfalls 300 000 Gulden zahlen, um sie im Krieg gegen Schweden zu unterstützen. Brandenburg konnte diese Summen nicht aufbringen, so dass die Generalstaaten kein Geld erhielten.¹⁷⁰ Aber die politische Leitung in Den Haag unter dem Ratspensionär J. van Oldenbarnevelt wünschte nach dem Waffenstillstand Frieden; sie würden nur militärisch eingreifen, wenn Spanien gegen die Possedierenden Krieg führen würde.¹⁷¹ Die Generalstaaten schickten ihre Truppen erst im Dezember 1609 an die „*clevische frontirn, weil sich die Spannis: in den Gülich sachen einmischen wollen*“.¹⁷² Die zur Unterstützung der Generalstaaten gegen Spanien bis Juni 1609 eingesetzte französische Armee bei Nimwegen blieb an Ort und Stelle, so dass sich die spanischen und die niederländisch-französischen Truppen in und um das ganze Herzogtum herum neutralisierten. Nur kurz zeigten diese französischen Truppen Anfang Juni 1609 Präsenz: „*Wälsches kriegsvolck [sei] auf bewaffneten Schiffen von Düsseldorf [in Duisburg] angekommen [...] inzwischen habe sich das Kriegsvolck nach Kaiserswerth zurückgezogen*“.¹⁷³

¹⁶⁸ Relation, 11.6.1609 aus Köln; im historischen Zusammenhang dargestellt von: Hans-Wolfgang BERGERHAUSEN, Die Stadt Köln im dreißigjährigen Krieg, in: EHRENPREIS (Hrsg.), Dreißigjähriger Krieg, S. 102-131, hier S. 109.

¹⁶⁹ Nuntius, 30.5.1609.

¹⁷⁰ ANDERSON, Verge, S. 28. Ausführlich beschreibt die Diskussion in der brandenburgischen Regierung über den Vertrag Friedrich Wilhelm BECKER, Otto Heinrich von Bylandt zu Rheydt 1554-1608 (Rheydter Jahrbuch 16), Mönchengladbach 1987, S. 158-176.

¹⁷¹ Aviso, aus Antwerpen, 6.11.1609. Horst LADEMACHER, Geschichte der Niederlande, Darmstadt 1983, S.130-137.

¹⁷² Aviso, aus Köln, 5.12.1609.

¹⁷³ Otto von Starschedel am 5.7.1609 an Landgraf Moritz von Hessen, in: KELLER, S. 136.

Frankreich verhandelte im Sommer 1609 mit Erzherzog Albert, mit den Generalstaaten und England, um „*die friedliche Entscheidung der Jülicher Handel zu sichern*“.¹⁷⁴

Die französische Außenpolitik verfolgte das Ziel, durch das Bündnis mit Savoyen spanische Positionen in Italien und durch ein Bündnis mit den Possedierenden und ihrem Verbündeten, den Generalstaaten, die spanischen Niederlande zu schwächen.

Denn Rudolf II. und seine Anhänger im Herzogtum hätten durch einen Erben aus dem Hause Habsburg im Herzogtum Jülich-Kleve-Berg eine zusätzliche regionale Macht im Reich etabliert, die das prekäre Gleichgewicht in West- und Mitteleuropa zwischen Habsburg und Frankreich auf lange Sicht zerstört hätte. Innenpolitisch hätte das dann geschwächte Königshaus die Kontrolle der Hugenotten nicht mehr gewährleisten können. Heinrich IV. hat in einem Brief an Erzherzog Leopold vom 12. August 1609 deshalb sich als Schutz und Schirm seiner „amis“, der Possedierenden, bezeichnet, die er nicht angreifen dürfe: „*maist bin d'aider a` conserver le droit, quem es amis y peuvent avoir*“.¹⁷⁵ Er wollte jedoch nur eingreifen, wenn die Possedierenden sich untereinander verständigt hätten, denn seine Gesandten informierten ihn laufend über die Streitigkeiten zwischen den beiden Erbanwärtern.

Nur ein starker Herrscher im Herzogtum Jülich konnte die habsburgische Macht im Westen auf Dauer zurückdrängen, denn das Herzogtum war umgeben vom Wittelsbacher Herrscher Ernst von Bayern auf den Bischofssitzen in Köln und Lüttich, dem Habsburger in Brüssel, der freien Reichsstadt Köln und dem katholischen Lothringen.

Mit Jülich-Kleve-Berg als neuen protestantischen Reichsfürsten könnte Heinrich IV. zusammen mit der Union „*die Umgestaltung der Machtverhältnisse in Nordwesteuropa ergreifen*“.¹⁷⁶

Die 1608 gegründete Union protestantischer und reformierter Fürsten unter maßgeblicher Leitung der Kurpfalz sah in Frankreichs Zielen hingegen eine Gefahr, denn der französische König würde für seine Unterstützung von den Possedierenden einen hohen Preis fordern: Der württembergische Herzog Johann Friedrich betonte in einer Versammlung der Union: „*Franckreich würdt selbs wöllen respectirt unnd dictator sein, auch keinen fürsten so hoch halten*“.¹⁷⁷ Der einflussreiche französische Historiker seiner Zeit, Jacques-Auguste de Thou, formulierte in seiner mehrbändigen, 1604 erstmals erschienenen Darstellung „*Historia sui temporis*“ sein Credo: „*The price of peace was a strong monarchy and strong monarchy did not readily suffer criticism*“.¹⁷⁸

¹⁷⁴ Franz REINDL, Der Anfang des Streits über die Jülicher Erbfolge, München 1896, S. 44.

¹⁷⁵ BuA 7, S. 20.

¹⁷⁶ Friedrich BEIDERBECK, Heinrich IV und die protestantischen Reichsstände, in: Francia 25, Heft 2, S. 1-25, hier S. 25.

¹⁷⁷ Archiv Stuttgart A 90A, Bd. 3, f 149-168, hier: 150 v.

¹⁷⁸ Zitat aus Denys HAY, *Annalists & Historians. Western Historiography from the VIII. to the XVIII. century*, London 1977, S. 135.

Heinrich IV. wollte im Herzogtum Jülich-Kleve-Berg allein regieren, wie in Frankreich als Monarch über den religiösen Parteien. Deshalb gab er seinem Gesandten Boissie am 4. Mai 1610, wenige Tage bevor sein Heer nach Jülich aufbrechen sollte, um die Festung Jülich zu belagern, den Auftrag, er „solle sich, wenn er nach Düsseldorf komme, der Sache der Katholiken so weit annehmen, als es ihm möglich sei, ohne den öffentlichen Angelegenheiten zu schaden“.¹⁷⁹

Die Possedierenden hatten im Herbst schon Angst vor der Hilfe Frankreichs. Pfalz-Neuburg setzte zudem nicht auf den Krieg mit Leopold, sondern auf eine Verständigung mit dem Kaiser. Jülicher Adlige pflegten Kontakte zum französischen Hof, was der Politik des Hofes entgegenkam.¹⁸⁰

Rahmenbedingungen für die Possedierenden und Erzherzog Leopold

Die geographischen und finanziellen Rahmenbedingungen beeinflussten die weiteren Aktivitäten der Possedierenden und von Erzherzog Leopold in der zweiten Jahreshälfte 1609.

„Außer Jülich und Bergheim ist das ganze Herzogtum den Possedierenden zugefallen“,¹⁸¹ schrieben einige Regierungsräte an den Erzherzog Leopold, der sich auf dem Weg zur Festung Jülich befand, um dort im Auftrag des Kaisers Rudolf II.¹⁸² das Kommando zu übernehmen. Ziel war es, die kaiserlichen Rechte gewaltsam einzufordern. Die Bedeutung Bergheims als befestigte Stadt wird in einem vom Präsidenten des Reichshofrats, Hans Georg von Hohenzollern, verfassten Gutachten vom 8. August klar: „2. die possession in dieser vöstung [Jülich] continuiren [...] guete ordnung und wacht halten und in sonderheit guete kundschaffen in Holland und in anderen benachbarten orten bestellen. [...] Auch der Stadt Bergheim wi nit weniger des ganzen pass zwischen hir und Cöln, auch zwischen hir und Mastricht sich wol zu versichern“.¹⁸³

Die alte Römerstraße von Köln bis Aachen und dann weiter nach Lüttich oder Maastrecht bildete die „Nabelschnur“ für die Truppen Leopolds in der Festung Jülich: Aus Lüttich besorgte er sich die fahrbaren Getreidemühlen, die dort Spinolas Armee zurückgelassen hatte,¹⁸⁴ und rekrutierte wallonische „becker, bräuer und kolengräber“,

¹⁷⁹ BuA 3, S. 113.

¹⁸⁰ Siehe Anmerkung 98; Widmung an Eremund Orsbeck. Alle vorherigen Auflagen von Cesar Oudins Grammatik erhielten andere Widmungen. Brief von Andre Klump an Verf. vom 10.1.2009.

¹⁸¹ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 201.

¹⁸² am 13. Juli ; BuA 7, S. 2, 4, 5, 6.

¹⁸³ Ebda, S. 39 und Anmerkung 1.

¹⁸⁴ BuA 2, S. 124, Anm. 1; zu den Getreidemühlen: Theodor BECK, Beiträge zur Geschichte des Maschinenbaues, Berlin 1899, S. 310 mit Abbildung.

um seine kleine Truppe in der Festung vergrößern zu können.¹⁸⁵ Eine weitere Straße führte von Jülich über Heerlen nach Maastricht, so dass er bei Herzogenrath schon das Territorium der spanischen Niederlande erreichte.¹⁸⁶ Im August 1609 rekrutierte er auch aus dem gerade entlassenen spanischen Heer Soldaten und Offiziere, wobei Erzherzog Albrecht ihn insgeheim unterstützte. Albrecht verhielt sich nach außen hin neutral.

Spaniens König Philipp III.¹⁸⁷ ließ durch seinen Gesandten Balthasar de Zuniga in Prag Leopold erst nach längerem Bitten im Dezember 1609 eine kleine Summe von 30.000 Dukaten¹⁸⁸ zukommen, weil die spanische Außenpolitik nach dem Vertrag mit England 1604 und dem Waffenstillstand im Juni 1609 mit den Generalstaaten eine militärische wie finanzielle Erholungspause unbedingt benötigte.¹⁸⁹

Der andere katholische Verbündete, der Koadjutor des Erzbischofs von Köln, Ferdinand von Bayern, saß am anderen Ende der römischen Straße in Brühl bei Köln und verhielt sich ebenfalls neutral. In seinem Kurkölnener Bistum brauchte er alle Steuern, um die im spanisch-niederländischen Krieg zerstörten Städte und kleinen Orte wieder aufbauen zu können. Die Kurfürsten von Mainz und Trier taktierten. Auf dem „Mainzer Tag“ der katholischen Liga beschlossen sie in einer gemeinsamen Sitzung zur Unterstützung Leopolds vom 24. - 29. August 1609: *„Alle sind einig, dass der religion und des kaiserlichen Ansehens wegen alle Katholiken Leopold unterstützen sollten, sie finden jedoch eine Geldhülfe unerschwinglich und fürchten dadurch in Verwicklung mit den Protestanten zu geraten.“*¹⁹⁰ Als Leopolds Truppen das Jülicher Land militärisch kontrollierten, bewilligten sie ihm einen Betrag, der jedoch im Februar 1610 noch nicht ganz ausgezahlt worden war.¹⁹¹

Weitere Gründe für die zögerliche Hilfe Kurkölns lagen auch in der Befürchtung Ferdinands, dass *„sein Kapitel und die verderbten Landstände“* bei einem Krieg den Possidierenden nicht widerstehen würden.¹⁹² Schließlich hätten auch seine Ritter enge Beziehungen zu den jülicher Adligen.

¹⁸⁵ BuA 2, S. 124.

¹⁸⁶ HANTSCHKE, Atlas, S. 56 f ; Hans Georg KIRCHHOFF, Bergheim und das römische Straßennetz, in: Geschichte in Bergheim 16 (2007), S. 27-40.

¹⁸⁷ Johann von Groisbeek an Herzog Maximilian von Bayern am 13.11.1609: *„und die Infantin... genießen den Waffenstillstand, und Erzherzog Leopold wird wenig Beistand von ihnen erlangen“*; BuA 7, S. 150. Details bei RITTER, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 300-306.

¹⁸⁸ Spaniens Politik in Geoffrey PARKER, Europe in crisis, S. 145-157.

¹⁸⁹ Siehe Paul C. ALLEN: Philipp III. and the Pax Hispanica 1598-1621. The failure of Grand Strategy, New Haven, Conn. 2000.

¹⁹⁰ BuA 7, S. 44.

¹⁹¹ Ebda S. 326.

¹⁹² Ebda S. 132.

Der Erzherzog Leopold erhielt zeitweilig Unterstützung durch die geistlichen Kurfürsten und den Kaiser. Er musste immer in Köln, Brüssel und Prag um Geld bitten, und sich - wie im Falle Mainz - mit Teilzahlungen zufrieden geben.

Stadt und Region im Krieg

Die Fülle der in den Quellen genannten folgenden Ereignisse in der Region und auch in Bergheim stammen aus der Zeitung „Aviso“, die wöchentlich erschien, der zur Frankfurter Messe erscheinenden „Relation“ und dem Briefwechsel Erzherzog Leopolds mit Maximilian I. von Bayern. Die detaillierte Schilderung einzelner Ereignisse beruht auf den Informationen, die Postreiter und andere den Autoren der Berichte, meist Gesandte, gaben. Aviso hatte eine Auflage von etwa 400, die an den Höfen und von städtischen Räten gelesen wurde.¹⁹³

Die einzelnen Quellen machen auch ohne Kommentierung und Deutung verständlich, wie sich im Lauf des Jahres 1609 die Wechselwirkung zwischen europäischer und regionaler Politik zeigte.

4. August 1609

Die Possedierenden reagierten auch auf Leopolds Erscheinen und übernahmen von den Landständen das Kommando über die in den Städten verbliebenen Soldaten.

Am 4. August hatten Wilhelm Drimborn zu Durweis, Mulstroe zu Desdorf, Franz im Mülleneisen, Bürger aus Düren, die Soldaten der Stadt Bergheim „wegen der Stände abgedankt“ und „den Fürsten samt Stadt angewiesen“.¹⁹⁴ Die Soldaten schwörten den beiden Possedierenden Gehorsam.¹⁹⁵ In Düren hingegen wurde Ende Juli Wolfgang Wilhelm und Vertretern Brandenburgs mitgeteilt, „dass Düren neutral bleibe und ihre kaiserliche Majestät decision erwarten“.¹⁹⁶

6. August

„Newlicher tagen ist des Kaysers herold unbekandter weiß zu Bercheimb / welches ein Churfürstlich Pfältzisch Lehen ist ankommen/ in willens seine werbung und verrichtung zu thun/ aber ihm von den Soldaten durchaus nicht gestattet worden / sondern unverrichter sachen / ohngeacht er sich hernach / als wann er frembder Bott käme zu erkennen geben)/ sein rock angethan und die Kays. Commiſsion gezeigt/

¹⁹³ Aviso, Nachwort S.14; Zahlen nach Johann Weber, Straßburg 1605, Die Geburt der Zeitung, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 7 (2005), S.3-26.

¹⁹⁴ BuA 7, S. 146, Anmerkung 1.

¹⁹⁵ SCHAUMBURG, Belagerung, S. 312.

¹⁹⁶ BuA 7, S. 14.

doch wider zurück ziehen müssen/ dann sie sich solang/ biß sie ihren künfftigen Herren kennen/ sich Neutral halten wollen.“¹⁹⁷



Abb. 5 :

Die Possidierenden Fürsten, 1609-1624.

Doppelte Reichstalerklippe 1613, Mülheim. 40x42mm, 50,84g. Noss 479 ; Slg.Köhlmoos 312 ; Dav.6110

Av.: MONETA POSSIDENTIUM PRINCIPUM IVLIACI CLIVIAE ET MONTIUM (Lilie = Münzmeisterzeichen)

Gekröntes 6-feldiges Wappen zwischen 16 - 13. Oben: Jülich, Kleve, Berg. Unten: Mark, Ravensberg, Mörs.

Rev.: MATHIAS I ELECTUS ROMANORUM IMPERATOR SEMPER AVGVSTVS

Gekrönter Doppeladler mit dem Reichsapfel auf der Brust.

Die "Possidierenden" Fürsten gaben sich nicht zu erkennen. Auf der Vorderseite benutzten sie Johann Wilhelms Gesamtwappen von vor 1609, und auf der Rückseite beachteten sie ihren Kaiser mit seinem Titel. Das Wappen von Mörs ist ein Anspruchswappen, die übrigen sind Besitzwappen

http://www.coingallery.de/Varia/varia_4_D.htm

6. September

„Die Soldaten in bergheim so beyden Fürsten mit Eyd verpflichtet haben etliche Kärn [Karren] mit solchen sachen [Munition] angesprengt und in Arrest gehalten.“¹⁹⁸

10. September

Leopold schreibt den Possidierenden: Er will die in Bergheim festgehaltene Munition haben.¹⁹⁹

¹⁹⁷ Relation aus Köln, 6.8.1609.

¹⁹⁸ Aviso aus Köln, 6.9.1609.

Im September

An der Römerstrasse in Bergheim Wache schiebenden Soldaten gelingt es, einen kompletten Transport Wein für Erzherzog Leopold zu stoppen. Sie mussten diese Weinfässer gründlich auf eventuelle Konterbande überprüfen. Die Soldaten ließen den Kutscher danach mit den zumeist mehr oder minder leeren Fässern nach Jülich weiterfahren. Die Qualität des Weins muss somit sehr gut gewesen sein. Bestätigt wird dieser Schluss, denn Leopold forderte in einem Schreiben an Maximilian von Bayern ihn auf, er möge ihm wieder von seinem eigenen Wein etwas schicken. Deshalb protestierte Leopold auch gegen diesen Willkürakt aufs schärfste.²⁰⁰

2. Oktober

„Und hat Erzherzog Leopold aber mahl durch einen Trommeter bey den Fürsten zu Disteldorff umb Restitution dem zu Barcheim angehaltenen Karn sollicitirn lassen, aber nichts erlangt.“²⁰¹

Die Soldaten der Possedierenden strebten nach der Kontrolle der Römerstrasse. *„Weil ferner die Fürsten die Straßen von Köln, Aachen und anderen Städten her immer mehr sperren, und erst gestern einen zwischen hier und Kerpen liegenden Ort besetzt haben.“²⁰²*

15. Oktober

Leopolds Truppen aus Jülich besetzen Ober-, Niederaussem und Esch, verschanzen dort die Friedhöfe. In Glesch werden Posten aufgestellt.²⁰³ Er, Leopold, hat *„vornehmlich“* Esch, Nieder- und Oberaussem *„starck beschwerdt, derowegen etliche von den eingewesenenenn sich anders wo hin begeben / weil sie nichts als ihr Verderben vor Augen sehen. Es werden auch eine grosse anzahl von Biscoten oder zwey gebackene Brod von hinnen [Köln] nach Gülch geführt / unter die Soldaten vor Commiß Brod außzutheilen.“²⁰⁴*

18. Oktober

Leopold quartiert Truppen in den Dörfern um Jülich ein. Sie besetzen Adam von Schwarzenbergs Haus in Linnich.

„Dieser tagen haben die Gülch reiter einen Karn mit Rüstung / bey den Fürsten zu stendig / umbringet / und sambt allen [...] gen Gülch geführt/ die werden dasselbe für

¹⁹⁹ Relation aus Köln, 10.9.1609.

²⁰⁰ SCHAUMBURG, Belagerung, S. 319.

²⁰¹ Aviso aus Köln, 20.9.1609.

²⁰² Brief Leopolds an Kaiser Rudolf II.; BuA 7, S. 87.

²⁰³ SCHAUMBURG, Belagerung, S. 322.

²⁰⁴ Relation aus Köln, 15.10.09.

die zu Bercheimb Arrestirte [...] behalten.²⁰⁵

4. November

„Inzwischen kam Nachricht, dass der Interessirten Kriegsvolck an 4. Novembris in das dem Kölner Erzstift gehörige Dorf Miehl 900 Mann stark gefallen und Kirchen und Häuser geplündert habe und am 5. abends nach Puhlheim und am 6. auf Oberaussem gegen die dort von Erzherzog Leopold besetzte Schanze gezogen seien, während brandenburgisches Volk mit vier Geschützen ins Amt Grevenbroich gerückt sei, um sich mit den Neuburgern zu vereinen.“²⁰⁶

7. November

„Gestern 5 Cornete und 4 Fähnlein mit drei Feldstücken zu Berchami drei meilen von hier angekommen“.²⁰⁷

Beydr Fürsten [...] haben dieser tagen nach bestehender Musterung und empfangung eines Monatsolts viel ihrer Soldaten / dißseits über Rein geschickt die liegen itzo in beyden Dörffern Ober: und Niederhusen / und scheint dass sie die Gülch Soldaten al da vertreiben wollen.²⁰⁸

15. November

So hat Leopold „[...] das grosse Schloß Bredebend / so werner von Polland besessen [...] mit 600 Soldaten besetzt/ und scheint samb die beyden Fürsten das Schloß mit gewalt wieder einnehmen wöllen.“²⁰⁹

21. November

Truppen der Possedierenden haben nachts die kaiserlichen Archibusiery in Glesch überfallen und ihnen einige Pferde abgenommen.²¹⁰

²⁰⁵ Aviso aus Köln, 18.10.09.

²⁰⁶ BuA, S. 146, Anmerkung 2. Der Bearbeiter der Quelle mischt hier zeitgenössische und moderne Sprache, weil er die Quelle zusammenfasst.

²⁰⁷ Erzherzog Leopold an Maximilian I. von Bayern am 7.11.1609, in: BuA 7, S. 145. Cornete umfassten 250-400 Mann Kavallerie, 4 Fähnlein insgesamt etwa 1000 Soldaten zu Fuß. Cornet in Artikel „Rottmeister“, in: Zedlers Universal-Lexicon, Bd. 32, Sp. 1251 f., Fähnlein in: Zedler, ebda, Bd. 6, Artikel „Compagnie“, Sp. 857. Die drei Feldstücke konnten „Feld-Schlangen“, Serpentinels oder „Carthaunen“ gewesen sein, letztere konnte bis zu 30 Pfund schwere Eisenkugeln, die beiden anderen 18 Pfund schwere schießen. Unterschiede in: Zedler, ebda, Bd. 9, Art. Feld-Stück, Sp. 483 f.

²⁰⁸ Aviso aus Köln, 15.11.1609.

²⁰⁹ Aviso aus Köln, 15.11.1609.

²¹⁰ Leopold an Maximilian I., 21.1.1609; Bu A 7, S. 185.

28. November

„Es sehen Eur Liebden nuhn aus allen wochentlichen Correspodentiis wie hoch mir diese fürsten zuesetzen.“²¹¹

12. Dezember

„E. Leopold hat ihrer Majestät geschrieben / er könne sich weiter nicht halten / müsse sich mit Gewalt wider beyde Fürsten manuteniren / begert Gelt/Gelt/Gelt.“²¹²

Die militärische Überlegenheit Leopolds um Jülich und Bergheim hielt nur bis November, als die angeworbenen Truppen der Possedierenden in und um Bergheim, in Hambach, Aldenhoven und Düren einquartiert wurden. Bergheims Truppen standen unter Leitung des Drostens von Moers, Alexander von Schmeichel. Im Dezember kontrollierten Leopolds Truppen nur noch Jülich und Umgebung, weil die Truppen der Possedierenden ihre zuvor eingenommenen Stellungen in Glesch, Nieder- und Oberaussem erobert hatten.

Die Nachrichten aus den Zeitungen zeigen die verheerende Wirkung dieser ersten Kämpfe für die Landbevölkerung. Die Angst vor dem Krieg trieb die Geistlichen vorher schon dazu, die Bauern zu drängen, die jährliche Grundrente schon vor Martini zu bezahlen. Die Possedierenden verboten dies den Geistlichen.²¹³ In Aachen verließen „Landleuth Hauß und Hof“ und zogen weg, weil sie Angst vor den nach Jülich ziehenden Soldaten bekamen.²¹⁴ Andere Bauern wehrten sich: „*Deßgleichen die Bawrn wann sie von den Gülch überfallen /schießen und schmeißen sie ohn sehen darauff.*“ Sie forderten auch einen Feldherren für die Possedierenden, so „*dass ein besser Regiment soll angestellt werden*“.²¹⁵

Die einquartierten Soldaten bekamen nur anfänglich Sold, weil die Possedierenden nur selten die finanziellen Mittel pünktlich bereitstellten. Die Soldaten zogen, wie beispielsweise am 4. November, in das Dorf Miehl und plünderten es aus. Die Bauern flohen, weil die Soldaten normalerweise nicht vor Mord zurückschreckten und den gesamten Besitz raubten.

Die Folgen für die weiteren Wirtschaftssektoren waren beträchtlich. Im Februar 1610 forderten die klevischen Landstände von den Possedierenden eine Defensionsordnung, weil nicht nur die „*hausleute von dem platten lande verlauffen*“, sondern auch

²¹¹ Leopold an Maximilian I., 28.11.1609, BuA 7, S. 172.

²¹² Aviso aus Prag, 12.12.1609.

²¹³ Aviso aus Köln, 20.9.1609.

²¹⁴ Aviso aus Köln, 25.10.1609.

²¹⁵ Aviso aus Köln, 18.11.1609.

die „*commerciens versperrt*“ werden.²¹⁶

Die Wirtschaft des Herzogtums belastete außerdem noch die Folgen des langen spanisch-niederländischen Krieges. Die Blockierung der Straßen von Köln nach Aachen ab September 1609 musste den Markt- und Handelsplatz Bergheim empfindlich getroffen haben.²¹⁷

Die wirtschaftlichen Folgen bildeten einen weiteren Grund, weshalb die nicht akkommodierenden Räte und jülicher Adlige eine Verständigung zwischen den Possedierenden und Erzherzog Leopold anstrebten.

Die Kölner Kommunikation und die Reichsacht

Die politischen Aktionen in der Region, in Düsseldorf und Kleve, und an den Höfen Europas gingen parallel von August bis Dezember 1609 weiter. Die Gesandten vieler Mächte hielten sich in Düsseldorf auf und berichteten über die Entwicklungen.

Die nicht akkommodierenden jülicher Ritter unternahm mehrere Versuche, die sich ab August steigenden Kämpfe zu stoppen, weil sie ansonsten ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten im Krieg an die kommandierenden Fürsten hätten abgeben müssen. In Geilenkirchen trafen sich im September die wichtigsten Räte und Ritter, nämlich Marschall von Amsterath, der Kämmerer und Bergheimer Amtmann Wilhelm van den Bongart sowie neun weitere, die zwischen den Possedierenden und Leopold vermitteln wollten. Diese Initiative scheiterte, weil die Ritter Maximalforderungen aufstellten. Sie beauftragten Franz von Eynatten und Wilhelm Quad zu Beek, diese beiden Seiten vorzulegen:

1. Leopold soll nicht weiter aufrüsten
2. Die Possedierenden unterwerfen sich den kaiserlichen Mandaten²¹⁸

Außerdem waren die ehemaligen Räte nicht mehr einflussreich, weil die beiden Fürsten mit ihren mitgebrachten Räten in einem geheimen Rat Politik machten und die bisherigen Räte nicht mehr einbinden wollten.²¹⁹

²¹⁶ Brief des Württembergischen und des Badischen Gesandten an ihre Fürsten, BuA 3, S. 127 f.

²¹⁷ Heinz ANDERMAHR, Bergheim, S. 83; Ders. und Ingeborg ANGENENDT, Marktrecht und Märkte in Bergheim vom Mittelalter bis zur Gegenwart, in: Geschichte in Bergheim 8 (1999) S. 3-17. Die Auswirkungen der kleinen Eiszeit auf die Ernten in der Region sind noch nicht erforscht; generell Brian FAGAN, *The little ice age*, New York 2000, und Wolfgang BEHRINGER, *Kulturgeschichte des Klimas, Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung*, Bonn 2007 (1999) S. 3-17.

²¹⁸ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 105.

²¹⁹ Siehe: W. CÜRTEN, Die Organisation der jülich-klevischen Landesverwaltung vom Beginn des Erbfolgestreites bis zur Abdankung des Markgrafen Ernst, in: *Düsseldorfer Jahrbuch* 24 (1911) S. 205-262.

Nach längerer Vorbereitung fanden ab 3. November in der freien Reichsstadt Köln auf Einladung Erzherzog Leopolds Gespräche statt. Es nahmen als Vertreter teil:²²⁰

Brandenburg	Räte: Johann Friedrich von Röder, Gerlach von Ess
Pfalz- Neuburg	Räte Georg Andreas Lemblin, Johann Zeschlin
Stände von Kleve-Mark	Ständische Deputierte
Stände von Berg	Marschall Ley, Marschall Schenkern, 7 Amtleute und 12 weitere
Jülicher Stände	An der Spitze Kanzler Raitz von Frentz, Marschall Huyn von Amstenradt, Vizekanzler Pütz, Quadt von Beek
Erzherzog Leopold	Wilhelm von Salm-Reifferscheidt, Domherr in Straßburg, Johann Georg Libstenzky, Domherr in Passau, Dr. Johann Cognot, Kanzler in Passau, Freiherr von Kolowrat, Lizenziat Zacharias Horrich
Kurfürst von Köln	Gesandte

Die Verhandlungen zwischen diesen Gruppen liefen bis zum 4. Dezember. Die Maximalpositionen der einzelnen Gruppen erschwerten, wie in den Monaten zuvor, auch jetzt noch die Lösungssuche.

Die Jülicher Stände forderten, die Possedierenden sollten zugunsten einer „*interimsregierung von allen 3 landsessigen eingeporen reten und landstende*“²²¹ zurücktreten.

Die Gesandten der Possedierenden formulierten dagegen: „*dass 1. ihre Fürsten durch das Eingehen auf Verhandlungen sich keineswegs ihrer rechtmäßig eingenommen und behaupteten Possession begeben. [...] 2. vor jeder verhandlung die ausser Jülich besetzten Plätze ihnen herausgegeben werden*“. Leopolds Gesandte erklärten daraufhin, „*dass der Kaiser den Fürsten keine rechtmäßige Possession zugestehe; hätte man die Rückgabe der Plätze zur Bedingung machen wollen, so hätte man die Zusammenkunft unterlasen sollen*“.²²²

Die Kurkölnner Gesandten legten am 6. November allen Gruppen einen Vergleich vor: Leopold erhält freien Zugang nach Jülich, und die Possedierenden räumen die eingenommenen Plätze um die Festung. Diese diplomatische Lösung lehnten die Gesandten der Possedierenden ab, weil sie aus der Position der Stärke heraus verhandelten.²²³

Dann setzten die Militärs und der Kaiser Fakten, die die Kölner Tagung zu einem Tauziehen ohne Ergebnis werden ließ.

²²⁰ Namen nach BuA 7, S. 145 f., für Berg: GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 205, Anmerkung 2.

²²¹ GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 206.

²²² GOLDSCHMIDT, Landstände, S. 206.

²²³ BuA 7, S. 145, Anmerkung 1.

1. Leopolds Truppen wurden in der Festung Jülich eingekreist;
2. Kaiser Rudolf II. erließ am 6. November ein Mandat, dass die Reichsacht über alle verhängte, die weiterhin die Fürsten von Neuburg und Brandenburg unterstützten.

Die Reichsacht hatte Rudolf II. schon 1598 gegen die Reichsstadt Aachen und 1607 gegen Donauwörth verhängt und exekutieren lassen. Die Protestanten wurden aus beiden Städten vertrieben.²²⁴ Der Kaiser nutzte die Möglichkeiten seines Amtes, um schrittweise die Gegenreformation zu fördern.²²⁵ Die Acht erwies sich bisher als scharfes Schwert, so dass die Zielsetzung Rudolfs klar wurde, in dieser schwierigen Situation im Erbfolgekrieg sein wirksames Mittel auch einzusetzen. Das Mandat enthielt außerdem die Ablehnung des Dortmunder Vertrages „*nichtiges verbottenes vergleichnüss*“.²²⁶

Der Kaiser erklärte, mit diesem Mandat habe er die von den Ständen, Städten und Untertanen gegenüber den Possidierenden erfolgten „*Handgelübten, eydt, Huldigung, Beypflichtung, Einlaß*“ abgeschafft, kassiert und widerrufen. Wenn sie sich ab sofort neutral verhielten, würden sie nicht mit der Reichsacht bestraft.

Wer die eingeräumte Frist von sechs Wochen nicht nutze und „*in ihrem vorgenommenen unverantwortlichen Ungehorsam und vorsetzlichen Frevel beharre, [...] dieselben wollen wir endlich hiemit in des Heyligen Reichs Ach und Aberacht*“²²⁷ nehmen. Er erläutert danach die Wirkung der Acht und der Aberacht. Die geächteten Personen sind vogelfrei, jeder kann sich ihres Leibes, Habes und Gutes bemächtigen.

Der Kaiser weist in diesem Mandat ausdrücklich darauf hin, an welchen Tagen in 1609 seine bisherigen Mandate ausgehängt und damit den Personengruppen zugänglich gemacht worden seien. Auch dieses werde öffentlich verkündet. Diese Aussage war entscheidend, denn die Rechtsgültigkeit eines Mandats hing davon ab, ob es auch an die entsprechende Person zugestellt oder Personengruppen öffentlich durch Anschlag bekannt gemacht worden war.

Deshalb wollte der kaiserliche Herold in Bergheim auch am 6. August unerkannt bleiben, um das Mandat anschlagen zu können.²²⁸

²²⁴ BuA 7, S. 146.

²²⁵ Heinz DUCHHARDT, Deutsche Verfassungsgeschichte 1495-1806, Stuttgart 1991, S. 160 f.

²²⁶ Mandat des Kaisers Rudolf II., in: Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des dreißigjährigen Krieges, hrsg. v. Gottfried LORENZ, Darmstadt 1991, S. 119.

²²⁷ Ebda, S. 125.

²²⁸ Wolfgang REINHARD, Reichsreform und Reformation, in: GEBHARDT, Handbuch der deutschen Geschichte, 10. völlig neu bearb. Aufl., Bd. 9, Stuttgart 2001, S. 272: Wenn nicht zugestellt wurde, entstand ein rechtsfreier Raum. Das Verhältnis von Politik und nackten Leben interpretiert in einer historischen Längsschnittstudie bis in die Gegenwart Giorgio AGAMBEN: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/Main 2002 (Ital. Turin 1995; übersetzt von Hubert Thüning).

Die Wirkung dieser Reichsacht steigerte Rudolf II. noch dadurch, dass er in diesem Mandat 48 namentlich genannte „*Grafen und Herren in Jülich ad videndum se declarari innerhalb 36 Tagen nach Prag*“²²⁹ zu kommen aufforderte.

Der Kaiser wollte also gezielt die Stände und die Untertanen ansprechen, um so zu einer größeren Wirkung zu gelangen. Es gelang ihm in Düren: Erst im Dezember ließ der Rat nach massiver Belagerung die Truppen unter dem Kommando von Graf zu Solms in die Stadt. Denn der Dürener Rat hatte am 12. Dezember beschlossen, die Possedierenden zu bitten, ihr Handgelübde zurückzunehmen. Die Erbanwärter, sagten die Dürener Ratsvertreter, sollten außerdem die sechs Wochen Frist nutzen, um die Acht abzuwenden.²³⁰

Die militärischen Erfolge der beiden Possedierenden ließen sie weniger kompromissbereit sein. Außerdem hatten im Sommer die böhmischen Stände dem Kaiser die *de-facto*-Ständeherrschaft abgetrotzt, die seine Schwäche und damit auch die Leopolds völlig offenbarte.²³¹

Die Verhandlungen der geistlichen Kurfürsten zur politischen Zielsetzung und finanziellen Ausstattung der katholischen Liga unter der Führung des bayerischen Herzogs Maximilian I. waren noch nicht abgeschlossen, so dass die Anhänger einer Kompromisslösung keinen mächtigen Verbündeten fanden.

Die Kölner Kommunikation lief bis Anfang Dezember. Die Vertreter der Possedierenden und Leopolds reisten zwischenzeitlich nach Düsseldorf bzw. Jülich, um über die bisherigen Ergebnisse zu berichten und neue Instruktionen einzuholen.

Die Verhandlungen gingen ohne Ergebnis zu Ende. Am 3. Dezember verließen die bergischen Stände entmutigt Köln, am 4. erklärten die Possedierenden, dass sie ihre Räte „*abgedanckt*“ hätten.²³²

Gründe für das Verhalten der Räte und Landstände 1609

Das Verhalten der Räte und Landstände beurteilten die Zeitgenossen sehr unterschiedlich.

Die protestantisch-kalvinistischen Adligen im Herzogtum bildeten unter der Leitung Graf Wirichs von Dhaun und, nach dessen Hinrichtung durch spanische Soldaten 1598, obwohl ihm freies Geleit versprochen worden war, von Otto Heinrich von Bylandt-Rheydt eine Gruppe, die sich Patrioten nannten, weil sie die „*teutsche libertät*“

²²⁹ BuA 7, S. 151, Anmerkung 113.

²³⁰ BuA 7, S. 230, Anmerkung 2.

²³¹ Neuere Gesamtdarstellung: Maximilian LANZINNER, *Konfessionelles Zeitalter, 1555-1618*, in: GEBHARDT, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 10. völlig neu bearb. Aufl., Bd. 10, Stuttgart 2001, S. 1-202, speziell S. 179 ff.

²³² BuA 7, S. 208.

gegenüber den „Papisten“ verteidigen wollten. Sie forderten „von den Räten, vom Herzog und vom Kaiser die Einberufung eines allgemeinen Landtages, damit auf ihm über die Geschicke des Landes und die Mitwirkung der Stände bei der Regierung beraten und beschlossen werden solle“.²³³



Abb. 6: Peter Paul Rubens, *Die Schrecken des Krieges*, 1638

1609 gehörte zu dieser Gruppe aus der Sicht eines seiner Mitglieder, des Herrn von Palant, seine Familie „mit zwanzig Haupthäuser, auch die von Rheydt und von Schwartzburg, Quad und viele andere seien willig“.²³⁴

Die Patrioten wollten mit Hilfe der Possedierenden an der Regierung beteiligt werden, um mehrere Ziele zu erreichen:

1. Die von den Possedierenden in den Reversalen anerkannte Religionsübung sichern;
2. eigene Interessen in der Regierung durchsetzen als außerhalb bleiben;
3. nicht nur der Adelssitz, sondern auch die anderen Güter sollen steuerbefreit bleiben;²³⁵
4. lukrative Ämter wie Amtmann, Landrat und Truppenkommissar erhalten;²³⁶

²³³ Friedrich Wilhelm BECKER, Otto Heinrich von Bylandt zu Rheydt 1554-1608, S. 87f.

²³⁴ Johann von Nassau an Moritz von Hessen, 25.6.1609, in: KELLER, S. 128.

²³⁵ Thema stand auf der Tagesordnung vieler Landtagssitzungen im Herzogtum. Siehe Rainer WALZ, Stände, S. 120 f; für Kurköln: Karsten RUPPERT, Die Landstände des Erzbistums Köln in der frühen Neuzeit, in: AHVN 174 (1972), S. 47-111, hier: S. 88.

5. als Gesandte auf dem Reichstag und an anderen Höfen ehrenvolle Aufgaben erledigen;
6. als adlige Räte in einer Regierung den Einfluss bürgerlicher Räte auf die Fürsten begrenzen, zumal seit 1580 viele Adlige aus dem Herzogtum an Universitäten studiert hatten, um in die Regierungen eintreten zu können;²³⁷
7. Teilhabe an der Macht, um von den Standesgenossen akzeptiert zu werden, „und nicht so sehr durch die Krone respektive den Fürsten“.²³⁸ Die Fähigkeit, ein Amt zu bekleiden, entsprach dem adeligen Wunsch nach „Ehre“ und „Macht“ gleichermaßen;
8. „Verzicht auf die autonome Entscheidungsgewalt in kirchlichen Fragen im eigenen ländlichen Herrschaftsbereich gefährdete auch unmittelbar den Anspruch auf Autorität gegenüber den Untertanen.“²³⁹ Deshalb leisteten diese Adligen Widerstand gegen die bisherigen Regierungen, die die katholische Religion auch für ihren Machterhalt nutzten;
9. Macht der Generalstaaten, Frankreichs, Brandenburgs und der Kurpfalz ist weit stärker als die des Kaisers, Spaniens, der spanischen Niederlande und des Papstes.

Die nicht akkomodierenden Räte und Landstände aus dem Herzogtum Jülich formulierten in vielen Schreiben an die in- und ausländischen Fürsten und auf dem Landtag im Juli 1609 ihre Forderung, der Kaiser solle den Erbfolgestreit beilegen.

Der vom Kaiser ernannte Sequester, Erzherzog Leopold, konnte von August bis November 1609 seine militärische Position im Raum um Jülich halten und ausbauen, weil die Possedierenden erst im November ihre Truppen über den Rhein in die Jülicher Lande führten und dort in Bergheim und anderen Orten einquartierten. Außerdem schickten weder Frankreich noch die Generalstaaten Truppen. In diesem Vakuum agierten diese Adligen intensiv.

Was bewog diese große Gruppe jülicher Adliger zum Widerstand ?

1. Die Zeitgenossen begründeten die Aktionen dieser jülicher Adelsfamilien mit deren Angst, ihre Besitzungen im spanischen Oberquartier Geldern an die Spanier zu ver-

²³⁶ WALZ, Stände, S. 137 f.

²³⁷ Viele Adlige und Bürger auch aus der Region und der Stadt Bergheim hatten seit etwa 1580 studiert. Einige Namen in: HANSEN, Verzeichnis der Studierenden, in: ZAGV 7 (1885), S. 131-144; generell zum Adel- Bürger-Verhältnis Ronald G. ASCH, Europäischer Adel, S.156-162.

²³⁸ Ronald G. ASCH, Europäischer Adel, S. 34.

²³⁹ Ebda, S. 171.

lieren, sollten sie den protestantischen Possedierenden huldigen.²⁴⁰ Andere meinten, deren Güter in den spanischen Niederlanden und im Erzbistum Köln seien der Grund.²⁴¹ Der Marburger kalvinistische Rechtsprofessor Johann Goddaeus schrieb aus Schwerte am 30. Mai 1609 an Landgraf Moritz: „Es befürchten die päpstischen Stifter und Klöster derselben Einziehung, so ihnen durch die Cölnische und Gölische eingeildet“.²⁴²

Der zu befürchtende Verlust von Gütern in diesen Territorien und die daraus folgenden wirtschaftlichen Nachteile bildeten ganz bestimmt ein Motiv, aber nur eines von mehreren für das Handeln der Adligen, denn die führenden jülicher Familien nutzen auch die Ziele der Possedierenden und des Kaisers für ihre eigenen Ziele.

2. Die mehrheitlich katholischen Räte führten fast 30 Jahre lang die Regierung in Düsseldorf, zusammen mit den beiden Herzoginnen Jakobe und Eleonore. Die Gesandten Aldenhoven, Putz und der dezidiert katholische Jurist Simonius Ritz von Etgendorf²⁴³ hatten auf den Reichstagen 1603 und 1608 in Regensburg den Herzog vertreten. Die Regierungsräte schickten nach seinem Tod im März sofort Gesandte an die Höfe von Prag, Brüssel und den Haag. Sie waren die Herren im vereinigten Herzogtum. Dennoch verhinderten sie nicht die faktische Entlassung aus ihren Ämtern, denn der Dortmunder Vertrag nennt sie schon „gewesene Räte“.

Sie hatten sich seit 1590 weit von den Landständen distanziert, die doch ihre natürlichen Verbündeten waren, so dass diese sich teilweise über deren Entlassung freuten. Die von Simonius Ritz schon weit vor 1600, dann erneut 1603 und von Gesandten 1608 beobachtete innere Zerstrittenheit der Regierung in Düsseldorf verhinderte, dass die regierenden Adelsfamilien sich als Mitregierende dauerhaft fest etablieren konnten.²⁴⁴ Die Möglichkeit dazu besaßen sie, denn sogar noch auf dem Unionstag in Schwäbisch-Hall am 5. und 6. Februar 1610 schlugen die Mitglieder den zerstrittenen Possedierenden vor, wenn sie sich nicht einigen könnten, den Landständen und den der Regierung assistierenden Gesandten aus Württemberg und Baden die Entscheidung zu überlassen.²⁴⁵ Sie haben sie nicht genutzt.

3. Die großen Adelsfamilien Amstenrade, Orsbeck, Bongart, Hatzfeld, Winkelhausen und Rolshausen besaßen nicht nur Sitz und Stimme im Landtag, sondern auch in den spanischen Niederlanden und im Erzbistum Köln. Diese breite Absicherung half ih-

²⁴⁰ BuA 2, S. 292; dazu Gerard H. A. VENNERS, Die Stadt Roermond und die Stände im geldrischen Oberquartier, in: AHVN 187(1984) S. 91-101.

²⁴¹ KELLER, S. 146.

²⁴² Ebda, S. 118.

²⁴³ Olaf RICHTER, Ego in amorem incidem, in: Zeitenblicke 1 (2002), Nr. 2, S. 40.

²⁴⁴ Olaf RICHTER, Petrus Simonius genannt Ritz: (1562 - 1622). Lebensbilder seiner Familie zwischen Bürgertum und Adel in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Diss. Düsseldorf 2000, S. 340.

²⁴⁵ BuA 3, S. 113.

nen. Sie blieben außerdem stets eine Gefahr für die Possedierenden, weil sie in Erzherzog Leopold einen militärisch präsenten Partner besaßen.

4. Die Possedierenden konnten sich trotz des Dortmunder Vertrages und späterer Vereinbarungen nicht zu gemeinsamem Handeln durchringen. Pfalz-Neuburg finanzierte Wolfgang Wilhelms Politik ausreichend, Markgraf Ernst von Brandenburg erhielt selbst wenig finanzielle Mittel aus dem völlig überschuldeten Haushalt seines Kurfürsten. Beide wollten das Erbe ganz - und misstrauten deshalb einander.

Die Adligen wussten genau um die politischen Absichten aller Beteiligten, denn die vielen Gesandten kamen erst in Köln an und reisten weiter nach Düsseldorf, außerdem nutzten viele die aus Gesandtschaftsberichten Europas zusammengestellten Informationen der Wochenzeitung *Aviso*, die seit Februar 1609 erschien. In Köln liefen die Kommunikationswege zusammen. Christian von Anhalt und einzelne Gesandte betonten häufiger in ihren Schreiben, Informationen aus Zeitungen erfahren zu haben. Deshalb blieb Wolfgang Wilhelms Politik nicht verborgen.

Er und sein Vater wollten mit Hilfe des Erzbischofs von Köln, des Erzherzogs Albert und des Kölner Nuntius Atilio Amalteo den Kaiser zu einem raschen Vergleich in der Erbfolgefrage auffordern, um Brandenburgs Anspruch auf das alleinige Erbe zu begegnen und deren Bevorzugung bei den klevisch-märkischen Ständen entgegenzuwirken. Pfalz-Neuburg besaß ein elementares Interesse an einer kaiserlichen Entscheidung, weil sie den mächtigen Nachbarn Maximilian I. von Bayern fürchteten, der im Auftrag des Kaisers die Reichsacht in Donauwörth militärisch durchgeführt hatte. Die Stadt blieb 1609 von Bayern besetzt. Während seiner Anreise nach Düsseldorf hielt sich Wolfgang Wilhelm „in Bonn beim Koadjutor etwas lange“ auf.²⁴⁶ Schon auf dem Landtag in der Mark am 4. April 1609 votierten zwar viele Ritter für Brandenburg, „ausgenommen die Drosten und andere Katholische haben viel von Neuburg geredt“.²⁴⁷ Wolfgang Wilhelm hatte vor 1609 intensiv Kontakt mit vielen Adligen und Regierungsräten im Herzogtum gepflegt, um Alleinerbe zu werden.²⁴⁸ Im Mai bot er dem Düsseldorfer Landtag an, „er wolle zur Vertheidigung der Lande eine Summe Geldes in Cöln deponieren“, was die Jülicher Stände annehmen wollten, die bergischen aber durch ihre Ablehnung blockierten.²⁴⁹

Neuburgs Politik, „den Erbstreit letztlich auf dem Rechtswege, d.h. durch einen Vergleich mit Brandenburg und nachfolgender kaiserlicher Genehmigung oder durch Prozeß am kaiserlichen Gerichtshof zu entscheiden“,²⁵⁰ wurde von den kaisertreuen Adligen übernommen, denn sie forderten ständig, ob auf den Landtagen, dem Treffen in Geilenkirchen oder im November in Köln, dass die Possedierenden sich verglei-

²⁴⁶ schreibt Johann Adolph von Dhaun an Landgraf Moritz, 11.5.1609, in: KELLER, S. 110.

²⁴⁷ KELLER, S. 97.

²⁴⁸ ROGGENDORF, Politik, S. 32-74.

²⁴⁹ Diskau und Röden an Churbrandenburg, 24.5.1609, in: BuA 2, S. 243.

²⁵⁰ ROGGENDORF, Politik, S. 106.

chen sollten. Die katholische Liga mit Maximilian I. von Bayern an der Spitze und Erzherzog Leopold als wichtiges Mitglied fiel als geheimer Bündnispartner für das protestantische Neuburg aus, weil Maximilian die Liga als gesamt-katholisches Bündnis mit gegenreformatorischer Zielsetzung ohne das österreichische Kaiserhaus allein führen wollte und durch die Besetzung Donauwörth's das Stammland Pfalz-Neuburg direkt bedrohte.

5. Die Adligen blieben auch aus standespolitischen Gründen der Huldigung fern, weil sie die adelsfeindliche Politik Brandenburgs, seiner Verbündeten und Moritz von Hessen nicht auch noch fördern wollten. Moritz hatte ebenso wie Christian von Anhalt in ihren jeweiligen Territorien durch eine reformatorische Religionspolitik die adlige Opposition provoziert.²⁵¹ Johann Sigismund von Brandenburgs enger Verbündeter und Förderer der kalvinistischen Adligen im Herzogtum, die Kurpfalz, hatte den einheimischen kurpfälzer Adel zu mediatisieren „versucht, der sich ebenfalls dagegen wehrte.“²⁵² Die Verfassung der Generalstaaten gab den Adligen auch wenig Perspektiven. „Die Stände - heißt immer eigentlich die Städte - [...] begreifen sich in zunehmendem Maße als die Quelle der Souveränität und sahen die Funktion des Oraniers als ständischen Auftrag.“²⁵³ Die Adligen orientierten sich am Kaiser, weil er ihre Unabhängigkeit gegenüber den Fürsten erhalten und ausbauen konnte. Nur wenn sie unabhängig blieben, konnten sie auf Landtagen ihre Gravamina erfolgreich verhandeln. In dieser Dialektik von „Knecht“ des Kaisers und „Herr“ im eigenen Herzogtum bewegte sich der Adel dauerhaft erfolgreich.

6. Die Familien dieser Jülicher Räte und Adligen stellten seit Beginn des 16. Jahrhunderts mehrfach den Kanzler oder repräsentierten als Amtleute das Herzogtum gegenüber den Untertanen, wenn diese dem neuen Herrscher huldigten. Sie erlebten mit, wie die Fürsten mit der Verrechtlichung, Bürokratisierung und der damit verbundenen Rationalisierung der Politik das Herzogtum zu einem Staat entwickelten, der die Steuern von den Untertanen für die wachsenden Ausgaben auch eintreiben konnte. Diese Staatsbildung erforderte die Zusammenarbeit mit den Ständen, so dass ein „vorübergehender Aufschwung der Landstände“ folgte.²⁵⁴ Die Adligen brauchten ein juristisches Studium, um am Hofe oder als Amtmann den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Van den Bongart und von Bylandt-Rheydt erlebten die Verrechtlichung am Ende des 16. Jahrhunderts direkt, als sie sich mit den Klagen ihrer Bauern in Heiden bei Aachen und in Rheydt am Reichskammergericht in Speyer beschäftigen mussten.²⁵⁵

²⁵¹ Volker PRESS, Adel, Reich und Reformation, in: Ders., Das alte Reich. Ausgewählte Aufsätze (Historische Forschungen 59), 2. Aufl. Berlin 2000, S. 366.

²⁵² Ebda, S.365.

²⁵³ Horst LADEMACHER, Geschichte der Niederlande, Darmstadt 1983, S. 68.

²⁵⁴ Wolfgang REINHARD, Probleme deutscher Geschichte 1495-1806, in: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 9, 10. völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart 2001, S. 94.

²⁵⁵ Ausführlich in Helmut GABEL, Widerstand und Kooperation, S. 44-50.

Sebastian von Hatzfeld-Crottorf bestimmte in seinem Testament 1606 seinen Vetter Wilhelm von Hatzfeld-Weisweiler und seinen Schwager Schweikhard von Sickingen zu Vormündern seiner noch unmündigen Kinder. Sein Wille war, „*die Kinder ehrlich und gottselig zu erziehen, in studios zu erhalten die negstfolgenden vier jar zu maintz, demnächst in Franckreich, erstlich in Pont-a-Mousson, furthers auf ein ander Catholisch Universitat in bemeldeten Königreich.* (Danach sollen sie) *ihre studia continui- ren, frembde sprachen erlernen und folgendes Jahr in Italien zu Senis sondern an keinem andern Orth sich lange uffhalten.* (Dann) *unter Obhut eines angesehenen Prokuratorm in Speyer*“ das Verfahren am Reichskammergericht kennen lernen. Die Töchter sollen „*bey einer erbaren dugentsamen frawen von Adel [...] Gottesfurcht, Tugend, Zucht, Ehr (lernen, außerdem) zur haußhaltung und allen nützlichen sachen [...] all nehen, stricken, wircken, sticken und dergleichen*“ angeleitet werden.²⁵⁶

Der klassische Ausbildungsweg der Jungen begann an der Jesuitenschule in Pont-a-Mousson.²⁵⁷ Die französischen Sprachkenntnisse brauchten sie am Hof und im Umgang mit den adligen Verwandten. Sie galt zu dieser Zeit schon als Sprache der Gebildeten. Das Jura-Studium stellte sie mit den um die Ämter konkurrierenden bürgerlichen Absolventen gleich.²⁵⁸ Die Ausbildung der Mädchen diente zur Vorbereitung der Rolle als Ehefrau. Die standesgemäße Heirat blieb zwingend erforderlich, weil nur Söhne aus diesen Ehen den Anspruch auf einen Landtagssitz erhalten konnten. Im Herzogtum Jülich und in Kurköln mussten die Ritter ihre adlige Abstammung - 8 Generationen - nachweisen.²⁵⁹

7. Die Zeitgenossen nannten als weiteren Grund für das Verhalten der jülicher Adligen, dass die protestantischen Possedierenden die Stifte und Klöster einziehen würden. Diese Bedrohung spielte eine große Rolle. Die Reversalen der Possedierenden während des Landtags vom Juli 1609 garantierten zwar den Weiterbestand der Klöster und Stifte, doch die Zugänge zu diesen Pfründen wurden ihnen versperrt. „*In erster Linie nutzten die Herzöge von Jülich-Kleve-Berg Stiftskanonikate, um Beamte oder andere Hofbedienstete zu bezahlen [...]. Stiftspründen dienten auch zur Finanzierung einer Ausbildung.*“²⁶⁰ Die Domstifte und die adligen Damenstifte boten den un-

²⁵⁶ Jens FRIEDHOFF, Familie Hatzfeld, S. 530; Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen: Günter VOGLER, Europas Aufbruch in die Neuzeit 1500-1650 (Handbuch der Geschichte Europas, 5), Stuttgart 2003, S. 306-311, und ASCH, Europäischer Adel, S. 97-131.

²⁵⁷ Jesuitengründung in Pont-a-Mousson, in: PETRI, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S. 186.

²⁵⁸ Günther SCHULZ, Sozialer Aufstieg. Funktionseliten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte), München 2002, S. 36.

²⁵⁹ WALZ, Stände, S. 68.

²⁶⁰ Hans Georg MOLITOR, Erzbistum Köln, S. 496 f. Der Besitz von Stiften war bedeutend. Das Stift St. Ursula in Köln besaß nach einer Aufstellung von 1802 in der Region folgenden Besitz: 1. Zehnten in Kendenich, 2. Zehnten der Fronhöfe zu Büsdorf und Fliesteden, 3. Zehnten in Arnoldsweiler und Kelz, 4. Güter zu Gerretshof, Oberaussem, Hüchelhoven, 5. Zehnten der Fronhöfe Kirchberg und Pier. Außerdem 6. Weingüter in folgenden Besitz: 1. Zehnten in Kendenich, 2. Zehnten der Fronhöfe zu Büsdorf und Fliesteden, 3. Zehnten in Arnoldsweiler und Kelz, 4. Güter zu Gerretshof, Oberaussem, Hüchelhoven, 5. Zehnten

verheirateten Nachkommen eine standesgemäße Versorgung oder Unterbringung bis zur Heirat. Deshalb vermittelte der Nuntius von Köln auch die Leitung des Damenstifts St. Maria im Kapitol an die Familie Winkelhausen, während die Familien von Frentz, von Hatzfeld und von Orsbeck schon in verschiedenen Domstiften von Lütlich, Münster und Paderborn vertreten waren.

Die nicht akkomodierenden Adligen übernahmen und unterstützten die gegenreformatorischen Maßnahmen des Koadjutors (ab 1600), der Stadt Köln (ab 1609) und des Erzherzogs Albrecht (ab 1607) in ihren Besitzungen in vielfältiger Weise. Dafür gibt es drei Gründe:



Abb. 7: Kreuzigungsfenster in der Kirche St. Maria im Kapitol in Köln, nach 1510 Stifter waren Herzog Wilhelm IV. von Jülich-Berg (1475-1511, seine Frau Sibilla von Brandenburg und ihre Tochter Maria.

1. Die katholischen Adligen im Herzogtum Jülich lebten in einer von ihrem Glauben tief geprägten Welt, der ihren religiösen Bedürfnissen entsprach.
2. Die katholische Kirche als Adelskirche bot der Familie Ausbildungs-, Versorgungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, sicherte den Status und die Ehre des Hauses.
3. Die konsequente Umsetzung der tridentinischen Vorgaben im täglichen Leben disziplinierte die vorher eher a-religiösen, wenn nicht sogar abergläubischen Untertanen. Verwairste oder verwaiste Pfarreien sowie desinteressierte Messbesucher sollten der Vergangenheit angehören.

Die jülicher Adligen von Reuschenberg, von Orsbeck und von Amstenradt als Komture der Deutschordensgüter han-

delten idealtypisch nach diesen drei Motiven.²⁶¹

der Fronhöfe Kirchberg und Pier. Außerdem 6. Weingüter in Walldorf, Rhens und Engstadt nahe Worms, in: Archiv für die Geschichte des Niederrheins, hrsg. v. Theod. Jos. Lacomblet, Bd. 3, Düsseldorf 1860, S. 130-134.

²⁶¹ P. J. H. UBACHS, Handboek voor de geschiedenis van Limburg, Hilversum 2000, S. 206 f.

8. Die Adligen wollten durch den bevorstehenden oder befürchteten Krieg ihre Grundrenten und anderen Einnahmen von den Höfen nicht verlieren. Die Adligen von den Bongart, von Orsbeck, von Reuschenberg und von Amstenrade besaßen in den spanischen Niederlanden großen Landbesitz, nahe der Grenze zum Herzogtum und zu den Generalstaaten. Der befürchtete Krieg zwischen den beteiligten Mächten hätte Limburg und Jülich zum Mittelpunkt der Schlachten und Durchzüge gemacht, deren zerstörerische Wirkung an Rhein und Maas die gerade beendeten Kriegshandlungen zwischen Spanien und den Generalstaaten deutlich gezeigt hatten.

Politik und Militär in Bergheim und Umgebung - eine Bilanz

Die Stadt Bergheim und die Orte Nieder-, Oberaussem und Glesch lagen im Jahr 1609 im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit vieler Beteiligten am Erbfolgekrieg.

Von April bis Juli hatten die Landstände, von August an die Possedierenden Soldaten in der Stadt einquartiert, um sie und die Umgebung zu kontrollieren. Die Stadt trug die Kosten für die einquartierten Soldaten der eigenen Landstände. Deshalb forderten die Vertreter der jülicher Städte auf dem Treffen der Jülicher Landstände in Hambach vom 25. - 28. Juni 1609, dass die Ritter mehr als nur 2 %, nämlich 4 % ihres Einkommens, zur Landsteuer beitragen müssten, weil die Städte schon die Soldaten bezahlen würden. Die Ritter lehnten dies ab.

Die jülicher Städte forderten diese größere Veranlagung der Ritter schon seit 1587. Sie hatten deswegen Klage beim Reichskammergericht eingereicht. In ihrer Klageschrift hatten sie die Position vertreten, dass das öffentliche Wohl wichtiger sei als die Privilegien und die Immunität der Adligen.²⁶² Die Argumente zeigen, dass die Städte den adligen Privilegien ihre Wertvorstellungen gegenüberstellen.

Die Städte wollten die „*verfassungsgerichtliche Kontrolle der regionalen und lokalen Herrschaftspraxis, die Partizipation nachgeordneter Herrschaftsebenen am Gesamtstaat und den Stellenwert der genossenschaftlichen Gemeinde*“ zur Grundlage und Zielsetzung der eigenen Politik machen.²⁶³ Im Fall der Steuergerechtigkeit bildete zudem das Prinzip der „*natürlichen Billigkeit*“²⁶⁴ den Maßstab der Städte für ihre Klage, die noch 1630 nicht endgültig entschieden war.

Die adligen Landstände wollten die jülicher Unterstädte wie Bergheim schon deshalb nicht an den Beratungen im Landtag im Juli teilnehmen lassen. Außerdem befürchteten sie, die Städte würden den Possedierenden huldigen und sie damit unter Zugzwang setzen, es auch zu tun. Die Possedierenden machten im Revers vom 16. Juli 1609 Bergheim und den anderen jülicher Unterstädten die Zusage, sie alle zum

²⁶² WALZ, Stände, S. 121-123.

²⁶³ Bernd MARQUARDT, Staatsbildung, Geschichte einer Dreifachrevolution. Von der vorstaatlichen Gesellschaft zum Staat der Industriegesellschaft, Stuttgart 2006, S. 139.

²⁶⁴ GABEL, Widerstand, S. 355-360.

nächsten Landtag einzuladen, um die geplanten Huldigungen der Bevölkerung in den einzelnen Städten erfolgreich abschließen zu können. Die Bevölkerung der Stadt Bergheim huldigte jedoch nicht; Gründe sind nicht genannt, doch unübersehbar bleibt:

In der Nähe der Stadt und der Umgebung von Bergheim besaßen die nicht akkomodierenden ehemaligen Räte und Ritter von Frentz und von Reuschenberg und der Bergheimer Amtmann von den Bongart ihre Rittersitze. Sie waren mit den anderen Adligen aus dem jülicher Land vielfach verwandt²⁶⁵ und testierten gemeinsam in Eheverträgen und rechtlichen Regelungen.

Sie bildeten eine informelle Gruppe von Adligen, die im Sommer ihre Regierungsmacht verlor und im Herbst keine Mehrheit für ihre Konfliktregelung fand.

Der Stadt Bergheim und der Bevölkerung in der Umgebung blieben nach der Einquartierung von Truppen ab August 1609 keine politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Sie mussten die militärischen Aktionen mit wirtschaftlichen Folgen in der Stadt und der Flucht vieler Landbewohner außerhalb der Stadt bezahlen.

Ausblick

Johannes Burkhardt ordnet dieses Jahr 1609 und den sich daran anschließenden dreißigjährigen Krieg in den europäischen Zusammenhang der frühen Neuzeit ein: *„Sukzessionsproblematik und Erbrecht haben die noch personalistisch definierte Staatenwelt nachhaltig destabilisiert und den Erbfolgekrieg zu einem Haupttyp zwischenstaatlicher Konflikte avancieren lassen.“*²⁶⁶

²⁶⁵ Ronald ASCH, Adel, S. 97-112.

²⁶⁶ Johannes BURKHARDT, Der dreißigjährige Krieg, Frankfurt/ Main 1992, S. 207.

Anhang
Der Dortmunder Recess vom 10. Juni 1609

5 Zue wissen, als nach dotlichem Abganck weylant des Durchleuchtigen, Hoog-
gebohrnen Fürsten und Herrn, Herrn Johann Wilhelms, Hertzogen zu Gülich [Jü-
lich], Cleve [Kleve], und Berge [Berg], Grave zu der Marck [Mark], Moers, und
Ravensbergh [Ravensberg], Herrn zu Ravenstein etc. Hochlöblicher gedächtnus
zwischen den Durchleuchtigsten, und Hochgebohrnen Chur und Fürsten Herrn
10 Johan Sigismundte Marg-Graven zu Brandenburg, des Heyligen Römschen
Reichs Erts-Cammerer [S.82] undt Churfürst, Hertzogen in Pruysen [Preußen]
etc. Aenstadt und von wegen S. Chur-Fürst Gnade Gemahlin, Frauwen Anna
Marg-Gravin und Chur-Fürstin zu Brandenburg, Weyland der auch Durchleuchtigen
undt Hoochgebohrnen Fürstin, Frauwen Maria Leonora, Marg-Gravin zu
15 Brandenburg, Hertzogin in Preußen gebohrner Hertzogin zu Gulich, Cleve undt
Berge. [Jülich-Kleve-Berg] etc. Christmilden gedächtenus, hinterlaßenen eltisten
Dochter, aen eynem, und des Wolffganck Wilhelmen Phalts-Grave bey Rhein
[Pfalzgraf bei Rhein], Hertzogen in Beyeren [Bayern], in nahmen undt von wegen
S. f. Gn. Frauw Mutter, der auch Durchlauchtigen und Hochgebohrnen Frauwen,
20 Annen Phalts-Gravin bey Rhein, Hertzogin in Beyeren, gebohrner Hertzogin zu
Gulick, Cleve undt Berge etc. als weylant gedachter Herzogen in Preußen etc.
selbiger nachgelassener frau Schwester, an anderen Theil, von wegen Hoogge-
dachter Hertzog Johan Wilhelms zu Gulich, als ihrer beyderseits seligen Bruders,
nach ghelassene Fürstenthumb, Graef und Herschafften Succession, streyt und
Milverstandt ist vorgefallen: In dehme das beyde Chur- und Fürstliche theyle
25 sich zu solchem Hertzogh Johan Wilhelms, Hochseliger gedachtnis, hinterlaßenen
Land und Leuthen befueght und berechtigt zu sein, praetendiert, und voo-
gegeven / auch darauff hochstgedachter Chur-Fürst zu Brandenburg durch Sr.
Churfürst. Gen. Volmachtigde und Abgesandten undt Hohermelter Herr Phalts-
Grave Wolffgangh Wilhelm sich in Persoon zu possession derselben Landen
30 gethan undt genaheret / und dan nicht allein der Herr Chur-Fürst zu Brandenburg,
Sr. Churf. Excellencie Herrn Bruder / den auch Durchleuchtigen, Hohgebohrnen
Fürsten Herrn Ernsten Marggraven zu Brandenburg, Hertzogen in Preußen / zu
dem auch, den Durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten [S. 83] Herrn Moritzen
Land-Graven zu Hessen, Graven zu Catzenellenbogen, Dietz, Ziegenhain und
35 Nidda etc. abgeferticht / wie auch den dessen seyne Excellentie geschrieben /
sondern auch des Herrn Phalts-Graven Wolffganck Wilhelms Herr Vater / der
auch Durchleuchtige Hochgebohrne Fürst Herr Philipps Ludewig Pfalts-Grave
bey Rhein, Hertzogh zu Bäumen / wie auch Gesanten S. Furstlycke Genade
Sohn / aen Herrn Landt Graef Moritzen freundlichen geschrieben und umb Raht
40 und Assistents gebeten und aengehalten / in Masse auch die Gulicksche Land-
Stende selbst deputierte zu ihren seyn Excellencie gegen Ziegen [Siegen] /
Hamburch [Homburg] auch anhero / und alsoo zu unterscheiden mahlen abge-

ordnet und unterthanig ihr seyne Excellence ersuchen und bitten lassen / sich
dieser Sachen gutlich an zu nehmen / und die Fürstelycke Herrn Parthien der
gestalt mit einander zu vergleichen / damit die Landen in Ruhe und Frieden
verbleiben / und alle thatlicheyten verhütet werden möchten / wie auch ermelte
Landt-Stände / nicht weyniger beyde Fürstliche Theile selbst so schrifttelich so
mundtlichen aenbelangt / sich zu solcher gutlicher Vergleichung zu bequemen /
und Hohermelter Herr Land-Graef Morits zu Hessen / daer auf so well byden
Chur und Fürstlichen theilen / und von wegen der nahe Verwandenuß / und
Freundschaft / als auch die Gulischen / und darzu gehörigen Landen und
Leuthen / selbst / zu guthen und besten / auch zuer behuetung allerhant besor-
genden Gefahr und Weiterungen der gemeinen / in heiligen Reich / Unsern ge-
liebten Vatterlandt und sonderling der benachbaerten Wolfahrt und Ruhe / nicht
allein Herrn Palts-Graven Wolfgangck Wilhelm zu sich gen Hamburch an der Tra-
bender Hofe als einen Neutralen Orth freundlich bescheiben / sonderen auch
Herr Marggraef Ernst zu Brandenburg in die nahe daher kommen / und beyde
Fürstlickten theile auff allerhand ihrer seyner G. G. dabey zu gemuthe geführten
erheblichen Gedancken und Uhrsachen / zur gutlicher heil und beylegung der
Sachen freundlich erinnert und ermahnet / und ob sie syne Excellentie verhoff
sie deswegen gantzlich mit einander zu vergleichen / iedoch und weil solches bey
ihren syn / seyne Excellentie Ex: dazumahl nicht zuerheben gewesen / unter-
scheidtliche Mittel und Wege für geschlagen / wie und auff was Weyse ein Theil
dem andern / doch auf gewisse Maße / und versicherte Conditiones, auch mit
vorbehalt eines jedenen Rechtens / die Administration derselben [S. 84] Landen
und Leuthe / sine vel cum adiunctione, etlicher des anderen Theils Rathen / konte
deferiren / oder sich hierunter einer alternirten Administration mit ein ander ver-
gleichen / oder daß ein Herr die Cantzely zu Cleve doch ungeschiecht der Lan-
den Union, Privilegien und seyne Genade pacten / bey wohnen / und alsoo die
Regierung derselben Landen bis zu ferner gutlicher Handlungh / oder rechtlichen
Austragh dieser Sachen führen / und weil sich kein Theil auff solche vom Herren
Land-Graef Moritzen seyn Gn. damaals vorgeschlagene Mittel schließlich erkle-
ren können / ihren F. F. G. G. gerechten denselben Mitteln ferners nachzuden-
cken / oder ihre seyne Excellence dargegen anderer und vertraglichere an die
Hand zugeben / und daeraus ist vor guth aengesehen / den folgenden 27. May
alhier zu Dortmunt [Dortmund] wieder zusammen zu kommen / und sich auf op-
bedachte Middel eines oder des anderen endtlichen zu resolviren / und zu erkle-
ren / alles vormöge zu Hambach genommene Afscheyt sub dato den 22 eiusdem,
undt solchen zu Folge / Hohermelter Hr. Landt-Graaf Morits und beyde Fürstly-
cke Partheyen alhier wiederumb seind zusammen kommen / das demnach Herr
Landt-Graaf Moritzen F. Excellentie, vermittels godtlicher Hulff und Beystand
beyde Chur- und Fürstliche Theile mit dero guthen Wißen undt Willen folgender
maßen mit einander vergleichen und vertragen. Daß erstlich beyde Persohnen /
biß zur fernern gutlichen oder rechtlichen Austragh / sich jure familiaritatis, und

85 als nahe Verwandten undt Bludtfreunden mit einander freundlich wollen begehren
/ undt wieder alle andere Anmassunge / zu erhaltung und defension der Landen /
zu sammen setzen / undt innerhalb der nechsten vier Monatten ob etwan der
Herr Churfürst zu Brandenburg ein mittel selbst bey der Hand nehmen mögte /
90 alles was den Rechten Successori undt Erben derselben Landen / undt wie auch
deren Unterthanen zu guthen kommen und gereichen mach / bestes und mögli-
ches fleisses bedencken / befördern und aenstellen helffen / undt darauf den
nechsten tagen gen Düsseldorff ziehen / undt solches den Stenden und ghewe-
senen Rahten zuerkennen geben / wie auch ermelten Rahten / doch das ihnen
etliche aus der Stenden mittel zugeordnet werden nochmaels undt bis zu an-
95 derwärts beßerer Bestellung der Regierung derselben Landen / befehlen / und
folgents so wol von den Regiments Rahten / als auch den anderen Stenden und
Unterthanen allenthalben die Huldung einnehmen / und sie demjenigen Herrn
sweeren lassen / welcher hier nechst und inskünftigh unter Chur-Brandenburg
und Pfalts Neuburch [Pfalz-Neuburg] der Rechte Erbe und Successor zu dem GÜ-
100 lichtschen undt darzu gehörigen Landen erkläret / wie [S. 84] auch fürters die
Fürstliche Begrabnus anstellen / und die Fürstliche Wittibe wollen abfertigen / das
archivum versigelen / den ansuchenden Lehens-Leuten indult geben / Creis- und
Reichstage besuchen lassen / und alles anders thun und verordnen was der Sa-
chen nohtturfft erfordern wird / dardurch doch keinem theil aen seynem recht tam
105 in possessorio, quam in petitoris etwas benohmen / sonderen / so viel ferners der
guth und rechtlichen Austrag der Hauptsachen an langt / beyde theil in dem
Standt / wie sie jetzo seyndt / verbleiben / undt kein Theil immittels ihme etwas
zur Fortheil / undt den anderen zuer Nachtheil voor sich erlangen / undt hier
nechst entziehen / wie dan auch weniger nicht Phalts Zweibrugge [Pfalz-
110 Zweibrücken] undt den Marggraven zu Burgau ihr Recht in alle wegen vorbehal-
ten, und durch dieser Vergleichung nicht praejudicirt sein oder werden sol / im
massen auch mehr hochstgedachte Fursten beyde Parthyen einander mit Handt
undt treuwen bey Fürstlichen Ehr und Glauben haben versprochen / solcher Ver-
gleichung stets und fest zu geloben und nach zu kommen / alles ohne gefehrde.
115 In Uhrkunt ist dieser Abscheyt in tryplo verfertigt / von nur Hochgedachten Herrn
Land-Graef Mauritzen zu Hessen als hierzu gebettener Unterhandtler / sondern
auch bey den Fürstlichen theilen mit eigenen Handen unterzeichnet / ihren Fr.
syne G. Gn. Exellence allenseits Furstelyck Ring / Pitschafften becrefftigt und
bestettigt worden.

120

Wenn's ans Sterben ging Tod und Seelenheil in der frühen Neuzeit am Beispiel Oberembts

Am 3. Mai des Jahres 1658 wurde der Benediktinermönch Petrus Amilianus, seines Amtes Pastor im jülichischen Dorf Oberembt, an das Sterbebett des Joannis Esser gerufen. Dieser, im Ort nur als Essers Johann bekannt, gehörte zu den Honoratioren des Dorfes; er war Scabinus, also ernannter Schöffe. Der Junggeselle wünschte seinen letzten Willen dem Geistlichen im Beisein von „*freunden und nachbarn*“ kundzutun. Selbstverständlich wurde er mit den Sterbesakramenten versehen, oder wie man es damals ausdrückte „*in praesentia unsees lieben herrn getröset*“. Dann brachte der Pastor „*propria manu*“, also eigenhändig, den letzten Willen des Sterbenden zu Papier.

Von dem sicher etwas umfangreicheren Testament hat der Geistliche allerdings nur die sogenannte „*Clausula concernens*“, die entscheidende Bestimmung, der Nachwelt im Annotationsbuch der Pfarrgemeinde überliefert. Denn diese Klausel ging die Kirche direkt an; sie betraf das „*Anniversarium*“, eine Stiftung des Sterbenden. Johann Esser bestimmte also, daß am 3. Mai eines jeden Jahres, seinem Todesdatum, in der hiesigen Kirche „*Simonis et Juda Apostolorum*“, der heutigen Pfarrkirche St. Simon und Judas Thaddäus, für „*ihn und der seinigen abgelebten Vorfahren, elteren, freunden und verwanten eine Seel=meeß*“ gehalten werden solle.

Kaum faßbar für uns heutzutage, mit welcher offener Selbstverständlichkeit, Gelassenheit und Gewißheit der Sterbende sein Todesdatum angenommen hat, eben jenen 3. Mai, an dem er seinen letzten Willen diktierte. Die genannten Seelenmessen sollten „*solenniter*“, also feierlich, mit „*beleutung, commendation*“ (Zusammenkunft der Angehörigen und Freunde) und „*visitation*“ (Besuch) seines Grabes vorstatten gehen. Diese Prozedur sollte bis „*zu den ewigen Tagen*“ fortgesetzt werden. Uns erscheint dieses letztgenannte Begehren des Johann Esser illusorisch, im besten Falle symbolisch verständlich. Wir rechnen die Zukunft des Planeten Erde kosmologisch in Milliarden Jahren und sind vermessen genug, die Zukunft der Menschheit in unendliche Fernen zu prolongieren. Für den Menschen des 17. Jahrhunderts galten jedoch andere zeitliche Maßstäbe. Es war damals noch allgemeiner Konsens über die Konfessionen hinweg, daß die Welt nicht älter als 6000 Jahre werden würde.¹ Auf diese Zeitspanne entfielen, grob gerechnet, etwa 5500 Jahre zwischen Schöpfung und Christi Geburt, so daß das messianische 1000jährige Reich um 500 n. Chr. anbrechen und die Welt um 1500 an ihr Ende kommen würde. Man befand sich also in einem gewissen kalendarischen Dilemma, sozusagen in heilsgeschichtlichem Ver-

¹ Nach den Berechnungen des Julius Africanus (3.Jhdt. n. Chr.), der von 1000 Jahren pro Schöpfungstag ausging

zug. Nun werden Berechnungen dieser Art den Dorfbewohnern Oberembts damals fremd gewesen sein, die kollektive Erinnerung an die apokalyptischen Reiter des 30jährigen Krieges war aber sehr wohl noch lebendig. So gesehen war die Forderung des Johann Esser nicht so unrealistisch, wie sie uns Heutigen erscheinen mag.

Bediente die Lesung von Seelenmessen die Angst vor der Läuterungsphase des Fegefeuers, so deuten die feierlichen Zusammenkünfte mit Geläut anlässlich des Todestages auf die Urangst vor dem Vergessenwerden hin, die historisch vor der Fegefeuvorstellung anzusiedeln ist und sich seit Vor- bzw. Frühzeit und Antike in Gräberkulturen und Nekropolen manifestierte. Diese Urangst lebt noch heute in unserer Denkmalkultur fort.

Kommen wir nun zum materiellen Wert der Stiftung. Es handelt sich dabei offensichtlich um jährliche Pachtzahlungen in Höhe von $\frac{1}{2}$ „*erbgoltgulden*“, die Johann Esser von einem Kölner Bürger namens Peter Schmitz für einen Hof in Frankeshoven zu bekommen hatte. Dabei hat es einerseits wohl Zahlungsrückstände gegeben, andererseits wurde in „*Königsthaler*“ bezahlt, einer Währung mit geringerem „*valor*“ (Wert), die Johann Esser nur „*cum protestatione*“, also unter Protest, entgegengenommen hat.

Auffällig am Testament des Johann Esser ist die einseitige Fixierung des Stifters auf die für dörfliche (und damals relativ ärmliche) Verhältnisse pompöse Lesung der Messen zum Heil seiner Seele und seiner Vorfahren bzw. Verwandten. Andere Stifter haben oft, auch zum Heil ihrer Seelen, ein Legat den Armen des Ortes zukommen lassen, wie noch zu zeigen sein wird. Hier zunächst ein Auszug aus dem vom o.a. Geistlichen verfaßten Testament:

„Drittens hatt er in praesentia Unseres lieben herren, freunden und nachbaren begert und verordnet, daß iährlichs biß zu den ewigen tagen, ahn tags seines abscheidens, alß den dritten tags maj alhier in Unserer Kirchen Simonis et Juda Aplorum vom Zeitlichen Pastoren fur ihn, und der seinigen abgelebten Vorfahren, Elteren, freunden und verwanten eine Seelenmeß solenniter soll gehalten werden mitt beleutung, commendation und visitation seines grabs. Zu welchem end Er Testator einen halben erbgoltgulden er zu franckeshoven ahn Peteren Schmitz bürgeren zu Cöllen auß deßen hoff daselbsten außstehendt hatt, und ihn von vorigen iahren verweigerlich, dainoch in geringeren valor und ein halber Königsthaler davor zahlt und cum protestatione acceptirt worden, besetzt (?) undt vermacht hatt.

3. maj 1658

F. Petrus Amilianus Pastor zu

Oberemb“

Wie sehr man noch in der Mitte des 17. Jahrhunderts mittelalterlichen Glaubensvorstellungen verhaftet war, zeigt die aus dem Jahr 1668 dokumentierte Stiftung der Eheleute Coisch Houutt und Fringen Wambes zur Lesung von Seelenmessen für den verstorbenen Ehemann. Werden hier noch die Qualen des Fegefeuers sehr real gesehen, so finden wir diesen Begriff bei einem ähnlichen Fall gut 60 Jahre später bei einem Rechtsstreit um den Zinsnießbrauch eines für Seelenmessen angelegten Kapitals überhaupt nicht mehr erwähnt.²

Der damals (1668) amtierende Geistliche Bruno Vohsaeus notierte im Anniversarienbuch (Auszug):

„Demnach der Ehrbar und fromme Coish Houutt in seinen lebzeiten mehrmals gesagt und gleichsam verprochen Er wölte ein anniversarium oder jährliche seel=sang=meß zu ewigen tagen stiften; und dan genannter (?) Coish nachstverwichenen iahr in Aprili unverrichteter sachen, von Gott dem Allmächtigen mit nothwendigen Hl. Sacramenten woll versehen auß dießem iammerthal durch den zeitlichen todt abgefordert; dahero die Ehr= und tugentsame Fringen Wambes seine nachgelaßene wittib zu OberEmb im broich wonhafft besorgte, es mögde vielleicht ihres verstorbenen Mans Seel wegen underlaßener stiftung in pein und qual des fegefeuers aufbehalten, und der Seligmachenden anschauung des Göttlichen angesichts zur Zeit beraubet sein und pleiben.“

Ähnlich auf das eigene Seelenheil fixiert ist das Testament der Jungfer Anna Emmerichs vom 29. Juni 1642, das uns auch nur als *Extract* und lediglich in einer Kopie überliefert ist. Letzterer Umstand ist verständlich, wenn wir das Datum der Testamentsabfassung genauer betrachten. Nach der für die Kaiserlichen unglücklichen Schlacht bei Kempen am 17. 1. 1642 waren die siegreichen französisch-weimarischen und hessischen Truppen, aber auch die zurückflutenden Truppen des geschlagenen kaiserlichen Generals Lamboy über das Erftland plündernd und brandschatzend hergefallen. Viele Familien waren damals nach Köln oder in die Bürgewälder geflohen und erst später wieder zurückgekehrt. So waren viele Dokumente, darunter auch das „*Weistum*“ des Dorfes Oberembt, verloren gegangen. Sicher ist auch das Original des Testamentes der Anna Emmerich zumindest stark beschädigt, aber immerhin noch vorhanden gewesen, denn die Übereinstimmung mit dem Original wird ausdrücklich durch einen Zeugen bestätigt.

² Vgl. W. BECHER: Ein Streiflicht zur rheinischen Volksfrömmigkeit im Zeitalter der Aufklärung, in: Pulheimer Beiträge, Bd. 2000.

Die „*vielehr=und tugentreiche Jungfer*“ vermachte eine Summe von 25 „*Dahlern dem Gotteshauß zue Oberemb*“ mit der Bedingung, daß jährlich einen Tag nach dem Fest von St. Anna (ihrer Namenspatronin) eine Seelenmesse gelesen werden solle. Falls dies unterbliebe, so der Vorbehalt der Erblasserin, könnten die Erben das Legat abziehen und die Messen anderweitig lesen lassen. Geschäftemacherei mit Seelenmessen war damals offensichtlich nicht unüblich.³

Wir können davon ausgehen, daß die Messen gelesen wurden, denn das Legat wurde nicht abgezogen, sondern existierte noch ein gutes Vierteljahrhundert später. Denn am 7. März 1668 erschien ein gewisser Arnold Weckh beim damaligen Ortsgeistlichen Bruno Vohsaeus und bat *in* (seiner) „*noth*“ um ein Darlehen. Dies wurde ihm „*auff vielfältiges begeren und anhalten*“ auch gewährt in Höhe der Stiftung der Anna *Emmerich*, auf welche ausdrücklich Bezug genommen wird, mit der Bedingung, jährlich einen Zins von einem „*Dahler plus*“ (hier wird der Text unleserlich) zu zahlen. Das entspräche einem Zinssatz von mindestens 4%. Für dieses Darlehen hatten Arnold Weckh und seine Ehefrau Gierdgen Schieffers, deren Bewilligung ausdrücklich erwähnt wird, „*Hauß und hoff in Oberembt*“ als Sicherheit zu verpfänden. Die Kirche bzw. der jeweilige Pfarrer, denn er wird in der Urkunde als Nutznießer definitiv erwähnt, zog also aus den sicherlich nicht seltenen Stiftungen Kapital. Ob es zum persönlichen Unterhalt der Geistlichen oder zur Armenpflege verwendet wurde, muß Spekulation bleiben.

Ebenfalls aus den Wirren des 30jährigen Krieges stammt eine testamentarische Verfügung, die nicht schriftlich fixiert worden war, sondern erst 1667 von dem Kirchhener Pfarrer und Dechanten des Dekanates Bergheim, Petrus Weitz, eidlich zu bezeugen war. Demnach starb im Jahre 1614 der Bruder des Dechanten, Werner Weitz, während einer „*damahls zu Oberemb grahsirenden pestilentzischer Seuche...., ahn welcher auch inmittelst zuvor sein Söhnlein gestorben.*“ Obwohl der Geistliche Petrus Weitz dies eigenhändig niedergeschrieben hat, sind erhebliche Zweifel an der Jahreszahl 1614 (in Worten ausgeschrieben) angebracht. Wenn man bedenkt, daß der Vater des Verstorbenen noch in den 40er Jahren des 17. Jahrhunderts gelebt hat (s.u.) und der Bruder noch 1667 als Dechant amtierte, so erscheint mir eine Verwechslung des Todesjahres von Werner Weitz, also 1614 mit dem Jahr 1641 wahrscheinlich.

Wie dem auch sei, sowohl der früh verstorbene Werner Weitz wie auch sein Vater Gottfried (Godefridum) Weitz vermachten ein Legat dem Armenhaus zu Oberembt, das wohl auch während des 30jährigen Krieges und danach existierte. Später wird es nicht mehr erwähnt. Am Sterbebett des Werner Weitz standen sein Vater, seine Mutter Mariam Schruders und seine „*Haußfraw Adelheit Brewers*“. Werner Weitz begehrte ihr Einverständnis („*consensum*“) für die Stiftung seines vom Vater erhaltenen Erbteiles („*in dotem*“) in Höhe von 200 „*Cöllnische Dahler*“ zugunsten der Oberembter

³ Ebenda

„*Haußarmen*“. Gemeint sind natürlich die Zinsen („*pensiones*“), die das Legat erbringen würde.

Ebenso verfuhr später der Vater, Gottfried Weitz, als er „*gleichfaß in todtsnöthen*“ nach einem Überfall hessischer Truppen bei Jülich sich befand.⁴ Er stiftete zusätzlich 50 Taler für die Armen des Dorfes, aber mit der Bedingung, daß vom zusätzlichen Kapital Seelenmessen für „*Vatter bruder und gantzes geshlecht*“ gesungen werden sollten.

Wohlgemerkt : Das Kapital wurde der Kirche übertragen, die Zinsen gingen zum kleineren Teil an die Kirche für die Seelenmessen, zum größeren Teil an die Insassen des Armenhauses. Übrigens sind die Weitz'schen Stiftungen die einzigen im Anniversarienbuch, die Dorfarme oder Armenhaus bedenken, alle anderen Stiftungen beziehen sich lediglich auf die Abhaltung von Messen zum eigenen Seelenheil.

Wie es mit der Armenfürsorge im ländlichen Bereich des Erftlandes ansonsten bestellt war, geht aus einem Dokument der Oberembter Pfarrei aus dem Jahre 1668 hervor: Unter dem Stichwort „*Armen fundationes*“ (Stiftungen) wird erwähnt, daß „*Ihre Fürstl. Durchlaucht, unser gnedigster Landsfürst*“ (der Herzog von Jülich-Berg) den Armen des Dorfes „*drey malder und drey fiertel rogen*“ (wahrscheinlich jährlich) zu spendieren geruhte, die zu drei verschiedenen Terminen gemahlen den Armen geliefert wurden. Insgesamt standen den Armen 6 Malter⁵ Roggen zu.

Zusätzlich spendierte der Landesherr (wahrscheinlich auch jährlich) den Armen 20 Groschen, 8 Albus und 6 Heller.⁶ Was hier für das Dorf Oberembt dokumentiert ist, galt dann wohl auch für die anderen Gemeinden des Herzogtums Jülich-Berg, sofern sie denn auch mit einem Armenproblem belastet waren, was mit Sicherheit anzunehmen ist.

Der damalige Chronist Joannis Schiffers vermerkt zum Schluß seiner Eintragung leicht resigniert : „*Waß ansonsten unsere Armen zu Oberemb von einwendigen gottseligen beistiftungen haben, ist auß ihrem armen=buch hieselbsten erfindtlich, und von den Primarys nostrae communitatis* (unseren Ersten in der Gemeinde) *anzuzeigen unnötig erachtet worden.*“

Man wollte die private Wohltätigkeit, aus welchen Gründen auch immer, nicht öffentlich machen.

⁴ Franz BERTRAMS: Chronik des Dorfes und der Pfarrgemeinde Oberembt (ungedruckt), 1923.

⁵ Ein Malter war ein altes Hohlmaß und wurde regional sehr unterschiedlich gemessen. Es konnte zwischen 288 Liter (im Münsterschen) und 659 Liter (in Brandenburg-Preußen) liegen. Jede Gegend hatte ihr eigenes Maß. So wird im Annotationsbuch der Gemeinde Oberembt oft das *Rödinger*, *Cöllnische* oder das *Kaster* Maß erwähnt, ohne daß wir heute wissen können, an welcher überregional gebräuchlichen Maßeinheit man sich in etwa orientiert hat.

⁶ Groschen = Münzen aus reinem Silber. Albus (Weißpfennig) = kleinere Silbermünze. Heller = Kupferpfennig.

Historische Gasthäuser im Bereich der Bergheimer Altstadt

Bergheim erhielt um 1300 durch den Edelherrn Walram II. von Bergheim aus dem Jülicher Grafenhaus Stadtrechte verliehen.¹ Mitten durch Bergheim verlief die Fernhandelsstraße Köln-Antwerpen, die bei Aldenhoven auch nach Aachen abzweigte. Aufgrund der Fernhandelsstraße wurde Bergheim beliebter Stationsort für den Reise- und Warenverkehr. Das bot vielen Gastwirten die Grundlage ihrer Existenz.

Das älteste für Bergheim überlieferte Gasthaus war die „herbergen zume oissen“, also die Herberge zum Ochsen, welche in einer Urkunde des Jahres 1397 erwähnt wird.² Dieser Gasthof wird nochmals 1488 genannt.³ Als weitere Gasthäuser kennen wir 1488 das Anwesen „In dem Esel“⁴, 1607/08 aus der Rechnung des städtischen Hospitals die Gasthöfe „In der Cronen“, „Zum Einhorn“ und „Zur Muntzen“⁵ sowie 1624 das Haus „Im Löwen“⁶. Es dürfte sich bei diesen Gebäuden nicht nur um bloße Wirtschaften gehandelt haben, die den Ausschank von Wein und Bier vornahmen, sondern zusätzlich um Herbergen, die Speisen und Übernachtungsmöglichkeiten anboten.

Im Folgenden sollen die seit dem 17. und 18. Jahrhundert nachweisbaren Gasthäuser im Bereich der Bergheimer Altstadt vorgestellt werden, sofern sie eine Spur in den Quellen hinterlassen haben.

Das Rote Haus

Der Gasthof „Zum Roten Haus“ (gegenüber der Georgskapelle) war in der Franzosenzeit von Ambrosius Josef Hons erworben worden, der hier im Jahr 1799 eine Gastwirtschaft betrieb.⁷ Ambrosius Josef Hons war anfänglich Anhänger der revolutionären Bestrebungen der Bergheimer Cisrhenanen gewesen, ehe er sich auf die Seite der Konservativen schlug. Er hatte als Forstinspektor, dann als Advokat ziem-

¹ Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt (Forum Jülicher Geschichte, Bd. 42), 2005.

² Historisches Archiv der Stadt Köln, St. Kunibert, Urkunde Nr. 1/395.

³ Franz WILLEMS, Stolberger Burgherren aus dem Geschlecht Overstolz-Efferen, Bd. 1, Stolberg 1962, S. 89.

⁴ Ebenda.

⁵ Landesarchiv NRW/Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 4803, fol. 49 r und 49 v.

⁶ Wilhelm CORSTEN (Hrsg.); Sendprotokolle aus der Pfarre Bergheimerdorf. Das Sendprotokoll des Jahres 1624, in: Erftland. Beiträge zur Geschichte der Heimat, Jg. 11, 1928, S. 83.

⁷ Claudia WENDELS, Bergheim an der Erft im Jahre 1799: Händler, Handwerker und Tagelöhner (Forum Jülicher Geschichte, Bd. 28), 1999, S. 68.

lich erfolglos gewirkt. Er heiratete vor 1787 Ursula Offermans aus der Familie des Bergheimer Posthalters und scheint durch diese Verbindung zu Vermögen gelangt zu sein. Ambrosius Hons ist 1813 in Bergheim gestorben.⁸

Wir besitzen ein Aquarell aus dem Jahr 1847 (siehe Abb. 1). Darauf ist ein stattliches Gebäude zu erkennen. Über dem Eingang befindet sich ein Schild mit der Aufschrift „Hôtel de la Maison Rouge. A. J. Hons“. Dieses Anwesen erhielt seinen Namen wohl aufgrund eines entsprechenden Anstriches.

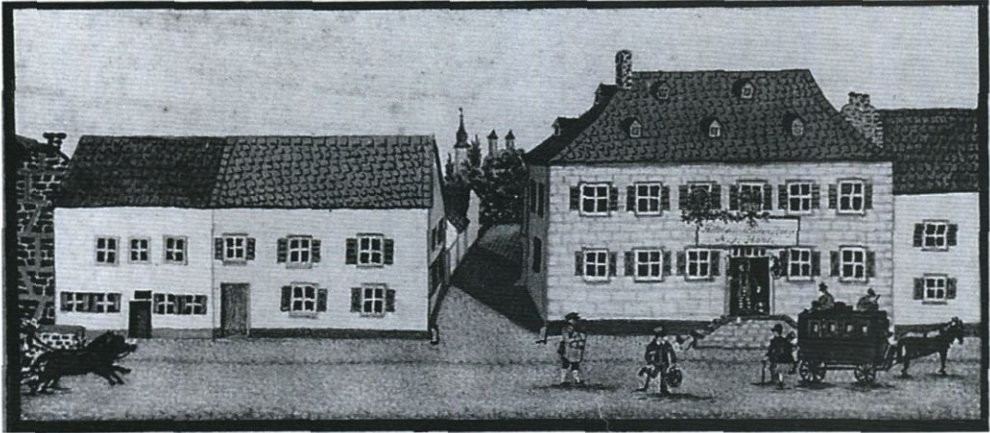


Abb. 1: Das „Hôtel de la Maison Rouge“ im Jahr 1847 (Foto: Archiv des Rhein-Erft-Kreises)

Anton Josef Hons, 1797 als Sohn des Ambrosius Josef Hons geboren, übernahm das Gasthaus von seinem Vater, nachdem er es zuvor im preußischen Militär bis zum Leutnant gebracht hatte. Er baute daneben auch ein Fuhrgeschäft (Hauderei) auf. Im Jahr 1856 pachtete Anton Josef Hons auch die gegenüberliegende Posthaltereier.⁹ Offenbar versuchte er, das Rote Haus und die Posthaltereier unter einem unternehmerischen Dach zu vereinigen. Er ist jedoch bereits ein Jahr später (1857) gestorben, ohne seine Idee verwirklichen zu können.

1857 erwarb Peter Josef Weidenbach, der eine Nichte von Anton Josef Hons geheiratet hatte, das „Hôtel de la Maison Rouge“.¹⁰ Der Gasthof wurde von ihm „Zum Roten Haus“ umbenannt. Peter Josef Weidenbach stammte aus Köln und war von Beruf Pharmazeut. Bevor er nach Bergheim kam, hatte er in der Bedburger Apotheke als

⁸ Heinz BRASCHOB, Heinrich Gottfried Aloys Rick. Advokat und Führer der Bergheimer Cistrhe-nanen, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 8, 1999, S. 93.

⁹ Horst MÜHLENWEG, Über 300 Jahre Post in Bergheim (Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Postgeschichte, Bezirksgruppe Köln, Heft 9), o.O. 1988, S. 108.

¹⁰ Ebenda.

„Provisor“ gearbeitet.¹¹ Er kaufte von der Witwe des Posthalters Anton Oepen 1861 auch die Posthalterstation. Peter Josef Weidenbach brachte es durch sein Unternehmenskonzept in Bergheim zu Wohlhabenheit, wenn nicht gar Reichtum. Von seinem Ansehen zeugt, dass er viele Jahre dem Rat der Stadt angehörte und auch ihr erster Beigeordneter war.



Abb. 2: Das Rote Haus 1917, rechts, erstes Haus (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Als Peter Josef Weidenbach die Posthalterstation kurz nach 1878 zu einem modernen Hotel umbaute, wurde das Rote Haus auch als Gebäude für die Post genutzt. Da jedoch auf Dauer das Rote Haus als Unterkunft für die Post zu klein war, verlegte man die Post 1892 in andere Räumlichkeiten. Der Hotelbetrieb wurde bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges aufrecht erhalten, endete dann aber für immer.

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde der Gasthof „Zum Roten Haus“ zunächst als Wehrmeldeamt, dann als Gesundheitsamt genutzt.¹² Schließlich musste das architektonisch attraktive Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg dem Bau eines Kaufhauses weichen (heute: Takko-Markt).

¹¹ Ebenda, S. 122.

¹² Heinrich SCHLÄGER, Die „Herberge zume Oissen“ ist Bergheims ältestes Logierhaus, in: Kölner Rundschau. Der im Bergheimer Archiv aufbewahrte Zeitungsartikel enthält leider kein Datum. Er muss Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre geschrieben worden sein. Woher Heinrich Schläger die dort verarbeiteten interessanten Informationen bezog, wird leider nicht angegeben.

„Zum Herzog von Wellington“

Das Haus Nr. 40 in der Hauptstraße gehört heute der Familie Wunsch. Dieses Gebäude wurde aufgrund architektonischer Stilelemente Ende des 18. Jahrhunderts erbaut.¹³ 1799 wohnte in diesem Anwesen der jüdische Arzt Dr. Emanuel Levi mit seiner Familie.¹⁴ Kurz darauf verzog die Familie Levi. Wer das Wohnhaus übernahm, ist bislang unbekannt.



Abb. 2: Haus Nr. 40 im Jahr 2000 (Foto: Stadtarchiv, Bestand Robert Boecker)

Jedenfalls wurde es jetzt als Gasthaus umgebaut. Es soll zunächst den Namen „Hotel Stadt Paris“ getragen haben.¹⁵ Als im Frühjahr 1815 der englische Herzog Wellington, der Sieger über Napoleon, in Bergheim hier einkehrte, erhielt der Gasthof fortan den Namen „Zum Herzog von Wellington“.¹⁶ Mit dem Gasthof war zeitweise auch das zur Erft hin gelegene Nachbarhaus verbunden. In ihm unterhielt der Besitzer des Hauses „Zum Herzog von Wellington“ großzügige Stallungen für Pferde, eine Remise wie auch einen geräumigen Tanzsaal im 1. Stockwerk.

¹³ Annaliese OHM/Albert VERBEEK, Kreis Bergheim, Bd. 1 (Die Kunstdenkmäler des Rheinlandes, Bd. 15), Düsseldorf 1970, S. 59.

¹⁴ Claudia WENDELS, Bergheim an der Erft im Jahre 1799, S. 66.

¹⁵ Hans HÖHNER, Das Erftland in französischer Hand, in: 150 Jahre Landkreis Bergheim (1816-1966), o.O. 1966, S. 116.

¹⁶ Heinrich SCHLÄGER, Die „Herberge zume Oissen“ ist Bergheims ältestes Logierhaus.

Diesen Gasthof kaufte dann der Tierarzt und spätere Bürgermeister von Bergheim, Gottfried Füssenich. Spätestens 1848 ist er in Bergheim nachweisbar.¹⁷ Sein Wohnhaus gehört heute zu den stattlichsten Häusern der Hauptstraße und nachmaligen Fußgängerzone.

Der Jägerhof

Vorläufer des Restaurants „Jägerhof“ war das Gasthaus „Zum Helm“.¹⁸ Seit dem 17.



Abb. 3: Der Jägerhof zu Beginn des 20 Jahrhunderts (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Jahrhundert fanden dort die Sitzungen des „Konsistoriums“, also der Mitglieder des geistlichen Gerichtes des Dechanten von Bergheim, statt.¹⁹ Ende des 18. Jahrhunderts befand sich das Gasthaus „Zum Helm“ im Besitz der Familie Picott. Erster Vertreter dieser Familie war Franz Anton Maximilian von San Marcello Bianco, genant Picott, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert als Emigrant von Turin ins Rheinland zog. In Bergheim ist er seit 1763 nachweisbar.²⁰

Sein 1774 geborener Sohn Heinrich übernahm den Wirtsbetrieb von seinem Vater, eröffnete daneben aber auch eine Konditorei im selben Gebäude.²¹ In seine Fußstapfen trat sein 1806 geborener Sohn Anton Franz, der 1844 im Besitz des Gasthauses anzutreffen ist. Am 13. Oktober 1864 ist Anton Franz verstorben. Seine Witwe Margaretha Heinen führte die Gastwirtschaft jedoch weiter. Sie heiratete 1866 den Uhrmacher

Josef Anton Hubert Linnartz. Wie lange sie das Gasthaus noch führte, ist unbe-

¹⁷ Heinz BRASCHOW, Gottfried Füssenich - Bürgermeister von Bergheim (1857-18719; in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 7, 1998, S. 161 ff.

¹⁸ Heinrich SCHLÄGER, Die „Herberge zume Oissen“ ist Bergheims ältestes Logierhaus.

¹⁹ Wilhelm CORSTEN, Die köln-jülichsche Christianität Bergheim von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende ihres Bestehens (1450-1802) (Schriften zur Bergheimer Geschichte, Bd. 1: Nachdruck der Diss. Freiburg 1920), Bergheim 1994, S. 95.

²⁰ Verkartungen von Kirchenbüchern und Standesamtsregistern und anderen Quellen, hrsg. von der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, Nr. 4, Köln 2001.

²¹ Claudia WENDELS, Bergheim an der Erfte im Jahre 1799, S. 73.

kannt. 1871 fiel ihr einziger Sohn Johann Heinrich Picott im Deutsch-Französischen Krieg. Margaretha Heinen verstarb am 8. Juni 1885. In der Sterbeurkunde wird sie als „*gewerbelos*“ bezeichnet.²²

Von Margaretha Heinen ging das Gasthaus durch Kauf an die Familie Rüttgers über und von dieser an die Familien Schrock und Günthers. Mit den neuen Besitzern ging auch ein Wechsel im Namen einher. Jedenfalls ist uns dieses Gasthaus seit etwa 1900 unter dem Namen „*Jägerhof*“ bekannt. Dem Stil nach (siehe Abb. 3) ist das Gebäude in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neu erbaut worden. Der „*Jägerhof*“ wurde bis 1927 betrieben und dann in Zusammenhang mit dem Bau des neuen Amtsgerichtes niedergelegt.²³

Die Alte Post (Posthalterstation)

Bereits im Jahr 1680 bestand in Bergheim eine kaiserliche „*Posthaltere*“ der Fürsten von Thurn und Taxis.²⁴ Diese Postanstalt war dem Oberpostamt in Köln unterstellt.



Abb. 5: Posthalterstation 1847 (Foto: Archiv des Rhein-Erft-Kreises)

Dem Postverkehr gesellte sich ab 1692 die Personenbeförderung hinzu. Mit der Posthaltere war auch schon früh ein Gasthof verbunden. Die Posthaltere lag am Markt neben der Georgskapelle. Das Anwesen, das uns 1847 auf einem Aquarell überliefert ist (siehe Abb. 5), besaß einen sehr großen Innenhof mit zahlreichen Remisen und Stallungen. Noch 1840 sollen dort 80 Pferde untergebracht gewesen sein. In der Bevölkerung hieß dieses Anwesen „*Alte Post*“.

²² Stadtarchiv Bergheim, Standesamtsregister.

²³ Heinrich SCHLÄGER, *Die „Herberge zume Oissen“ ist Bergheims ältestes Logierhaus.*

²⁴ Horst MÜHLENWEG, *Über 300 Jahre Post in Bergheim*, S. 29 ff.

Posthalter in Bergheim war von 1786 bis 1839 Heinrich Anton Offermans.²⁵ Nachfolger Offermans wurde sein Vetter Anton Oepen. Er schied 1856 aus dem Amt. Der Gastwirt Anton Josef Hons pachtete die Posthalterei 1856. Nach seinem Tod 1857 kaufte sein Verwandter und Nachfolger Peter Josef Weidenbach die Posthalterei 1861 von der Witwe Anton Oepens.



Abb. 6: Das Hotel Weidenbach (links neben der Kapelle) um 1900 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Peter Josef Weidenbach baute (wohl nach 1878) die „Alte Post“ zu einem Hotel um. Mit dem Bau des „Hotels Weidenbach“ siedelte die Post in den Gasthof „Zum Roten Haus“ um. Die Fassade des Hotels Weidenbach, welche aus der Zeit um 1880 stammt,²⁶ hat sich bis heute erhalten.

Peter Josef Weidenbach ist 1914 gestorben. Bereits 1907 war Matthias Auweiler Geschäftsführer des Hotels Weidenbach.²⁷ Noch zu Lebzeiten Peter Josef Weidenbachs scheint er das Hotel gekauft zu haben, denn bereits 1911 steht er als eigenständiger Hotelier im Bergheimer Adressbuch.²⁸

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges ist Matthias Auweiler aus Bergheim verzogen.²⁹

²⁵ Ebenda, S. 82 ff.

²⁶ Annaliese OHM/Albert VERBEEK, Kreis Bergheim, Bd. 1, S. 60.

²⁷ Adressbuch für den Kreis Bergheim, Brühl 1907.

²⁸ Adressbuch für den Kreis Bergheim, Bedburg 1911.

²⁹ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 1194.

Der Hotelbetrieb wurde aufgegeben. Auch nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gebäude nicht mehr als Hotel betrieben, sondern von den Dernbacher Schwestern als Kindergarten genutzt.³⁰ Es führte seither auch den Namen „St. Josefs- haus“. Nach dem Umzug des Kindergartens 1958 in ein anderes Gebäude diente das St. Josefs- haus als Wohn- und Geschäftshaus.



Abb. 7: St. Josefs- haus 1999 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Brauhaus Zur Krone

Ein Gasthof „In der Cronen“ wird bereits im Jahr 1607/08 in der Bergheimer Hospital- rechnung erwähnt.³¹ Er dürfte der Vorläufer des heutigen „Brauhauses Zur Krone“ sein. Die Gastwirtschaft kann damit auf eine 400-jährige Tradition zurückschauen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts übernahm Karl Lippert die Gastwirtschaft „Zur Krone“. Er war aus Köln zugezogen, hatte 1844 eine Bergheimerin geheiratet und übte 1847 den Beruf des Postillons in Bergheim aus. 1851 wird er jedoch als Wirt

³⁰ Hubert KÖLLEN, Die Dernbacher Schwestern in Bergheim 1871-1979. Chronik der Filiale Mariahilf Bergheim, 1981, S. 63 ff.

³¹ Landesarchiv NRW/Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 4803, fol. 49 r und 49 v.

bezeichnet.³² Im Besitz der Familie Lippert ist das „Brauhaus zur Krone“ noch heute.



Abb. 8: Hotel Zur Krone (rechts) 1939 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

1928 wurde der Gasthof umgebaut. Man legte das Fachwerk wieder frei, das zuvor verputzt gewesen war, und baute die rückwärtig gelegenen Pferdeställe und Remisen zu einem großen Saal um, der von den Bergheimern als beliebter Tanzsaal genutzt wurde. In dem alten Tanzsaal im 1. Stock errichtete man Fremdenzimmer.

Der heutige Eigentümer, Karl Lippert, übernahm die Gastwirtschaft 1945 von seinen Eltern. Er ließ aus statischen Gründen 1953 das alte Fachwerk im Erdgeschoss gegen Steinmauern austauschen und im Haus eine Kegelbahn errichten. 1965 wurde das Nachbarhaus hinzugekauft (siehe Abb. 8) und in die Gaststätte integriert.³³

Neben der Gastwirtschaft „Brauhaus Zur Krone“ verläuft heute die Lippertgasse. Hier floss früher die Mühlenerft mitten durch Bergheim. Ursprünglich überspannte eine Brücke den Fluss. Um 1900 ließ man ihn unterirdisch durch ein Rohr fließen. 1928 wurde auch die bis dahin noch frei fließende Mühlenerft in der Lippertgasse verrohrt.

³² Verkartungen von Kirchenbüchern und Standesamtsregistern und anderen Quellen, hrsg. von der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, Nr. 4.

³³ Für diese Informationen bin ich dem Eigentümer des Brauhauses Zur Krone, Herrn Karl Lippert, zu Dank verpflichtet.



Abb.10: Gastwirtschaft Lippert um 1900. Das Fachwerk trägt einen Verputz. Neben der Türe ist ein Hoftor zu sehen, das beim Umbau 1928 verschwand. (Foto: Karl Lippert)



Abb. 11: Brauhaus Zur Krone 1999 (Foto: Stadtarchiv Bergheim, Sammlung Robert Boecker)

Haus Rößler

Als letztes und zeitlich spätestes Gasthaus soll hier das Haus Rößler vorgestellt werden.

Franz Hubert Rößler war 1833 in Oberbolheim geboren und in Weisweiler aufgewachsen. 1863 heiratete er Theodora Magdalena Tillmanns von Gut Brockendorf.³⁴ Zwischen 1871 und 1880 erwarb er von einem Bergheimer Uhrmacher das Haus in der heutigen Hauptstraße 26. Er richtete hier eine Wirtschaft ein. Das Haus in der Hauptstraße 26 war ein schlichter zweistöckiger Backsteinbau und entsprach nicht dem heutigen Aussehen. Das Haus Nr. 26 dürfte zu den ersten Häusern gehört haben, die außerhalb des Kölner Tores entlang der Hauptstraße in Richtung der heutigen Bahnstraße gebaut wurden.



Abb. 12: Haus Nr. 26 vor dem Umbau etwa 1890 (Foto: Familie Rößler, Bergheim)

Franz Hubert Rößler ist 1900 in Bergheim gestorben. Sein Sohn Karl Maria Hubert Rößler, 1871 in Zieverich geboren, übernahm die Gastwirtschaft von seinem Vater. Er hatte den Beruf des Kochs und Konditors erlernt. Er erweiterte das Spektrum seines Angebotes, indem er in seinem Hause auch eine Konditorei und ein Café betrieb

³⁴ Diese Informationen verdanke ich den in Bergheim ansässigen Nachkommen des Franz Hubert Rößler, Sonja und Karl Staffan Rößler.

und Hotelzimmer vermietet.³⁵ Seine Backwaren waren weithin berühmt und wurden auch in die Nachbarorte verkauft.



Abb. 13: Franz Hubert Rößler etwa 1880 (Foto: Familie Rößler, Bergheim)



Abb. 14: Karl Rößler etwa 1920 (Foto: Familie Rößler, Bergheim)

Haus Rößler besaß einen großen Saal, in dem viele Festlichkeiten begangen wurden. Es war unter der Leitung von Karl Maria Hubert zu Beginn des 20. Jahrhunderts neben dem Hotel Weidenbach zur ersten gastronomischen Adresse in Bergheim geworden. Die Einfahrt für Kutschen und Fahrzeuge befand sich auf der rückwärtigen Bethlehemer Straße. Die Backstube lag auf dem rückwärtigen Hof.

Um 1900 ließ Karl Rößler seinem Hause eine neue Fassade zukommen. Die Fenster wurden neu eingerahmt, und die zur Straße gelegene Hauswand erhielt ein reizvolles Stuckdekor, das sich bis heute erhalten hat.

Karl Rößler, der in erster Ehe mit Gertrud Schmitz (gest. 1925), in zweiter Ehe mit Klara Kerp verheiratet war, ist 1935 gestorben. Nach seinem Tode

führte die Witwe Klara Hotel, Gaststätte, Konditorei und Café weiter. Der Hotelbetrieb wurde jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg eingestellt.

Nach dem Tod der Klara Rößler 1954 führten Franz (geb. 1904) und Maria Rößler (geb. 1907), die Kinder von Karl Rößler mit seiner ersten Ehefrau, das Haus Rößler weiter, die Gastwirtschaft wurde jedoch verpachtet, ebenso die übrigen Räumlichkeiten des Erdgeschosses.

1971 übernahm der Sohn von Maria Rößler, Karl Edgar Rößler, das Haus Nr. 26. 1972 zog eine Imbissstube in einen Teil des Erdgeschosses ein, wo bislang die Gastwirtschaft bestanden hatte. Die anderen Räumlichkeiten des Untergeschosses wurden als Geschäftsräume verpachtet.

Seit 1993 gehört das Haus Nr. 26 einer Erbengemeinschaft. Noch immer wohnt ein Angehöriger der Familie Rößler im Haus, Karl Staffan Rößler.

Im Jahr 2004 wurde das Haus vollständig renoviert.

³⁵ Einwohner-Adreßbuch für den Kreis Bergheim, Kempen 1934.



Abb. 14: Haus Rößler in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts (Foto: Stadtarchiv Bergheim)



Abb. 15: Haus Rößler im Jahr 1999 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Ein Wallfahrtsbild aus dem Kloster Bethlehem bei Bergheim aus dem 18. Jahrhundert

Nach einem Raub von Altargeräten aus der Kirche in Bergheimerdorf um 1500 warfen die Diebe die Hostie in den Wald auf der Anhöhe im Nordosten der Stadt Bergheim. Als diese von dem Förster Jakob Kremer gefunden worden war, brachte man sie in einer Prozession in die Bergheimer Pfarrkirche zurück. Am Fundort errichtete er „ein Holzkreuz mit dem Bild der seligen Maria“, später eine Holzkapelle. Spätestens um 1520 registrierte man ein reges Wallfahrtsgeschehen zu diesem besonderen Ort. Am 7. Mai 1608 ordnete Herzog Johann Wilhelm von Jülich an, eine größere Kapelle mit Ziegelsteinen zu erbauen. 1637 erhielten die Franziskaner-Rekollekten den Ruf, am Wallfahrtsort Bethlehem die Seelsorge zu übernehmen. Sie wohnen zunächst in Bergheim. Am 17. Januar 1639 erhielten sie vom Herzog die Erlaubnis, eine Niederlassung im Wald zu gründen. Nach dem 30-jährigen Krieg setzt eine rasante Entwicklung ein. 1655 standen die Klostergebäude, 10 Jahre später kann die Kirche geweiht werden.¹

Zentrum des Marienwallfahrtsortes war das Gnadenbild, ein Vesperbild, das um 1498 entstanden ist, von dem man aber nicht genau weiß, wann es nach Bethlehem gekommen ist. Heute wird es in der Bergheimer Pfarrkirche St. Remigius verehrt. Es ist 62 cm hoch und aus Eichenholz geschnitzt. Ein rheinischer Meister hat diese vorzügliche Arbeit wie auch die Vesperbilder in Mariaweiler (Kreis Düren) und im Aachener Dom geschaffen.² Die Vesperbilder mit dem zu Boden gesunkenen Christus, der zu Füßen Mariens auf der Erde liegt, entstammen frühestens dem Anfang des 15. Jahrhunderts. Bei der Betrachtung der Größenverhältnisse stellt man fest, daß die Christusfigur im Vergleich zur Maria auffallend kleiner ist. Sie wirkt fast wie ein Attribut zur Schmerzensmutter.³ Die Wundmale am Kopf und an Händen und Füßen sind deutlich herausgearbeitet, besonders groß ist jedoch die Seitenwunde, die „fons vitae“.⁴ Am 15. Januar 1646 schrieb Pater Guardian Ivo Portz eine Notiz, in

¹ Zur Geschichte des Klosters vgl. Helmut ZANDER, Kloster Bethlehem, in: Helmut WEINGARTEN (Red.), Klöster und Stifte im Erftkreis, Pulheim-Brauweiler 1988, S. 43 ff. Dort auch weitere Quellenangaben und Literaturhinweise. - Heinz ANDERMAHR, Quellen zur Geschichte des Klosters Bethlehem, in: Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins e.V., Bd. 15, 2006. Es sei besonders auf den Quellenanhang hingewiesen.

² Annaliese OHM/Albert VERBEEK, Die Denkmäler des Rheinlandes, Kreis Bergheim, Bd. 1, Bergheim 1970, S. 54 und Abb. 99.

³ J :H. HEMMINGHAUS, Vesperbild. In: Lexikon der christlichen Ikonographie, Bd. 4, Freiburg 1972, Sp. 450 ff. Vgl. auch: Wolfgang KRÖNIG, Rheinische Vesperbilder, Mönchengladbach 1967.

⁴ E. SAUSER, Wunden Christi, in: Lexikon der christlichen Ikonografie (wie Anm. 3), Sp. 540 ff.

der es u.a. heißt: „3. In unserer Kirche haben wir eine wundertätige Statue der schmerzreichen Jungfrau Maria, die besonders häufig besucht wird, weil sie die meisten der schlimmen Krankheiten heilt.“⁵

Die Zahl der Pilger zur Gnadenmadonna nahm im Laufe der Zeit ständig zu. Für sie war es sicher wichtig, später zu Hause die Möglichkeit zu haben, sich das Erlebte und Geschaute bildlich zu vergegenwärtigen. Von vielen Wallfahrtsorten wissen wir, daß dort diesem Wunsch durch das Angebot von kleinen Andachtsbildchen entsprochen wurde. Aus dem Kloster Bethlehem ist uns u.a. dieses hier besprochene überliefert, das im 18. Jahrhundert entstanden ist. Es diente jedoch den Wallfahrern nicht nur zur häuslichen Meditation sowie des Nachweises, daß man sein Pilgerziel erreicht hatte, es verbreitete auch die Kunde über den Wallfahrtsort in der näheren und weiteren Umgebung, manchmal auch darüber hinaus. Wahrscheinlich brachte der Verkauf dem Kloster auch Einnahmen, die halfen, dessen Bestehen zu sichern.

In den dreißiger Jahren des 15. Jahrhunderts war der Kupferstich aufgekommen, der eine anspruchsvolle Gestaltung des Dargestellten und die Herstellung hoher Stückzahlen ermöglichte. Auch das vorliegende Bildchen ist als Kupferstich auf Papier gedruckt worden. Diese Erinnerungen dienten häufig als Einlageblatt in ein Gebetbuch. Das hier überlieferte Wallfahrtsbildchen ist in Text und Bild auf den Wallfahrtsort „Kloster Bethlehem“ bezogen. „Pilgerbilder, die im Laufe der Jahrhunderte den Wallfahrern als Gebetszettel und Geleitbrief mitgegeben wurden“, stellte 1978 erstmals der damalige Pfarrer von St. Remigius-Bergheim, Hubert Köllen, in einer Festschrift vor.⁶ Auf die Aussage der Abbildungen ist er dabei nicht eingegangen.

Das Bildchen, in der Platte 12,6 cm x 7,3 cm, gliedert sich in zwei Teile. In dem oberen Teil, der etwa zwei Drittel der Gesamtfläche einnimmt, ist das Gnadenbild, auf dem unteren Drittel die Wallfahrtsstätte zu sehen. Das Gnadenbild, die Pieta, nimmt in der Grundform den Typ des Vesperbildes auf, die Madonna mit dem zu Boden gesunkenen Christus. Jedoch sind auch bemerkenswerte Unterschiede festzustellen, die dem Trend der Entstehungszeit des Kupferstiches zuzurechnen sind. Maria von einer Sternenkronen gekrönt und diese von einem strahlenden Nimbus umgeben, kniet vor ihrem geschundenen Sohn. Sie ist die gekrönte Königin des Himmels. Zudem weist die breite Stola sie als Schutzmantelmadonna aus, als Mater omnium, damit auch als Mutter der Pilgerschar, die im unteren Teil des Bildes auf dem Wege zum Gnadenbild im Kloster Bethlehem zu sehen ist. Die Stoffbahnen sind auf beiden Seiten mit je zwei Granatäpfeln geschmückt. Diese werden als Symbole für Marias Tugenden und hier besonders für die Fülle ihrer Barmherzigkeit zu verstehen sein.⁷ Im 14./15. Jahrhundert gewann das Schutzmantelbild eine erhöhte Bedeutung als

⁵ Vgl. Heinz ANDERMAHR, a.a.O., S. 161.

⁶ Hubert KÖLLEN, 175 Jahre Gnadenbild in St. Remigius, Bergheim, o.O. und o.J., S. 35 - 43.

⁷ Jutta SEIBERT, Lexikon Christlicher Kunst, Freiburg 1982, 2. Auflage, S. 133 (Granatapfel).

Pestbild. Marias Mantel sollte einen besonderen Schutz vor den Pfeilen der Pest bieten, die die erzürnte Gottheit gegen die sündige Welt schleuderte.⁸ Diese Deutung scheint nicht abwegig, wird doch z.B. 1598 als Wallfahrtsgrund angegeben, daß „zu Bergheim und im ganzen Kirchspiel die abscheuliche Pestilenz ... grassiert ...“⁹



Jedoch wurde die Madonna in Bethlehem in allen Anliegen und Sorgen, die die Pilger bewegten, angerufen. Dies geht auch aus der Inschrift im oberen Rand über der bildlichen Darstellung, aber noch innerhalb des deutlich sichtbaren Eindrucks der Druckplatte hervor: „allgemeine fürsprecherin in allen anliegen.“

Der Körper des zu Füßen Marias liegenden, mit einer Bügelkrone gekrönte Christus, wie beim Gnadenbild in den Proportionen etwas kleiner als seine Mutter, ist mit unzähligen Wunden übersät, der Schmerzensmann. Es ist das „Erbärmdebild“, der „Erbärmdechistus“, der uns vor Augen gestellt wird. Dieses Bild des Leidens zum Erbarmen, die Scham nur mit einem kleinen Lendentuch bedeckt, aber auf dem Haupt die Krone des Siegers¹⁰, soll das der Sohn Gottes sein? In seiner Widersprüchlichkeit ist es eine Provokation! Das Resümee gibt die Krone, das Zeichen der vollbrachten Erlösung, des Sieges. Maria trägt mit gefalteten Händen

unsere Anliegen ihrem toten, aber auferstandenen und zum Himmel aufgefahrenen Sohn vor, ihren Blick auf ihn gerichtet. Diese überirdische Situation wird durch die Anwesenheit der himmlischen Geister, der Engel, betont, je zwei zu beiden Seiten in Höhe ihres Hauptes, je einer zur Seite des Schmerzensmannes und einer, der bildlich

⁸ Vgl. F. ZOEPEL, Schutzmantelbild, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 9, Freiburg 1986, Spalte 526.

⁹ Helmut ZANDER, Kloster Bethlehem, a.a.O., S. 46.

¹⁰ Annaliese OHM/Albert VERBEEK, a.a.O., S. 56 und Abb. 114. Im Kirchenschatz der Pfarre St. Remigius Bergheim sind zwei Kronen aus Silber überliefert. Die Krone der Maria aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts mit sechszackigem Stern, die Krone Christi aus dem 1. Viertel des 19. Jahrhunderts, eine geflochtene Dornenkrone. Die auf den Abbildungen der Andachtsbilder dargestellte Bügelkrone war vielleicht im 19. Jahrhundert nicht mehr vorhanden oder entsprach nicht mehr dem Gewünschten in der Darstellung des Schmerzensmannes.

dargestellt die Anliegen der Menschen und Gebetserhörungen auf einer verzierten Leiste zeigt.

Die Votivgaben sind Bitt- oder Dankzeichen, die Gläubige an einem Wallfahrtsort hinterlassen, um die geistliche Verbindung zu dokumentieren. Solche Gaben, hergestellt aus verschiedenen Materialien, dürften auch im Kloster Bethlehem von Pilgern gespendet worden und für jeden sichtbar ausgestellt gewesen sein. Das Wallfahrtsbild dokumentiert diese Situation im Kloster. Es animiert Menschen, die der Muttergottes ein Anliegen vorbringen möchten, zu einer Wallfahrt und zum Gebet. Von den Gaben sind klar erkennbar: Die drei Herzen könnten Weihesymbole sein, die nicht zu entschlüsseln sind, oder aber von der Befreiung von Herzschmerzen berichten. Die Bedeutung der beiden Kreuze dürften nur den Spendern und vielleicht deren Angehörigen bekannt gewesen sein. Die Hand und das Bein könnten auf eine erfahrene Heilung dieser Körperteile hinweisen. Als Beispiel kann ein Bericht aus dem Jahre 1670 gelten: *„Katharina Brewers aus der Gemeinde Garsdorf berichtet, daß sie im Arm heftigste Schmerzen gefühlt habe, so daß sie ihn nicht bewegen konnte, geschweige denn mit ihm arbeitete. Nachdem sie das Gelübde geleistet hatte, nach Bethlehem zu gehen, ging es schon besser.“* Peter Adam Bürvenich berichtete in seinen Annalen von einer ganz besonderen Votivgabe. Ein geheilter Soldat erfüllte am 20. Januar 1666 sein Gelübde und hängte *„an den Altar einen Teil seines Bettes, welchen er von Österreich mitgebracht hatte.“*¹¹

Unter der Darstellung der himmlischen Glaubenswahrheit und dem Übergang zum Irdischen durch die Votivgaben und den Engel darunter wird die topographische Situation geschildert. Zwischen dem Stadttor von „Berchem“ links und dem Schloß „Schlenderhan“ rechts zieht sich der Pilgerweg hügelan zum Kloster „Bethlehem“. Zwei Prozessionen ziehen zum Gnadenort. Oft machten sich Pilger aus einzelnen Ortschaften geschlossen auf den Weg. Sie haben ein Kreuz oder eine Fahne dabei, die sie wohl von ihrem Heimatort bis hier abwechselnd getragen haben, wie dies auch heute nicht selten bei Wallfahrern zu sehen ist. Rechts und links des Weges sind Landarbeiter mit ihren Fuhrwerken bei der Arbeit. Man könnte dabei an die benediktinische Regel *„Ora et labora!“* denken. Das Kreuz auf der Höhe dürfte weniger eine topographische als vielmehr eine theologische Aussage sein.

Unter der Darstellung von Schlenderhan rechts unten in der Druckplatte lesen wir den Namen des ausführenden Kupferstechers des Bildchens: „N[ikolaus] Mettelj. fec[it]“ Nikolaus Mettel oder auch Mettelj wirkte in Köln und Augsburg in der Zeit von 1740 bis 1775. Bekannt sind u.a. die Kupferstiche vom Kurfürstlichen Schloß in Bonn und, ebenfalls in Bonn, vom Lustschloß Clemenshof, des heutigen Theaters.¹² Seine ausgezeichnet gestaltete Aussage zum Wallfahrtsort hat den Glaubenden des 18.

¹¹ ANDERMAHR, a.a.O., S. 167 und S. 164.

¹² Vgl. Mettel, Nikolaus, auch Mettelj, in: www.zeno.org/Kunstwerke (26.08.2008)

Jahrhunderts wahrscheinlich mehr bedeutet als vielen unserer Tage, die wohl oft nur noch ein Bildchen und kein Abbild mehr erkennen können.

Der Einfluss der katholischen Kirche auf das gesellschaftliche Leben am Beispiel der Pfarrgemeinde St. Remigius in Bergheim/Erft im Zeitraum von 1850 bis 1900¹

1. Die Pfarrei Bergheim

Ein Geistlicher in Bergheim wird erstmals 1145/1146 in den Quellen überliefert. Ein paar Jahrzehnte später - die Urkunde entstand in der Zeit zwischen 1158 und 1176 - findet Bergheim auch erstmals Erwähnung als Pfarrort.² Allerdings dürfte in Bergheim, wenn dies auch keinen Niederschlag in der schriftlichen Überlieferung gefunden hat, bereits in fränkischer Zeit eine Kirche bestanden haben.

Im Jahre 1175 wurde dann die neu erbaute Pfarrkirche von Erzbischof Philipp von Heinsberg geweiht. St. Remigius ist nach der Abtei Brauweiler der bedeutendste romanische Kirchenbau im Rhein-Erft-Kreis. In den Jahren 1285 und 1308 sind für Bergheim ein Pfarrer und ein Vikar nachgewiesen.

Die Bergheimer Pfarrkirche gehörte der Abtei Kornelimünster, welcher der dortige Besitz 1028 von den Pfalzgrafen geschenkt wurde. 1251 wurde das Patronat der Bergheimer Pfarrkirche, welches zu diesem Zeitpunkt dem Abt Wilhelm von Kornelimünster zustand, dem ganzen Konvent überlassen. Genehmigt wurde dies durch den Kölner Erzbischof Konrad von Hochstaden am 24. Mai 1257. Bei diesem Anlass wurde bestimmt, die Bergheimer Kirche mit einem Weltgeistlichen zu besetzen, der auch dort wohnte und seinen Unterhalt vom Konvent Kornelimünster erhielt.³

Bergheim war im Mittelalter nicht nur Mittelpunkt eines ausgedehnten Dekanates,⁴ sondern besaß auch einen umfangreichen Pfarrbezirk. Zu ihm gehörten folgende Orte und Einzelhöfe: Bergheim, Niederaußem, Oberaßem, Wiedenfeld, Holtrop, Bohlendorf, Ginsterhof, Giersberg, Curmen, Panhausen, Quadrath und Kenten. Nachdem sich die Dörfer Niederaußem, Oberaßem und Quadrath im Mittelalter bzw. in der Frühen Neuzeit von der Mutterkirche gelöst und zu selbständigen Pfarreien

¹ Die vorliegende Arbeit ist im Jahr 2000 bei Herrn Prof. Dr. Günter Bers, Seminar für Geschichte der EWF der Universität zu Köln als Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe I. angefertigt worden. Die Arbeit ist zum Zwecke dieser Veröffentlichung gekürzt und aktualisiert worden.

² Vgl. Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt (Forum Jülicher Geschichte 42, 2005, S. 44 ff.; Rheinischer Städteatlas Bergheim, Lieferung 14, Nr. 74, bearb. von Heinz ANDERMAHR, 2001.

³ Ebenda.

⁴ Wilhelm CORSTEN, Die köln-jülichische Christianität Bergheim von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende ihres Bestehens (1450-1802) (Schriften zur Bergheimer Geschichte, Bd. 1), 1994, Nachdruck der Freiburger Diss 1920.

entwickelt hatten, bestand die Pfarre Bergheim im 19. Jahrhundert nur noch aus den Siedlungen Bergheim-Bergheimerdorf, Wiedenfeld und Kenten sowie den Burgen Bohlendorf und Holtrop.

2. Der Einfluss der katholischen Kirche auf die Vereine

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründeten sich unter dem Einfluss der katholischen Kirche zahlreiche Bruderschaften. In Bergheim existierten damals sechs Bruderschaften, zwei davon gehörten einer Erzbruderschaft an. Die Gläubigen, die diesen Bruderschaften beitraten, hofften auf Ablass, die ihnen für ihre guten Taten verliehen wurden. Einige traten den Bruderschaften aber auch bei, um den Armen *Gutes zu tun oder der Jugend zu helfen*.

Es existierten in Bergheim aber auch zwei Bruderschaften, die bereits vor dem 19. Jahrhundert gegründet worden waren: die St. Sebastianus-Bruderschaft und die Muttergottes-Bruderschaft.

2.1.1 Die Bergheimer St. Sebastianus-Bruderschaft

Die St. Sebastianus-Bruderschaft war eine Schützenbruderschaft. Schützengesellschaften sind gegen Ende des 13. Jahrhunderts in Flandern entstanden und breiteten sich von dort rasch aus. Bereits um 1400 hatte die Schützenbewegung auch die Rheinlande erreicht.⁵ Die ältesten Schützenvereinigungen waren mit Armbrüsten ausgerüstet. Später folgten auch Bogenschützen. Der Hauptzweck der Schützengesellschaften bestand darin, die Bevölkerung im Umgang mit Waffen vertraut zu machen und wehrkräftig zu erhalten. Die Schützen verteidigten ihre Stadt bzw. ihr Dorf, wurden aber auch vom Landesherrn zu überörtlichen Polizeiaufgaben herangezogen, aber auch im Krieg aufgeboten. Die Schützenbruderschaften standen in enger Beziehung zur Kirche, sie übernahmen religiöse und soziale Funktionen.

Die St. Sebastianus-Bruderschaft in Bergheim gehört zu den ältesten Schützengesellschaften im Herzogtum Jülich. Ihre Gründung fällt wahrscheinlich in den Anfang des 15. Jahrhunderts.⁶

Das gesellige Beisammensein, das im 19. Jahrhundert die Schützenbruderschaft bestimmte, entwickelte sich erst ganz allmählich, allerdings auch unter dem Einfluss der katholischen Kirche.

Die ältesten schriftlich überlieferten Satzungen der Bruderschaft stammen aus dem Jahr 1744. Es wird davon ausgegangen, dass sie sich eng an die vorherigen, älteren

⁵ Theo REINTGES, Ursprung und Wesen der spätmittelalterlichen Schützengilden, Bonn 1963.

⁶ Die alten Satzungen und Geschichtliches der St. Sebastianus-Bruderschaft zu Bergheim aus dem 15. Jahrhundert, abgedruckt im Jahre 1905. Die geschichtlichen Erläuterungen stammen von Karl Adolf Füssenich.

Satzungen halten.

Im Jahr 1560 besaß die St. Sebastianus-Bruderschaft an Vermögen: jährliche Einkünfte von 4 Malter, 2 Sümber Korn und 5 ½ Gulden. Davon musste jedoch für den Pfarrer, den Küster und drei weitere Personen eine gewisse Summe abgezweigt werden. Die Einkünfte dürften von verpachteten Ländereien hergerührt haben.⁷

Über die Herkunft dieses Vermögens gibt ein Sendprotokoll aus dem Jahre 1630 Auskunft: „*5tens fragt Herr pastor, wer die Bruderschaft Scti. Sebastiani in bergheimerdorff fundirt habe? Hierauff gibt Herr Vogdt und sämbliche Gemeinde zur antworth, sie wußten es nicht, sie hätten von allen leuthen hören sagen, daß die broderschafft theils fundirt wäre von jülischen, theils von Cöllnischen pfarrgenossen, daß auch aus Kirchenmitteln 8 malder roggen Cöllnisch gelegen und zwei morgen bendens am Kentener stegh gelegen der broderschafft wäre bengeworfen worden.*“⁸

Die Kleinodien der Bruderschaft stammen ebenfalls aus dem 18. Jahrhundert: der silberne Vogel, ein Bild des hl. Sebastianus und die Königsschilder mit Kette. Nicht selten wurden diese Dinge auch zu kirchlichen Zwecken gebraucht. Die Königsschilder beispielsweise wurden aus Silber gefertigt. So kam es vor, dass die Bruderschaft der Kirche ein Pfund Silber schenkte, um es für die Gottesdienste zu verwenden.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verlor die Bruderschaft zusehends an Bedeutung. Ihr Vermögen sowie die stiftungsgemäßen Verpflichtungen wurden an die Kirchenfabrik übergeben, die ein Übereinkommen mit der Bruderschaft traf, das Vermögen vor den Franzosen zu schützen.

Das Jahr 1848 brachte den Untergang der traditionellen St. Sebastianus-Bruderschaft. Das Revolutionsjahr forderte seinen Tribut. In diesem Jahr wurden die alten Satzungen preisgegeben und eine neue, moderne Schützengesellschaft gegründet. Sie blieb aber in ihrem Herzen immer noch mit der Kirche verbunden. Sie richtete Kirmes und Schützenfest aus und beteiligte sich an allen Kirchenfesten wie auch bei festlichen Anlässen der Bürgerschaft.

Im Jahre 1852 ging der Vorstand der Bruderschaft dann soweit, vom Kirchenvorstand eine gesetzliche Regelung für das einst der Bruderschaft gehörende, dann aber der Kirche überlassene Vermögen zu fordern. Der Kirchenvorstand aber lehnte das Gesuch ab. Sämtliche Einkünfte der Bruderschaft gehörten immer noch der Kirchenfabrik, und es sei nicht zumutbar, sich dazu zu verpflichten, eine gesetzliche Regelung zu treffen, was davon als „*Geschenke*“ an die Bruderschaft ging.

⁷ Otto R. Redlich, Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgange des Mittelalters und in der Reformationszeit (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 28), Bd. 2.1, Bonn 1911, S. 26.

⁸ Die alten Satzungen und Geschichtliches der St. Sebastianus-Bruderschaft zu Bergheim aus dem 15. Jahrhundert, S. 19.

Die Finanzen der Bruderschaft waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts gut gestellt. Das Beispiel 1888 zeigt, dass der Vorstand so kalkulierte, dass die Ausgaben nie die Einnahmen überstiegen. Bei der Mitgliederversammlung vom 21. Januar 1889, die in der Wohnung des Wirtes Franz Niessen stattfand, wurde nach der hl. Messe vom Vorstand Rechnung über Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1888 gelegt. Es ergab sich ein Kassenbestand von 220 Mark und 84 Pfennige.⁹ Dieser wurde von der Versammlung dankend anerkannt und dem Rendanten Entlastung erteilt.

Die Schützenbruderschaft St. Sebastianus war auch noch das ganze 19. Jahrhundert hinweg der größte und bedeutendste Verein in Bergheim, welcher aus dem kirchlichen wie gesellschaftlichen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken war.

2.1.2 Die Muttergottes-Bruderschaft

Neben der St. Sebastianus-Bruderschaft existierte in der Pfarre Bergheim auch noch die Muttergottes-Bruderschaft, die ebenfalls eine Schützenbruderschaft war und bereits im 16. Jahrhundert erwähnt wird. Von ihren Satzungen und ihrem Verhältnis zu dem gleichnamigen an der Kirche bestehenden Beneficium sowie zur Sebastianus-Bruderschaft ist Näheres nicht bekannt. Ihre Selbständigkeit scheint sie schon im 17. Jahrhundert aufgegeben zu haben, denn ab dem Jahre 1638 wurde ihr Vermögen von dem Bruderverwalter der Sebastianus-Bruderschaft verwaltet und zu deren Zwecken verwendet.¹⁰

2.1.3 Der Verein des hl. Vinzenz von Paul

1845 wurde in Deutschland nach französischem Vorbild die erste Vinzenzkonferenz gegründet, und zwar in München. Sie berief sich auf den französischen Heiligen Vinzenz von Paul, der von 1581 bis 1660 lebte. Eine solche „Konferenz“ war ein Laienverein, eine „Gesellschaft des hl. Vinzenz von Paul“ zur Unterstützung der Armen.¹¹

Im Jahre 1888 richtete der Bergheimer Pfarrer Kreisch ein Schreiben an den Vorstand des Vinzenzvereins, in dem er mitteilte, dass er beabsichtige, in Bergheim eine Vinzenzkonferenz zu gründen. Seine Bedenken gingen aber soweit, dass er befürchtete, dass nicht viele Männer dieser Konferenz beitreten würden. Die Antwort aus Köln war sehr positiv und ermutigte Pfarrer Kreisch, eine solche Konferenz zu gründen, auch wenn sie nicht viele Mitglieder haben würde. Diese wenigen Mitglieder aber, so der Vorstand in Köln, wären um so eifriger bei der Sache, und es würden

⁹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 202.

¹⁰ Die alten Satzungen und Geschichtliches der St. Sebastianus-Bruderschaft zu Bergheim aus dem 15. Jahrhundert, abgedruckt im Jahre 1905, S. 19.

¹¹ Eduard HEGEL, Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 5), Köln 1987, S. 438.

bestimmt noch mehr hinzukommen, wenn die Konferenz einmal ihre Tätigkeit aufgenommen hätte. Pfarrer Kreisch wurde dazu aufgefordert, baldmöglichst einem Laien die Präsidentschaft zu übergeben, da dies zur Tradition des Vinzenzvereins gehöre. Nach drei Monaten sollte der erste Bericht an den Vorstand in Köln gesandt werden.

So fand die erste Sitzung der Vinzenzkonferenz in Bergheim am 19. November 1888 statt, aggregiert wurde diese Konferenz am 25. Februar 1889. Die Konferenz bestand bei ihrer Gründung aus 10 Mitgliedern¹²:

- | | |
|---------------------|----------------|
| 1. Pfarrer Kreisch | Vorsitzender |
| 2. Gottfried Kaiser | Vize-Präsident |
| 3. Gustav Heinen | |
| 4. Peter Becker | |
| 5. Reiner Lugt | Kassierer |
| 6. Constantin Graf | |
| 7. Heinz Koch | |
| 8. Heinz Pelzer | |
| 9. Heinz Mauss | |
| 10. Johann Franzen | |

Im Laufe der nächsten Jahre steigerte sich die Mitgliederzahl auf 9 Mitglieder und 24 Teilnehmer im Jahre 1893, nahm aber gegen Ende des Jahrhunderts wieder ab, so dass der Verein 1899 nur noch 12 Mitglieder und 16 Teilnehmer zählte.¹³

Der Vinzenzverein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, besonders in der Jugend- und Armenfürsorge tätig zu werden. *„Der Verein vom hl. Vincenz von Paul hat die Aufgabe, den notleidenden Mitmenschen Unterstützung und Trost zu gewähren, einen heilsamen sittlichen Einfluß auf sie üben, und durch diese, sowie durch alle Werke der Liebe, die er übt, zugleich seine eigenen Mitglieder zu heiligen. Er will nach der Lehre und dem Beispiele Christi und im Geiste des hl. Vincenz jeder Not der leidenden Menschheit zu Hülfe kommen und sucht alle Werke der christlichen Barmherzigkeit, je nachdem die Bedürfnisse der Zeit sie fordern, zu verrichten und auszuüben; er übernimmt die Pflege der Armen und Kranken in ihren Häusern und wo es erforderlich ist, auch in Hospitälern; er sorgt für die Erziehung der Waisen, errichtet Kinderbewahranstalten, Gesellschulen usw. Der häufige Besuch der Armen in ihren Wohnungen ist jedoch eine der vorzüglichen Obliegenheiten der Vereinsmitglieder.“*¹⁴

¹² Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 212.

¹³ Als Teilnehmer wurden diejenigen bezeichnet, die nicht als Mitglieder aktiv tätig waren, also keine Familien oder Jugendlichen betreuten. Sie waren nur insofern Mitglieder des Vereins, dass sie regelmäßig Geldspenden an den Verein entrichteten und Gebete für die Armen sprachen.

¹⁴ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 212.

Seine Aufgabe bestand aber nicht allein darin, die armen und bedürftigen Familien materiell zu unterstützen, sondern auch in einem ganz besonderen Maße moralischen Einfluss auf das gesamte Familienleben auszuüben.

In den großen Städten wurde die Gründung einer Fürsorgeerziehungskonferenz befürwortet, die den Titel „*Vinzenzverein, Abteilung Jugendfürsorge*“ tragen sollte.

Die Aufgaben dieser Konferenz waren folgende:¹⁵

1. Die einzelnen Konferenzen konnten das Verfahren zur Einweisung von Kindern in die Fürsorgeerziehung einleiten. Sie konnten es sogar bei härteren Fällen bei der Polizei oder dem Vormundschaftsgericht zur Anzeige bringen. Dabei musste streng darauf geachtet werden, dass wirklich nur solche Fälle angemeldet wurden, die auch tatsächlich unter dieses Gesetz fielen und nicht jeder Streich mit einer Anzeige beim Vormundschaftsgericht endete. Die Fälle, in denen Fürsorgeerziehung eintreten konnte, waren:
 - a) Wenn die Eltern ihre Pflichten vernachlässigten oder sich unsittlichen Verhaltens schuldig gemacht hatten.
 - b) Wenn der Minderjährige vor dem vollendeten 18. Lebensjahr eine Straftat begangen hatte.
 - c) Wenn die Eltern jeglichen erzieherischen Einfluss auf ihre Kinder verloren hatten.
2. War das Verfahren schließlich eingeleitet, so konnte der Vinzenzverein eine Dringlichkeitsanzeige einreichen, um die lange Bürokratie zu umgehen. Dann wurde sofort eine vorläufige Fürsorgeerziehung beantragt.
3. War das Urteil bereits gefällt, so konnte der Vinzenzverein noch mitbestimmen, wohin die Kinder in Pflege kamen. Er sorgte meistens dafür, dass die Kinder nicht in einem Heim, sondern in Pflegefamilien untergebracht wurden.

Des Weiteren waren die Mitglieder aufgefordert, die Einrichtungen - wie Bewahrschulen für noch nicht schulpflichtige Kinder, Horte für schulpflichtige Kinder, Handarbeitschulen für Mädchen, jugendliche Vereine, Arbeitervereine oder die Hilfe für arme Kinder - tatkräftig und nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen.

Diejenigen, die diese Aufgaben im Sinne des Vereins erledigten, konnten folgende Ablässe gemäß eines Breves des Papstes Gregor XVI. vom 10. Januar und 12. August 1845 und des Papstes Pius IX. vom 13. September 1859 und vom 5. September 1873 gewinnen¹⁶:

1. Vollkommener Ablass für die Wohltäter des Vereins in der Todesstunde, sofern sie reumütig beichten, oder, sofern dies nicht möglich ist, doch mit wahrer Reue

¹⁵ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 211.

¹⁶ Ebd. Akte Nr. 212.

im Herzen andächtig mit dem Munde, oder, wenn auch das nicht möglich, wenigstens im Herzen den Namen Jesus anrufen und mit Geduld und Vertrauen den Tod aus der Hand Gottes annehmen.

2. Vollkommener Ablass in jedem Monate für alle Gläubigen beiderlei Geschlechtes, wenn sie dem Generalrate regelmäßig ein bestimmtes Almosen zum Besten des Vereins zuwenden, sofern sie reumütig beichten und die hl. Kommunion würdig empfangen.
3. Ablass von sieben Jahren und siebenmal vierzig Tagen einmal in jedem Monate für alle Gläubigen beiderlei Geschlechtes, so oft sie den Verwaltungsräten der Provinzen oder Städte regelmäßig ein ähnliches bestimmtes Almosen zuschicken.
4. Ablass von einem Jahre einmal in jedem Monat für alle Gläubigen beiderlei Geschlechtes, welche sich durch Subskription oder anderswie regelmäßig zu einem bestimmten Almosen für eine vom Generalrate oder von den dazu beauftragten Verwaltungsräten bestätigte Konferenz verpflichten.
5. Ablass von sieben Jahren und siebenmal vierzig Tagen einmal in jedem Monate für alle Gläubigen beiderlei Geschlechtes an den Tagen, wo sie zum Besten des Generalrates oder der örtlichen Verwaltungsräte Almosen einholen.
6. Ablass von 300 Tagen allen Wohltätern des Vereines, so oft sie, gleichviel in welcher Sprache, mit reumütigem Herzen das Vereinsgebet sprechen, welches mit den Worten beginnt: „*Wir danken Dir, o Herr, für die vielen und großen Wohltaten*“ usw.¹⁷

¹⁷ „*Wir danken Dir, o Herr, für die vielen und großen Wohltaten, womit Du den Verein vom hl. Vincenz von Paul bisher überhäuft hast. Wir bitten Dich, siehe auch fernerhin gnädig herab auf diesen uns überaus teuern Verein, auf dessen einzelne Konferenzen, besonders diejenige, welcher wir angehören. Mach', daß er allorts verbreitet und für alle Zukunft befestigt werde, daß in ihm stets derselbe Geist der Frömmigkeit, Einfalt und Bruderliebe herrsche, der von Anfang in ihm war, damit seine Werke, von aller irdischen Gewinnsucht und Begierlichkeit frei, mehr und mehr für den Himmel Früchte bringen.*

Du weißt es selbst, o Herr, wie dieser Hüter, sowohl geistiger, als leiblicher, die armen Familien bedürfen, denen wir nur in sehr geringem Maße unsere Hülfe zuwenden können; Du weißt auch, wie vieler Gnaden wir für uns selbst bedürfen. Erbarme dich deshalb unser, o Herr, und laß uns alle Deine unendliche Barmherzigkeit erfahren.

Auch für diejenigen von den Mitbrüdern unserer Genossenschaft bitten wir Dich, barmherziger Gott, die gegenwärtig von der einen oder andern Not bedrückt werden, daß Du ihnen zu Hülfe kommen mögest. Gieße über sie aus das Vertrauen, den Frieden, die Stärke und Klugheit, welche von Dir herkommen. Laß ihre und unsere um Christi willen geduldig ertragenen Leiden Dir wohlgefällig und uns fruchtbringend sein fürs ewige Leben.

Endlich bitten wir Dich, o Herr, flehentlich, durch die Verdienste unseres Herrn Jesus Christus, sowie durch die besondere Fürbitte Marias, der allerseligsten Jungfrau, und des hl. Vincenz, unseres Patrons, daß Du einst nach Auflösung unseres sterblichen Lebens alle, die uns durch Verwandtschaft oder Freundschaft verbunden, die uns vertrauten Armen, sowie die teuren Mitbrüder unseres Vereines mit uns Deines ewigen Reiches teilhaftig machen wollest. Amen.“ (Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 212).

Ein Problem des Vereins war wohl, dass seine Jahrbücher nur in großen Städten und von den großen Konferenzen gelesen wurden. Um dies zu ändern, erhielt auch die Stadt Bergheim im Juni des Jahres 1891 die Aufforderung, die Jahrbücher zu abonnieren und auch zu lesen, um immer über die Tätigkeiten des Vereins informiert zu sein. In Bergheim sind allerdings nur die Jahrbücher aus den Jahren 1902, 1903 und 1911 erhalten. Ob die Mitglieder der Aufforderung des Vereins, die Bücher zu lesen, bereits früher gefolgt sind, bleibt unklar.

Auf dem Katholikentag in Mainz im Jahre 1892 wurde von den anwesenden Mitgliedern der Protest vorgebracht, dass immer mehr Geistliche den Vorsitz der einzelnen Konferenzen führen würden, die Tradition des Vinzenzvereins es aber verlange, dass der Vorsitz immer mit einem Laien besetzt sein müsse. Der Geistliche sollte als zweiter Vorsitzender und Ehrenvorsitzender nur beratenden Einfluss haben. Der Generalpräsident der Versammlung, Pagès, kommentierte diesen Antrag so: *„Der Vinzenzverein wurde von Laien gegründet und von ihnen geleitet; er besteht seit 59 Jahren, hat sich über die ganze Welt verbreitet und dehnt sich aus von Jahr zu Jahr. Junge Studenten gründeten ihn, an ihre Spitze stellten sie einen erfahrenen Journalisten als ihren Führer, sie gingen zu ihrem Pfarrer und erbaten sich seinen Rath, wie sie die Armen besuchen und unterstützen sollten; er belehrte sie, nahm aber niemals Theil an der Leitung ihrer Geschäfte; selbständig, unbeeinflusst arbeiteten die Vorstände; so war es, so soll es bleiben.“*¹⁸

So wurde dann auch einstimmig beschlossen, dass *„die in Mainz gelegentlich des Katholikentages am 29. und 30. August 1892 versammelten Delegierten der Oberverwaltungsräthe und Verwaltungsräthe deutscher Vinzenzvereine beschließen, dass nach den Traditionen des Vereins, zur Erhaltung seines Charakters als Laienverein und gemäß dem in außerdeutschen Ländern bestehenden Gebrauche, die Stelle des Präsidenten in den Oberverwaltungsräthen und Verwaltungsräthen und Conferenzen mit Laien zu besetzen sind. Da ein gedeihliches Wirken der Vinzenzvereine nur dann möglich ist, wenn sie mit dem hochwürdigen Klerus Hand in Hand gehen, ist die Mitwirkung eines geistlichen Beiraths sehr erwünscht.“*¹⁹

Die Konferenz der Stadt Bergheim befolgte diesen Beschluss und wählte einen Laien zu ihrem Präsidenten. Gottfried Kaiser aus Bergheim übernahm den ersten Vorsitz, Pfarrer Lauterborn den zweiten Vorsitz.

Auf der Katholikenversammlung in Würzburg 1893 wurde, wie schon ein Jahr zuvor in Mainz, über die Ausbreitung des Vinzenzvereins debattiert. Es wurde beklagt, dass immer weniger junge Menschen, besonders Studenten, die den Verein ja gegründet hatten, dem Vereine beitreten würden. Die Tätigkeiten der einzelnen Mitglieder seien auch nicht lobenswert und man bräuchte dringend neue Ideen für das Weiterleben

¹⁸ Der Vinzenzverein auf der Katholiken-Versammlung in Mainz 1892, S. 3, in: Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 211.

¹⁹ Ebd. S. 5.

des Vereins. So wurde beschlossen, dass die Errichtung von Vinzenz-Konferenzen an Orten, an denen diese noch nicht bestehen, ins Leben gerufen werden sollten. *„Alle Verwaltungsräthe wollen an Hand der Karte feststellen, an welchen Orten ihres Bezirkes neue Vinzenz-Konferenzen errichtet werden könnten; in diesen Orten geeignete Persönlichkeiten aufsuchen und mit denselben in directen brieflichen oder mündlichen Verkehr treten, um sie zur Bildung von Conferenzen im Sinne der heutigen (...) Verhandlungen dringend zu veranlassen.“*²⁰

Für Bergheim lässt sich ein Zuwachs der jüngeren Mitglieder nicht nachweisen. Auf einer Konferenz im Jahre 1897 wurde nur ein neues Mitglied aufgenommen, Wilhelm Weber aus Bergheim, allerdings ist nicht ersichtlich, wie alt er bei seinem Beitritt in den Verein war.

Am 31. Dezember 1897 hatte Bergheim insgesamt 13 Mitglieder, 11 wirkliche Mitglieder, 2 Ehrenmitglieder und 18 Teilnehmer. Die Zahl der betreuten Familien und Jugendlichen wird mit 16 angegeben.

Die Einnahmen der Konferenz setzten sich zusammen aus Kollekten während der Sitzungen, Abgaben der Teilnehmer und aus besonderen Kollekten oder Geschenken.

Die Gesamteinnahmen für das Jahr 1897 betragen: 441 Mark, 51 Pfennige.²¹

Die Ausgaben für Brot und Gemüse, Fleisch, Kleider oder Geld betragen 296 Mark, 3 Pfennige. Somit erwirtschaftete der Verein einen Überschuss von 172 Mark und 48 Pfennigen.

Aus einem Bericht über diese Konferenz geht Folgendes hervor. *„Die Tätigkeit der Konferenz beschränkte sich im verflossenen Jahre auf die Erwähnung der Sitzungen aus den wöchentlichen Besuchen der Armen und Überreichung der Gaben an dieselben. An der gemeinschaftlichen Kommunion am 25. Juli, zu Ostern und zu Weihnachten (am 08. Dezember beteiligten sich alle Mitglieder) wurden den unterstützten Familien eine besondere Spende bestehend aus Bratwurst überreicht, welche Gabe allenthalben freudig entgegengenommen wurde. Zur Bekleidung dürftiger Kommunionkinder gewährte die Konferenz einen Zuschuß von 30 Mark. Zur Entfaltung besonderer Tätigkeit mangelte es an Gelegenheit.“*²²

Auch die Konferenz in Bergheim beschenkte also die Armen, meist mit einer Spende, bestehend aus Lebensmitteln, aber anscheinend ging es den Menschen in Bergheim so gut, dass der Vinzenzverein nicht in die Lage kam, besondere Taten zu leisten. Bei der Jugendfürsorge bestand für sie keine Notwendigkeit, und auch bei der Ar-

²⁰ Der Vinzenzverein auf der Katholiken-Versammlung in Würzburg 1893, S. 3, in: Akte Nr. 211.

²¹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 211.

²² Ebenda.

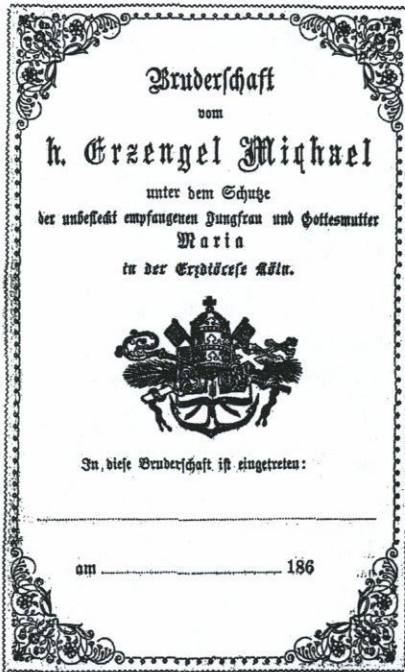
menspende ließ man es bei Lebensmittelpenden und kleinen Zuschüssen bewenden.

Im Jahre 1898 wurde die Stadt Bergheim zur 'Fünfzigjährigen Jubiläumsfeier des St. Vinzenzvereins in Rheinpreussen' eingeladen. Stattfinden sollte die Festlichkeit am Sonntag, dem 11. Dezember, in Köln. Nach dem Pontifikalamt im Dom folgte eine Festversammlung, die in ein gemeinsames Essen überging. Die Kölner Mitglieder erklärten sich sogar bereit, den von außerhalb angereisten Mitgliedern einige Sehenswürdigkeiten, wie beispielsweise St. Ursula, zu zeigen.

Aus den Akten geht nicht hervor, ob ein Mitglied der Bergheimer Konferenz an dieser Festlichkeit teilgenommen hat.

Im Jahre 1899 hatte der Verein noch 10 Mitglieder, zwei Ehrenmitglieder und 16 Teilnehmer. Die Zahl der zu betreuenden Familien lag immerhin noch bei 12. Die Einnahmen für dieses Jahr betragen 395 Mark, 55 Pfennige, die Ausgaben lagen bei 280 Mark, 10 Pfennigen, die für die Armen ausgegeben worden waren. Der Überschuss des Jahres lag bei 280 Mark, 10 Pfennigen, der dem Verein zu Gute kam. Besondere Tätigkeiten hatte der Verein nicht zu berichten.

Die letzte Versammlung in Bergheim fand am 10. April 1911 statt. An ihr nahmen nur noch 3 Mitglieder teil. Vermutlich hat sich der Verein danach aufgelöst.



Mitgliedsnachweis der Bruderschaft (Pfarrarchiv Bergheim)

2.1.4 Die Bruderschaft vom hl. Erzengel Michael

Die Anfänge dieser Bruderschaft liegen im Jahr 1860. In diesem Jahr genehmigte Papst Pius IX. eine Bruderschaft, die er unter den Schutz des hl. Erzengels Michael stellte. Die eintretenden Mitglieder waren dazu aufgerufen, die Gnadenschatze der Kirche zu verehren und dabei in frommer Gesinnung ihren Peterspfennig für den Papst zu spenden. Nur wer regelmäßig betete, seine Spenden verrichtete und im Alltagsleben ein treuer Katholik war, der konnte Mitglied dieser Bruderschaft werden.

Genauer wurde in den Statuten, die 1860 verfasst wurden, festgehalten.

Auch der Erzbischof von Köln, Johannes von Geissel, rief 1860 zum Eintritt in die Bruderschaft auf: „Tretet Alle ein in diese fromme Bruderschaft, Alle: Priester und

*Laien, Männer und Frauen, Jünglinge und Jungfrauen, Greise und Kinder, Hohe und Niedere, Reiche und Arme, und opfert Euren Peterspfennig. Der h. Vater und Euer Erzbischof hegen das feste Vertrauen zu Euch, geliebte Erzdiöcesanen, daß Ihr auch in dieser besonderen Noth als treue Katholiken Euch bewähret.*²³

Im Rechenschaftsbericht der Erzdiözese Köln des Jahres 1861 wird bereits hervorgehoben, wie viele Mitglieder in die Bruderschaft eingetreten waren. Insgesamt zählte man nach einem Jahr 553.254 Mitglieder, die 97.421 Taler, 12 Silbergroschen an Spenden gezahlt hatten.²⁴ Es wurde hervorgehoben, dass in vielen Gemeinden mehr als 70% der gläubigen Katholiken Mitglied in der Bruderschaft waren.

Auch der Kreis Bergheim ist in diesem Bericht zu finden. Insgesamt zählte er, mit den einzelnen Pfarreien, 11.975 Mitglieder.

Diese verteilten sich wie folgt:

Angelsdorf	319 Mitglieder	98 Thlr., 14 Sgr.
Auenheim	350 Mitglieder	36 Thlr., 14 Sgr.
Bedburg–Reifferscheid	621 Mitglieder	155 Thlr.
Bergheimerdorf	500 Mitglieder	36 Thlr., 15 Sgr.
Büsdorf	100 Mitglieder	14 Thlr., 15 Sgr., 8 Pf.
Kaster	510 Mitglieder	110 Thlr., 9 Sgr.
Elsdorf	450 Mitglieder	73 Thlr., 27 Sgr.
Esch	448 Mitglieder	32 Thlr., 11 Sgr., 7 Pf.
Fliesteden	240 Mitglieder	34 Thlr., 1 Sgr.
Glesch	481 Mitglieder	118 Thlr., 11 Sgr., 8 Pf.
Glessen	377 Mitglieder	53 Thlr., 26 Sgr., 10 Pf.
Morken	1000 Mitglieder	152 Thlr.
Niederaußem	500 Mitglieder	55 Thlr., 11 Sgr., 10 Pf.
Niederembt	307 Mitglieder	71 Thlr.
Oberaußem	600 Mitglieder	82 Thlr., 15 Sgr.
Oberembt	700 Mitglieder	90 Thlr., 8 Sgr.
Paffendorf	880 Mitglieder	204 Thlr., 18 Sgr., 5 Pf.
Quadrath	508 Mitglieder	191 Thlr., 23 Sgr., 6 Pf.

Diese 11.975 Mitglieder spendeten im Rechnungsjahr 1861 insgesamt 2121 Taler, 25 Silbergroschen, 9 Pfennige an die Bruderschaft des hl. Erzengels Michael.²⁵ Eingerechnet war ein Erlös, der aus dem Verkauf von Bildern für die Bruderschaft stammte. Er betrug 7 Taler und 16 Silbergroschen.

²³ Ebd. Akte Nr. 215.

²⁴ Ebd. Akte Nr. 215.

²⁵ Bruderschaft vom hl. Erzengel Michael - Rechenschaftsbericht des Diözesan-Vorstandes der Erzdiözese Köln für das Jahr 1861, in: Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 215

In diesem zweiten Jahr seit Gründung der Bruderschaft konnten Gesamteinnahmen in Höhe von 96.676 Taler, 9 Silbergroschen und 10 Pfennigen verzeichnet werden.

Wie lange die Bruderschaft in Bergheim selbst bestand, lässt sich aufgrund fehlender Quellen nicht mehr verfolgen.

2.1.5 Der St. Bonifatius-Verein

Dieser Verein wurde auf der dritten General-Versammlung der katholischen Vereine in Regensburg im Jahre 1849 gegründet. Er machte es sich zur Aufgabe, dort, wo keine oder nur wenige katholische Geistliche oder Lehrer zu finden waren, die Lehre der katholischen Kirche zu verbreiten, um gläubige Katholiken bei der Ausübung ihrer Religion zu unterstützen. Das Ziel bestand darin, die katholische Kirche in Deutschland noch weiter zu verbreiten, wenn möglich sogar über die Grenzen Deutschlands hinaus.



„Zu diesem Zwecke soll unser Verein in Demuth und Anspruchslosigkeit sein Scherflein beitragen, und so Manchen unsrer in protestantischen und gemischten Gegenden Deutschlands lebenden Mitbrüder, die lediglich, weil es ihnen an äußeren Mitteln gebricht, jetzt nicht allein für die Kirche verloren sind, sondern eben weil sie ihrer Pflicht als Katholiken nicht nachkommen können, nun ganz verkommen und in Unglauben zu Grunde gehen, die Verbindung mit der Lehre und den Heilmitteln unserer heiligen Mutter-Kirche zugänglich machen.“²⁶

Alle treuen Katholiken waren dazu aufgerufen, Mitglieder in diesem Verein zu werden. Sie sollten für diejenigen beten, denen es nicht möglich war, eine katholische Schule oder Kirche zu besuchen. Ein ganz besonderer Aufruf erging aber an die Priester selbst: „[...] vor Allen aber an Euch, Ihr Priester des Herrn, die Ihr als Hirten und Führer dem christlichen Volke voranleuchtet! endlich an Alle! Alle! die das Band des einen und allgemeinen Glaubens umschlingt, richte ich die warme, die innige

Bitte: Laßt uns dieser Gemeinschaft durch gemeinschaftliche Vereinigung im Gebete,

²⁶ Pfarrarchiv Bergheim, Satzungen des Bonifatius-Vereins, S. 6 f., in: Akte Nr. 215.

*durch gemeinschaftliche Uebung der Liebe bewußt werden! Gebet und Almosen! Heiliger Bonifacius! Bitte für unser armes, für unser zerrissenes, bitte für das deutsche Vaterland!*²⁷

Einmal alle drei Monate wurde dann aber auch eine Kollekte eingesammelt, die im Verein als Almosen bezeichnet wurde, und die dafür verwendet wurde, beispielsweise Gesangbücher zu kaufen und sie dahin zu schicken, wo keine katholischen Lieder gesungen wurden.

Während dieser Generalversammlung wurde festgelegt, wie der Verein heißen sollte, worin seine Aufgaben bestanden und wer die Präsidentschaft übernahm. Dazu wurden vier Punkte verfaßt²⁸:

- „1 Der Verein nennt sich Verein des h. Bonifacius, und stellt sich unter den eigens zu erbittenden Schutz und die oberste Leitung des deutschen Episkopats.*
- 2. Die Präsidentur übernimmt Graf Joseph zu Stolberg, welcher sich zwei Gehülften für Nord -, und zwei oder drei für Süddeutschland beigesellen wird.*
- 3. Dieses Comite entwirft Vereins-Statuten, welche so lange in provisorischer Geltung bleiben, bis sie der Revision der nächsten General-Versammlung des katholischen Vereins unterstellt worden, und sodann die Genehmigung der deutschen Bischöfe erhalten haben.*
- 4. Mit der Eröffnung von Subscriptions-Listen wird sogleich begonnen, und die sämtlichen Mitglieder der gegenwärtigen General-Versammlung werden eingeladen, resp. dringend gebeten, die Verbreitung dieser Listen und Vervielfältigung der Einzeichnungen nach besten Kräften zu fördern.“*

Gleichzeitig wurden auch die Statuten des Vereins festgelegt, die provisorisch eingesetzt wurden.

Wer Mitglied im Verein wurde, der konnte folgende Ablässe Anspruch nehmen:²⁹

Vollkommener Ablass

1. Am 5. Juni als dem Feste des heil. Bonifatius; für die Diözesen, wo dieses Fest weder im Chor noch öffentlich gefeiert wird, an dem nächsten auf den 5. Juni folgenden Sonn- oder Festtag.
2. Am Feste des heil. Franciscus Seraphicus, als dem Stiftungstage des Vereines.
3. An dem Tage, wo das Gedächtnis der unbefleckten Empfängnis der Mutter des Herrn begangen wird.

²⁷ Pfarrarchiv Bergheim, Satzungen des Bonifatius-Vereins, S. 9, in: Akte Nr. 215.

²⁸ St. Bonifatius-Verein, Akte Nr. 215.

²⁹ St. Bonifatius-Verein, Akte Nr. 215.

4. Am Feste der Reinigung der seligsten Jungfrau Maria oder auch innerhalb der Octav dieser Feste.

Abläss von 100 Tagen

Ferner ein Ablass von 100 Tagen für die, welche eine ganze Woche hindurch an jedem Tage andächtig und reumüthig ein Vaterunser und ein GegrüßetseistduMaria beten und ein Almosen geben.

Diesem Aufruf, einen katholischen Verein zu gründen, der den katholischen Glauben noch weiter verbreiten sollte, konnte sich auch der Kreis Bergheim nicht entziehen. Aus zwei Rechnungen aus den Jahren 1861 und 1862³⁰ geht hervor, dass der Kreis Bergheim sich auch an den Almosen, also an den Spenden beteiligte.

Im Jahre 1861 spendete

die Gemeinde Lipp 20 Thlr.
die Gemeinde Quadrath 15 Thlr.
die Gemeinde Angelsdorf 10 Thlr.
die Gemeinde Glesch 15 Thlr.
die Gemeinde Elsdorf 20 Thlr.
die Gemeinde Büsdorf 15 Thlr.

Im darauffolgenden Jahr, 1862, waren die Spenden, die aus dem Kreis Bergheim kamen, *erheblich höher*:³¹

Oberembt	15 Thlr.
Erp	15 Thlr.
Königshoven	15 Thlr.
Niederembt	15 Thlr.
Bedburg	25 Thlr., 10 Sgr.
Morken	10 Thlr.
Fliesteden	2 Thlr.
Kirchherten	20 Thlr.
Kaster	10 Thlr.
Paffendorf	15 Thlr.
Niederaußem	3 Thlr.
Glessen	5 Thlr.
Hüchelhoven	10 Pf.
Kirdorf	4 Thlr., 10 Pf.
Esch	1 1/3 Thlr.
Elsdorf	1 1/3 Thlr.

³⁰ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 215.

³¹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 215.

In der Pfarrei Bergheim selbst scheint weder 1861 noch 1862 gesammelt worden zu sein, wenngleich sich die Unterlagen der Sammlung im Kreis Bergheim im dortigen Archiv befinden.

Auch bei dieser Bruderschaft lässt sich nicht genau sagen, wie lange sie in Bergheim bestanden hat.

2.1.6 Bruderschaft vom Unbefleckten Herzen Mariä

Gegründet wurde diese Bruderschaft in Bergheim am 11. Januar 1855³². Zu dieser Zeit existierte in Paris, in der Pfarrkirche Maria vom Siege, eine gleichnamige Erzbruderschaft, in die die Bruderschaft aus Bergheim einverleibt wurde. Die Bruderschaft in Bergheim wurde zur Bekehrung der Sünder, die sich in der Pfarrgemeinde befanden, in der Pfarrkirche St. Remigius errichtet. Die Bevollmächtigung hierzu erteilte der Erzbischof und Kardinal von Köln, Johannes von Geissel.

Die Verpflichtung eines jeden, der ein Amt in dieser Bruderschaft übernahm, bestand darin, das Heil der Seelen zu erhalten oder wieder herzustellen und das Wachstum der Frömmigkeit und der Religion zu unterstützen. Als Vorstand der Bruderschaft fungierte Pfarrer Joseph Steven.

Sollten in der Umgebung von Bergheim noch andere Bruderschaften existieren oder entstehen, die den selben Namen trugen, so wurde gewünscht, dass diese mit der Bruderschaft in Bergheim vereinigt und in die Erzbruderschaft in Paris einverleibt wurden.

Allen Mitgliedern der Bruderschaft wurden erteilt: Ablässe, Vollmachten und andere geistliche Gnaden und Freiheiten.

Die Genehmigung zur Aufnahme in die Erzbruderschaft, die gleichzeitig die Erlaubnis zur Bildung der Bruderschaft in Bergheim und ihrer Statuten war, wurde vom Erzbischof und Kardinal von Köln, Johannes von Geissel, ausgestellt. Er stellte aber folgende Bedingungen³³:

1. Keiner anderen Bruderschaft in Bergheim darf diese Ehre zuteil werden. Er erteile nur die Erlaubnis für diese Bruderschaft.
2. Die Bruderschaft vom Unbefleckten Herzen Mariä darf keiner anderen fremden Bruderschaft angeschlossen werden.

³² Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, Kapitel: Bruderschaften.

³³ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, Kapitel: Bruderschaften.

Durch Papst Gregor XVI. wurden den Mitgliedern durch ein Dekret vom 24. April 1838 folgende Ablässe verliehen:³⁴

- Am Tage des Eintritts, nach der Beichte und dem Empfangen der hl. Kommunion wurde ein vollkommener Ablass und die Verzeihung der Sünden verliehen.
- Ebenfalls ein vollkommener Ablass wurde in der Stunde des Todes erteilt, nach der Beichte und dem Empfangen des hl. Sakraments.
- Ebenfalls ein vollkommener Ablass wurde den Mitgliedern gewährt, die an den Festen
 - der Beschneidung des Herrn
 - Mariä Lichtmess
 - Mariä Verkündigung
 - Geburt
 - Himmelfahrt
 - Mariä Empfängnis
 - am Feste ihrer Schmerzen
 - der Bekehrung des hl. Apostels Paulus
 - der Bekehrung der hl. Maria Magdalena

nach reumütiger Beichte und dem Empfangen der hl. Kommunion gebetet hatten.

Jedem einzelnen Mitglied, welches täglich für die Bekehrung der Sünder andächtig betete, wurde am Jahrestag seiner Taufe ein vollkommener Ablass erteilt, dem aber reumütiges Beichten und das Empfangen der hl. Kommunion vorausgehen musste.

Den Mitgliedern, die regelmäßig an den hl. Messen für die Jungfrau Maria, die jeden Samstag im Bethaus oder in der Kirche stattfanden, teilnahmen und andächtig für die Bekehrung der Sünder beteten, wurde die Buße, die ihnen auferlegt wurde, erlassen. Dieser Ablass galt ebenso für Nicht- Mitglieder der Bruderschaft.

Dem Vorstand der Bruderschaft wurden die Vollmachten verliehen, andere Bruderschaften gleichen Namens oder gleicher Einrichtung in die bereits bestehende Bruderschaft einzuverleiben, dabei musste die Bedingung des Kardinals strengstens beachtet werden, desgleichen durften sie alle Sünden verzeihen und Bußen erlassen.

Einen weiteren Ablass erteilte Papst Gregor XVI. den Mitgliedern der Bruderschaft im Jahre 1841.³⁵

Folgenden Mitgliedern der Bruderschaft wurde ein vollkommener Ablass erteilt: Allen, die zwei Mal im Monat, die Tage selbst sind frei wählbar, reumütig beichteten und das hl. Sakrament empfangen. Sie mussten aber eine Kirche oder ein Bethaus aufsuchen und im Sinne seiner Heiligkeit beten.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, Kapitel: Bruderschaften.

In Krankheitsfällen wurde der Ablass nur erteilt, wenn der Kranke darauf vorbereitet worden war und jegliche Buße, die ihm auferlegt worden war, erfüllt hatte.

Im Jahre 1845 erließ Papst Gregor XVI. ein weiteres Breve, das der Bruderschaft vom Unbefleckten Herzen Mariä folgenden Ablass verlieh: ³⁶ Allen Gläubigen wurde ein Ablass von 500 Tagen erteilt, wenn sie in Paris, in der Kirche der lieben Frau vom Siege oder in einer anderen Kirche oder Kapelle, in welcher eine Bruderschaft, die mit der Erzbruderschaft Mariä vom Siege vereinigt war, errichtet wurde, reumütig beteten und einen Gottesdienst besuchten, der zur Ehren des Unbefleckten Herzens Mariä, zur Bekehrung der Sünden gehalten wurde.

Damit die Mitglieder der Bruderschaft die Ablässe und geistlichen Gnaden erhalten konnten, unterzeichnete der Vorstand der Bruderschaft eine Urkunde, in der diese Privilegien festgehalten wurden. Ihr wurde das Siegel der Erzbruderschaft beigelegt.

Aus dem Jahre 1855 ist aus Bergheim auch ein Mitgliedsbuch erhalten, das zeigt, wie groß der Glaube und die Hoffnung auf die Vergebung der Sünden war. ³⁷

In der Pfarrei Bergheim gab es 1855 insgesamt 996 Mitglieder, die sich auf die einzelnen Orte wie folgt verteilten:

Bergheim	281 Mitglieder
Kenten	304 Mitglieder
Bergheimerdorf	311 Mitglieder
Wiedenfeld	97 Mitglieder

In Bergheim wuchs die Zahl der Mitglieder bis 1886 auf 1979 an.

Aber auch in den Nachbargemeinden der Pfarre Bergheim gab es Mitglieder der Bruderschaft vom Unbefleckten Herzen Mariä:

Auenheim	189 Mitglieder	Rath	12 Mitglieder
Bedburg	38 Mitglieder	Büsdorf	44 Mitglieder
Elsdorf	48 Mitglieder	Fliesteden	1 Mitglied
Glesch	235 Mitglieder	Hüchelhoven	190 Mitglieder
Kirdorf	32 Mitglieder	Kirchherten	4 Mitglieder
Königshoven	6 Mitglieder	Niederaußem	235 Mitglieder
Niederembt	12 Mitglieder	Oberaßem	399 Mitglieder
Oberembt	3 Mitglieder	Paffendorf	398 Mitglieder
Quadrath	128 Mitglieder		

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda, Akte Nr. 213.

2.1.7 Bruderschaft vom Göttlichen Herzen Jesu

Seit dem Jahr 1859 bestand in Italien eine Erzbruderschaft, die den Namen Bruderschaft vom Göttlichen Herzen Jesu trug. In Bergheim wurde nur zwei Jahre später eine Bruderschaft mit dem Namen „*Gebetsapostola*“ gegründet, die dieser Erzbruderschaft einverleibt wurde.³⁸ Die Mitglieder dieser Bruderschaft waren gläubige Christen, die neben ihrer täglichen Arbeit und anderen Werken der Frömmigkeit und Liebe täglich für die Kirche und den heiligen Vater beteten.

Am 19. August 1859 wurden den Mitgliedern einige Ablässe auf 7 Jahre verliehen. Damit die Gesellschaft von Tag zu Tag wuchs, wurde auf das Erbarmen des allmächtigen Gottes und seiner Apostel Petrus und Paulus vertraut, die für die Mitglieder die Grundlagen ihrer Gebete darstellten.

Allen Gläubigen, die in diese Bruderschaft eintraten, wurde am Tage ihres Eintritts, nachdem sie reumütig gebetet und die hl. Kommunion empfangen hatten, ein vollkommener Ablass und die Vergebung all ihrer Sünden gewährt. Diejenigen, die bereits Mitglied waren, konnten ebenfalls einen vollkommenen Ablass erhalten, wenn sie reumütig gebeichtet und die hl. Kommunion empfangen hatten, außerdem die Kirche am Tage der Empfängnis der hl. Jungfrau Maria besucht hatten, am Freitag nach der Oktav von Fronleichnam von der ersten Vesper an anwesend waren sowie an einem Freitag - nicht Karfreitag - und an einem anderen, frei wählbaren Tag, vom Aufgang der Sonne bis zu deren Untergang in Andacht verbracht hatten. Sie sollten aber auch fromme Gebete verrichten. Der Ablass wurde erteilt, wenn sie dies an sieben Tagen getan hatten. Außerdem wurde den Mitgliedern, die mit zerknirschem Herzen am Anfang eines Monats die Buße, die ihnen vom Vorsteher der Bruderschaft auferlegt worden war, verrichtet hatten, der Ablass erteilt, für jedes Werk 100 Tage.

Des Weiteren konnte der Vorsteher alle Ablässe, Sündenvergebungen und Nachlässe der Buße den Gläubigen erlassen, die auf dem Weg der Fürbitte sich der Liebe Gottes zuwendeten.

Die Pfarre Bergheimerdorf wurde in der Erzdiözese Köln an das Apostolat des Gebets am 29. Dezember 1869 aggregiert. Dies geschah mit der Einwilligung des Erzbischofs von Köln und dem Direktor des Apostolates in Deutschland.

Leo XIII. hatte am 24. Mai 1879 für das Gebetsapostolat, unter Aufhebung des Dekrets vom 27. Juli 1866 und vom 24. Mai 1867, neue Statuten bestätigt und unter dem 7. Juni 1879 eine neue Bestimmung über das Verhältnis des Gebetsapostolats zu der Bruderschaft vom hl. Herzen Jesu erlassen.

Oberpfarrer Karl Unkelbach unterstützte diesen Verein, der in Bergheim und Umgebung in diesem Jahre bereits 1637 Mitglieder zählte.³⁹ In Bergheim, Kenten,

³⁸ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, Kapitel: Bruderschaften.

³⁹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 214.

Bergheimerdorf und Wiedenfeld waren die ersten Mitgliederzahlen bereits 1870 registriert worden. Am Anfang zählte der Verein in Bergheim bereits 1006 Mitglieder, die sich allerdings bis in das Jahr 1886 auf 1675 steigerten.⁴⁰ Dies zeigt deutlich, wie sehr das Leben der Menschen von der Kirche bestimmt war, und wie groß der Wunsch nach Erhalt eines vollkommenen Ablasses und der Vergebung aller Sünden auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch war.

Nach 1886 finden sich keine Eintragungen mehr zu diesem Verein. Es lässt sich nicht rekonstruieren, wie lange der Verein des Gebetsapostolats in Bergheim bestanden hat.

2.1.8 Dritter Orden des hl. Franziskus

Im Jahre 1880 findet sich ein weiterer Verein in Bergheim: der Verein des Dritten Ordens des hl. Franziskus. Ihm konnten verheiratete und ehelose Männer und Frauen angehören, aber auch Priester. Die Angehörigen des Dritten Ordens fühlten sich der franziskanischen Lebensweise außerhalb des Klosters, aber in einer Gemeinschaft, verpflichtet. Neben der Pflege der Frömmigkeit widmeten sich die Mitglieder in vielfältiger Weise sozialen Aufgaben.

Es ist eine Mitgliederliste des Dritten Ordens in Bergheim erhalten, die bis in das Jahr 1885 geführt wurde und in diesem Jahre bis zu 180 Mitglieder verzeichnete.⁴¹

Im Jahre 1880 erteilte Oberpfarrer Karl Unkelbach in Übereinstimmung mit Pater Ottmar Maassmann, Provinzial-Oberer P. P. Franziskaner der sächsischen Provinz vom hl. Kreuze, die Erlaubnis, dass der Schlosskaplan von Paffendorf, Franz Nol aus Aachen, monatliche Versammlungen für die Mitglieder des Dritten Ordens in Bergheim abhalten durfte. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 12, von denen 9 in anderen Orten Profess abgelegt hatten und drei bereits das Probekleid empfangen hatten. Die erste Einkleidung in Bergheim fand am 7. November 1880 statt.

Erst im Jahre 1897 wird der Verein nochmals erwähnt. Zu diesem Zeitpunkt, am 17. Januar 1897, richtete der Nachfolger von Oberpfarrer Unkelbach, Pfarrer Lauterborn, das Gesuch an das Erzbistum Köln, eine Erlaubnis zu erhalten, die ihn ermächtigte, sich bei den Franziskanern die Vollmacht zu erbitten, die in Bergheim an der Erft bestehende Vereinigung des hl. Franziskus zu leiten. Eine Antwort erhielt er am 13. Februar 1897, die ihm die Erlaubnis erteilte. Zwei Tage später folgte dann sein Schreiben an den hochwürdigen Provinzial der Franziskaner, in dem er um die Erlaubnis bat, die Leitung der Vereinigung in Bergheim übernehmen zu dürfen. Eine Antwort auf dieses Schreiben ist leider nicht erhalten, es ist aber wahrscheinlich, dass ihm diese Erlaubnis erteilt wurde.

⁴⁰ Ebd. Akte Nr. 214.

⁴¹ Ebd. Akte Nr. 205.

Weitere Nachrichten über diesen Orden in Bergheim fehlen; ihm scheint keine größere Wirkung beschieden gewesen zu sein.

2.2 Der Einfluss der Kirche auf den Standort des Bahnhofes

Das Aufblühen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert in Deutschland und die ständige Erweiterung des Eisenbahnnetzes gingen zunächst an Bergheim vorüber.⁴²

Am 2. August des Jahres 1839 war das erste Stück der späteren Eisenbahnstrecke Köln-Aachen-Antwerpen fertig gestellt worden. Eine 7,5 Kilometer lange Trasse führte von Köln nach Müngersdorf.

Erst 1869 existierte eine Stichbahnverbindung von Düren nach Neuß an der Strecke Köln-Aachen mit Bahnhöfen in Elsdorf, Bedburg, Harff und Grevenbroich. 1884 prüfte dann das Staatsministerium in Berlin den Plan einer Eisenbahnverbindung, die von Elsdorf oder Bedburg über Bergheim nach Horrem führen sollte. Bereits ein Jahr später, 1885, bemühte sich der Bergheimer Landrat Herwarth von Bitterfeld um eine Eisenbahnlinie, die von Jülich über Bergheim und dann weiter nach Köln-Ehrenfeld führen sollte.

Erst der Tatkraft des Landrates Otto Graf Beissel von Gymnich, der das Amt des Landrates 1891 übernahm, war es zu verdanken, dass Bergheim wohlvorbereitet und verkehrstechnisch erschlossen in das nächste Jahrhundert gehen konnte. Am 16. März 1891 bildete sich ein Komitee „zum Bau schmalspuriger Bahnen in der Umgebung von Köln“, dem Oberbürgermeister aus Köln und Bonn sowie die Landräte aus Köln, Bonn und Bergheim angehörten.

Mit dem preußischen Gesetz über Kleinbahnen und private Anschlussbahnen vom 28. Juli 1892 wurden dann die wesentlichsten Hindernisse beseitigt, so dass der Kreistag in Bergheim im Januar 1894 den Plan zur Erschließung des Kreisgebietes durch die Eisenbahn verabschieden konnte.

Die Verhandlungen mit den preußischen Militärbehörden, die sich aus strategischen Gründen gegen den Eisenbahnbau aussprachen, waren lang, doch schließlich setzte man sich durch, und im Februar 1897 wurde die Strecke Mödrath-Horrem-Ichendorf-Quadrath-Bergheim-Zieverich-Elsdorf eröffnet. Im Mai desselben Jahres wurde auch die Strecke Bergheim-Zieverich-Paffendorf-Glesch-Bedburg eröffnet. Am 20. September des Jahres wurde dann die Strecke Bergheim-Oberaußem-Niederaußem-Rheidt in Betrieb genommen. Die Teilstrecke von Bedburg über Niederembt, Kirchtroisdorf nach Kirchherten wurde am 22. Oktober 1898 vollendet, und die Strecke von Kirchherten nach Ameln wurde im Februar 1899 fertiggestellt.

⁴² Siehe zum Gesamtzusammenhang: Volker H. W. SCHÜLER, *Bergheimer Kreisbahnen 1896-1912. Schienenwege zur Industrialisierung des Erftlandes*, 2001.

Bei der Wahl des Standortes des Bergheimer Bahnhofes gab es erhebliche Probleme mit dem Kirchenvorstand von St. Remigius. Der in der Planung befindliche Bahnhof läge viel zu nah am Krankenhaus, so der Einwand des Kirchenvorstandes. In einem Schreiben, das der Kirchenvorstand am 27. Juli 1886 verfasste, wurden die Bedenken der Kirche vorgebracht.⁴³

Einen ähnlichen Brief richtete Oberpfarrer Unkelbach an den Präsidenten der Verwaltung der Linksrheinischen Eisenbahn in Köln am 1. August 1886. Die Antwort vom 14. August des Jahres lautete: *„Dem Kirchenvorstande teilen wir auf das an den Königlichen Eisenbahn-Direktions-Präsidenten Herrn Rennen gerichtete gefällige Schreiben vom 1. d. M. betr. die Führung der projectierten Eisenbahn in der Nähe des Städtchens Bergheim ergebenst mit, daß wir dem in diesem Schreiben ausgesprochenen Wunsche, es möge der Bahnhof, sowie die Bahnlinie selbst, nicht an der Südseite des erwähnten Städtchens angeordnet werden, bei der speziellen Ausarbeitung des Eisenbahnprojectes thunlichst Rechnung tragen werden. Die generellen Projecte, welche gegenwärtig dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten vorliegen, setzen nur theilweise die Führung der Linie südlich von Bergheim voraus, sind übrigens auch nur bezüglich der einzelnen Theile der Bahnlinie in der Folge maßgebend, so daß begründete Wünsche der Adjacenten (= Anwohner) bei der speciellen Projectierung noch in vollem Maße Berücksichtigung finden können.“*⁴⁴

So hatte der Kirchenvorstand erreicht, dass der Bahnhof nicht südlich am Krankenhaus, sondern auf Kentener Gebiet erbaut wurde, wo er heute noch steht.

2.3 Der Einfluss der Kirche auf die Schulen

Der Anfang der 70er Jahre ausbrechende Kulturkampf führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Das schlug sich auch auf die Schulpolitik nieder. Bisher waren die Ortspfarrer nicht nur Religionslehrer in den Schulen gewesen, sondern auch Lokalschulinspektoren. Diese geistliche Schulaufsicht wurde im März 1872 aufgehoben. Der preußische Kultusminister Adalbert Falk hatte die Trennung von Schule und Kirche zum Ziel. Der Religionsunterricht sollte jetzt auch nicht mehr von den Geistlichen durchgeführt werden, sondern von eigens ausgebildeten Lehrern, was vorübergehend zur Verdammung der Geistlichen aus der Schule führte.⁴⁵

Die Elementarschule in Bergheim hatte 1887 194 Schüler, 89 Jungen und 105 Mädchen. Drei Lehrer unterrichteten die drei Klassen: Heinrich Mauss, Josef Schmidt und

⁴³ Volker Schüler, Chronik der Stadt Bergheim, 1989, S. 64 f.

⁴⁴ Ebenda, S. 65.

⁴⁵ Eduard HEGEL, Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (1815-1962) (Geschichte des Erzbistums Köln 5), Köln 1987, S. 549 ff.

Johanna Sallmann. Der Religionslehrer war Pfarrer Lauterborn, er war gleichzeitig auch Lokalschulinspektor.⁴⁶

Auf den Beschluss des Schulvorstandes vom 28. März 1877 - der Pfarrer gehörte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zum Schulvorstand - beschloss die Gemeinde Bergheim bzw. der Gemeinderat am 11. April des Jahres die Einführung der dreiklassigen gemischten Volksschule.⁴⁷ Bis dahin hatte das zweiklassige Schulsystem in Bergheim bestanden, bei dem in der unteren Abteilung der Unterricht mit gemischten Klassen, in der oberen aber nach Geschlecht getrennten Klassen stattfand.

Die Familienväter demonstrierten allerdings gegen diesen Beschluss. Sie wollten weiterhin, dass Jungen und Mädchen während des Unterrichts getrennt waren. Sie reichten daher am 18. April 1877 eine Beschwerde an die Regierung ein, die zur Antwort hatte, dass der Beschluss des Schulvorstandes und des Gemeinderates seine Gültigkeit behalte, dass aber, sollte eine vierte Klasse in Bergheim notwendig werden, der Unterricht in der Oberklasse wieder nach Geschlechtern getrennt stattfinden würde. Weiterhin kam auf diese Beschwerde der Familienväter am 28. Mai 1877 eine Antwort vom Oberpräsidenten, der bestätigte, dass dem Antrag nicht entsprochen werden könne, da die Umwandlung in eine gemischte Klasse nur von vorübergehender Dauer sein sollte und die Oberklasse baldmöglichst wieder nach Geschlechtern getrennt werden sollte.⁴⁸

Am 1. Oktober 1877 wandten sich die Familienväter erneut an die Regierung, worauf sie die Antwort erhielten, dass während des laufenden Schuljahres es nicht möglich sei, die Klassen zu trennen. Der Schulvorstand werde aber dafür Sorge tragen, dass rechtzeitig vor dem nächsten Schuljahr die Zahl der schulpflichtigen Jungen und Mädchen feststünde und man so eine erneute Entscheidung über die Verteilung der Klassen treffen könne.

Am 11. März 1872 erschien das neue Schulaufsichtsgesetz, mit dem erreicht werden sollte, die Kirche von der Volksschule zu trennen. Die Antwort der preußischen Bischöfe vom 11. April des Jahres rief die Geistlichen dazu auf, ihre Pflichten gegenüber der Schule mit noch mehr Eifer anzugehen, den Religionsunterricht zu erteilen und in ihrer erzieherischen Arbeit nicht aufzugeben.⁴⁹

Im Jahre 1873 wurde dann Oberpfarrer Unkelbach aus der Lokalschulinspektion, die bis dahin Teil des Pfarramtes gewesen war, und zusätzlich von der Mitgliedschaft und der Erteilung des planmäßigen Religionsunterrichtes entfernt. Letztlich wurde ihm sogar die Benutzung des Schulgebäudes für die Abhaltung des Kommunionunterrichts

⁴⁶ Otto Graf BEISSEL VON GYMNICHT, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, S. 97.

⁴⁷ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, Kapitel: Schule.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

tes und der Abnahme der Beichte in Bergheim und Wiedenfeld untersagt. Gleiches galt auch für den Vikar. Gleichfalls wurde auch Rektor Kemper in Kenten untersagt, einen planmäßigen Religionsunterricht an seiner Schule abzuhalten.

Am 29. Januar des Jahres 1878 wurde Oberpfarrer Unkelbach für ein Jahr gestattet, an vier Tagen in der Woche bis zum Weißen Sonntag Erstkommunikantenunterricht im Schulgebäude zu erteilen.⁵⁰ In einem Schreiben der Regierung vom 2. Januar 1878 wurde diese Erlaubnis bis zum 1. Dezember des Jahres ausgedehnt. Darüber hinaus sollte nach einem Schreiben des Landrates Herwarth von Bitterfeld vom 6. November 1878 die Erlaubnis nicht verlängert werden.

Am 21. November 1878 verlangte der Bürgermeister, der gleichzeitig Lokalinspektor war, von Oberpfarrer Unkelbach die Erklärung, dass er sich verpflichte, außer dem Kommunionunterricht, den er an vier Tagen die Woche erteilen durfte, keinen weiteren Unterricht in der Kirche, auch nicht für Kinder, die nicht zu den Kommunionkindern gehörten, zu erteilen. Oberpfarrer Unkelbach verweigerte aber diese Erklärung, und so blieb das Schulgebäude für ihn geschlossen. Er betonte die Nachteile, die für die religiöse Erziehung der Kinder entstehen würden, und wie schwer es sei, die Kinder, besonders die Neukommunikanten, in die Kirche zum Religionsunterricht zu bringen. Da die Tage im Winter kürzer sind, sah sich der Pfarrer gezwungen, den Religionsunterricht abends, bei Kerzen- oder Lampenlicht abzuhalten, was in der Kirche nicht gerade einfach war und auch für die Kinder keine Vorteile beinhaltete. Oft geschah es, dass Eltern ihre Kinder gar nicht zum Unterricht schickten, oder dass die Kinder selbst beschlossen, sich nicht beim Unterricht einzufinden. Die Kinder, die ihre Lektionen nicht gelernt hatten und dafür gezüchtigt wurden, nahmen es auch oft zum Anlass, beim Unterricht nicht mehr zu erscheinen.

So wurde Oberpfarrer Unkelbach am 29. September 1878 gestattet, das Schulgebäude in Wiedenfeld an zwei Tagen in der Woche zur Erteilung des Kommunionunterrichtes zu nutzen.⁵¹ Bevor er diese Erlaubnis bekam, unterrichtete er die Kinder dort in einem kleinen Zimmer in einem Privatgebäude.

Zu Beginn des Jahres 1879 war es für Oberpfarrer Unkelbach notwendig, schriftlich den Bürgermeister Commer um Erlaubnis zu bitten, die Kinder, die am Kommunionunterricht teilnehmen sollten, vormittags von 11 bis 12 Uhr vom Unterricht zu befreien. Bürgermeister Commer stimmte dem zu, wies aber darauf hin, dass die Erlasse des Kultusministeriums nicht zu verletzen seien.⁵²

Im darauffolgenden Jahr, am 5. November 1879, erschien ein Erlass des Kultusministers, der die Pfarrer wieder zur größeren Beteiligung am planmäßigen Religionsunterricht führen sollte.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Ebenda, Akte Nr. 187.

Die Regierung in Köln erklärte am 15. Januar 1880, dass in Ausführung des genannten Erlasses verschiedenen Geistlichen die Erteilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichts übertragen werden sollte. Der Minister stellte aber folgende Bedingungen: der Zweck, den der Staat mit der Erziehung der Jugend durch die Volksschule verfolgte, sollte nicht gefährdet werden, und allen Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde, besonders hinsichtlich der Lehrbücher, der Verteilung des Unterrichtsstoffes auf die einzelnen Klassen, der Schulzucht und der Einhaltung der Lehrstunden sollte entsprochen werden. Daraufhin forderte der Landrat des Kreises Bergheim von den sechs Geistlichen, denen die Erteilung des Religionsunterrichtes übertragen worden war, die Erklärung, dass sie die Bedingungen anerkannten und sie dem Wiederaufnehmen des Unterrichtes zu Grunde legten. Diese sechs Geistlichen des Kreises Bergheim verweigerten diese Erklärung und vereinigten sich auf einer Versammlung, die am 14. Februar 1880 in Paffendorf stattfand, mit den übrigen, die auch ausgeschlossen waren, zu einer Eingabe an das Kultusministerium, in der sie ausführten, dass die Übertragung des Religionsunterrichtes, so wie die Regierung dies beabsichtigte, nicht mit der Auffassung der katholischen Kirche zu vereinbaren sei.⁵³ Kein katholischer Priester könne diese Erklärung abgeben, und die Geistlichen warfen der Regierung in Köln vor, dass der Erlass vom 5. November 1879 eine Auslegung in Köln gefunden hat, die für die Geistlichen nicht zu akzeptieren sei.

Darauf folgte die Aufforderung der Geistlichen in Bergheim an den Bürgermeister, die Schulklokale für den Kommunikantenunterricht wieder zur Verfügung zu stellen.

Die Durchführung des planmäßigen Religionsunterrichtes wurde Pfarrer Unkelbach wieder seit dem 8. September 1882 gestattet.

Von dieser Zeit an erteilte Oberpfarrer Unkelbach den Religionsunterricht in Bergheim in der Oberstufe mittwochs und samstags von 8 bis 9 Uhr, in der Mittelstufe mittwochs und samstags von 10.15 bis 11.15 Uhr, in der Schule zu Wiedenfeld montags und donnerstags von 10.15 bis 11.15 Uhr.⁵⁴

Der Kommunionunterricht fand in der Zeit von Drei Könige bis Christi Himmelfahrt viermal wöchentlich, und zwar dienstags, mittwochs, freitags und samstags, von 11 bis 12 Uhr statt. Zu diesem Unterricht erschienen auch die Kinder aus der Schule in Kenten, die an den genannten Tagen vom Lehrer um 10.45 Uhr aus dem Unterricht entlassen wurden. Die Kinder aus Wiedenfeld nahmen nur zweimal die Woche, mittwochs und samstags, am Kommunionunterricht teil. Die anderen beiden Stunden wurden montags und donnerstags abgehalten, da der Pfarrer an diesen Tagen in Wiedenfeld war. Der Kommunionunterricht fand nach dem Religionsunterricht statt.

Den Religionsunterricht in der Elementarschule in Kenten übernahm Rektor Dr. Kemper, in der Elementarschule in Bergheim musste er von Pfarrer Unkelbach erteilt wer-

⁵³ Ebenda, Akte Nr. 48, Kapitel: Schule.

⁵⁴ Ebenda.

den, da Rektor Wasmer den Unterricht nicht erteilen durfte.

Im Protokoll der Dekanatsversammlung vom 21. Oktober 1886 wurde zur Erteilung des Religions- und Kommunionunterrichts Folgendes festgehalten:⁵⁵

Zunächst wurde beschlossen, dass diejenigen Pfarrer, die in ihrer Gemeinde eine dreiklassige Schule besaßen, einen Bericht über dieselbe an Pfarrer Unkelbach zu richten hatten, der dann einen Gesamtbericht über den Lehrplan in Bergheim verfassen sollte. Zu dieser Zeit besaßen nur Bergheim, Königshoven und Oberaußem eine dreiklassige Volksschule. Ein Lehrplan für die ein- und zweiklassigen Schulen lag noch nicht vor, wurde aber vom Kultusministerium erwartet. Auch die Pfarrer, die eine solche Schule in ihrer Gemeinde hatten, wurden aufgefordert, einen Bericht zu schreiben. Einstimmig wurde dann beschlossen, dass der Lehrplan für den Religionsunterricht erst dann Berücksichtigung fände, wenn er die Genehmigung des Ordinarius gefunden hätte.

Weiterhin beschloss die Versammlung, die gemischte Oberklasse in der Volksschule aus Sittlichkeitsgründen weiter zu bekämpfen. Dechant Erner wurde beauftragt, ein Schreiben gegen dieses System zu entwerfen und sie allen Geistlichen des Dekanates zur Unterschrift vorzulegen.

Außerdem wurde nochmals betont, dass der Pfarrer dazu berechtigt sei, außer dem planmäßigen Religionsunterricht auch den Kommunionunterricht während der Schulzeit zu erteilen, und zwar an vier, von ihm frei wählbaren, Tagen in der Woche von 11 bis 12 Uhr. Die Kinder seien vom Lehrer pünktlich zu entlassen, damit sie am Kommunionunterricht teilnehmen können.

Genehmigt und beglaubigt wurde das Protokoll von Oberpfarrer Unkelbach und Pfarrer Fassbender als Definitoren.

2.3.1 Die höhere Knabenschule in Bergheim

Bereits im Jahr 1823 kam in Bergheim der Wunsch auf, eine höhere Schule zu gründen. Dieser Vorschlag, eine Schule zu gründen, an der Latein unterrichtet werden konnte, wurde aber schon ein Jahr später, am 21. März 1824, vom Konsistorialrat abgelehnt. Man sah keine Notwendigkeit für eine solche Schule in Bergheim.⁵⁶

Ein zweiter Anlauf erfolgte drei Jahrzehnte später. Am 11. Oktober 1859 legte Bürgermeister Füssenich dem Gemeinderat den Beschluss vor, eine höhere Schule in Bergheim einzurichten. Sie sollte von einem geistlichen Pädagogen geleitet werden, das Schulgeld sollte 20 Taler betragen. So wäre eine Zahl von 35 Schülern ausreichend. Die Kosten würden sich dann pro Jahr auf ca. 700 Taler belaufen, die von der

⁵⁵ Ebenda, Akte Nr. 33.

⁵⁶ Heinz BRASCHOB, Die höhere Knabenschule in Bergheim (1859/60-1939), in: Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins e. V., Bd. 9, 2000, S. 59 ff.

Gemeinde übernommen werden könnten. So beschloss der Gemeinderat die Gründung der Schule und die Übernahme der entstehenden Kosten. Sowohl der Bürgermeister als auch der Pfarrer von Bergheim wurden zu Mitgliedern des Komitees erklärt, diesem unterlag die Ausführung des Beschlusses.

Auch der Landrat befürwortete die Gründung einer höheren Schule und genehmigte die Aufnahme des Schulunterrichts. Unterrichtet wurden die Fächer Latein, Französisch, Deutsch, Griechisch, Religion, Mathematik mit Geometrie, Algebra und Rechnen, Geographie, Geschichte, Naturwissenschaften und die Fertigkeiten Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen.

Das Kuratorium erklärte am 30. März 1860, dass der geistliche Rektor der höheren Schule in Eschweiler, Herr Fleischhauer, sich bereit erklärt hatte, die Leitung der Schule zu übernehmen. August Bernhard Anton Fleischhauer blieb aber nur ein Jahr als Rektor in Bergheim. 1861 wurde er vom Bischof in ein anderes geistliches Amt versetzt.

Die übrigen Gründungslehrer waren: Oberpfarrer Steven, Rektor Helmgies (Rektor der Kentener Kapelle), Rektor Schwarz (Rektor der St. Georgs Kapelle) und Hauptlehrer Schorn von der Elementarschule. Den Sportunterricht übernahm Bezirksfeldwebel Segebrecht. Oberpfarrer Steven verstarb wenige Monate später. Seine Stelle übernahm sein Nachfolger, Pfarrer Groebels.

Im Gründungsjahr wurde auch das erste Kuratorium der Schule gegründet. Seine Mitglieder waren: Bürgermeister Füssenich, Oberpfarrer Steven, die Ratsmitglieder Becker, Harff, Rohé, Sartorius, Schrock und Uhles. Diese Mitglieder wurden von der Gemeinde gewählt, mussten aber von der königlichen Regierung bestätigt werden. Die Beschlüsse, die der Gemeinderat verabschiedete, erfolgten auf Empfehlung des Kuratoriums. Das Kuratorium war bis zum 28. Februar 1883 tätig.

Die höhere Knabenschule in Bergheim nahm den Unterricht, in Verbindung mit einem feierlichen Gottesdienst, am Montag, dem 23. April 1860, auf. Zu Beginn zählte die Schule 34 Schüler und 4 Lehrkräfte. Bis 1863 war die Zahl der Schüler auf 55 gestiegen.

Am 31. August 1861 fand, nach einem feierlichen Gottesdienst in der St. Georgskapelle, die erste öffentliche Prüfung und anschließend die Verteilung der ersten Zeugnisse statt. Die Prüfung umfasste die Fächer Religion, Latein, Französisch, Geschichte, Geographie, Rechnen und Mathematik. Alle Schüler bestanden ihre Prüfungen mit guten Ergebnissen und konnten in eine höhere Klasse wechseln.

Das neue Schuljahr begann am 12. Oktober 1861, und mit ihm kam ein neuer Rektor an die Schule: Ludwig Nelke.

1864 wurde für die Schule ein neues Haus gekauft. In diesem Jahr hatte die Schule 51 Schüler.

1866 wurde Rektor Nelke in ein Pfarramt abberufen, und Peter Karriger aus Oberhausen trat seine Nachfolge an. In seiner Amtszeit wurde Englisch als zweite moderne Fremdsprache eingeführt.

Im Jahr 1869 wurde Karriger aus seinem Amt entlassen, da er die Prüfung für den Schuldienst nicht nachweisen konnte. Sein Nachfolger wurde Pfarrvikar Heinrich Paffenholz aus Oberembt. Das Kuratorium schlug vor, ihn ohne Ausschreibung der Stelle anzustellen. Dies wurde angenommen, und es zeigte sich, dass die Schule nur in Verbindung mit der Pfarrgemeinde bestehen konnte.

1873 wurde die Schule in eine Privatknabenschule umgewandelt. Die Gründe hierfür sind nicht ganz klar. Möglicherweise war die Gemeinde Bergheim in eine finanzielle Krise geraten. Der bisherige Rektor Paffenholz übernahm die bisherige höhere Schule als Privatschule. Er leitete diese Schule erfolgreich bis 1883. In diesem Jahr ließ er erkennen, dass er die Schule nicht weiterführen wolle.

So beschloss der Gemeinderat, die an Ostern 1883 aufgelöste Gemeindeschule an Ostern 1886 wieder zu öffnen. Angestellt wurden ein Rektor und zwei Lehrkräfte. Am 1. Mai 1886 übernahm der Geistliche Franz Nix das Amt des Rektors der höheren Schule. Er erhielt von der Gemeindevertretung die Garantie, auf 5 Jahre lang einen Zuschuss zu seinem geistlichen Gehalt in Höhe von 2000 Mark pro Jahr zu erhalten. Die Schule behielt aber weiterhin den Charakter einer Privatschule.

Durch die Bereitwilligkeit von Franz Nix war die Schule ihrer Krise entkommen. Ihm gelang es, die Schülerzahl, die drastisch gesunken war, wieder zu erhöhen. 1889 wurde er nach Mönchengladbach versetzt. Sein Amt übernahm am 25. Juli 1889 Rektor Tombach. Von ihm wurde erwartet, dass er die Schule fördern würde, was er auch tat. In seiner Amtszeit stieg die Schülerzahl von 20 auf 33 Schüler an.

Er blieb bis 1896 in Bergheim. In den folgenden fünf Jahren wechselten sich die Rektoren Wernze, Hengesbach und Maagh nacheinander ab. In der Amtszeit von Rektor Hengesbach war die Schülerzahl auf 11 gesunken. Erst Rektor Maagh gelang es, die Zahl wieder auf 26 zu erhöhen.

Um die Jahrhundertwende war die höhere Schule in Bergheim immer noch eine Privatschule. Das Schulgeld betrug mittlerweile 100 Mark im Jahr. Der Kreis Bergheim trug zur Unterhaltung jährlich 400 Mark bei. Als städtische Einrichtung ist die Schule erst ab dem Jahr 1911 geführt worden.

Bis zu ihrem endgültigen Ende im Jahre 1939 war die Schule immer darauf bedacht gewesen, ihren Schülern eine religiöse Erziehung und Bildung zu vermitteln. In allen Jahren wurde die Schule von Geistlichen geleitet, die immer auf die Wirkung der Religion achteten. *„Ohne die Mitwirkung der Kirche wäre die Schule nicht lebensfähig gewesen.“*⁵⁷

⁵⁷ Ebd., S. 87.

3. Kirchliche Einrichtungen

3.1 Das Krankenhaus Maria - Hilf

Auf Betreiben des Bergheimer Pfarrers Karl Unkelbach und des Bürgermeisters Gottfried Füssenich wurde am 24. Oktober 1871 in Bergheim eine Filiale der Kongregation der Armen Dienstmägde Jesu Christi aus Dernbach gegründet.⁵⁸ Ziel des Klosters war die ambulante und stationäre Pflege von Kranken und erkrankten Armen in Bergheim, Kenten und Wiedenfeld. Das Gebäude wurde in der ehemaligen Schule in der Mühlengasse untergebracht. Anfänglich versahen hier drei Ordensschwestern ihren Dienst. In ihrer Bergheimer Ordensniederlassung besaßen sie auch eine Hauskapelle. Den Gottesdienst übernahm der jeweilige Rektor der Georgskapelle.



Das Krankenhaus Maria - Hilf um 1900 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Die wirtschaftliche Lage der Schwestern war zu keiner Zeit gut, besonders nicht in ihren Anfängen. 1871 herrschte in Bergheim eine Epidemie von Typhus, Pocken und Ruhr, die die Aufmerksamkeit der Schwestern voll in Anspruch nahm. Die finanzielle Lage wurde zusehends schlechter, als der Bürgermeister starb und die Bürgermeisterversammlung keine weiteren Gelder für das Krankenhaus bewilligen wollte. Ohne die Unterstützung von Privatleuten, die den Schwestern sowohl Nahrungsmittel als

⁵⁸ Hubert KÖLLEN, *Chronik der Filiale Mariahilf Bergheim. Die Dernbacher Schwestern in Bergheim (1871-1979)*, Selbstverlag 1981

auch andere notwendige Dinge schenken, hätte das Krankenhaus wahrscheinlich schließen müssen.

Eine neue Schwester kam 1872 nach Bergheim, da die Schwestern eine Handarbeitsschule für Mädchen eröffnen wollten. Diese Schule musste aber in den kirchlichen und politischen Wirren dieser Jahre wieder geschlossen werden. Der Kulturkampf verhinderte auch, dass eine Schwester als Lehrerin an der Elementarschule in Bergheim unterrichten konnte. Diese Umstände brachten wieder die Gegner des Krankenhauses auf den Plan. Sie sahen ihre Argumente gerechtfertigt, da sie die Filiale als viel zu teuer und unrentabel ansahen.

In der Mitte des Jahres 1874 drohte der Anstalt, die von Krisen bisher nicht verschont geblieben war, der Untergang. Nachdem die Nähsschule geschlossen werden musste, sollten nun auch alle Waisenkinder das Haus verlassen. Um das Kloster zu retten, bewarb sich die Vorsteherin darum, ihr Kloster in eine Privatkrankenanstalt umzuwandeln. Die Königliche Regierung erteilte ihr für dieses Projekt die Zustimmung. Sollte allerdings die Oberin der Filiale wechseln, so würde auch die Genehmigung erlöschen.

Im Jahre 1876 trug die Filiale der Armen Dienstmägde Jesu Christi offiziell den Namen „*Krankenanstalt*“. Auf der Sitzung der Armen-Deputation unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Commer wurden folgende Beschlüsse gefasst, die den Armen zugute kommen sollten:

„1. Für die im hiesigen Krankenhause untergebrachten Kranken der hiesigen Pfarrgemeinde, also der Ortschaften Bergheim, Kenten und Wiedendorf, sollen aus der Armenkasse pro Tag siebenzig Pfennig zu Händen der Oberin am Schlusse eines jeden Monats gezahlt werden. Diese Aufnahmen erfolgen jedesmal nur auf Anweisung des Bürgermeisters als Vorsitzenden der Armendeputation.

2. Für sämtliche nicht der hiesigen Gemeinde resp. Pfarrgemeinde angehörige Kranke steht es der Oberin frei, beliebige Verpflegungssätze zu vereinbaren und kann der vereinbarte Betrag direct an die Oberin des Krankenhauses ausgezahlt werden. Die Armen - Deputation behält sich vor jederzeit den vorstehenden Artikel zwei aufzuheben resp. zu ergänzen. Selbstverständlich können nur auswärtige Kranke dann Aufnahme im Krankenhause finden, wenn dasselbe von Einheimischen nicht besetzt ist. Jederzeit haben also die Kranken von Bergheim, Kenten und Wiedendorf den Vorzug und müssen nöthigenfalls Auswärtige aus dem Krankenhause entfernt werden. Von jedem neu aufgenommenen auswärtigen Kranken ist dem Bürgermeister sofort Anzeige zu machen und der vereinbarte Verpflegungssatz mitzutheilen.“

Diese Anzeigepflicht ist allerdings niemals in die Praxis übergegangen.

Im Jahre 1877 kamen zwei neue Schwestern nach Bergheim. Insgesamt war die Zahl der Schwestern nun auf sechs angewachsen.

Im Jahre 1879 trat dann ein Wendepunkt in der Geschichte des Bergheimer Krankenhauses ein. In diesem Jahr erwarb die Armen-Deputation das in unmittelbarer Nähe gelegene Anwesen „*Schrocks Mühle*“. Der Kaufpreis in Höhe von 12.000 Mark wurde zur Hälfte vom Mutterhaus der Schwestern übernommen; die andere Hälfte übernahm ein Bergheimer Bürger, der dem Krankenhaus 6000 Mark leihweise zur Verfügung stellte.

Die um das Anwesen der Schrockschens Mühle erweiterte Krankenanstalt ging nun in die Trägerschaft der Pfarrgemeinde St. Remigius über.

1881 erwarben die Schwestern einen Garten, der direkt an das bereits erworbene Haus angrenzte. Im Sommer 1882 wurden ein neuer Kuh- und Schweinestall, eine Waschküche und ein Backhaus errichtet. Um das Gelände zur Straße hin abzugrenzen, wurde eine Mauer um den Garten gezogen, die gleichzeitig auch als Abgrenzung des Geländes galt.

1882 unterhielten die Schwestern eine „*Kinderverwahrschule*“, der Vorläufer des modernen Kindergartens. 1883 wurde ein „*Pensionshaus*“ eingerichtet, in welchem Alte und Gebrechliche gegen Entgelt gepflegt werden konnten. 1892 befanden sich im Kloster 12 Schwestern, welche 18 Kranke, 11 Pensionäre und 13 Kinder betreuten. Den ersten Arzt verpflichtete man 1904.

Aus der „*Privatkrankenanstalt*“ wurde im Laufe der Zeit das heute noch bestehende Krankenhaus „*Maria-Hilf*“.

3.2 Das Kloster Bethlehem

Das im Jahr 1637 gegründete Kloster Bethlehem wurde 1802 von den Franzosen aufgehoben. Neues Leben kehrte in den verlassenen Gebäuden ein, als 1899 die „*Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von der hl. Elisabeth zu Essen*“ die Reste des Klosters kaufte.⁵⁹ Diese Schwesternschaft hatte sich 1843 gegründet und kümmerte sich vor allem um soziale Probleme, Krankenpflege und Kindererziehung.

In Bethlehem sollte ein Heim für erholungsbedürftige Schwestern eingerichtet werden, doch der Kölner Erzbischof sah auch eine „*bürgerliche Haushaltsschule*“ vor.⁶⁰ Gekauft wurde das Anwesen von Baron Pius von Bongart aus Paffendorf für 56.000 Reichsmark. 1899, zehn Tage vor Weihnachten, konnten die ersten Schwestern einziehen. Ein paar der noch bestehenden Gebäude wurden abgerissen, neue entstanden. Zum Beispiel ein Ökonomiegebäude, welches Platz für 4 Kühe, 1 Pferd und 8 Schwestern schaffte.⁶¹ Zu Ostern des Jahres 1900 konnten die ersten 12 Schülerinnen-

⁵⁹ Helmut Zander, Kloster Bethlehem, in: Klöster und Stifte im Erftkreis, 1988, S. 55.

⁶⁰ Ebd. S. 55.

⁶¹ Ebd. S. 55.

nen des Haushaltspensionats einziehen. Im gleichen Jahre wurde auch die Herz-Jesu-Kapelle erbaut, die gleichzeitig, seit 1904, als Kirche für den Ort Fortuna diente.

Vom Ersten Weltkrieg blieb das Kloster weitgehend unberührt, im Zweiten Weltkrieg diente es der Wehrmacht als Unterkunft, was den Schwestern gar nicht gefiel.

Das Jahr 1966 brachte das endgültige Aus für das Kloster Bethlehem. Aus Mangel an Schwestern wurde das Anwesen an die Rheinbraun AG verkauft. Am 18. April wurde die letzte Messe gefeiert, im September 1966 wurde das Kloster dem Erdboden gleichgemacht.



Das Kloster Bethlehem um 1900 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

3.3 Prozessionen und Wallfahrten

Nach der Auflösung des alten Franziskanerklosters Bethlehem war das dort verehrte Gnadenbild 1803 nach St. Remigius in Bergheim überführt worden.⁶² Seither wurde die Bergheimer Pfarrkirche ein Zielort für Wallfahrten, sowohl für Wallfahrer aus Bergheim selbst wie für solche aus der näheren und weiteren Umgebung.

3.3.1 Prozessionen in Bergheim

Im Jahre 1890 sind für Bergheim insgesamt 5 Prozessionen pro Jahr nachgewiesen.

⁶² Hubert KÖLLEN, 175jähriges Jubiläum der Überführung des Gnadenbildes der Schmerzhaf-ten Mutter Gottes von Kloster Bethlehem nach St. Remigius, Bergheim, Festschrift 1978.

Die kirchlich vorgeschriebenen Prozessionen, die Bitt-Prozession und die Fronleichnam-
Prozession, wurden jedes Jahr nach dem Ritual bzw. der Kölner Agenda ab-
gehalten.

Die Bewohner von Bergheim sorgten am Fronleichnamstag für die Errichtung der
Altäre, und der Baldachin für die Prozession wurde jedes Jahr von jungen Männern
getragen, die vom Pfarrer darum gebeten wurden.



"Kapelle" Exerzitienhaus-Bethlehem Bergheim (Erfst)
Die Klosterkirche um 1900 (Foto: Stadtrarchiv Bergheim)

Außerdem gab es noch drei besondere Prozessionen, die in der Agenda der Pfarrei
Bergheim gesondert aufgeführt werden:⁶³

- a) Die so genannte „Römerfahrt“, die jährlich am Palmsonntag stattfand. Bei dieser
Prozession, die nachmittags stattfand, wurden die Stationsgebete der Kreuzweg-
andacht verrichtet.
- b) Die „sacramentalische Prozession“, die am Pfingstmontag durch die Stadt zog.
- c) Die „sacramentalische Prozession“ am Hubertus-Fest, die durch Kenten ging.
Diese Prozession erfolgte nur nach besonderer Bewilligung alle 5 Jahre.

⁶³ Pfarrarchiv Bergheim, Akte 50, S. 14.

3.3.2 Wallfahrten nach Bergheim

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen mehr als 20 Pfarreien regelmäßig zur Wallfahrt nach Bergheim.⁶⁴ Oberpfarrer Karl Unkelbach hielt in seiner „*Geschichte des Klosters Bethlehem*“, welche er 1885 schrieb, die einzelnen Wallfahrten fest.⁶⁵

Nahmen die Pilger zusätzlich eine hl. Messe oder ein Hochamt in Anspruch, so mussten festgelegte Gebühren an den Pfarrer in Bergheim gezahlt werden, da diese Gottesdiensthandlungen nicht zu seinem eigentlichen Aufgabenbereich gehörten und somit extra vergütet werden mussten.⁶⁶

Folgende Pfarreien pilgerten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jährlich nach Bergheim und zahlten folgende Gebühren an den Pfarrer:

1. Gustorf, St. Maria Himmelfahrt

Jährlich am 2. Juli, dem Fest „*Maria Heimsuchung*“, zogen die Mitglieder der Pfarrei Gustorf zu Fuß nach Bergheim, um ein Gelöbnis, welches vor ca. 300 Jahren abgelegt wurde, zu erfüllen. Zu dieser Zeit wurde Gustorf von einem Unwetter heimgesucht, welches die gesamte Ernte zerstörte. Die Gustorfer Wallfahrer pilgerten zu Fuß zur Schmerzhafte Mutter Gottes nach Bergheim, einen Weg von etwa 3 bis 4 Stunden. Der Weg führte sie durch die Ortsteile Gindorf, Frimmersdorf, Neurath, Bedburg-Broich, Bedburg, Glesch und Paffendorf nach Bergheim. Dort beteten sie, dass ihre Gemeinde in Zukunft von Naturkatastrophen verschont bleiben solle.

Für ein Hochamt zahlten die Gustorfer dem Pfarrer 6 Mark, die Messdiener erhielten 60 Pfennige, und der Küster erhielt seine Gebühren direkt.

2. Hitdorf, St. Stephanus

Die Gläubigen der Gemeinde Hitdorf pilgerten zum ersten Mal gegen Ende des 16. Jahrhunderts zum Gnadenbild der Schmerzhafte Mutter Gottes nach Bethlehem. In ihrem Dorf war die Pest ausgebrochen, und sie beteten zur Mutter Gottes, der Krankheit Einhalt zu gebieten. Sie schickten einen Boten nach Hitdorf, der mit der Nachricht zurückkehrte, dass die Pest nicht zurückgegangen sei. So unternahmen die Hitdorfer eine zweite Wallfahrt. Nach dieser Pilgerreise überbrachte der wieder ausgesandte Bote die Nachricht, dass die Pest in Hitdorf zurückgegangen war. Zum Dank dafür pilgerten sie ein drittes Mal nach Bethlehem. Dort gelobten sie zum Dank, nun jedes Jahr zum Gnadenbild zu pilgern, um die Fürbitte der Mutter Gottes zu erleben, sie vor solchen schweren Krankheiten zu beschützen. Gemeinsam mit den Hitdorfern

⁶⁴ Hubert KÖLLEN, 175 Jahre Gnadenbild in St. Remigius, Bergheim, S. 46 ff.

⁶⁵ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 62.

⁶⁶ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 48, S. 130 ff.

pilgerten die Orte Wiesdorf, Rheindorf und Merkenich, immer am Samstag vor Mariä Geburt.

Die Gemeinden Hitdorf und Rheindorf gaben für ein Hochamt 2 Mark für den Pfarrer, 1 Mark für die Messdiener, und auch von diesen Gemeinden erhielt der Küster seine Gebühren direkt.

3. Leverkusen-Wiesdorf, St. Antonius

Auch bei der Gemeinde Leverkus-Wiesdorf geht die Wallfahrt auf ein Gelübde aus der Pestzeit zurück. Nach der Überlieferung soll aus jeder Familie ein Pilger mit nach Bergheim ziehen, um die Fürbitte der Mutter Gottes zu erleben. An Peter und Paul (29. Juni) ging jährlich der Pilgerzug von Leverkus über Pulheim und Fliesteden nach Bergheim. Im 19. Jahrhundert schlossen sich dieser Wallfahrt von über 70 km mehr als 200 Gläubige an. Dieser Wallfahrt schloss sich auch die Gemeinde Merkenich an.

Die Gemeinde Wiesdorf zahlte für eine hl. Messe dem Pfarrer 3 Mark, den Messdienern 50 Pfennige, und der Küster wurde direkt bezahlt.

4. Neukirchen, St. Jakobus

Auch in Neukirchen hatte die Wallfahrt nach Bergheim eine jahrhundertealte Tradition. Im Jahre 1677 pilgerten die Neukirchner das erste Mal nach Bergheim, da in Neukirchen die Krankheit „*Disentery*“ ausgebrochen war, die in fast allen Fällen tödlich verlief. Sie pilgerten zum Gnadenbild und baten die Mutter Gottes, dieser furchtbaren Krankheit Einhalt zu gebieten. Sieben Mal traten sie diese Wallfahrt an, doch als sie von dieser siebten Reise zurückkehrten, war niemand mehr krank. Zum Dank gelobten sie, nun jährlich am 2. Sonntag im September zu Fuß nach Bergheim zu pilgern. Im Durchschnitt nahmen mehr als 300 Menschen jedes Jahr an dieser Wallfahrt teil.

Die Neukirchner gaben für ein Hochamt dem Pfarrer 4 Mark, dem Organisten und dem Küster 2 Mark 20 Pfennige, und die Messdiener erhielten 50 Pfennige.

5. Köln

Die Kölner pilgerten - sowie auch die Pfarreien Morken, Stommeln, Hüchelhoven und Glessen - am Sonntag in der Oktav Mariä Heimsuchung zum Gnadenbild.

Bis einschließlich 1875 pilgerten die Kölner regelmäßig nach Bergheim. In diesem Jahr wurden sie auf ihrem Weg von einem Gewitter überrascht, welches der Pfarrer von St. Aposteln für ein schlechtes Zeichen hielt. Seit diesem Jahr weigerte er sich, die Prozession nach Bergheim zu begleiten und erlaubte auch den Gläubigen nicht, sich allein auf den Weg nach Bergheim zu machen. Seitdem kam nur noch ein klei-

nes Grüppchen von 25 bis 30 Personen, die sich ihrem Pfarrer widersetzen und trotzdem nach Bergheim zum Gnadenbild kamen. Allerdings war dies keine richtige Wallfahrt mehr, da sie nicht mehr vom Pfarrer begleitet wurde, und auch die Teilnehmer nicht mehr zu Fuß nach Bergheim kamen, sondern mit der Eisenbahn.

Die Gebühren, die sie zahlten, sind nicht bekannt.

6. Morken

Die Gemeinde Morken zahlte für ein Hochamt 6 Mark an den Pfarrer, von denen er den Messdienern 50 Pfennige abgab. Der Küster erhielt seine Gebühren direkt nach dem Hochamt.

7. Stommeln

Die Gläubigen aus Stommeln gaben für eine hl. Messe insgesamt 3 Mark, von denen der Küster 2 Mark und die Messdiener 1 Mark erhielten. Der Pfarrer erhielt nichts.

8. Hüchelhoven

Die Gemeinde Hüchelhoven veranstaltete auf der Wallfahrt nach Bergheim eine Kollekte, an der sich alle Pilger beteiligten. Der Pfarrer von Hüchelhoven hatte mit dem Kirchenvorstand in Bergheim ein Abkommen getroffen, dass der Bergheimer Pfarrer die gesamte Kollekte erhielt, aber den Messdienern 50 Pfennige abzugeben hatte.

9. Glessen

Die Glessener zahlten für ein Hochamt im Jahre 1885 insgesamt 6 Mark, in den vorhergegangenen Jahren war es weniger gewesen. Diese 6 Mark teilten sich auf in: 3 Mark für den Pfarrer, der Küster erhielt 2 Mark, die Messdiener 80 Pfennige und der Balgtreter 20 Pfennige.

10. Frimmersdorf

Die Frimmersdorfer pilgerten jedes Jahr innerhalb der Oktav von Mariä Heimsuchung, aber an keinem bestimmten Tag.

Die Gläubigen aus Frimmersdorf gaben für ein Hochamt im Jahr 1885 insgesamt 3 Mark, von denen 2 Mark der Küster und 1 Mark die Messdiener erhielten. Der Pfarrer erhielt nichts, da der Pfarrer von Frimmersdorf das Hochamt selbst hielt.

11. Mühlheim am Rhein

Die Wallfahrt aus Mühlheim fand zum ersten Mal im Jahr 1585 statt. Zu dieser Zeit wütete in Mühlheim die Pest, so dass sich die katholischen Gläubigen zu einer Pro-

zession zum Gnadenbild der Schmerzhaften Mutter Gottes nach Bethlehem entschlossen. Nachdem die Pest nach dieser Wallfahrt abgeklungen war, pilgerten die Mühlheimer von da an jedes Jahr am Sonntag innerhalb der Oktav von Mariä Heimsuchung nach Bethlehem und später nach Bergheim.

Die Wallfahrer aus Mühlheim zahlten eine vergleichbar hohe Gebühr. Sie gaben für ein feierliches Hochamt dem Zelebranten 4 Mark, zwei Ministranten erhielten 4 Mark und der Küster und der Organist zusammen 6 Mark.

12. Esch im Gresberg [in Griesberg?]

Der Anlass dieser Wallfahrt, die jedes Jahr am Sonntag vor Maria Himmelfahrt stattfand, war ein Unwetter, das Esch drei Tage lang heimsuchte. Die Gläubigen pilgerten nach Bethlehem, und seitdem ist Esch von Naturkatastrophen verschont geblieben.

Die Gemeinde Esch zahlte die gleichen Gebühren wie die Gemeinde Pulheim.

13. Pulheim

Genau wie die Wallfahrten aus Esch und Hackenbroich pilgerten die Pulheimer jedes Jahr am Sonntag vor Maria Himmelfahrt nach Bergheim.

Die Gemeinde Pulheim zahlte für ein Hochamt dem Pfarrer 3 Mark, dem Küster und dem Organisten 1 Mark 30 Pfennige und die Messdiener erhielten 50 Pfennige.

14. Hackenbroich

Auch hier geht das Gelübde, jedes Jahr zur Schmerzhaften Mutter Gottes zu pilgern, auf eine Seuche, vermutlich im 16. Jahrhundert, zurück. Zum Dank, dass diese Seuche nach der Wallfahrt nicht mehr vorhanden war, pilgerten die Hackenbroicher von da an jedes Jahr nach Bethlehem bzw. Bergheim.

Die Hackenbroicher schlossen sich bei den Gebühren der Gemeinde Pulheim an.

15. Allrath

Im Jahre 1533 wütete auch in Allrath die Pest. Nach einer Wallfahrt zum Gnadenbild verschwand sie völlig. So legten die Gläubigen das Gelübde ab, von da an jedes Jahr zum Gnadenbild zu pilgern, als Dank für die Vernichtung der Pest.

Die Gläubigen der Gemeinde Allrath gaben für eine hl. Messe 3 Mark direkt an den Küster, wovon die Messdiener aber 1 Mark erhielten.

16. Neurath

Die Gemeinde Neurath gab nach dem Jahr 1874 6 Mark für ein Hochamt, von dem

der Pfarrer den Organisten und den Küster mit 1 Mark 30 Pfennige honorierte.

Vor dem Jahr 1874, in dem Pfarrer Block starb, gab dieser 12 Mark und mehr an den Pfarrer von Bergheim.

17. Kaster

Die Gläubigen aus Allrath, Neurath und Kaster pilgerten jedes Jahr am Feste von Mariä Geburt zum Gnadenbild.

Zu der Zeit, als Pfarrer Offermanns Pfarrer von Kaster war, kam die Prozession allerdings seltener nach Bergheim.

18. Buir

Die Pfarrei Buir pilgerte am Sonntag vor St. Michael zuerst nach Bethlehem und dann nach Bergheim.

Die Gebühren der Gemeinde Buir betragen insgesamt 3 Mark, von denen der Küster 2 Mark und die Meßdiener 1 Mark erhielten.

19. Außerdem kamen in unregelmäßigen Abständen Prozessionen aus den Pfarreien: Rheinkassel, Geyen, Buschbell, Niederaußem und Büsdorf.

Die Gemeinde Rheinkassel wünschte, dass für die Pilger eine Frühmesse gehalten werden sollte. Im Jahre 1885 zahlte der Brudermeister dem Zelebranten 3 Mark, die Messdiener erhielten 50 Pfennige, und der Küster erhielt wiederum seine Gebühren direkt. Die Prozession, die aus der Gemeinde Buschbell nach Bergheim kam, pilgerte nur bis 1872 zum Gnadenbild. In diesem Jahr kam ein neuer Pfarrer nach Buschbell, Pfarrer Fassbender, der die Wallfahrt nach Bergheim nicht mehr begleitete und sie somit auch nicht mehr stattfand.

Vier Prozessionen übernachteten auch gewöhnlich in Bergheim, und zwar die Prozessionen aus Wiesdorf und Merkenich, aus Mühlheim, aus Rheinkassel (die erst ab dem Jahre 1885 nach einer längeren Pause wieder aufgenommen worden war) und die Prozession aus Hitdorf und Rheindorf.

Ihre Ankunft erfolgte meist gegen 5 Uhr nachmittags, bei der der Pfarrer von Bergheim den Ankommenden mit einem Kranz entgegenging. Am folgenden Morgen erhielten die Gläubigen um 5. 30 Uhr die hl. Kommunion, worauf dann um 6 Uhr die hl. Messe bzw. das feierliche Hochamt stattfand.

Die vier Prozessionen aus Gustorf, Hitdorf, Wiesdorf und Neukirchen pilgern bis heute, als Zeichen des Dankes, noch jedes Jahr zum Gnadenbild nach Bergheim.

4 Verwaltung und Finanzen

4.1 Verwaltung

Der Pfarre St. Remigius in Bergheim unterstanden im 19. Jahrhundert Kapellen in Bergheim (St. Georg) und Kenten (St. Hubertus). Ende des 19. Jahrhunderts war Josef Lauterborn Pfarrer in Bergheim. Er betreute zusammen mit einem Kaplan eine Gemeinde von 2835 Gläubigen.⁶⁷

Bergheim war im 19. Jahrhundert wie auch bereits seit dem Mittelalter Hauptort eines gleichnamigen Dekanates. Zu diesem Dekanat zählten damals folgende Pfarreien: Angelsdorf, Auenheim, Bedburg, Bergheim, Büsdorf, Kaster, Elsdorf, Esch, Fliesteden, Glesch, Glessen, Hüchelhoven, Kirchherten, Kirchtroisdorf, Kirdorf, Königshoven, Lipp, Morken, Niederaußem, Niederembt, Oberaßem, Oberembt, Paffendorf und Quadrath.

Die Verwaltung der Pfarreien wie auch des Kirchenvermögens war durch Gesetze vom 20. Juni 1875, vom 4. Juli 1875 und vom 7. Juni 1876 genau geregelt. Nach diesen Gesetzen war für die Verwaltung sowohl ein Kirchenvorstand als auch eine Gemeindevertretung vonnöten. Diese wiederum wurden von den bischöflichen und staatlichen Behörden kontrolliert.⁶⁸

a. Der Kirchenvorstand

Der Kirchenvorstand bestand aus dem Pfarrer (Vorsitzender) und aus mehreren Kirchenvorstehern.

Die Kirchenvorsteher wurden für 6 Jahre von der Gemeinde gewählt. Alle 3 Jahre schied die Hälfte aus ihrem Amt.

In einer Gemeinde bis zu 500 Mitgliedern gab es 4 Kirchenvorsteher. Wies eine Gemeinde mehr als 500 Mitglieder auf, wählte man 6 Kirchenvorsteher. War eine Gemeinde größer als 2000 Mitglieder, so wurden 8 Kirchenvorsteher gewählt. In besonderen Fällen konnte aber der Oberpräsident die Zahl der Kirchenvorsteher auch auf 2 begrenzen. Das Amt des Kirchenvorstehers war ein Ehrenamt, welches der Gewählte nicht ablehnen konnte. Nur unter ganz bestimmten Umständen konnte man davon Abstand nehmen, etwa wenn das gewählte Mitglied über 60 Jahre alt war, bereits 6 Jahre dieses Amt ausgeübt hatte oder Gründe wie Krankheit, Abwesenheit oder Dienstgeschäfte jemanden hinderten.

Wählbar waren nur Männer, die das 30. Lebensjahr vollendet hatten, selbständig waren, mindestens für ein Jahr in der Gemeinde wohnten, die bürgerlichen Ehren-

⁶⁷ Otto Graf BEISSEL VON GYMNICHT, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, S. 108 f.

⁶⁸ Ebd. S. 108 ff.

rechte besaßen, nicht vorbestraft waren, nicht im Konkurs standen und zu den Kirchenlasten regelmäßig ihre Zahlungen leisteten.

Der Kirchenvorstand verwaltete das gesamte Kirchenvermögen. Weitere Befugnisse wurden durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 in den §§ 8 bis 13 geregelt.

Die Einberufung des Vorstandes erfolgte durch den Vorsitzenden spätestens einen Tag vor der geplanten Sitzung. Die Beschlüsse wurden durch die Stimmenmehrheit beschlossen, dabei musste mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sein. Die gefassten Beschlüsse wurden dann in einem Protokollbuch festgehalten.

Der Kirchenvorstand hatte über die Geschäfte, die die Kirche tätigte, abzustimmen. Jeder Beschluss musste vom Vorstand akzeptiert worden sein, damit er ausgeführt werden konnte.

b. Die Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung musste aus dreimal so vielen Mitgliedern bestehen wie der Kirchenvorstand. Auch hier konnte der Oberpräsident die Zahl in besonderen Fällen verringern. Bei der Gemeindevertretung galt das gleiche Wahlrecht und die gleiche Wählbarkeit wie beim Kirchenvorstand. Auch die Art der Ämter war dieselbe. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter wurden für 3 Jahre gewählt.

Bei den Sitzungen durfte der Vorsitzende des Kirchenvorstandes (oder ein von ihm abgeordnetes Vorstandsmitglied) teilnehmen, allerdings nur mit einer beratenden Stimme. Er durfte nicht mit abstimmen.

Beschlüsse konnten gefasst werden, sobald 1/3 der Mitglieder anwesend waren. Sie wurden ebenfalls in einem Protokollbuch festgehalten und dem Kirchenvorstand vorgelegt.

Nötig war die Zustimmung der Gemeindevertretung bei folgenden Fragen:⁶⁹

1. Erwerb oder Veräußerung des kirchlichen Grundeigentums bzw. Verpachtung oder Vermietung für einen Zeitraum von über 10 Jahren
2. Veräußerung von geschichtlichen oder wissenschaftlichen Wertgegenständen
3. Vermögens-Veräußerungen
4. Anleihen mit längeren Tilgungsfristen
5. Einleitung von Prozessen oder Abschluss von Vergleichen
6. Neu- oder Umbau der zum Kirchenvermögen gehörenden Bauten
7. Beschaffung von Geldern für kirchliche Bedürfnisse
8. Festsetzung der Umlage
9. Feststellung des Etats
10. Abnahme und Entlastung der Jahresabrechnung

⁶⁹ Ebd. S. 112.

Mitglieder beider Gremien, die sich grober Missachtung ihrer Pflichten schuldig gemacht hatten, konnten von der bischöflichen Behörde oder vom Regierungspräsidenten nach einer Anhörung des Beschuldigten entlassen werden. Der Beschuldigte konnte dagegen aber binnen 4 Wochen Berufung einlegen und den Fall an den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten bringen.

Die Aufsicht über die Entscheidungen des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung lag zum einen Teil bei der vorgesetzten Kirchenbehörde, zum anderen Teil bei der Staatsbehörde.

4.2 Finanzen

4.2.1 Ländereien der Kirche in Bergheim

In den Jahren 1845 - 1846 wurden die Ländereien der Kirche in Bergheim vermessen und im Jahr 1864 in einem Kartenbuch zusammengefaßt.⁷⁰ Es enthält 79 Karten von Grundstücken, die sich im Eigentum der Kirche befanden. Sie wurden aufgeteilt in:

Flächeninhalt - Kölnisch

Grundstücke der Kirche	61 Morgen	142 Ruthen	50 Fuß
Grundstücke der Vikarie	14 Morgen	24 Ruthen	90 Fuß
Grundstücke des Rektorats	17 Morgen	90 Ruthen	60 Fuß
Grundstücke des Pastorats	48 Morgen	1 Ruthe	20 Fuß
Grundstücke der Küsterei	9 Morgen	28 Ruthen	20 Fuß
Grundstücke der Kapelle	11 Morgen	14 Ruthen	40 Fuß
Summe	162 Morgen	1 Ruthe	80 Fuß

Die Grundstücke, die sich im Besitz der Kirchenfabrik - unter diesem Begriff fasste man das zusammen, was zur Kirche gehörte - befanden, wurden verpachtet.

In die Kirchenkasse flossen jährlich die Pachtsummen, die für die Benutzung der Grundstücke gezahlt werden mussten. So brachte z. B. ein Grundstück von 7 Morgen, 107 Ruthen, 40 Fuß, das in 7 Abteilungen für unterschiedliche Summen verpachtet wurde, der Kirche einen jährlichen Reinertrag von 32 Taler, 10 Silbergroschen und 7 Pfennige.⁷¹ Leider liegt für den Untersuchungszeitraum keine Gesamtabrechnung der verpachteten Grundstücke vor. Rechnet man jedoch die Einkünfte für das obige Grundstück von 7 Morgen auf die Gesamtzahl (162 Morgen), gelangt man auf Einnahmen von über 700 Taler.

⁷⁰ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 835.

⁷¹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 422.

4.2.2 Einkommen der Pfarrer

Das Einkommen des Pfarrers musste von den Pfarrangehörigen aufgebracht werden, die dabei auf das Pfarrvermögen zurückgreifen konnten. Es setzte sich aus einer Vielzahl von Einzelposten zusammen, wie einer erhaltenen Abrechnung aus dem Jahr 1862 zu entnehmen ist.⁷²

	Tlr.	Sgr.	Pf.
Posten für den Pfarrer			
Besoldung und Honorien für die Beichtväter	20	-	-
für Kirchenwein	15	-	-
Stiftungen nach Abzug der Ländereien	76	7	-
Armenspende	37	22	4
Schreibmaterialien (für Bergheim und Kenten)	6	20	-
Stiftungen der Kapelle zu Bergheim	3	19	8
Stiftungsgras	40	26	6
Gras für Pastorat	84	4	6
Landpacht vom klefelschen Haus Wilhelmsberg 26	5	2	
Saatfelder zwischen Wiedenfeld	41	-	-
Hopfengarten	4	2	2
verkaufter Klee	16	-	-
Winterfrucht	146	9	-
Sommerfrucht	83	1	6
Summe	615	18	2
Hiervon ab für Auslagen und Empfangsgebühren für die Rendanten:			
bezahlte Verkaufsposten	5	24	-
an Schiffer $\frac{1}{4}$ Morgen Mindermaß, also $\frac{1}{4}$ von 31 Thlr. 40 Sgr.	6	8	-
Notar Conzen Haferverkaufskosten	2	12	-
Uhles Grasverkaufskosten und Anteil	2	13	-
Empfangsgebühren	22	2	6
Baukosten laut Rechnung an Herrn Steven	47	1	6
weitere Kosten	16	3	9
Summe	567	24	9

Nach dieser Rechnung ergab sich für den Pfarrer im Jahr 1862 ein Jahreseinkommen von 567 Talern, 24 Silbergroschen und 9 Pfennigen.

⁷² Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 132.

Diese Einnahmen schwankten von Jahr zu Jahr, da nicht immer die Ernte oder die zu erwartenden Pachten gleich hoch waren. Im Jahre 1863 blieben am Ende, nach allen Abzügen, nur noch 302 Taler, 13 Silbergroschen und 12 Pfennige übrig, die verwendet werden konnten.

Einen weiteren Teil ihres Einkommens erhielten die Pfarrer aus Gratifikationen. Das Wort „*Gratifikation*“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „*Gefälligkeit*“. Diese Gefälligkeit bestand in einer freiwilligen Gabe oder Zahlung, die aus einem besonderen Anlass erfolgte.

In Bergheim gab es bis ins Jahr 1892 den Brauch, an Ostern für den Pfarrer Ostereier zu sammeln.⁷³ Diese wurden dann als Gabe an den Pfarrer und den Küster weitergegeben. 1892 aber kam die Order vom erzbischöflichen Generalvikariat, dass keine Ostereier für den Pfarrer und den Küster mehr zu sammeln seien. Stattdessen sollte dem Pfarrer und dem Küster eine jährliche Entschädigung gezahlt werden. Dem Pfarrer sollten 40 Mark und dem Küster 35 Mark aus der Kirchenkasse zukommen. Dieser Betrag von 75 Mark wurde von der Pfarrkirche Bergheim mit 40 Mark, von der Kapelle Bergheim mit 20 Mark und von der Kapelle Kenten mit 15 Mark getragen.

Eine andere Gratifikation erhielt der Pfarrer bereits 1881.⁷⁴ In diesem Jahr war die Pacht aus den Ländereien nicht so hoch wie in den vorangegangenen Jahren, so dass dem Pfarrer nun ein Gehaltszuschuss von 140 Mark gewährt wurde. Außerdem erhielt der Pfarrer für die Aufrechterhaltung der Kapellendienste in der Kapelle zu Bergheim eine Gratifikation von 150 Mark. So verhinderte die Vermögensverwaltung, dass die Einkommen der Pfarrer von Jahr zu Jahr, je nach Ernte, zu großen Schwankungen unterlagen.

4.2.3 Stiftungen

Die Pfarrgemeinde Bergheim führte im Laufe des 19. Jahrhunderts ein recht ausführliches Stiftungsverzeichnis.⁷⁵ In diesem Verzeichnis wurden aufgrund des Kirchenlagersbuches und der Stiftungsurkunden die Namen derjenigen, die die Stiftung in Auftrag gegeben hatten oder die, für die die Stiftungsdienste geschehen sollten, aufgeführt. Weiterhin bemerkte man, ob es sich bei den Stiftungen um Hochämter, Anniversarien oder Lese-Messen handelte. In den meisten Fällen handelte es sich um Anniversarien, die von den Hinterbliebenen für die Verstorbenen gestiftet wurden. Festgehalten wurde auch das Datum, an dem die Stiftung vom Erzbischof genehmigt worden war, die Beträge der Stiftungsfonds und das jährliche Einkommen der Stiftung. Für die Erfüllung der Stiftungsdienste waren der Pfarrer, der Vikar, die Ministranten, der Küster, der Organist, der Bälgetreter und die Messdiener verantwortlich.

⁷³ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 136.

⁷⁴ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 134.

⁷⁵ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 269 und 270.

Auch sie erhielten ihren Anteil an den Stiftungen für die Ausübung derselben. Ein weiterer Anteil ging an die Kirche und an die Armen.

Die Stiftungen schrieb man in Urkunden, die vom preußischen König offiziell genehmigt wurden. Eine solche Stiftung ist beispielsweise die von Margaretha Peters.⁷⁶ Sie verfügte in ihrem Testament vom 8. Oktober 1853, dass jährlich eine Lesemesse für sie gehalten werden sollte. Als Unterpfand stellte sie ein Stück Land zur Verfügung. Diese Stiftung wurde sowohl vom Erzbischof am 3. Juni 1856 als auch vom Kirchenvorstand in Bergheim am 6. Januar 1859 genehmigt. Berechnet wurde für diese Stiftung ein Betrag von 18 Silbergroschen pro Jahr, die durch das Stück Land abgedeckt werden sollten.

4.2.4 Kosten für Arbeiten an der Kirche

Ein erheblicher Kostenfaktor für die Pfarrgemeinde St. Remigius stellten notwendige Sanierungsmaßnahmen an der Pfarrkirche bzw. den beiden Kapellen dar. Offenbar vermochte man diese Aufwendungen nicht aus dem laufenden Etat zu bezahlen, sondern nahm Schulden auf, die dann langfristig abgetragen werden mussten. 1885 forderte Bürgermeister Commer den Kirchenvorstand auf, ihm mitzuteilen, wie hoch sich die Schulden der einzelnen Pfarreien beliefen. Er erhielt eine Aufstellung, aus der hervorging, dass die Pfarrgemeinde Bergheim insgesamt noch 8780,96 Reichsmark an Schuldenlast trug.⁷⁷

4.2.5 Anschaffung neuer Glocken

In den 1890er Jahren beschloss der Kirchenvorstand von Bergheim, neue Glocken für die Kirche zu kaufen. Benötigt wurden vier Glocken in den Tönen c, es, f und g. Nachdem man von einigen Firmen Kostenvoranschläge eingeholt hatte, schreckten die hohen Zahlen jedoch ab, und man zögerte die Neuanschaffung immer wieder hinaus.⁷⁸

Erst am 28. Februar 1906 wurden die Glocken tatsächlich in Auftrag gegeben. Den Auftrag erhielt die Glockengießerei F. Otto in Hemelingen bei Bremen. Der Vertrag wurde über vier neue Glocken geschlossen, die am 23. Mai 1906 geliefert und am 1. Juni des Jahres zum ersten Mal geläutet wurden. Die Glocken hatten einen Endpreis von 1300 Mark.

⁷⁶ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 306.

⁷⁷ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 330.

⁷⁸ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 539.

4.2.6 Bau eines neuen Pfarrhauses

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts plante der Kirchenvorstand in Bergheim den Neubau eines Pfarrhauses. Nachdem der Beschluss gefasst worden war, bei der Kreissparkasse in Bergheim ein Darlehen von 22.500 Mark aufzunehmen, wurde der Kapitularvikar des Erzbistums Köln um die Genehmigung dieses Darlehens gebeten, die auch am 2. August 1899 erfolgte. Das Darlehen wurde mit 4% Verzinsung und 1% Anfangstilgung genehmigt.

Daraufhin erstellte die Pfarrgemeinde Bergheim einen Tilgungsplan, der bis ins Jahr 1940 reichte, in dem das Darlehen abgetragen sein sollte.⁷⁹ Dieser Tilgungsplan wurde vom Regierungspräsidenten am 21. August 1899 genehmigt. Um diese Genehmigung zu erhalten, musste die Gemeinde Bergheim einen so genannten „*Prästationsnachweis*“ erbringen, der zeigen sollte, ob Bergheim in der Lage war, das Darlehen in der vorgesehenen Zeit zurückzuzahlen.

Zum einen mußte das Kapital der Pfarrgemeinde aufgeführt werden, das sich in Grundbesitz, Kapital und Renten aufteilte. Die bereits vorhandenen Schulden mussten ebenfalls aufgeführt werden.

Demnach betrug das Kapital der Pfarrgemeinde Bergheim im Jahr 1899:

an Grundbesitz	23 ha, 25 m ²
an Kapital	1455 Mark und 35.700 Mark Stiftungsfonds
an Renten	12 Mark
die Schulden betragen	500 Mark
zur Tilgung der Verzinsung wurden aufgebracht	220 Mark
die Tilgung muss vollendet sein	1901
die Pfarreingesessenen zahlen an Einkommenssteuer	6660 Mark
die kirchliche Umlage betrug	9 Mark

Für die Landesbank der Rheinprovinz war damit die Zahlungsfähigkeit der Pfarrgemeinde Bergheim gesichert. Das Darlehen war genehmigt, und das neue Pfarrhaus konnte gebaut werden.

5. Gottesdienste und Kirchenfeste

Im Jahr 1885 lebten in der Stadt Bergheim 1259 Einwohner. Davon gehörten 1183 Personen der katholischen Konfession, 33 der evangelischen und 43 der jüdischen Konfession an.⁸⁰ Man kann angesichts dieser Zahlen auf lokaler Ebene von einer

⁷⁹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 331.

⁸⁰ Rheinischer Städteatlas Bergheim, Abschnitt IV, 10.

homogen geprägten katholischen Gesellschaft sprechen. Das religiöse Zusammenleben wurde besonders durch die häufigen Gottesdienste und Kirchenfeste verfestigt und bestimmt.

Gottesdienste fanden 1890 in der Pfarrkirche an Sonn- und Feiertagen sowohl morgens als auch nachmittags statt. Im Winterhalbjahr begann der Sonntag mit einer Frühmesse um 7.30 Uhr. Das Hochamt folgte um 10 Uhr. Im Sommerhalbjahr begann die Frühmesse eine Stunde früher, also um 6.30 Uhr. Den Sonntag beschloss ein Nachmittagsgottesdienst, der um 14.30 abgehalten wurde. Im Monat Mai gab es daneben noch eine weitere Andacht um 17 Uhr.⁸¹

Während der Woche hielt man an jedem Tag eine Frühmesse, welche in der Regel um 7 Uhr begann, des Freitags jedoch eine Viertelstunde später. Manchmal folgte auch eine zweite Frühmesse um 8 Uhr.

Wochen- und Sonntagsmessen fanden natürlich auch in den beiden Kapellen (St. Georg und St. Hubertus) sowie in der Kapelle des Krankenhauses statt.

Jeden Sonntag schickten die Eltern ihre Kinder am Nachmittag in die Pfarrkirche zur „Christenlehre“. Diese religiöse Belehrung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Altersstufen hielt der Pfarrer selbst ab.

Zur Beichte konnte man an jedem Samstagnachmittag sowie an den Vorabenden der Kirchenfeste gehen. Die Beichte erfolgte durch den Pfarrer im Beichtstuhl der Kirche.

Besondere kirchliche Festtage im Laufe des Jahres waren Ostern, Christi Himmelfahrt, Mariä Himmelfahrt, Pfingsten, Allerheiligen und Weihnachten, die sich auf zwei oder sogar drei Tage ausdehnten. Sie waren sowohl kirchliche wie familiäre Feste.

Einen Höhepunkt des konfessionellen Lebens stellten die Prozessionen auf Fronleichnam, am Pfingstmontag, am Hubertustag sowie an Palmsonntag dar, an der sich ein Großteil der Gemeinde beteiligte. Über sie ist bereits an früherer Stelle berichtet worden. Ähnlich wie die Prozessionstage wurde auch Allerheiligen begangen. Der Pfarrer, begleitet vom Kirchenchor und der Gemeinde, zog über den Friedhof, sprach den geistlichen Segen über die Gräber aus und betete mit den übrigen Teilnehmern für die Seelen der Verstorbenen.

Der erste Sonntag im Oktober war dem Patron der Kirche gewidmet, dem hl. Remigius. Dieser Tag wurde durch ein feierliches Hochamt mit Festpredigt begangen und mit einer Vesper abgeschlossen. Das Fest des zweiten Patrons, des hl. Cornelius, fiel auf den 14. September. Die Beteiligung an diesem Fest war in Bergheim 1890 mit einem vollkommenen Ablass verbunden. Neben den beiden Kirchenpatronen widmete man einen besonderen Tag der hl. Appolonia. Auch an diesem Tag wurde ein Hochamt mit Festpredigt und Vesper gehalten. Weitere im Lauf des Jahres herausgehobene Tage bildeten das Ewige Gebet am 23. Februar, Gründonnerstag, Karfrei-

⁸¹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 50.

tag, Karsamstag und Allerseelen. Besondere Andachten fanden z. B. des Nachmittags an den Maisonntagen statt, des Abends an Fronleichnam oder in der Folgewoche auf Allerseelen.

Taufen, Heiraten und Bestattungen (mit Exequien und Sechswochenamt) wurden selbstverständlich mit einer Messe in der Kirche begangen und fanden unter großer Anteilnahme der Nachbarn statt. Der Pfarrer war bei diesen Anlässen Gast der jeweiligen Familie.

Ein besonderes Fest für die Familien war auch die Erstkommunion der Jugendlichen am so genannten „*Weißer Sonntag*“. Die Kinder wurden an diesem Tag um 7 Uhr in der Georgskapelle abgeholt und in die Pfarrkirche geleitet, wo eine Messe und eine Nachmittagsandacht abgehalten wurden. Dieses Fest, das ebenfalls ein kirchliches wie familiäres und nachbarschaftliches Ereignis war, zog sich über mehrere Tage hin.

An diesen Beispielen sieht man, wie die katholische Kirche das Leben der Menschen bis in ihren Alltag hinein bestimmte. Gottesdienste und Kirchenfeste gliederten den Lauf des Jahres, förderten den familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhalt und verliehen dem Leben der Menschen, die damals noch fest im Glauben verankert waren, Orientierung und Halt. Sie dienten auf unterschiedlichen Ebenen der Identitätsstiftung. Wie sehr Kirche und Gesellschaft miteinander verflochten waren, ist heute, da „*die Kirche [...] ihre Rolle als ideell prägende Kraft weitgehend verloren hat*“, kaum mehr vorstellbar.⁸²

6. Friedrich Wilhelm Ignatius Wasmer und der Kulturkampf in Bergheim

Friedrich Wilhelm Ignatius Wasmer, so sein Rufname, wurde am 8. September 1842 in Rheidt am Rhein geboren.⁸³ Schon früh fasste er den Beschluss, Priester zu werden und studierte an der Universität Bonn Theologie. Am 2. April 1870 wurde er zum Priester geweiht.⁸⁴ Als Hauskaplan ging er zunächst nach Glessen, wo er unter Pfarrer Berg tätig war. Nach dessen Tod übernahm er die Stelle des Pfarrverwalters in Glessen. Am 22. Mai 1871 wurde er zum Rektor der Filialkirche in Dürscheven ernannt.⁸⁵

Erzbischof Paulus Melchers übergab ihm am 12. September 1873 die Vikarstelle an der Kapelle in Bergheim. Mit dieser Ernennung fiel die Pflicht zusammen, an der hö-

⁸² Michael KLÖCKER, *Katholisch - von der Wiege bis zur Bahre. Eine Lebensmacht im Zerfall?*, München 1991, S. 21.

⁸³ Heinz BRASCHOB, *Friedrich Wilhelm Ignatius Wasmer. Rektor der St. Georgskapelle und Lehrer an der höheren Knabenschule in Bergheim*, in: *Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins e. V.*, Bd. 9, 2000, S. 50 ff.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

heren Knabenschule in Bergheim zu unterrichten.⁸⁶ Wasmer sollte aber, um an der Schule unterrichten zu dürfen, ein „*Examen pro schola*“ ablegen, das ihn dazu berechtigte. Die Regierung stimmte aber der Berufung Wasmers nicht zu.

Das preußische Gesetz vom 11. Mai 1873, das „*Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen*“, verpflichtete die Diözesanbischöfe dazu, vor einer Anstellung eines Geistlichen dem Oberpräsidenten der Provinz dies mitzuteilen. Erfolgte kein Einspruch, so konnte der Geistliche in seine Position berufen werden. Dies gehörte zu den Maßnahmen Preußens gegen die katholische Kirche im so genannten „*Kulturkampf*“.⁸⁷

Die Bischöfe aber reagierten auf dieses Gesetz mit Widerstand. Sie setzten weiterhin den Oberpräsidenten der Provinz von einer Berufung nicht in Kenntnis.

Auch Wasmers Versprechen, sich jeglicher seelsorgerischen Tätigkeit zu enthalten, wenn er an der Schule unterrichten dürfe, schlugen fehl. Ein weltlicher Lehrer wurde eingestellt.

So ging Wasmer seinen priesterlichen Tätigkeiten als Rektor der Kapelle nach. Am 9. Dezember 1873 wurde er aber zu einer Verhandlung vor dem „*Zuchtpolizeigericht*“ vorgeladen. Er wurde beschuldigt, im Zeitraum vom 16. Oktober bis zum 22. November des Jahres zehn Mal Amtshandlungen vorgenommen zu haben, für die er keine Bestellungsurkunde besaß.⁸⁸ Ihm drohte eine Geldstrafe, ersatzweise Gefängnis. Am 21. Februar 1874 fand der Prozess gegen Wasmer vor dem Kölner Landgericht statt. Er wurde nach dem so genannten „*Maigesetz*“ zu 100 Reichstalern Strafe verurteilt, ersatzweise zu sechs Wochen Gefängnis. Nach weiteren Urteilen gegen Wasmer vom 23. Dezember, 13., 17. und 30. Januar waren die Geldstrafen nicht bezahlt. So wurde Wasmer von Bürgermeister Commer am 26. März 1874 aufgefordert, sich innerhalb von drei Tagen in Köln im „*Klingelpütz*“ zu melden, um eine Haftstrafe von 85 Tagen zu verbüßen.⁸⁹

Auch Erzbischof Paulus Melchers musste ein solches Verfahren wegen Übertretung des Maigesetzes über sich ergehen lassen. Auch er wurde am 29. November 1873 zu 200 Talern Geldstrafe verurteilt, die er nicht bezahlte. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Am 31. März wurde Wasmer in Begleitung des in Bergheim stationierten Polizisten nach Köln zum Haftantritt gebracht.⁹⁰

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

Der Erzbischof und Wasmer traten am gleichen Tag ihre Haftstrafen an. Der Erzbischof erhielt drei Zellen, die wohnlich eingerichtet wurden, Wasmer und der Stommerner Pfarrverwalter Havermann erhielten eine Gemeinschaftszelle. Die Haft war sehr human gestaltet, die Häftlinge durften sogar jeden Tag zusammen die hl. Messe lesen.

Am 5. Juli 1874 wurde Wilhelm Wasmer wieder aus der Haft entlassen.⁹¹ Nach seiner Entlassung blieb er aber von der Regierung gesperrt, er durfte sein Amt nicht mehr übernehmen. Auch in seine Rektorenwohnung konnte er nicht zurückkehren, da diese bereits als Büro weitervermietet worden war. Er musste sich eine neue Wohnung suchen, in die er dann auch Schüler als Pensionsgäste aufnahm, um die Miete zahlen zu können.

Ein Gesetz aus dem Jahr 1882 milderte die Bestimmung der Maigesetze.⁹² So konnte Wasmer wieder in seine Amtswohnung ziehen und auch eine freigewordene Stelle an der höheren Knabenschule übernehmen.

Eine Stelle als Hilfsgeistlicher in Buschhoven ließ ihn 1886 Bergheim verlassen.⁹³ Dort blieb er sechs Jahre, bis er zum Pfarrer von Monheim am Rhein ernannt wurde. Im Laufe des Jahres 1900 erkrankte Wasmer, so dass er seine Aufgaben als Pfarrer nicht mehr wahrnehmen konnte. Am 6. Oktober 1900 starb er.⁹⁴

Wie Wasmer entzog man auch dem Bergheimer Pfarrer Karl Unkelbach von 1873 bis 1878 den Religionsunterricht in den Schulen von Bergheim, Kenten und Wiedenfeld. Diese Vorgänge führten zu einer erheblichen Irritation in der Bevölkerung. Die beiden Kaisergeburtstagsfeiern 1873 und 1874 waren weitgehend ein Reinfall und fanden ohne nennenswerte Beteiligung der Bergheimer Bevölkerung statt. Die Bergheimer Zeitung äußerte die Befürchtung, „daß die alte Anhänglichkeit und Liebe zu unserem ehrwürdigen Heldenkaiser in den Herzen eines großen Teils unserer Bevölkerung gänzlich erloschen seien“.⁹⁵ Beim Vorgehen des Staates gegen die katholische Kirchen hatte in Bergheim die Bevölkerung klar die Position der Kirche ergriffen und dem Staat seine Grenzen aufgezeigt.

7. Die Pfarrer von Bergheim 1862 - 1911

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es insgesamt fünf Pfarrer in Bergheim. Bis zum Jahre 1862 hatte Pfarrer Steven dieses Amt inne. Nach seinem Tode

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Heinz ANDERMAHR, Eine Kaisergeburtstagsfeier des Kreises Bergheim vor dem Hintergrund des Kulturkampfes 1874, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 4, 1995, S. 115 ff.

wurde ein neuer Pfarrer für die Pfarrkirche St. Remigius gesucht. Sein Nachfolger wurde Pfarrer Groebbels.

7.1. Pfarrer Groebbels (1862 - 1867)⁹⁶

Nikolaus August Groebbels wurde am 7. November 1823 in Eupen geboren. Er durchlief eine glänzende Schul- und Universitätslaufbahn. 1847 trat er ins Priesterseminar ein, und bereits ein Jahr später, am 3. September 1848, wurde er zum Priester geweiht. Seine seelsorgerische Tätigkeit nahm er als Vikar in Wiesdorf auf, von wo er im Jahre 1850 als Kaplan nach Opladen versetzt wurde. Hier setzte er sich



Nikolaus August Groebbels
Oberpfarrer
1862-1867

(Foto: Pfarrarchiv Bergheim)

besonders für die Jugend ein, und ihm ist zum größten Teil die Gründung der höheren Knabenschule zu verdanken. Sein Engagement für die Jugend ließ ihn 1855 als Religionslehrer an die Realschule nach Köln wechseln. Mit viel Liebe und großem Eifer widmete er sich der Verkündigung der katholischen Lehre. Sein pädagogisches Geschick bewog viele Jugendliche, die bei ihm Religionsunterricht genossen hatten, sich in der Kirche zu engagieren.

Im Jahre 1862, am 16. April, wurde er zum Oberpfarrer von Bergheim ernannt, wo er bis zum 18. Juni 1867 blieb. In diesem Jahr wurde er zum Pfarrer von St. Gereon in Köln ernannt.

Während seiner Amtszeit als Pfarrer in Bergheim widmete er sich auch der Bergheimer Geschichte. Besonders das Kloster Bethlehem und das dort verehrte Gnadenbild, welches 1803 nach St. Remigius überführt worden war, hatten es ihm angetan. Im Jahr 1866 veröffentlichte er ein kleines Büchlein mit dem Titel „*Bethlehemitischer Stern oder*

das Gnadenbild von der Schmerzhaften Mutter in der Pfarrkirche von Bergheimerdorf, früher im Kloster Bethlehem“. Auf welche Resonanz diese Publikation damals in Bergheim stieß, lässt sich leider nicht sagen.

Besonders war ihm an den Kirchen seiner Pfarreien gelegen. Seine Bemühungen, die Kirchen so auszustatten, dass sie in ihrer ganzen Pracht erstrahlen konnten, waren

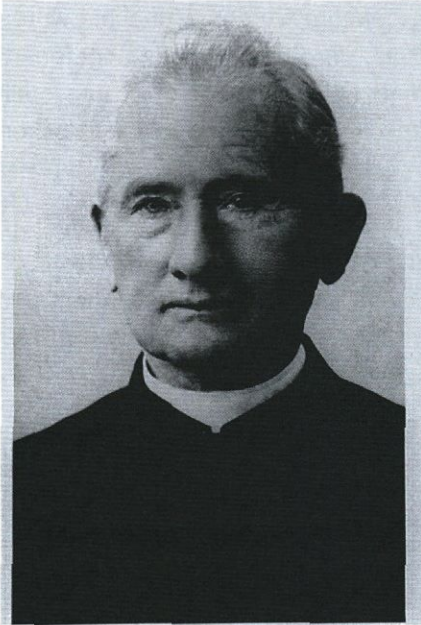
⁹⁶ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 59, S. 77.

rastlos. Gerade St. Remigius lag ihm bei diesen Vorhaben am Herzen. Diesem Gotteshaus widmete er seine ganze Kraft.

1875 traf ihn ein erster, 1877 ein zweiter Schlaganfall, den er nicht überlebte. Er empfing die hl. Sterbesakramente und starb am 20. Juni 1877 als Pfarrer von St. Gereon. Der Totenzettel, der sich erhalten hat, schildert seine wesentlichen Charakterzüge: „*Starker Glaube und tadelloser Wandel, gründliche Gelehrsamkeit und tiefe Andacht, warme Liebe für die Kirche und glühender Eifer für das Heil der Seelen und eine wahrhaft wirksame Liebe gegen Arme und Bedrängte haben den Schmuck seines Lebens gebildet.*“⁹⁷

7.2. Pfarrer Unkelbach (1867-1886)⁹⁸

Karl Engelbert Anton Unkelbach wurde am 1. August 1825 in Gross-Altendorf geboren. Seine Priesterweihe fand am 3. September 1850 in der Minoriten-Kirche in Köln statt.



Carl Engelbert Anton Unkelbach
Oberpfarrer
1867 - 1886

(Foto: Pfarrarchiv Bergheim)

Seine erste Anstellung als Seelsorger fand er in Düsseldorf-Bilk. Dort arbeitete er unter Pfarrer Binterim, was für ihn eine große Ehre bedeutete. Den Anregungen, die er bei Binterim fand, ist er sein Leben lang treu geblieben.

Von Düsseldorf ging er als Kaplan nach Deutz und von dort am 23. November 1860 als Oberpfarrer nach Reifferscheid. Dort setzte er sich besonders für die Renovierung der alten Pfarrkirche ein, was ihm großes Ansehen verlieh.

Von Reifferscheid aus ging er als Oberpfarrer 1867 nach Bergheim. In Bergheim führte er das Vorhaben seines Vorgängers weiter und kümmerte sich vor allem um die Erhaltung der Pfarrkirche und um deren Innenausstattung. Als Berater stand ihm der Kölner Architekt August Lange zur Seite. Unter den Bemühungen von Pfarrer Unkelbach erhielt die Pfarrkirche einen neuen Bodenbelag, eine neue Orgel, eine Kommunionbank und eine neue silberne Monstranz.

⁹⁷ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 59, S. 77.

⁹⁸ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 59, S. 77 f.

Ebenfalls unter dem Einfluss des Architekten Lange entstand die seitlich an die Kirche angebaute Kapelle, in der das Bild der Schmerzhaften Mutter Gottes eine neue Heimstätte bekam. Auch ein neuer Friedhof wurde im Auftrag Pfarrer Unkelbachs angelegt, was bei den Gläubigen in Bergheim eine sehr positive Reaktion auslöste.

Im Laufe des Kulturkampfes wurde Pfarrer Unkelbach vom Schulbetrieb ausgeschlossen, sowohl als Religionslehrer als auch als Schulinspektor. Aus diesem Grund baute er in unmittelbarer Nähe des Pfarrhauses einen Katechetensaal, der auch zu anderen Zwecken, beispielsweise Versammlungen, genutzt werden konnte. Dieser Bau musste allerdings ein paar Jahre später unter Pfarrer Lauterborn wieder abgebrochen werden, da die Pfarrwohnung umgebaut werden musste.

Sein Vorhaben, neue Glocken für die Kirche anzuschaffen, scheiterte, da nicht genug Mittel dafür vorhanden waren und der Kirchenvorstand diese Anschaffung nicht für dringend nötig hielt.

Der Kirche in Bergheim wurden vom Kaiser zwei bronzene Kanonenbruchstücke geschenkt. Aus diesem Metall sollten neue Glocken gefertigt werden. Zunächst wurde sie aber bei der Feier des Friedens und der Pflanzung der Friedenseiche abgefeuert, danach lagerten sie jahrelang in einem Stall, um dann am Kriegerdenkmal aufgestellt zu werden. Erst Pfarrer Lauterborn ließ aus ihnen die ihnen zugeordneten Glocken anfertigen.

Pfarrer Unkelbach lag besonders die Andacht für die Schmerzhaften Mutter Gottes am Herzen. Deswegen ließ er auch die Kapelle für das Gnadenbild errichten. Wie auch sein Vorgänger beschäftigte er sich mit der Geschichte des Klosters Bethlehem und des Gnadenbildes. Als Ergebnis verfertigte er im Jahr 1885 eine „*Geschichte des Klosters Bethlehem*“, die bis dahin ergiebigste Darstellung dieses Themas.

Karl Unkelbach hatte eine besondere Gabe, Geld für wohltätige Zwecke zu sammeln. Seine eigene Familie, die in der Gesellschaft gut gestellt war, musste immer an erster Stelle spenden. Er kannte in diesen Fällen keinerlei Pfarrgrenzen. Er besaß die Geschicklichkeit und die Ausdauer, die es braucht, um Geldquellen fließen zu lassen.

Rätselhaft bleibt, warum er sich im Alter noch um eine neue Pfarrei bewarb, wo er in Bergheim doch schon fast 20 Jahre tätig gewesen war und dort soviel Gutes geschaffen hatte. Ein Grund könnte sein Unwillen über den ihm nicht genehmigten Neubau einer Pfarrwohnung gewesen sein. Auch die Aufgaben in den Filialen der Bergheimer Kirche waren nicht immer angenehm. Wichtigster Beweggrund dürfte aber der Anreiz gewesen sein, in Immerath eine neue Pfarrkirche zu bauen. Dieser Bau, unter seiner Leitung, war die größte Aufgabe seines Lebens.

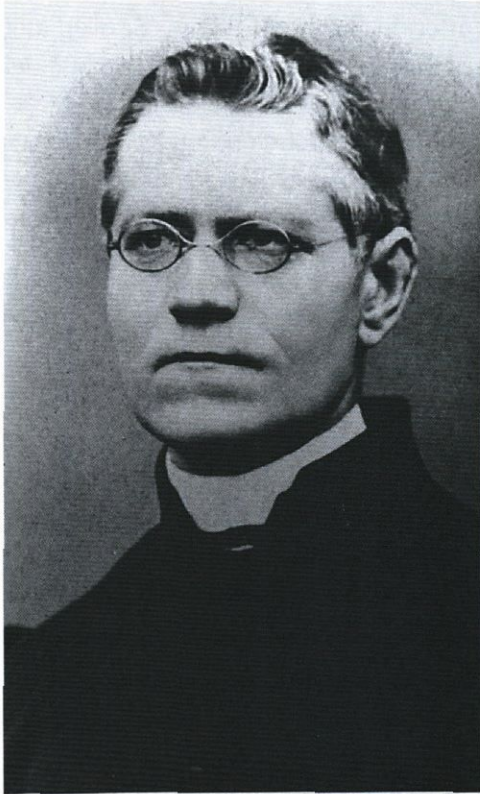
Als Pfarrer von Immerath konnte Pfarrer Unkelbach auch sein 50-jähriges Priesterjubiläum feiern, bei dem er noch, besonders geistig, sehr rüstig war. Er hielt die Festrede zunächst in festlichem Latein und dann, für die Laien, auf Deutsch. Auch aus

Bergheim gratulierte eine Deputation, die ihm Schriftstücke über die hl. Messe überreichte, die seine Kommunionkinder für ihn gestiftet hatten.

Karl Unkelbach starb am 9. Juni 1901. Seinen Totenzettel verfasste er noch selbst, und seinem letzten Wunsch, es solle keine Grabrede gehalten werden, und sein Grab solle doppelt so tief sein wie andere Gräber, wurde gern entsprochen. An seinem Grab wurde nur sein Totenzettel verlesen.

7.3. Pfarrer Kreisch (1887 - 1890)⁹⁹

Peter Kreisch wurde am 11. Januar 1835 in Köln geboren, am 1. September 1858 wurde er zum Priester geweiht. Nach der Weihe war er 28 Jahre lang Lehrer an der höheren Schule in Erkelenz. Am 13. April 1887 wurde er zum Pfarrer von Bergheim ernannt. Dieses Amt verließ er aber drei Jahre später, am 30. März 1890, wieder, um als Pfarrer nach Bonn zu gehen.



Er legte großen Wert auf seine Arbeit als Seelsorger. Wichtig waren ihm die Verkündigung des göttlichen Wortes, die Arbeit im Beichtstuhl und am Krankenbett. Mit besonderer Liebe widmete er sich den Kindern, besonders die religiöse Erziehung war für ihn wichtig. So war er in Bergheim ein geschätztes Mitglied der Schulkommission. Er war ebenfalls erzbischöflicher Kommissar für das Waisenhaus und war Mitglied im Vorstand mehrerer kirchlicher Vereine. Freude machte ihm das Schmücken der Kirche, was er sich auch bis zu seinem Ende nicht nehmen ließ.

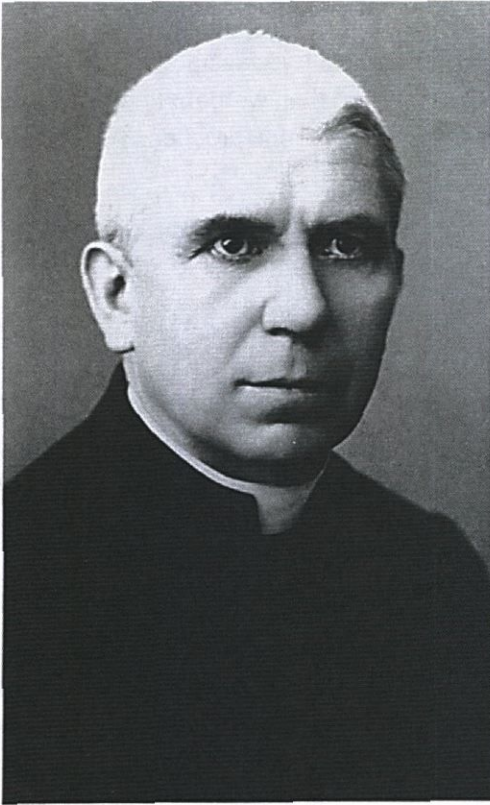
Er starb am 17. September 1894 an den Folgen eines Schlaganfalls.

Peter Kreisch
Oberpfarrer
1887 - 1889

(Foto: Pfarrarchiv Bergheim)

⁹⁹ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 59, S. 87.

7.4. Pfarrer Tönnihsen (1890-1895)¹⁰⁰



Wilhelm Tönnihsen

*Oberpfarrer
1890-1895*

(Foto: Pfarrarchiv Bergheim)

Geboren wurde Wilhelm Tönnihsen am 24. August 1843 in Aachen. Die Priesterweihe empfing er am 1. September 1867 in Köln. Als Vikar ging er dann nach Geilenkirchen. 1872 wechselte er als Religionslehrer an die höhere Mädchenschule der Congregatio B. M. V. nach Essen. Hier holten ihn die Folgen des Kulturkampfes ein. Die Schule wurde geschlossen. So ging er als Kaplan 1887 nach Stolberg, von wo er im Jahre 1890 als Pfarrer nach Bergheim kam. Er blieb fünf Jahre in diesem Amt und ging am 30. Mai 1895 als Pfarrer nach Borbeck. Hier arbeitete er mit großem Eifer. Wilhelm Tönnihsen starb am 8. Dezember 1911, morgens um 7 Uhr, an den Folgen eines Schlaganfalls.

7.5. Pfarrer Lauterborn (1895 - 1911)¹⁰¹

Josef Lauterborn wurde am 26. Juni 1835 in Mülheim a. d. Ruhr geboren. Er absolvierte das Marzellen-Gymnasium mit ausgezeichnetem Erfolg und studierte dann für drei Jahre an der Universität Bonn Philosophie und Theologie. Die

Priesterweihe empfing er am 3. September 1860 in Köln.

Zwei Jahre lang war er Vikar in Giesenkirchen bei Mönchengladbach, von dort aus ging er nach Steele, wo er 10 Jahre lang die höhere Knabenschule leitete. 1872 bis 1887 war er als Vikar und Pfarrverwalter in Glimbach tätig. 1887 ging er als Pfarrer nach Wissersheim, wo auf sein Bestreben hin die Pfarrkirche erbaut wurde.

1895 wurde er als Pfarrer nach Bergheim berufen. 1906 veranlasste er die Anschaffung neuer Glocken für die Pfarrkirche St. Remigius. Im Jahre 1910 feierte er sein 50-jähriges Priesterjubiläum und wurde für seine Verdienste mit dem roten Adlerorden 4. Klasse ausgezeichnet. 1911 ging er in den Ruhestand, da sein Alter die Ausübung seines Amtes nicht mehr zuließ. Seine letzten Jahre verbrachte er in Düren, wo er

¹⁰⁰ Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 886.

¹⁰¹ Vgl. Pfarrarchiv Bergheim, Akte Nr. 59, S. 82&86.

sehr zurückgezogen lebte. Soweit er konnte, übernahm er aber noch seelsorgerische Tätigkeiten. Die Pfarrei in Bergheim hatte er aufgegeben, um einem jungen Pfarrer Platz zu machen, der Bergheim mehr nutzen konnte. Sein Herz ist aber stets in seiner Lieblingspfarrrei Bergheim geblieben.

Alle seine Aufgaben hatte er mit dem gleichen Eifer und der gleichen Liebe getan.

Egal ob dies nun darin bestand, dass er während der Revolution 1848 über die Barrikaden in Köln kletterte, um die hl. Messe zu lesen, oder ob er mitten im Industriegebiet Essen Kämpfe um religiöse und soziale Fragen ausfocht.

Er wurde auf seinen eigenen Wunsch hin auf dem Friedhof von Bergheim bestattet.



Pfarrer Lauterborn (Foto: Pfarrarchiv Bergheim)

Die Bürgermeister im Kreise Bergheim am Beginn der preußischen Herrschaft

Im August 1817 erkundigte sich der Oberpräsident der Provinz Jülich-Kleve-Berg, Friedrich Graf zu Solms-Laubach, bei dem landrätlichen Kommissar Franz Ludwig Graf Beissel von Gymnich nach den Qualifikationen und Verdiensten der Bürgermeister des Kreises Bergheim.¹ Die Antwort ist vom 19. August 1817 datiert und von dem Referendar Mauch unterzeichnet.²

Sie hat folgenden Wortlaut: *„In Gemäßheit der verehrlichen Weisung Ew. Erlaucht vom 7.ten d. Monats, zugekommen am 12.ten, habe ich sogleich den Herren Theodor Correns zu Ichendorf um vertrauliche Mittheilung der ihm über die Bürgermeister des Kreises bekannten Notizen ersucht. Die von demselben gestern spät abends erhaltenen Bemerkungen habe ich die Ehre, anliegend im Original zu überreichen, indem ich mich sogleich aufgefordert fühlte, dasjenige, was ich in der kurzen Zeit meiner hiesigen Geschäftsführung über den einen oder anderen mit Gewißheit erfahren habe, gehorsamst hinzuzuführen.*

Die Bürgermeister von Kerpen, Blatzheim, Syndorf, Heppendorf, Königshoven und Pütz sind mir gerade so bekannt, wie solche Herr Correns schildert. Die Secretäre von Pütz und Kerpen sind gute Arbeiter.

Der Bürgermeister von Buir, Kreisbeigeordneter für die Bildung der Landwehr, zeichnet sich durch Fleiß und ein gesundes Urteil aus.

Der Bürgermeister von Bergheim ist als ein redlicher Mann bekannt, er füllt aber seinen Posten nicht aus, indem er weder der Local Polizey in seiner zum großen Teil auf der Landstraße gelegenen Bürgermeisterei besonders nothwendig noch den an das landrätliche Officium zu erstellenden Berichten Thätigkeit widmet. Dabei spricht sich die öffentliche Meinung für seinen Secretair nicht günstig aus.

Dem Bürgermeister von Paffendorf muß ich dasselbe Zeugnis geben, welches Herr Correns ihm ertheilt: guter Wille, aber Qualifikation und Geschäftsführung mittelmäßig.

Der Bürgermeister von Hüchelhoven beweist Diensteifer, seine Arbeiten sind jedoch keineswegs befriedigend.

Der Bürgermeister von Bedburg gilt im ganzen Kreise für einen offenen, deutschen Mann, und verdient in dieser Hinsicht gewiß den ersten Platz unter seinen Collegen.

¹ Landesarchiv NRW/Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Oberpräsidium Köln, Nr. 1534, fol. 98 ff.

² Ebenda.

Seine Beurteilungskraft ist ebenfalls gut.

Der Bürgermeister von Caster ist seinem Posten völlig gewachsen, aber nicht Zutrauen erweckend. Er hat zur Errichtung und Leitung der während der Zeit der Noth thätigen Armenunterstützungs Anstalt wesentlich beigetragen.

Der Bürgermeister von Türrnich ist ein guter Polizeybeamter und leistet viel in seinen Arbeiten.

Der Bürgermeister von Pütz, wenig ausgebildet, aber von gesundem Verstand und gutem Willen, handhabt eine befriedigende Local Polizey und war thätig bei der Unterbringung der Armen seiner Bürgermeisterei in der Periode des Mangels.

Euer Erlaucht bitte ich um hochgeneigte Entschuldigung, wenn ich mich außer Stande finde, über den vorliegenden Gegenstand mich weiter zu verbreiten, und einzelne vortheilhafte oder nachtheilige Züge des einen oder anderen Bürgermeisters anzuführen, welche vielleicht vorhanden, mir aber nicht bekannt sind.

*Für den landrätlichen Commissarius
Der Regierungs Referendarius
Mauch“*

Dem Bericht an den Oberpräsidenten sind „Anmerkungen über die Bürgermeister des Kreises Bergheim“ beigefügt, deren Verfasser Theodor Correns aus Ichendorf war.³ Theodor Correns war der erste Friedensrichter an dem 1798 errichteten Friedensgericht Bergheim.⁴ In einem Verzeichnis wichtiger Personen der Provinz Jülich-Kleve-Berg wurde Theodor Correns als „Rechtsgelehrter, praktischer Advokat und Rechtskonsulent des Landadels, vorzüglich des Herren Beissel von Gymnich“ bezeichnet.⁵ Da Franz Ludwig Graf Beissel von Gymnich seit 1816 „landrätlicher Kommissar“ des Kreises Bergheim war, lag es nahe, dass der Referendar Mauch den Vertrauten des landrätlichen Kommissars um Auskünfte über die Bürgermeister bat. Die Auskünfte lauteten wie folgt:

„1 zu Kerpen: Hauptort des Kantons nämlichen Namens. Herr Reiff, Wirth und Ackersmann, erst neu ernannt, redlich, mittelmäßige Fähigkeit.

2 zu Türrnich: Herr Knodt, ein Halbwinner, erst neu ernannt, von mittelmäßiger Fähigkeit.

3 zu Blatzheim: Herr Breuer, ein Ackersmann, redlich, mittelmäßige Fähigkeit.

4 zu Buir: Herr Rey, ein Halbwinner, hat hinlängliche Fähigkeit, Kenntnisse und Thätigkeit, soll nicht allgemein beliebt sein.

³ Wie Anm. 1, Bl. 99.

⁴ Sabine GRAUMANN, Französische Verwaltung am Niederrhein. Das Roerdepartement 1798-1814, Düsseldorf 1990, S. 155.

⁵ Wie Anm. 1, S. 39, Nr. 111. Rechtskonsulent = Rechtsberater.

5 zu Syndorf: Herr Dünnwald, ein Ackersmann, hat hinlängliche Fähigkeit, soll jedoch herrschsüchtig sein.

6 zu Heppendorf: Herr Engels, meines Wissens noch nicht definitiv ernannt, mittelmäßige Fähigkeit und ebensolche Kenntnisse.

7 zu Bergheim, Hauptort des Kantons: Herr Cremer, ein Kleinhändler, müsste für den Hauptort mehr Kenntnisse und einen besseren Secretaire haben.

8 zu Paffendorf: Herr Broich, Halbwinner und Müller, redlicher Mann, aus angeborener Güte stets nachgiebig. Kenntnisse und Fähigkeiten sind hinlänglich für seinen Posten.

9 zu Hüchelhoven: Karl Freyherr von Braunfeld, redlich, beliebt bei seinen Administrierten.

10 zu Bedburg: Herr Huttanus, ein ganz redlicher Mann, hinlänglich fähig und beliebt bei seinen Administrierten.

11 zu Caster: Edler von Dackweiler, ehemaliger Vogt daselbst, hinlänglich fähig, nicht allgemein beliebt.

12 zu Königshoven: Herr Rath, ein Ackersmann, seit 2 Jahren ernannt, von mäßiger Fähigkeit, doch redlich.

13 zu Pütz: Herr Hintzen, ein Ackersmann, fähig, redlich und fleißig.

14 zu Esch: Herr Wolf, ein Halbwinner und alter ... , aber ganz ehrlicher Mann, aus Herzensgüte und Alter zu schwach, in jedem Falle seine Autorität zu behaupten.

Im Vertrauen gegeben, Ichendorf den 17.ten August 1817, gez. Theodor Correns.“

Der Tätigkeitsbereich der Bürgermeister

Nach dem Abzug der französischen Armee und der Übernahme der Verwaltung durch den Generalgouverneur Sack im Jahre 1814 wurde aus dem Maire der Franzosenzeit der Bürgermeister. Der Aufgabenbereich des leitenden Gemeindebeamten blieb unverändert. Seine wesentlichen Pflichten waren die Verwaltung der Einkünfte und des Vermögens der Gemeinde, die Führung der Zivilstandsregister, die Aufsicht über die örtliche Elementarschule, die Überwachung der Gaststätten und des Personenverkehrs in den Herbergen, die Bauaufsicht und die Aufsicht über den Verkauf der Lebensmittel.⁶

Die letztgenannten Bereiche der Verwaltung waren Aufgaben der Polizei, der Abwehr von Gefahren. Dem Referendar Mauch war die Erledigung der polizeilichen Funktionen besonders wichtig bei der Beurteilung der Bürgermeister.

⁶ Josef WISSKIRCHEN, 200 Jahre Geschichte Stommeln, Bd. 1: 1794-1914 (Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde, 17. Sonderveröffentlichung), Pulheim 1997, S. 38 f.

Fast alle Bürgermeister waren hauptberuflich Landbesitzer

Die Anmerkungen von Theodor Correns geben eine Übersicht über die Berufe der Bürgermeister im Jahre 1817. Die Herren Knodt, Rey, Broich und Wolff bezeichnete er als Halbwinner. Das war die herkömmliche Berufsbezeichnung für die Pächter der meist größeren Höfe, die Klöstern, Stiften oder Adligen gehörten. Da die Pachtpreise der kirchlichen Höfe meist niedrig waren und viele Höfe Generationen hindurch von ein und derselben Familie bewirtschaftet wurden, waren die Halbwinner in der Regel zu Wohlstand gelangt. Sie waren die führende Schicht in der ländlichen Gesellschaft neben dem Adel. Die Bürgermeister Reiff, Breuer, Dünnwald, Rath und Hintzen waren Ackersmänner, Besitzer kleinerer Höfe. Der Bürgermeister Broich von Paffendorf war als Halbwinner und Müller wahrscheinlich in einer guten wirtschaftlichen Position. Auch der Kerpener Bürgermeister, Herr Reiff, übte zwei Berufe aus. Das war nicht selten die einzige Möglichkeit, genügend Einkommen zu haben. Außerhalb der agrarischen Gesellschaft stand Hilger Cremer, der städtische Kaufmann und Bürgermeister von Bergheim.

Alle Bürgermeister waren auf Einkünfte angewiesen, die nicht mit ihrem Amt in Zusammenhang standen. Sie bezogen höchstens eine geringe Aufwandsentschädigung. Erst mit Josef Commer bekam Bergheim 1871 einen Berufsbürgermeister.

Fachliche Eignung, deutsche Gesinnung und Ansehen in der Öffentlichkeit waren erwünscht

1815 teilte der Wiener Kongress das Rheinland von der Nahemündung stromabwärts dem Königreich Preußen zu. Das Land wurde in zwei Provinzen gegliedert. Der aus Hessen stammende Graf Friedrich von Solms-Laubach wurde Oberpräsident der Provinz Jülich-Kleve-Berg, deren Verwaltungssitz Köln wurde. Graf Solms-Laubach sah sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, in einer Preußen weitgehend unbekanntem Provinz Landräte als Verwaltungschefs der neu zu bildenden Kreise zu finden. Mit seinem Organisationskommissar Freiherr Werner von Haxthausen vereinbarte er, dass Personen für die Landratsämter gefunden werden sollten, die drei Voraussetzungen erfüllten: fachliche Eignung, deutsche Gesinnung und Ansehen bei der Bevölkerung.⁷

Nach diesen Merkmalen wurden 1817 von dem Referendar Mauch und von Theodor Correns auch die damaligen Bürgermeister beurteilt. Das von Mauch erstellte Gutachten ist präziser als die „Anmerkungen“ von Correns. Mauch hielt den Bürgermeister Cremer von Bergheim für redlich, aber nicht für geeignet, die Polizeiangelegenheiten

⁷ August KLEIN, Die Personalpolitik der Hohenzollermonarchie bei der Kölner Regierung. Ein Beitrag zur preußischen Personalpolitik am Rhein (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere für das alte Erzbistum Köln, Bd. 16), Düsseldorf 1967, S. 16.

ten einer Bürgermeisterei zu regeln, die über eine lange Strecke an der wichtigen Straße Köln-Aachen gelegen war. In den ersten Jahren der preußischen Herrschaft am Rhein wurden regelmäßig die damals noch dichten Wälder und ebenso die Herbergen (Gaststätten) nach verdächtigen Personen durchsucht.⁸ Diese Durchsuchungen, bei denen Militär, Polizei und auch Bürger mitwirkten, dürften ein wesentlicher Inhalt der vom Bürgermeister zu erledigenden Polizeiaufgaben gewesen sein.

Correns hielt die überwiegende Zahl der Bürgermeister nur für mittelmäßig befähigt, einigen sprach er die notwendigen Kenntnisse für ihr Amt ab. Eine Minderheit der Bürgermeister hielt er für hinlänglich befähigt. Es ist nicht verwunderlich, dass viele Verwaltungsleiter (noch) nicht die notwendigen Fähigkeiten für ihren Geschäftsbereich hatten. Nur die Bürgermeister von Dackweiler, von Braunfeld, Wolff und Hintzen waren schon bei dem Wechsel des linken Rheinufer von der französischen Herrschaft zu der alliierten Verwaltung im Amt.⁹ Correns muss ein gutes Netz von Informanten gehabt haben, da er über Beliebtheit oder Unbeliebtheit der Bürgermeister schreiben konnte.

Das Ansehen des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit war auch ein Maßstab für die Beurteilung. Das ist erstaunlich, weil Preußen ein Obrigkeitsstaat war, in dem die Bürokratie im Namen des Königs die Macht ausübte. Ich nehme an, dass die freiheitliche Stimmung, die durch die preußischen Reformer Karl vom Stein, Freiherr Karl August von Hardenberg und Gerhard von Scharnhorst entstanden war, hierfür ursächlich war. Preußen fiel um das Jahr 1820 wieder in eine unfreiheitliche Politik zurück. Von 1838 an versuchte der Bürgermeistereirat von Kaster vergeblich, bei der Regierung die Abberufung des unbeliebten Bürgermeisters von Gartzten zu erreichen.¹⁰

Ein weiteres Merkmal für die Berufung von Personen in leitende Beamtenstellen sollte „*deutsche Gesinnung*“ sein. Sie wurde denen nicht zugebilligt, die zu anhänglich an die Fremdherrschaft gewesen waren.¹¹ In einem Personenverzeichnis, das der Freiherr von Haxthausen bei der Bereisung der neuen Provinz mit sich führte, war der damalige Bürgermeister von Sindorf und spätere Landrat, Franz Ludwig Graf Beissel von Gymnich, als „*deutsch*“ hervorgehoben worden. Johann Wilhelm Huttanus war als Rentmeister des Grafen Salm-Reifferscheid 1796 auf Befehl eines französischen Militärbefehlshabers inhaftiert worden, weil er mit der Zahlung einer dem Adel aufer-

⁸ Hans Georg KIRCHHOFF/Heinz BRASCHOB/Franz SCHOSER, Heimatchronik des Kreises Bergheim (Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 43), Köln 1974, S. 178.

⁹ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, Bergheim o.J., S. 219-225.

¹⁰ Hans Georg KIRCHHOFF/Heinz BRASCHOB, Geschichte der Stadt Bedburg, Bedburg 1992, S. 159.

¹¹ Wie Anm. 7, S. 16.

legten Sondersteuer im Rückstand gewesen war.¹² Über sein Verhalten während der französischen Herrschaft am Rhein ist weiter nichts bekannt, Huttanus wurde 1827 auch Bürgermeister von Kaster und erhielt für seine Verdienste den Roten-Adler-Orden, eine hohe preußische Auszeichnung.¹³

Verdienste

Das Jahr 1816 hatte eine Wetterkatastrophe gebracht. Unaufhörliche Regenfälle hatten die Ernte verdorben. „*Es ist noch nicht möglich, dass die armen Leuthe am Leben bleiben*“, hatte Johann Peter Delhoven aus Dormagen im November 1816 in seinem Tagebuch vermerkt.¹⁴ In dieser Not gaben die vermögenden Leute den Armen täglich Nahrung.¹⁵ In der Stadt Köln sollen täglich 19.000 von insgesamt 49.000 Einwohnern überhaupt eine Armenspeise empfangen haben.¹⁶ In ähnlicher Weise werden auch die Bürgermeister von Dackweiler und Hintzen geholfen haben.

Verwaltung im Aufbau

Viele Bürgermeister waren 1817 erst kurz in ihren Ämtern. Sie mussten noch Erfahrungen sammeln und sich Kenntnisse aneignen. Manche Bürgermeister blieben nur kurz im Amt. Hilger Cremer hatte 1816 in Bergheim den Bürgermeister Offermanns abgelöst, der nur ein Jahr amtiert hatte. Cremer blieb auch nur vier Jahre Bürgermeister. Erst 20 Jahre später gab es im Kreis Bergheim durchweg Bürgermeister, die das Vertrauen der Aufsichtsbehörde genossen.¹⁷ Bezeichnend für die Situation der preußischen Verwaltung in diesen Anfangsjahren der Zugehörigkeit des Rheinlandes zu Preußen ist auch die Rolle des Theodor Correns als Informant. Der Privatmann hatte die Kenntnisse, die der Verwaltung fehlten.

¹² Hans Georg KIRCHHOFF/Heinz BRASCHOW, Geschichte der Stadt Bedburg, S. 148.

¹³ Ebenda, S. 138.

¹⁴ Die rheinische Dorfchronik des Joan Peter Delhoven aus Dormagen 1783-1823, hrsg. von Hermann CARDAUNS und Reiner MÜLLER, Dormagen 1966, S. 226.

¹⁵ Ebenda, S. 227.

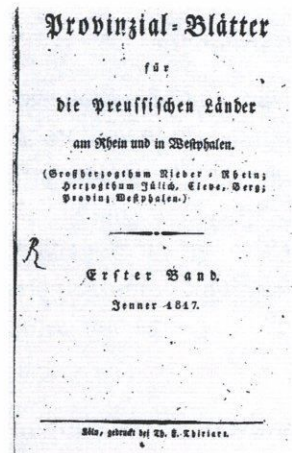
¹⁶ Adolf KLEIN, Köln im 19. Jahrhundert, Köln 1992, S. 134.

¹⁷ Heinz BRASCHOW, Der Kreis Bergheim genießt das Glück, von einsichtsvollen, tätigen und wohlmeinenden Bürgermeistern verwaltet zu werden. Revision der Verwaltung im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 16, 2007, S. 150.

Helmut Schrön (Hg.)

Statistische Angaben über den Kreis Bergheim (1817)

Ab Januar 1817 gab der Kölner Regierungsrat Wilhelm Butte (1772-1833) unter dem Titel „*Provinzial-Blätter für die Preussischen Länder am Rhein und in Westphalen*“¹ eine Monatszeitschrift heraus, die den „*verständigen Lesern*“ in den neuen Provinzen des preußischen Königreiches Informationen über den Staat und dessen Verwaltung geben sollte. Im ersten Heft befinden sich u.a. statistische Angaben über die Körperschaften in der Provinz. Die Angaben, die den alten Kreis Bergheim betreffen, sind nachfolgend abgedruckt, wobei die vorgefundene Schreib- und Darstellungsweise beibehalten wurde:



„*V. Eintheilung des Regierungs-Bezirks Köln in landrätbliche Kreise und Bürgermeistereien nach alphabetischer Ordnung, nebst angehängter Uebersicht der Stadte und Flecken dieses Regierungs-Bezirks.*“

I. Kreis Bergheim.

Dieser Kreis liegt am linken R.[hein] U.[fer] hat seinen Sitz in dem Flecken gleiches Namens 2 ½ M. v. K[öln], ist getheilt in 14 Bürgermeistereien, zählt 4 Flecken, 69 Dörfer, 3 Weiler, 30 einzelne Höfe, 8 einzelne Mühlen, 17 Burghäuser, 8 vereinzelte Häuser, zusammen 5341 H. und 28,032 E.

Die diesem Kreise angehörigen Bürgermeistereien sind:

1)	Bedburg , (Flecken B. 116 H. 635 E.) 409 H. und 2300 E. in 17 verschiedenen E.S. (Einwohner-Sitze).
2)	Bergheim , (Flecken B. Sitz des Kreises, 76 H. 548 E) 455 H. und 2448 E. in 12 verschiedenen E.S. <i>Bergheimerdorf, Ichendorf, Kenten, Quadrat (101 H. 493 E.)</i>
3)	Blatzheim , (Dorf B. 137 H. 692 E.) 187 H. und 1070 E. in 8 verschiedenen E.S.

¹ Bestand: Bayerische Staatsbibliothek, München.

4)	Buir , (Dorf B. 105 H. 659 E.) 197 H. und 1192 E. in 6 verschiedenen E.S. Manheim
5)	Caster , (Flecken C. 82 H. 462 E.) 198 H. und 1129 E. in verschiednen E.S. Esch , (Dorf E. 125 H. 548 E.) 641 H. und 3007 E. in 11 verschiedenen E.S. Elsdorf (110 H. 546 E.) Nieder-Embt (179 H. 830 E.) Ober-Embt (135 H. 632 E.)
	Heppendorf , (Dorf H. 66 H. 371 E.) 484 H. und 2474 E. in 15 verschiedenen E.S. Ahe, Berrendorf, Etzweiler Thorr.
8)	Hüchelhoven , (Dorf 29 H. 191 E.) 353 H. und 1976 E. Glessen (Dorf 147 H. 682 H.)
9)	Kerpen , (Flecken K. 330 H. 1669 E.) 456 H. und 2284 E. in 5 verschiedenen E.S. Mödrath
10)	Königshoven , (Dorf K. 235 H. 1159 E.) 389 H. und 1878 E. in 3 verschiedenen E.S. Harff, Morken
11)	Paffendorf , (Dorf und Burghaus P. 92 H. 468 E.) 468 H. und 2504 E. in 10 verschiedenen E.S. Glesch (144 H. 733 E.) Nieder-Aussem, Ober-Aussem (134 H. 585 E.)
12)	Pütz , (Dorf P. 60 H. 322 E.) 432 H. und 2204 E. in 7 verschiedenen E.S. Grottenherten, Kirchherten, (173 H. 865 E.) Kirchtroisdorf.
13)	Sindorf , (Dorf S. 104 H. 536 E.) 278 H. und 1445 E. in 11 verschiedenen E.S. Horm.
14)	Türnich , (Dorf 58 H. 291 E.) 394 H. und 206 E. in 11 verschiedenen E.S. Balkhausen, Brüngen (116 H. 612 E.) Grefrath

VII. Verzeichniß der in dem Regierungs-Bezirk Köln provisorisch angestellten königl. Herren Land-Räthe, Kreis-Sekretäre, Bürgermeister und Beigeordnete, nach alphabetischer Ordnung der Kreise und Bürgermeistereien.

I. Kreis Bergheim.

Land-Rath: Herr Graf v. Beißel.

Kreis-Sekretär: Herr Braun.

Bürgermeistereien.

Bedburg. *Bürgm. Hr. W. Hutanus. Beig. Hr. P.J. Koerffgen.*

Bergheim. *Bürgm. Hr. A. Offermanns. Beig. Hr. W. Richter.*

Blatzheim. *Bürgm. Hr. W. Breuer (wohnt zu Bergerhausen), Beig. Hr. G. Scheidweiler (wohnt zu Nieder-Bohlem.)*

Buir. *Bürg. Hr. M. Rey. Beig. vacat.*

Caster. *Bürg. Hr. G. Dackweiler. Beig. Hr. F. Schmitz (wohnt zu Schunkenhof)*

Esch. *Bürg. Hr. J.M. Wolff (wohnt zu Ober-Embt). Beig. Hr. Schopen (wohnt zu Frankeshoven)*

Heppendorf. *Bürgerm. Hr. J. Wittmann (wohnt zu Haus Laach). Beig. Hr. Engels (wohnt zu Widdendorf)*

Hüchelhoven. *Bürgm. Hr. v. Braunfeld (wohnt zu Neuhof) Beig. Hr. J. Commeder (wohnt zu Harf) Beig. Hr. A. Kaumans.*

Paffendorf. *Bürg Hr. J. Broich (wohnt zu Glesch) Beig. Hr. A. Bernards.*

Pütz. *Bürgm. Hr. J. Hintzen. Beig. Hr. E.J. Goebbels (wohnen beide zu Kirchherten)*

Sindorf. *Bürgm. Hr. H.J. Dünwald. Beig. P.J. Preiß (wohnt zu Hemmersbach).*

Türnich. *Bürgm. Hr. J. Knott (wohnt zu Brüggem). Beig. Herr A. Siegen.“*

Matthias Koch

Das Tripskreuz in Bedburg

Das so genannte „Tripskreuz“ steht umrahmt von Lindenbäumen an der Ecke Bergheimer Straße/Am Tripskreuz gegenüber dem Haus Bergheimer Straße 32 in Bedburg. Um 2004 wurde das Denkmal restauriert.



Auf dem fast quadratischen Sockel ist auf der Vorderseite folgende Inschrift zu lesen:

*Zur christlichen Erinnerung
Edmund Graf Berghe von Trips
welcher den 9. September 18 [abgesplittert]
an dieser Stelle durch einen
Sturz und infolge [abgesplittert]
seinen Tod fand.
Betet Füreinander,
damit Ihr bereit seid.*

Diese Inschrift im Sockel auf der Vorderseite des Wegekreuzes beinhaltet zwei grobe Fehler:

Erstens ist der Vorname des Grafen falsch. In der mehrere hundert Jahre alten Ahnenreihe der Grafen Berghe von Trips gab es keinen Edmund. Vom Alter her könnte es Clemens August¹ oder sein Sohn Eduard Franz Oskar Clemens² gewesen sein.

Zweitens gibt es keinen Grafen der Familie Berghe von Trips, der in Bedburg tödlich verunglückt ist.

Umfassende Recherchen ergaben, dass in den Jahren 1850 und 1856 keine Aufzeichnungen über diesen Vorgang im Trips-Archiv sowie in den Archiven und den Standesämtern der Gemeinden Bedburg und Sindorf und dem Pfarrarchiv St. Lambertus in Bedburg vorliegen. Ebenfalls ließen sich keine Berichte in den damaligen Zeitungen finden.³

Es ist davon auszugehen, dass laut Hinweis von Frau Harke-Schmidt, Archivarin der Stadt Kerpen, möglicherweise Graf Eduard Franz Oskar Clemens um den 9. September des Jahres 1856 in Bedburg verunglückte. Seine zweiseitige Sterbeurkunde⁴ vom 17. Oktober 1856 wurde von der Stadt Köln ausgestellt. Darin werden zwar weder der Unfall noch die Stadt Bedburg als Unfallort, aber eine mehrwöchige Krankheit, die wohl vor dem Tod einen Ritt von Horrem nach Schloss Harff oder noch weiter ausschloss, erwähnt. Sein Vater Clemens August Graf Berghe von Trips starb 1850 in Kerpen, aber es existiert kein besonderer Hinweis auf einen Unfall in Bedburg oder eine längere Krankheit vor dem Tode.

¹ Clemens August Graf Berghe von Trips (*1789, +1.10.1850 Kerpen), verh. mit Friederike Maria Pauli aus der bekannten Kölner Postalterfamilie.

² Eduard Franz Oskar Clemens Graf Berghe von Trips (*1814 Erlangen, + 1856 Köln), verh. mit Berta Gräfin von Quandt zu Wyckrath und Isny.

³ Kölnische Zeitung 1850 bis 1856.

⁴ Sterbeurkunde Nr. 2494 der Gemeinde Köln aus dem Jahre 1856.

Beide Grafen waren die Vorfahren von Wolfgang Graf Berghe von Trips, dem 1961 verunglückten Autorennfahrer.

Auf der Rückseite des Kreuzsockels, wohl ehemals der Grabstein der Maria Sib. Esser, befindet sich ebenfalls eine Inschrift:

*An der Seite des Vaters und
zweier Schwestern ruht hier
die sterbliche Hülle der
Maria Sib.
Esser
ledigen Standes, welche 30 Jahre
alt am 17. Okt. 1819 gottselig
im Herrn entschlief.*

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die das Kreuz umgebende Flurbezeichnung schon vor fast 120 Jahren „Am Tripser Kreuz“ hieß.⁵

Der Bedburger Volksmund berichtet, der Graf sei (aus welchem Grund auch immer) vom Pferd gefallen.

Des Öfteren sind die Bischöfe aus Köln, von Bergheim kommend, bei ihren Dienstreisen in Bedburg von der Bedburger Geistlichkeit und vom Bürgermeister „Amt Tripskreuz“ empfangen worden.

Im Jahre 1950 ließ der damalige Graf Eduard Berghe von Trips auf einen Hinweis der Stadt Bedburg zur 100jährigen Wiederkehr des Unglücksfalles des Grafen Edmund hin das Kreuz von dem Bedburger Steinmetz Otto Somke restaurieren.⁶

⁵ Leonard KORTH, Volkstümliches aus der Erftniederung, Bonn 1891, S. 7.

⁶ Schriftverkehr der Stadt Bedburg und der Grafen Berghe von Trips'schen Rentei auf Burg Hemmersbach in Horrem aus den Jahren 1950/51.

Die politische Führungsschicht der Stadt Bergheim 1870 bis 1919

Nach der preußischen Besitznahme des Rheinlandes dauerte es drei Jahrzehnte, bis die französische Gemeindegesetzgebung 1845 durch die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz abgelöst wurde. Die Gemeindeordnung von 1845 ermöglichte es, dass Orte, die früher besondere Gemeinden gebildet hatten, als so genannte „Spezialgemeinden“ wieder errichtet wurden. Sie verblieben im Verband der Bürgermeistereien, hatten aber Vorsteher und Rat und einen besonderen Haushalt.¹ Die Bürgermeisterei Bergheim bestand seither aus den Gemeinden Bergheim (einschließlich Bergheimerdorf), Kenten, Quadrath (einschließlich Ichendorf), Wiedenfeld und Zieverich.² Die Spezialgemeinde Bergheim-Bergheimerdorf erhielt am 19. August 1872 vom Regierungspräsidenten den offiziellen Namen „Bergheim“ verliehen.³

Anders als in den übrigen Gemeinden der Bürgermeisterei Bergheim gab es in der Gemeinde Bergheim im 19. Jahrhundert keinen eigenen Gemeindevorsteher, sondern der Bürgermeister übte den Vorsitz des Gemeinderates aus. Der Gemeinderat bestand in Bergheim um 1860 aus einem „geborenen“ und 12 gewählten Mitgliedern.

Die Gemeindeordnung von 1845 führte in beschränktem Maße Wahlen zu den Gemeindevertretungen ein. Wahlberechtigt waren nur Männer über 25 Jahre, und zwar die Besitzer eines Wohnhauses, die von ihrem Eigentum einen Grundsteuerbetrag von zwei Talern jährlich zahlten. Gewählt wurde für einen Zeitraum von 6 Jahren nach dem Dreiklassenwahlrecht, das die Wähler entsprechend ihrer Steuerleistung in drei Klassen einteilte. 1882 gehörten im Wahlbezirk Bergheim, einem von drei Bergheimer Wahlbezirken, 10 Bürger der ersten, 32 der zweiten und 214 der dritten Klasse an. Die Stimmberechtigten der ersten und zweiten Klasse bestimmten ebenso wie die der dritten Klasse jeweils ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder. Hausbesitzer, die von ihrem Grundbesitz mindestens 50 Taler Gemeindesteuern entrichteten, waren kraft Gesetzes und ohne Wahl Ratsmitglieder (so genannte „geborene“ Mitglieder). Die Gemeinderatsmitglieder mussten von staatlicher Seite bestätigt werden.

¹ Otto Graf BEISSEL VON GYMnich, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, Bergheim 1899, S. 217 f.; Max BÄR, Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. 35), Bonn 1919, S. 278 ff.

² Carl Hubert Freiherr RAITZ VON FRENTZ, Statistische Darstellung des Kreises Bergheim für die Jahre 1859, 1860, 1861, Bergheim 1863, S. 141 ff.

³ Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt (Forum Jülicher Geschichte, Bd. 42), 2005, S. 176.

Bürgermeister und Beigeordnete wurden nicht gewählt, sondern vom Staat ernannt, wobei der Beigeordnete zuvor dem Gemeinderat angehören musste.

Bergheim hatte zu Beginn der preußischen Zeit die Bezeichnung „Stadt“ eingebüßt und galt jetzt nur noch als „Flecken“ oder Gemeinde. Erst 1898 erhielt Bergheim durch Regierungsbeschluss die Erlaubnis, wieder ein Siegel mit dem alten Stadtwappen und den damit verbundenen Titel „Stadt“ zu führen.⁴ Der Gemeinderat nannte sich seither wieder Stadtrat.

Die Protokollbücher des Gemeinderates der Stadt bzw. Spezialgemeinde Bergheim beginnen erst im Jahr 1870.⁵ Folglich lassen sich erst seit diesem Jahr die Gemeinderatsmitglieder erfassen. Im Jahr 1870 bestand der Gemeinderat aus insgesamt 13 Personen, darunter auch der Bürgermeister. Es waren dies folgende Personen, wobei die fehlenden Vornamen bzw. Berufe aus anderen Archivalien ergänzt worden sind:

Familienname	Vorname	Beruf
Füssenich	Gottfried	Tierarzt und Bürgermeister
Hartung	Ernst	Rendant
Linnartz	Franz	Gastwirt
Sartorius	Johann Salentin	Wundarzt
Metz	Matthias	Landwirt
Uhles	Franz Wilhelm	Rentner
Schrock	Anton	Mühlenbesitzer
Becker	Peter	Landwirt
Jülich	Matthias	Gastwirt
Bodewig	Johann Josef	Gastwirt/Kaufmann
Weidenbach	Peter	Hotelier
Rohe	Peter Josef	Gastwirt
Junggeburth	Theodor	Kaufmann

Bürgermeister und Vorsitzender des Rates war 1870 der Tierarzt Gottfried Füssenich. Er übte das Amt des Bürgermeisters noch ehrenamtlich aus und erhielt für seine Tä-

⁴ Ebenda, S. 176.

⁵ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 324 ff.

tigkeit eine Aufwandsentschädigung. Wie Gottfried Füssenich gehörte auch Johann Salentin Sartorius als Arzt zum Stand der Akademiker. Im Rat gab es damals zwei Landwirte, Matthias Metz und Peter Becker. Die Familie Becker wohnte innerhalb der Stadtmauern. Im Bezirk der ehemaligen Stadt dominierten naturgemäß Handwerker, Kaufleute, Beamte und Angestellte und Personen, die in der Gastronomie tätig waren, nicht zu vergessen das zahlreiche Dienstpersonal des Bürgertums. Die Gastronomen wurden durch fünf Mitglieder im Rat vertreten, darunter ein Hotelbesitzer. Der Wirt Johann Josef Bodewig betätigte sich jedoch neben seinem Beruf als Gastwirt auch als Kaufmann, ohne dass wir jedoch wissen, in welcher Branche er arbeitete. Die Kaufleute stellten lediglich einen „Verordneten“. Der Verwaltung entstammte Ernst Hartung. Er war Rendant, also wohl Steuereinnahmer. Dann gab es noch den Mühlenbesitzer Anton Schrock, dem die Mühle innerhalb der Stadt an der Mühlenertf gehörte. Bei Franz Wilhelm Uhles kennen wir leider den Beruf nicht. Wir erhalten also folgende prozentuale Verteilung:

Gewerbe	Personen	Prozent
Gastronomie	5	38,46 %
Akademische Berufe	2	15,38 %
Landwirte	2	15,38 %
Beamte/Angestellte	1	7,69 %
Kaufleute	1	7,69 %
Grundbesitzer	1	7,69 %

Eine der tonangebenden Familien im Bergheimer Rat dürfte damals die Familie Bodewig gewesen sein. Der Ratsangehörige Johann Josef Bodewig stammte von dem Kaufmann Johann Bodewig ab (siehe Anhang 2). Er war von Beruf Wirt, betätigte sich nebenher aber auch als Kaufmann. Die Familie stand in einem solchen Ansehen, dass sein Bruder Leopold die Adlige Henriette von Gartzen heiratete. Johann Josef Bodewig hatte in erster Ehe Gertrud Ehlen geheiratet, die Tochter des Weinhändlers Sebastian Ehlen. Sebastian Ehlen wiederum war ein Bruder des Arztes und Ratsmitgliedes Bartholomäus Ehlen. In zweiter Ehe ehelichte Johann Josef Bodewig Helena Petronella Uhles, die Tochter des Gerichtsschreibers Emanuel Uhles und Verwandte des Ratsherrn Franz Wilhelm Uhles. Von den vier Kindern aus zweiter Ehe heiratete die älteste Tochter Maria Elisabeth Josefine den Arzt Dr. Jakob Julius Dietzer, welcher 1886 im Rat anzutreffen ist, das jüngste Kind Maria den Bergheimer Bürgermeister Johann Josef Commer. Die Familie Bodewig war also mit mehreren im Rat vertretenen Familien verwandt, sogar mit dem Bergheimer Bürgermeister.

Bereits im Jahr 1872 kamen durch Wahl und landrätliche Bestätigung vier neue Mitglieder hinzu, die ausscheidende ablösten: der Freiherr Pius von dem Bongart, Gerhard Niessen, NN Abels und Johann Herzog. In den folgenden Jahren wurde der Rat

dann um weitere Mitglieder ergänzt. Eine vollständige Liste besitzen wir erst wieder für die Jahre 1876 bis 1878. 1878 bestand der Rat aus 12 Mitgliedern, während es 1877 noch 13 Mitglieder gewesen waren. Folgende Personen gehörten in dieser Zeit dem Rat an:

Familienname	Vorname	Beruf
Hartung	Ernst	Rendant
Becker (sen.)	Peter	Landwirt
Meyer (sen.)	Peter	Gastwirt
Heinrichs	Johann	Druckereibesitzer
Schrock	Anton	Mühlenbesitzer
Falk	Sigismund	Jude/Metzger
Weidenbach	Peter	Hotelier
Herzog	Johann	Kaufmann
Jülich	Matthias	Gastwirt
Breuer	Johann	
Schoengen	Josef	Tierarzt
Linnartz	Franz	Gastwirt
Alken	Heinrich	Apotheker

Fünf Personen des Rates von 1870 saßen auch 1876 bis 1878 im Bergheimer Rat. Mit dem Tierarzt und dem Apotheker gehörten wiederum zwei Vertreter dem akademischen Stand an. Die Landwirte, Beamte bzw. Angestellte, Kaufleute und Handwerker waren mit je einer Person vertreten, die Gastwirte bzw. Hoteliers stellten diesmal vier Vertreter. Während der Mühlenbesitzer Anton Schrock ein traditionelles Gewerbe betrieb und der wohl wohlhabendste Bürger Bergheims gewesen sein dürfte, ist jetzt auch ein Vertreter eines ausgesprochen modernen Berufes anzutreffen: der Druckereibesitzer und Herausgeber des „Intelligenzblattes für den Kreis Bergheim und den Landkreis Köln“ Johann Heinrichs. Bemerkenswert ist auch, dass in diesen Jahren ein Jude, der Metzgermeister Sigismund Falk, im Rat zu finden ist. Die Juden stellten in der Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 10 % der Bergheimer Bevölkerung.

Zwischen 1878 und 1886 schieden 6 Ratsmitglieder aus dem Rat aus; es rückten nach: Cornelius Franz Lempfrid, Johann Wilhelm Crumbach, Heinrich und Josef Ro-

he, Johannes Rasquin und Dr. Julius Dietzer. Der Gemeinderat setzte sich 1886 wie folgt zusammen:

Familienname	Vorname	Beruf
Weidenbach	Peter	Hotelier
Herzog	Johann	Kaufmann
Lempfrid	Cornelius Franz	Rentmeister
Heinrichs	Johann	Druckereibesitzer
Becker	Peter	Landwirt
Crumbach	Johann Wilhelm	Landwirt
Rohe	Heinrich	Bäckermeister
Rohe	Josef	Kaufmann
Rasquin	Johannes	Schuster/Schuhverkäufer
Dr. Dietzer	Julius	Arzt
Meyer	Peter	Gastwirt
Schrock	Anton	Mühlenbesitzer

Aus dem für 1870 überlieferten Rat hatten sich bis 1886 drei Personen halten können. Der Einfluss der Gastronomen war stark zurückgegangen. Sie stellten nur noch zwei Personen im Rat. Dafür hatte sich die Zahl der Kaufleute auf zwei erhöht, die übrigen Berufsgruppen waren in ihrer Gewichtung gleich geblieben.

Erstmals saßen jetzt zwei nahe Verwandte im Rat: der Bäckermeister Heinrich Rohe und der Kaufmann Heinrich Josef Hubert Rohe. Sie waren Vettern. Heinrich Josef Hubert war der Sohn des ehemaligen Stadtrates und Wirtes Peter Josef Rohe (siehe Anlage 1).

In dem Zeitraum von 1886 bis 1895 schieden 6 Mitglieder aus. Von Peter Meyer ist bekannt, dass er verstarb und an seine Stelle Matthias Jülich rückte. Offensichtlich wurde beim Ausscheiden eines Ratsmitgliedes innerhalb einer Wahlperiode der Rat durch Nachwahl ergänzt. Aufgrund dieses Wahlverfahrens fand die Neuwahl der Ratsmitglieder nicht am selben Tage statt, sondern bei Ablauf von jeweils 6 Jahren nach der Erstwahl. Außer Matthias Jülich zogen damals in den Rat ein: Johann Heinrich Knott, Johann Bodewig, Lambert Knüchel, Matthias Becker und Carl Hagemann.

Der Stadtrat bestand 1895 aus folgenden Personen:

Familienname	Vorname	Beruf
Rohe	Josef	Kaufmann
Rohe	Heinrich	Bäckermeister
Knott	Johann Heinrich	Konditor
Bodewig	Josef	Kaufmann
Herzog	Johann	Kaufmann
Becker	Peter	Landwirt
Knüchel	Lambert	Gärtnereibesitzer
Jülich	Matthias	Gastwirt
Heinrichs	Johann	Druckereibesitzer
Becker	Matthias	Kreissparkassenrendant
Hagemann	Carl	Gerichtsschreiber
Weidenbach	Peter	Hotelier

1898 wurden vier Mitglieder neu in den Rat gewählt: Franz Niessen, Heinrich Schallenberg, Peter Bodden, Ferdinand Bors, 1901 Johann Bommer, 1905 Dr. Franz Hillebrand, 1906 Freiherr Pius von dem Bongart, 1908 August Brücher und Ludwig Geene. Der Rat bestand 1908 aus folgenden Personen:

Familienname	Vorname	Beruf
Heinrichs	Johann	Druckereibesitzer
Becker	Matthias	Kreissparkassenrendant
Bodden	Peter	Metzgermeister
Rohe	Josef	Kaufmann
Knüchel	Lambert	Gärtnereibesitzer
Niessen	Franz	Landwirt/Gastwirt
Schallenberg	Heinrich	Landwirt
von dem Bongart	Pius	Schlossbesitzer
Brücher	August	Bauunternehmer
Geene	Ludwig	Kupferschmied

Weidenbach	Peter	Hotelier
Bommer	Johann	Schlosser

Diese 12 Ratsmitglieder amtierten auch noch 1913. Das Mandat des Freiherrn Pius von dem Bongart verwundert zunächst, da er auf Schloss Paffendorf wohnte und dieses zur Bürgermeisterei und Gemeinde Paffendorf gehörte. Ein Großteil der Ländereien des Paffendorfer Adelsbesitzes lag jedoch auf dem Gebiet der Stadt Bergheim. Vermutlich ist daher seine Zugehörigkeit zum Bergheimer Stadtrat zu erklären.

An dieser Stelle müssen zwei Männer hervorgehoben werden, die dem Rat über viele Jahrzehnte angehörten und ihn mit Sicherheit entscheidend mitprägten: Johann Heinrichs und Peter Weidenbach.

Johann Heinrichs war am 17. April 1840 geboren. In den 60er Jahren wurde er Teilhaber der Firma des Buchdruckers Leonard Moeker in Bergheim. 1867 erwarb er das Haus Hauptstraße 48 und verlegte, jetzt unabhängig von Leonard Moeker, hierin seinen Druckereibetrieb. 1881 erwarb er dann von dem Juden Sigismund Falk das Haus Hauptstraße 61, in dem er seine Druckerei betrieb und das *„Intelligenzblatt für den Kreis Bergheim und den Landkreis Köln“*, den Vorläufer der *„Bergheimer Zeitung“* herausgab. Johann Heinrichs war mit Maria Katharina Mohren verheiratet und hatte mit ihr mehrere Kinder. Am 20. Mai 1905 verkaufte Johann Heinrichs den Verlag, die Druckerei, das Ladengeschäft und Grundstück an den Euskirchener Zeitungsverleger und Buchdrucker Peter Doepgen. Er trat damit in den Ruhestand. Johann Heinrichs ist am 16. August 1916 gestorben.⁶

Peter Josef Weidenbach wurde am 13. November 1834 in Köln geboren. Er war von Beruf Pharmazeut und hatte in der Bedburger Apotheke gearbeitet. 1858 heiratete er die Bergheimerin Hubertine Wilhelmine Hons. Von der Familie seiner Ehefrau erwarb er 1857 das *„Hotel de la Maison Rouge“* in der Hauptstraße in Bergheim. Er bereicherte seinen Bergheimer Besitz 1861 durch die Bergheimer Posthalterstation, die er von der Witwe des Posthalters Anton Oepen kaufte. Beide gegenüber liegenden Häuser betrieb er als Hotelbetrieb (Hotel Weidenbach). 1870 saß er im Bergheimer Gemeinderat, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Er wurde auch Erster Beigeordneter Bergheims und saß seit 1898 auch als Abgeordneter im Kreistag. Peter Josef Weidenbach ist am 22. März 1914 verstorben.⁷

1914 traten in den Stadtrat ein: Heinrich Kleu und Wilhelm Metz. Verstorben war der Beigeordnete Peter Weidenbach, der dem Stadtrat seit mindestens 1870 angehörte. 1917 wurden in den Rat gewählt: Johann Moll, Peter Meyer und Johann Josef Wolff.

⁶ Ferdinand L. DOEPGEN, 150 Jahre Verlag und Buchdruckerei (1832-1982), Festschrift Bergheim 1982.

⁷ Zahlreiche Informationen über Peter Josef Weidenbach verdanke ich freundlicherweise seiner Urenkelin Ellen Hammer, Ahornweg 16, 91356 Kirchehrenbach.

1918 verstarben die Stadtratsmitglieder Matthias Becker und Josef Rohe. In den Jahren 1918 und 1919 setzte sich der Stadtrat wie folgt zusammen:

Familienname	Vorname	Beruf
Bodden	Peter	Metzgermeister
Schallenberg	Heinrich	Landwirt
Meyer	Peter	Kaufmann
Metz	Wilhelm	Landwirt
Brücher	August	Bauunternehmer
Wolff	Johann Josef	Schulrat
Bommer	Johann	Schlosser
Dr. Hillebrand	Franz	Kreisarzt
Moll	Johann	Landwirt
Mausbach	Bernhard	Notar
Müller	Johann	Klempnermeister
Kleu	Heinrich	Beamter

Mit dem Schulrat Johann Josef Wolff, dem Kreisarzt Dr. Franz Hillebrand und dem Notar Bernhard Mausbach saßen jetzt drei Vertreter akademischer Berufe im Rat (= 25 %). Die Handwerker stellten ebenfalls drei Personen (= 25 %). Die Landwirte und Beamten bzw. Angestellten bildeten mit jeweils zwei Personen (= 16,66 %) die drittstärkste Gruppe. Die Kaufleute, die Unternehmer waren jeweils mit einer Person vertreten. Auffällig ist, dass die einst stärkste Gruppe, die Gastronomen, ganz aus dem Rat verschwunden waren. Arbeiter wurden offenbar bis 1919 aus dem Rat ferngehalten wie überhaupt Angehörige der Unterschichten.

Welche politische Richtung die Stadträte vertraten, geht aus den erhaltenen Quellen leider nicht hervor. Als erste Partei auf Bergheimer Boden wurde 1911 das Zentrum gegründet („Zentrumspartei für die Stadt Bergheim“).⁸ Die anderen Parteien entstanden erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Erster Vorsitzender des Zentrums wurde Schulrat Johann Josef Wolff, sein Stellvertreter der Notar Bernhard Mausbach. Als am 10. November 1919 die erste allgemeine, gleiche und freie Wahl in Deutschland durchgeführt wurde, zogen für das Zentrum mehrere Personen in den neuen

⁸ Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt, S. 223 f.

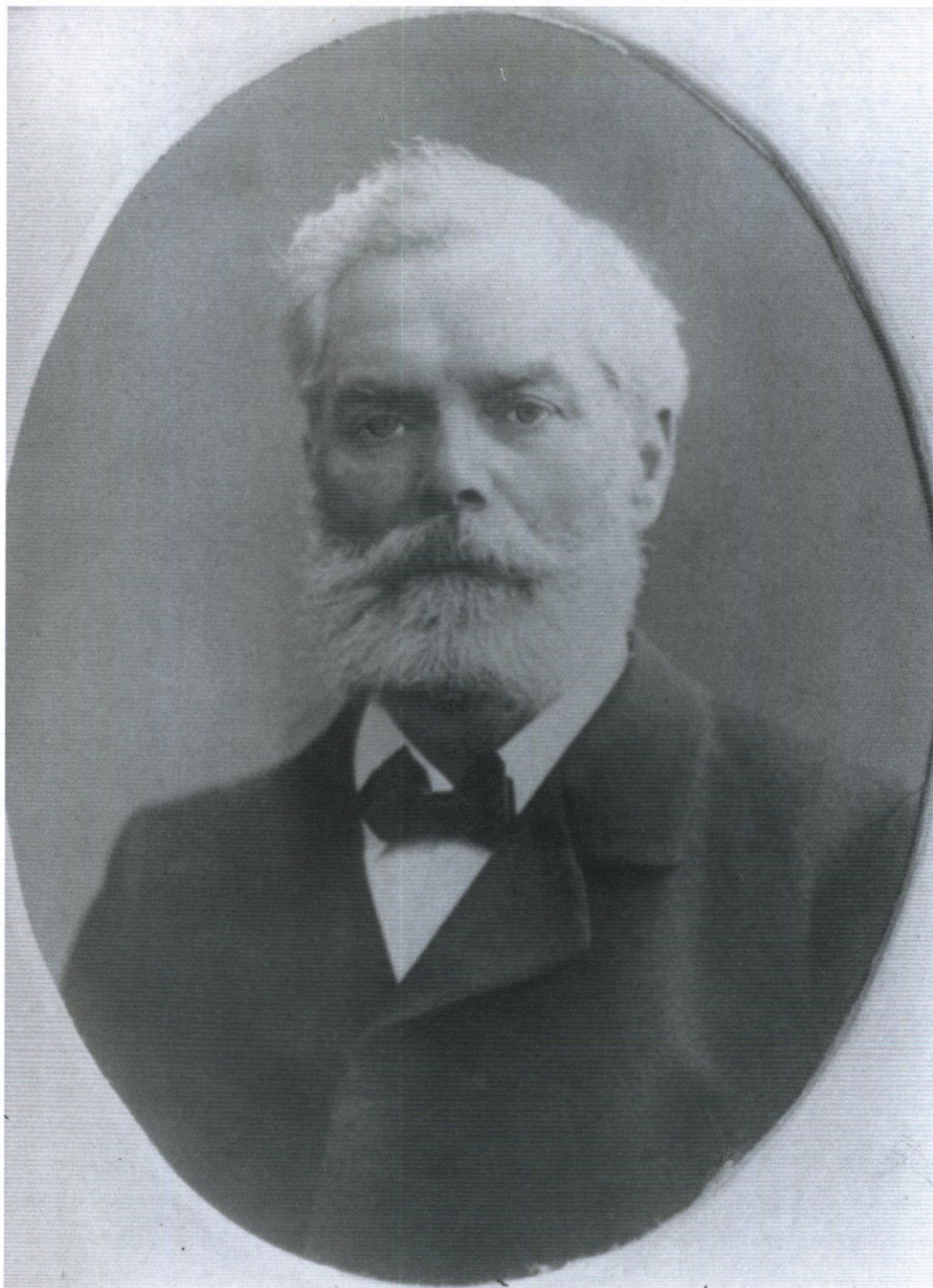
Stadtrat, die auch bereits dem alten angehört hatten. Es waren dies Johann Josef Wolff, August Brücher, Bernhard Mausbach und Heinrich Kleu. Keines der übrigen Mitglieder des alten Rates rückte für eine andere Partei in den neuen Stadtrat.⁹ Erster Gemeindevorsteher wurde Peter Bodden, d.h. er muss auch dem Zentrum angehört haben, sonst wäre er nicht gewählt worden.

Wir dürfen davon ausgehen, dass die politische Führungsschicht der katholisch geprägten Stadt Bergheim in der Zeit zwischen 1870 und 1919 mit dem Zentrum sympathisierte. Insgesamt gesehen lässt sich sagen, dass die politische Vertretung der Bürger nur einen Teil der Bürgerschaft repräsentierte. Frauen überhaupt, aber auch sozial schwachen Schichten wie Arbeitern, Dienstpersonal und Tagelöhnern blieb das Ratsmandat verwehrt. Umgekehrt finden sich aber auch keine Angehörige des Großbürgertums - wie Industrielle oder größere Unternehmer - in der Stadt- bzw. Gemeindevertretung. Akademiker und Gastwirte waren in Relation zur Bevölkerung überproportional vertreten. Viele Ratsherren gehörten über Jahrzehnte dem Rat an und prägten damit die Entwicklung ihres Gemeinwesens. Zwar ist zu beobachten, dass manche Ratsherren miteinander in verwandtschaftlichen Beziehungen standen; dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit den Verhältnissen im Rat des Alten Reiches. Dort spricht man auch von „Ratsverwandten“, weil nur bestimmte Familien die Ratsherren stellten und miteinander verwandt waren. Dort folgte in der Regel der Sohn auf den Vater. Der Rat der Zeit zwischen 1870 und 1919 gehört zwar noch einer vordemokratischen Epoche an, aber dennoch ist man berechtigt zu sagen, dass er offen war für alle Berufsgruppen, Bevölkerungskreise und Familien des mittelständischen Bürgertums, sofern es Männer waren.

⁹ Ebenda, S. 225 f.



Gottfried Füssenich, Tierarzt und Bürgermeister, geb. 6.1.1820, gest. 1871 (Foto: Familie Wunsch, Bergheim)



Johann Heinrichs, Buchdrucker, geb. 17. April 1840, gest. 16. August 1916 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

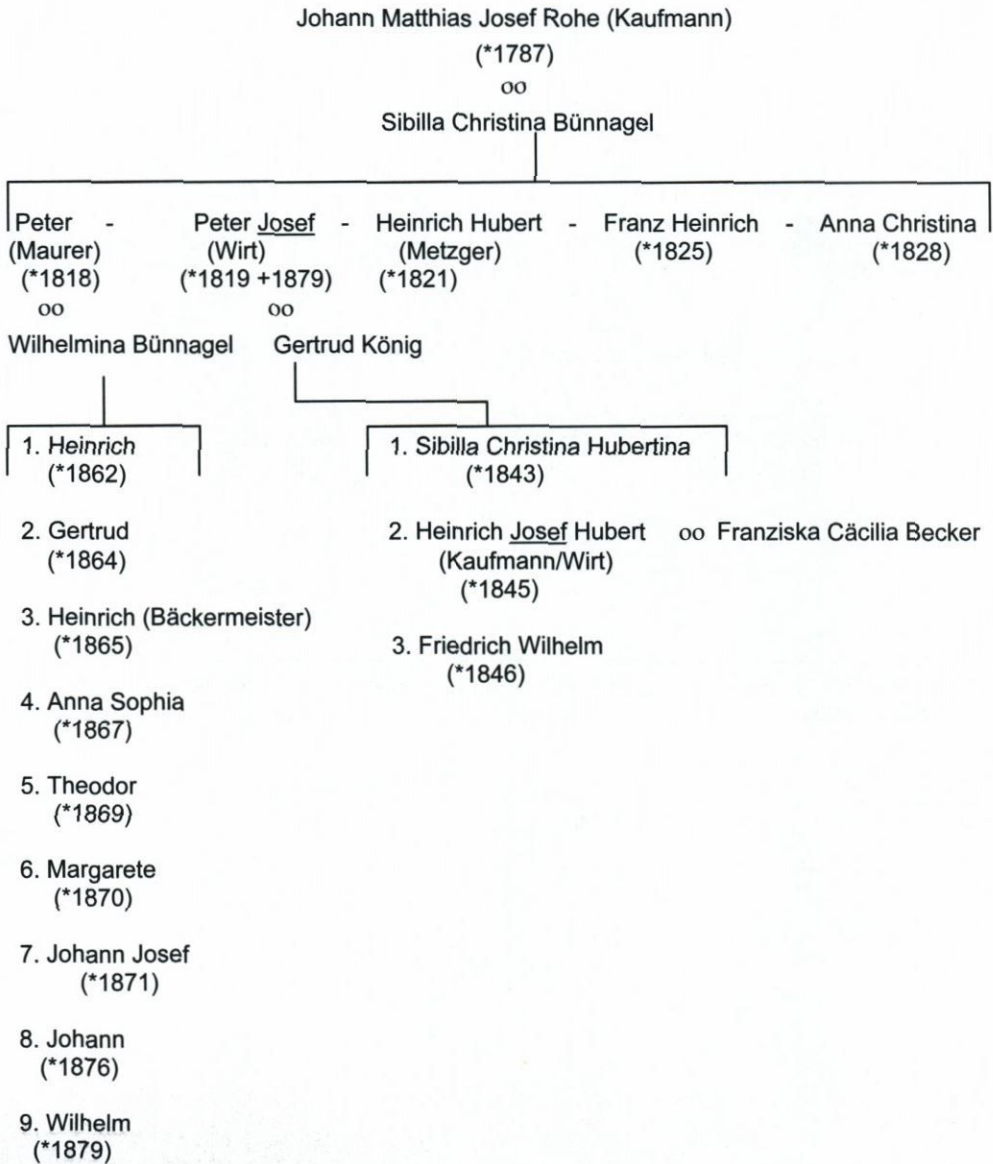


Peter Weidenbach, geb. 13.11.1834 , gest. 22.3.1914 (Foto: Ellen Hammer)



Lambert Knüchel mit Familie, geb. 19.2.1843, gest. 9.3.1917 (Foto: Wolfgang Sturm)

Anlage 1: Stammbaum der Familie Rohe



Anlage 2: Stammbaum der Familie Bodewig

Johann Bodewig (Kaufmann)
(*1769 + 1842)

oo

Christina Mansteden
(*1770 + 1844)

1. Anna Margareta (*1797 + 1864)	2. Adelheid (*1799)	3. Leopold (*1800) (Kaufmann)	4. Franz Jakob (*1802 + 1873) (Kaufmann)	5. Johann Josef (*1806 + 1880) (Wirt/Kaufmann)	6. Anna Maria (* 1808)
-------------------------------------	------------------------	-------------------------------------	--	--	---------------------------

oo

Henriette von Gartzen

oo

1. Ehe Gertrud Ehlen

1. Christina Theresia (*1835 + 1841)	2. Johann Carl Josef (*1837 + 1838)	3. Wilhelm Carl Josef (*1840 + 1840)
---	--	---

2. Ehe Elisabeth Uhles

1. Maria Elisabeth Josefine (*1843 + 1862)	2. Magaretha Hubertina Wilhelmina (*1845)	3. Maria Helena (*1847)	4. Maria (*1851 + 1874)
---	--	----------------------------	----------------------------

oo

Dr. Jakob Julius
Dietzer

oo

Peter Heinrich
Rudolf Moubis

oo

Dr. Jakob Julius
Dietzer

oo

Johann Josef
Commer
(Bürgermeister)

Die „landwirtschaftliche Winterschule“ in Bergheim

Von der Gründung bis zur Errichtung eines Neubaus in Bergheim (1907)



Abb. 1: Die landwirtschaftliche Winterschule des Kreises Bergheim auf einer zeitgenössischen Postkarte

Am 4. November 1891 nahm eine „landwirtschaftliche Winterschule“ in Elsdorf ihren Betrieb auf. Es war die erste Schule dieser Art im östlichen Teil der Köln-Aachener Bucht, die neben dem Kreis Bergheim auch noch die Kreise Köln und Jülich betreute. Als 1896 im Kreis Jülich eine eigene Schule errichtet wurde, wurde die Schule in die zentraler gelegene Kreisstadt verlegt.¹ Träger war zunächst der landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen.² Grundlage für die Errichtung und den Betrieb der Winter-

¹ Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle Bergheim/Erf 1891–1966. Bergheim 1966, S. 7.

² Otto Graf BEISSEL VON GYMNIICH, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98. Bergheim 1898, S. 102 ff.

schulen war das „Statut für die Winterschulen des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen“.³ Geleitet wurde die Schule von einem Direktor (§ 9 des Statutes), dem ein Ortskuratorium (§§ 15ff. des Statutes) zur Seite stand. Dem Kuratorium gehörten im Jahre 1898 an:

1. der Landrat des Kreises Bergheim, Otto Graf Beissel;
2. der Bürgermeister Commer aus Bergheim;
3. der Direktor der Lokal-Abteilung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, Rittergutbesitzer Franz Zillikens zu Asperschlag;
4. der Landrat des Landkreises Köln, von Dreyse;
5. der Pfarrer Lauterborn aus Bergheim;
6. der Direktor der Winterschule, Osterspey;
7. die Gutsbesitzer J.A. Breuer zu Groß-Mönchhof und Mathias Simons zu Fliesteden.⁴

Der Schulbezirk umfasste die Kreise Bergheim und Köln (Land). Mittel zur Unterhaltung der Schule wurden durch Zuschüsse des Staates, der Provinzial-Verwaltung, der beteiligten Kreise und der Schulortgemeinde bereitgestellt (§ 4 des Statutes). Das Schulgeld betrug 20 Mark je Schüler und Semester (§ 7 des Statutes).

Nach der Gründung der Landwirtschaftskammer im Jahre 1899 wurde die Schule, wie die anderen Schwesteranstalten in der Rheinprovinz auch, von der Kammer übernommen.⁵

Die Bergheimer Winterschule war eine einklassige Fachschule. Die Lehrgangsdauer betrug zwei aufeinander folgende Wintersemester. Der Unterricht begann alljährlich Anfang November und endete Ende März. Aufnahmefähig waren „Knaben“, die mindestens 15 Jahre alt sein mussten. Zweck der Schule war es, jungen Landwirten aus klein- und mittelgroßen bäuerlichen Betrieben Kenntnisse der naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesetze, die die Grundlage zum praktischen Betrieb der geistigen Landwirtschaft bildeten, zu vermitteln. Dabei wurden die Kenntnisse, die in der Volksschule vermittelt wurden, erweitert und gefestigt, wie auch das religiöse Bewusstsein gefördert werden sollte. Der Lehrplan umfasste folgende Fächer: 1. Grundlehre der Chemie, 2. allgemeine und spezielle Tierzucht, 3. Physik, 4. allgemeine Wirtschaftslehre, 5. Buchführung, 6. deutsche Sprachlehre, 7. Rechnen und Raumlehre, 8. Zeichnen und Feldmessen, 9. Pflanzenbau, 10. Landwirtschaftliche

³ Auszüge siehe Dokumentation 1 am Schluss des Artikels.

⁴ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIICH, ebenda.

⁵ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIICH, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909, Brauweiler 1909, S. 144.

Baugesuch
für einen Landwirthschafts-
Schule für

Bergheim-Kreis

Nr. 2390.

Bergheim, den 14. Mai 1906

15
Nr. 256

Kaufabgabe in beifolgender
den Unterlagen befindet sich Bergheim,
Lageplan, Grundbesitzplan, Kataster
Verzeichnung, in bezug auf die Eintheilung
entsprechend der Kreis Bergheim, den
Verträgen einer Landwirthschaftsschule
Schule in Bergheim, Kreis F
324/199 und 3266/148 am 10. März 1906.
Johann Beissel

S. Beissel

Sie bitte zu Ehren Herrschaft
haben die beigefügten Genehmigungen
gebilligt zu werden

Der Kreisrichter
Herr Graf Beissel

Graf Beissel

Der Herr von Bergheim
zu Bergheim

Abb. 2: Baugesuch vom 14. Mai 1906, unterschrieben von Landrat Graf Beissel von Gymnich

⁶ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIICH, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, S. 102 ff.

Näheres über den Schulbetrieb ist Berichten der BERGHEIMER-ZEITUNG aus dem Jahre 1906 zu entnehmen.

Unter dem Datum 30.4.[1906] ⁷ wurde zunächst über die Generalversammlung des Vereins ehemaliger Winterschüler in der Restauration Schrock berichtet. Eingehend beschäftigte sich die BERGHEIMER-ZEITUNG dann mit dem 15. Jahresbericht der landwirtschaftlichen Winterschule. Sie schrieb u.a.: „Die Anstalt zählte in dem zu Ende gehenden Wintersemester 26 Schüler, von denen 4 dem dritten, 11 dem zweiten und 11 dem ersten Semester angehörten. Die alljährlich stattfindende Revisionsprüfung fand am 24. März statt. Im Laufe des Wintersemesters unternahm die Schule mehrere Exkursionen nach benachbarten Gütern. Die Bibliothek und Lehrmittelsammlung wurde durch den Zukauf sowie durch Geschenke wieder reichlich vermehrt...“.

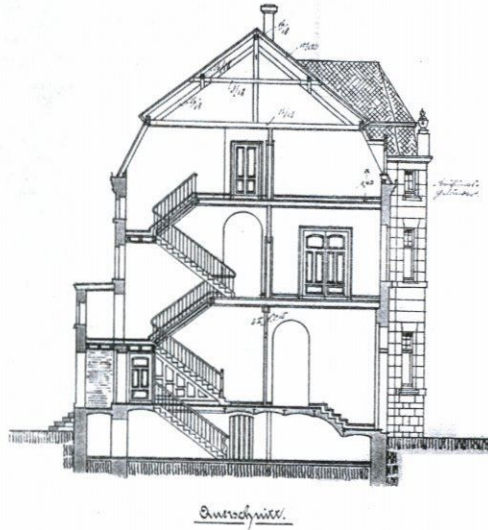


Abb. 3: Querschnitt von der Bethlehemer Straße gesehen.

Über die Schlussprüfung des Wintersemesters 1905/06 schrieb die BERGHEIMER-ZEITUNG⁸: „Schlußprüfung an der landwirtschaftlichen Winterschule. Im Saale des Hotel Weidenbach fand am vorigen Samstag die öffentliche Schlussprüfung der hiesigen landwirtschaftlichen Winterschule statt. Zu derselben hatten sich mehrere Mitglieder des Kuratoriums – der Vorsitzende desselben, Herr Landrat Graf Beissel und einige Mitglieder waren leider verhindert – sowie viele Eltern der Schüler und sonstige Freunde und Gönner der Anstalt eingefunden. Herr Direktor Scholz begrüßte die Anwesenden und dankte ihnen für ihr Erscheinen und das der Schule bewiesene Wohlwollen und bat, dasselbe auch für die Zukunft der Anstalt erhalten zu wollen. Die Prüfung erstreckte sich auf Rechnen, Chemie, Deutsch, Tierzucht, Feld messen und Wirtschaftslehre. Der Verlauf der Prüfung zeigte, dass Lehrer und Schüler keine Mühe gescheut hatten, um am Schlusse des Semesters etwas Ganzes und Vollkommenes zu zeigen, von dem die Schüler auch in ihrem spätern Leben wirklichen Nutzen und Vorteil zu erwarten haben. Beide Teile, Lehrer wie Schüler, können mit Genugtuung und gerechtem Stolz auf die gemeinsame Arbeit zurückblicken, welche beweist, dass bei beiderseitigem guten Willen und Fleiß vieles erreicht werden kann.“

⁷ Archiv der Rhein-Erft-Kreises, BERGHEIMER-ZEITUNG vom 31.3.1906.

⁸ Archiv der Rhein-Erft-Kreises, BERGHEIMER-ZEITUNG vom 4.4.1906.

Zum Schlusse dankte Herr Direktor Scholz der Lokalabteilung Bergheim für die bewiesene Unterstützung und richtete einige Worte der Ermahnung an die Schüler und bat sie, auch fernerhin der Schule ein gutes Andenken zu bewahren.

Sämtlichen Schülern wurden Prämien überreicht, welche aus dem von der Lokalabteilung Bergheim bewilligten Zuschusse beschafft worden waren. Zur Eröffnung der Prüfung und am Schlusse derselben wurden von zwei Schülern je eine Deklamation recht lebendig zum Vortrag gebracht.“

Zum ersten Direktor der Schule wurde zum 1. Juli 1891 Herr Taurke bestellt. Ihm folgte am 1. Oktober 1895 der bis dahin in Simmern tätig gewesene Herr Osterspey. Osterspey schied am 15. Januar 1901 aus dem Dienst aus, um „*einem ehrenvollen Rufe als Direktor an die Landwirtschaftsschule in Frankenthal, Rheinpfalz*“ zu folgen.

Sein Nachfolger, Direktor Dr. Hardt, war nur ein Jahr in Bergheim tätig.

Am 1. Februar 1902 trat der Nachfolger Herr Scholz seinen Dienst in Bergheim an.⁹ Während seiner Amtszeit entstand das erste, der Winterschule gewidmete Schulhaus. Die ersten Jahre in Bergheim fand der Unterricht in Privathäusern statt, die wegen der stetig wachsenden Zahl von Schülern bald jedoch nicht mehr ausreichten.¹⁰

Am 5. Januar 1897 beschloss die Armenverwaltung der Pfarre Bergheim unter dem Vorsitz von Bürgermeister Commer, ein in ihrem Besitz befindliches Haus für die Zwecke der Winterschule auf Mietbasis zur Verfügung zu stellen.¹¹

Doch auch dieses Haus war schnell unzulänglich. Der Kreisausschuss des Kreises Bergheim stellte in seinem Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1906 fest, dass das von der Bergheimer Armenverwaltung angemietete Haus nicht mehr den Bedürfnissen für einen zeitgemäßen Unterricht entsprach. Er führte aus: „*Gelegentlich der Abschlussprüfung der hiesigen Winterschule im Jahre 1905 wurde festgestellt, dass die in dem derzeitigen Winterschulgebäude vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr ausreichten. Insbesondere fehlte es an einem Raume zur Aufbewahrung der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Bücherei und fehlte weiter ein Raum zur Vorführung notwendiger Experimente vor den Schülern. Auch war die Direktorwohnung äußerst beschränkt und entsprach endlich der Schulsaal nicht mehr der erhöhten Schülerzahl.*“¹²

⁹ Festschrift, S. 13.

¹⁰ Festschrift, S. 7.

¹¹ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 514.

¹² Archiv des Rhein-Erft-Kreises, A 891 (Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Kreises Bergheim für das Etatsjahr 1906), S. 21.

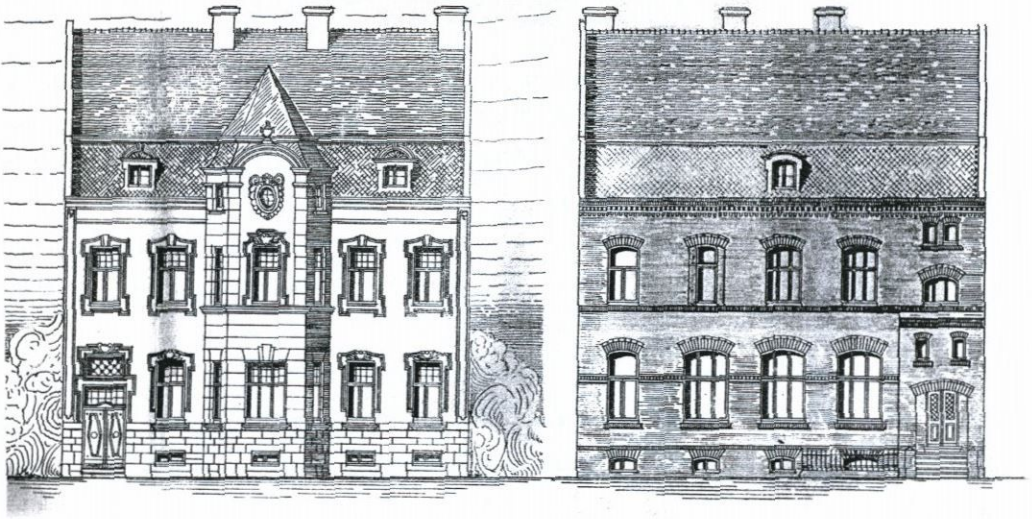
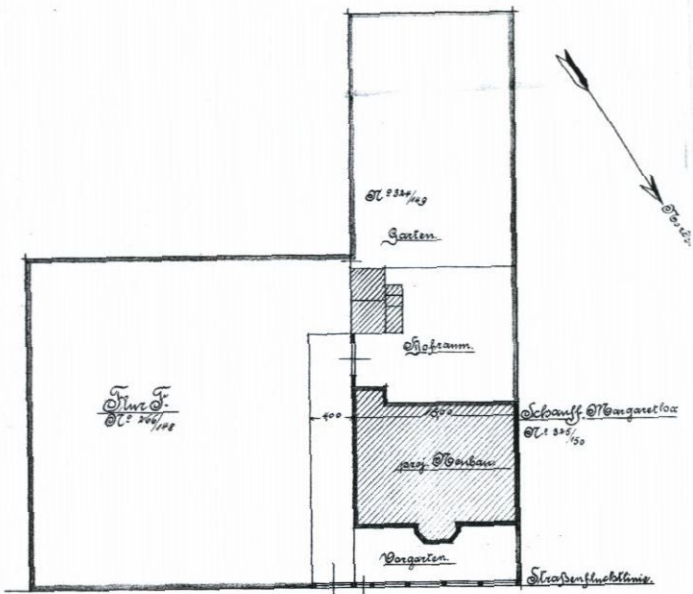


Abb. 4-6: Oben: Straßen- und Hofansicht, unten: Lageplan



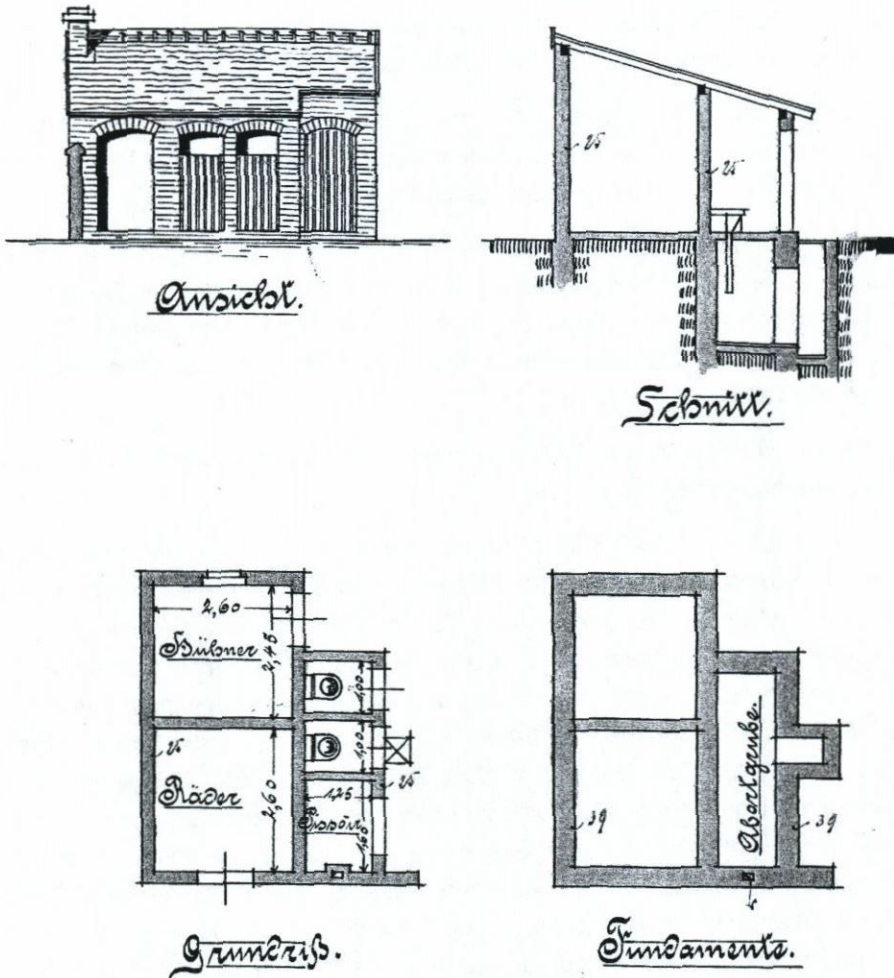


Abb. 7: Nebengebäude im Hof mit Toilettenanlage, die für den Anschluss an das noch zu errichtende Kreiswasserwerk vorgesehen war, Fahrradabstellraum und Hühnerstall.

Die Verhandlungen mit der Bergheimer Armenverwaltung über einen modernen Anbau an das bestehende Haus, führten nicht zu einem wirtschaftlichen Ergebnis. Daraufhin beschloss der Kreistag des Kreises Bergheim in seiner Sitzung vom 31. März 1906 den Neubau eines Winterschulgebäudes mit Direktorwohnung und bewilligte die erforderlichen Mittel in Höhe von 27.000 Mark. Weiter beschloss der Kreistag die Bildung einer aus den Mitgliedern Hans Simon Baumeister zu Hemmersbach und Fabrikdirektor Becker zu Geretzhoven bestehenden Kommission und stattete sie mit entsprechenden Vollmachten aus.

Die Kommission erwarb von der Armenverwaltung der Pfarre Bergheim und dem Bauverein der Stadt Bergheim ein 18 ar großes Grundstück an der Kaiser-Wilhelm-Straße [heute: Schützenstraße] zum Kaufpreis von 5.200 Mark.¹³

Mit der Planung und Bauausführung des mit 23.280 Mark veranschlagten Neubaus wurde Kreisbaumeister Anton Ruland beauftragt, der die Planung mit der Landwirtschafts-Kammer für die Rheinprovinz abgestimmt hatte.¹⁴

Der Bauantrag wurde am 15. Mai 1906 beim Bürgermeisteramt Bergheim eingereicht. Bereits am 25. Mai des Jahres wurde von Bürgermeister Commer der Bauschein erteilt. Verwunderlich ist diese kurze Bearbeitungszeit sicher nicht, sieht man, dass Entwurfsverfasser und baupolizeilicher Prüfer in der Person des Kreisbaumeisters Ruland vereint waren.

Die Bauarbeiten wurden im Juni 1906 begonnen, und im September 1907 konnte das Gebäude bezogen werden.¹⁵

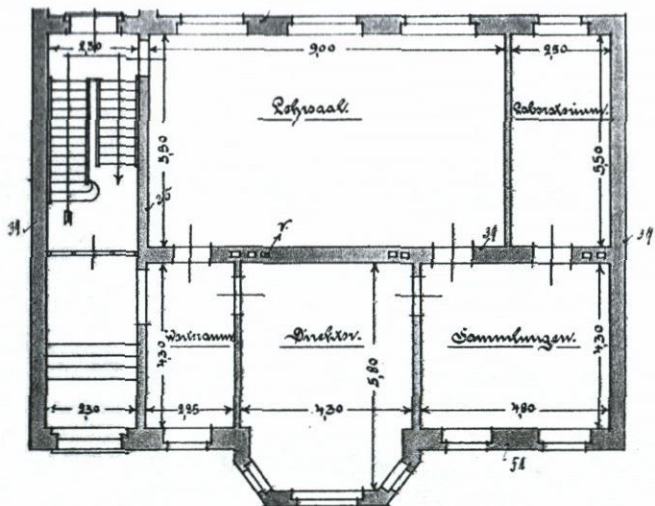
Stolz berichtete Landrat Graf Beissel, „*dass alle Arbeiten von Kreiseingesessenen durchgeführt wurden: Die Erd-, Maurer-, Zimmerer- und Putzarbeiten führte der Bauunternehmer Paul Broich, Bergheim, aus, die Dachdeckerarbeiten Adam Brings aus Bedburg, die Klempnerarbeiten Joh. Müller aus Bergheim. Die Schmiede- und Schlosserarbeiten wurden mit Ausnahme des Straßenabschlussgitters von Gebr. Bommer, Bergheim, ausgeführt, während das Straßenabschlussgitter von Schlossermeister P.M. Wasel aus Horrem erstellt wurde. Die Schreinerarbeiten wurden Schreinermeister Carl Engels aus Bedburg übertragen, die Installationsarbeiten Ludwig Geene, Bergheim. Alex Dujardin, Stuckateur aus Horrem, führte die Putzarbeiten an den Außenwänden durch. Das von den Rhein. Linoleumwerken aus Bedburg durch Herrn Peter Schiffer, Bergheim, bezogene Linoleum wurde von dem Bergheimer Dekorateur Wilh. Königs verlegt, der auch die Fensterbehänge für den Schulsaal lieferte. Die Glaser, Anstreicher- und Tapezierarbeiten wurden von Anstreichermeister Berrendorf aus Horrem ausgeführt.*“

Das Gebäude war ganz unterkellert und enthielt im Kellergeschoss außer Waschküche und den Wirtschaftskellern mehrere Räume für schulische Nutzungen. Im Erdgeschoss waren die schulisch genutzten Räume und im Obergeschoss die Wohnung des Direktors untergebracht. Die bebaute Fläche des Hauptgebäudes betrug 179,12 qm.

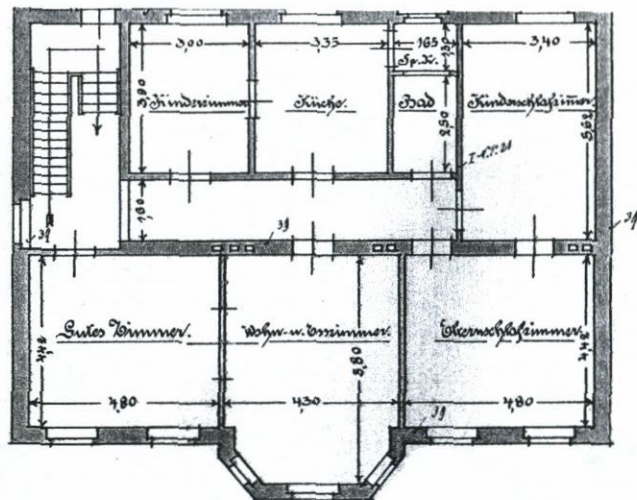
¹³ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, A 891, S. 22.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, A 892 (Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Kreises Bergheim für das Etatsjahr 1907), S. 19.



Erdgeschoss.



Obergeschoss.



Zum Dankesuche vom heutigen Tage
Bergkenn-Erbt, den 11. Mai 1906

Der Dankbere:

Geopkeppal

Der Anmerkende:

Landwirtschaftl. Winterschule Bergheim a. d. Erft.

**Beginn am Donnerstag den 2. November,
vormittags 10 Uhr.**

Anmeldungen sind an den Unterzeichneten, der nähere
Auskunft und Prospekt vermittelt, zu richten.

Der Direktor, **Scholz.**

419,52 Mark enthalten, der auf Vorschlag von Kreisbaumeister Ruland für die künstlerische Fassadengestaltung des „im Straßenbilde stehenden linken Giebels“ verwandt worden ist. Das Gebäude war für den Anschluss an das zu errichtende Kreiswasserwerk und an die städtische Acetylgasleitung vorgesehen. Die Abwasserbeseitigung erfolgte mittels Schlingrube im Hof.

Verein ehemaliger Winterschüler Bergheim. Einladung

zu dem
**Ausflug nach dem Siebengebirge und Umgegend
am Sonntag den 16. Juli 1905.**

Hinfahrt:

Abfahrt Bergheim	vorm.	7.35
„ Horrem	„	8.15
„ Rölln	„	9.25
Ankunft Remagen	„	10.40

Rückfahrt:

Abfahrt Remagen per Schiff	vorm.	11.15
Ankunft Königswinter	„	11.45
Abfahrt Nehlern (Königswinter) mit der Bahn nachm.	„	6.46
Ankunft Rölln	„	7.40
Abfahrt „	„	8.31
Ankunft Horrem	„	9.06
„ Bergheim	„	10.02

Mitbringen von Bekannten erwünscht.

Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Bergheim (Erft), den 5. Juli 1905.

Der Vorstand, **Jean Schmitz**, Rentier bei Bergheim.

In einem im Garten errichteten Hofgebäude befanden sich die Abortanlagen für die Schüler, ein Hühnerhaus sowie eine Fahrradkammer. Nach der endgültigen Abrechnung beliefen sich die Baukosten auf 24.732,55 Mark. In dieser Summe ist auch ein Betrag von

Am 1. Oktober 1907 wurde das Gebäude seiner Bestimmung übergeben.¹⁶ Zufrieden stellte Landrat Graf Beissel fest: „Infolge dieses Neubaus ist der Verbleib der landwirtschaftlichen Winterschule innerhalb des Kreises Bergheim dauernd gesichert und wollen wir an dieser Stelle dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß von der Schule reichlicher Segen der Landwirtschaft des Kreises erwachse.“¹⁷

Abb. 9: Anzeige in der BERGHEIMER-ZEITUNG

Das Gebäude erfüllte bis Mitte der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts seinen Zweck. Zum Wintersemester 1928/29 bezog die Landwirtschaftsschule, wie sie zwischenzeitlich hieß, einen Neubau, der zwischen dem bisherigen Gebäude und dem Bergheimer Rathaus errichtet worden war.¹⁸

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Otto Graf BEISSEL VON GYMnich, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909, S. 113.

¹⁸ Festschrift, S. 7.

Die alte „*Winterschule*“ diente noch bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts Zwecken der Landwirtschaftskammer Rheinland, wurde dann aber verkauft und beherbergt heute eine Rechtsanwaltskanzlei.

Den Schulstandort Bergheim hat die Landwirtschaftskammer Rheinland zwischenzeitlich ganz aufgegeben und nach Köln-Auweiler verlegt. Das 1928 als Nachfolgebau für die „*Winterschule*“ errichtete Gebäude wurde einer anderen Nutzung (Verwaltungssitz der „ERFTLAND“, Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH) zugeführt.



Abb. 10: Abschlussjahrgang 1912

Dokument 1

Auszug aus dem Statut für die Winterschulen des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen.¹⁹

- § 1. *Zweck der landwirtschaftlichen Winterschulen in Verbindung mit dem Wanderlehrthum ist, in den elementaren Grundlagen des landwirtschaftlichen Gewerbes Unterricht zu ertheilen und auf die Steigerung der Erträge durch Erklärung der technischen Seiten des Wirtschaftsbetriebes im Sinne der durch Wissenschaft und Praxis erzielten Fortschritte sowohl im Allgemeinen als in einzelnen Fällen hinzuwirken. Die sittliche und religiöse Erziehung der Schüler soll zugleich Gegenstand der Fürsorge sein.*
- § 2. *Die landwirtschaftlichen Winterschulen sind Unternehmungen des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen.*
- § 2a. *Die Rheinische Provinzialverwaltung behält sich über die Verwaltung derselben ein nach Maßgabe dieses Statuts auszuübendes Ueberwachungsrecht vor.*
- § 5. *Die Winterschulen sind einklassig mit einer Maximalstärke von 30 Schülern. Der Kursus umfasst zwei Wintersemester von Anfang November bis Ende März.*
- § 6. *Die Aufnahme der Schüler bis zur Maximalstärke geschieht vor Beginn des Semesters durch den Direktor, welchem*
- 1. das Zeugnis über die mit Erfolg geschehene Absolvierung der Elementarschule,*
 - 2. die Geburtsurkunde, nach welcher der Aufzunehmende das 15. Lebensjahr überschritten haben muß,*
 - 3. das Attest der Ortsbehörde über den unbescholtenen Leumund bei der Anmeldung vorzulegen sind.*
- § 7. *Das Schulgeld beträgt 20 Mark für jedes Wintersemester und ist spätestens nach Beginn des Unterrichts an den Rendanten der Schule zu zahlen. ...*
- § 8. *Die Schüler haben sich der Schulordnung zu fügen. ...*
- Am Schlusse eines jeden Wintersemesters findet eine öffentliche Prüfung der Schüler statt, und erhalten dieselben nach Absolvierung des ganzen Kursus ein Abgangszeugnis, welches von dem Vorsitzenden des Ortskuratoriums und dem Direktor der Schule zu unterzeichnen ist.*

¹⁹ Vgl. vollständigen Abdruck in: Otto Graf BEISSEL VON GYMnich, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909, S. 273.

§ 9. *Leiter und Vorsteher der Winterschule ist der Direktor. Derselbe wird nach vorhergegangener öffentlicher Ausschreibung der Stelle von dem Centralkuratorium gewählt. ...*

§ 10–14 *Es folgen Ausführungen über die Rechtstellung, Besoldung, Versorgung und Disziplinarangelegenheiten der Direktoren.*

§ 15. *Die Ortskuratorien bestehen aus:*

- 1. dem Landrath des Kreises, in welchem die Winterschule ihren Sitz hat;*
- 2. dem Vertreter derjenigen Korporation, welche die Schulräume etc. stellt (in der Regel der Ortsbürgermeister);*
- 3. dem Direktor der betreffenden Lokalabteilung des landwirthschaftlichen Vereins oder, wenn dieser ohnehin Mitglied des Kuratoriums ist, dem stellvertretenden Direktor;*
- 4. einem von den Direktoren der Lokalabtheilungen des Schulbezirks gewählten Mitgliede;*
- 5. dem Direktor der Schule;*
- 6. das Kuratorium kann sich, wenn dies in Anbetracht der örtlichen Verhältnisse im Interesse der Schule liegt, um 1 bis 3 Mitglieder (der betreffende Religionslehrer) verstärken.*

Der Landrath ist Vorsitzender, den Stellvertreter des Vorsitzenden wählt das Kuratorium aus seiner Mitte. Der Stellvertreter, sowie die Mitglieder ad 3, 4 und 6 werden auf 3 Jahre gewählt.

§ 17. *Das Kuratorium ernennt einen Rendanten, welcher nach Maßgabe des festgestellten Etats und nach erfolgter Anweisung des Vorsitzenden alle Zahlungen zu leisten, sowie die nach Ordre des Vorsitzenden des Kuratoriums zu vereinnahmenden Beträge einzuziehen hat. ...*

§ 18. *Das Ortskuratorium hat*

- 1. die erwähnte Aufsicht auszuüben;*
- 2. an den Vereinspräsidenten, falls sich Missstände ergeben, Bericht zu erstatten;*
- 3. im Falle der Verhinderung des Direktors über die vorläufig zu treffenden Maßnahmen Beschluss zu fassen;*
- 4. ebenso über die Erteilung des Religionsunterrichts;*
- 5. Auf den Vorschlag des Direktors den Unterricht im Deutschen, Rechnen, Feldmessen, Nivellieren und Zeichnen als Hilfslehrer innerhalb des Etats nach Maßgabe des festgestellten Stundenplanes zu übertragen;*
- 6. die von dem Direktor zu erlassenden Bekanntmachungen über den Beginn des Unterrichts, Zeit und Ort der Aufnahme neuer Schüler, den Lehrstoff,*

- Wohnungs- und Verpflegungsverhältnisse der Schüler festzusetzen und die öffentlichen Blätter für diese Bekanntmachungen zu bestimmen;*
- 7. den von dem Direktor zu entwerfenden Bericht über die Schule am Schlusse eines jeden Kursus nebst Einladung zur Schlussprüfung zu genehmigen:*
 - 8. in einzelnen Fällen das Schulgeld zu erlassen oder zu ermäßigen;*
 - 9. den von dem Direktor zu entwerfenden Jahresetat der Schule für das folgende Etatsjahr bis zum 1. Juli begutachtet dem Vereins-Präsidenten einzureichen;*
 - 10. sämtliche von dem Vereinspräsidenten eingeforderrten Berichte zu erstatten oder zur Ausführung übertragene Beschlüsse zu vollziehen.*

Die Abschnitte IV. und V. beschäftigen sich mit den Aufgaben des Zentralkuratoriums und dem Präsidium des landwirtschaftlichen Vereins.

Anton Ruland - Kreisbaumeister des Landkreises Bergheim 1906 bis 1935

Ab 1. Januar 1903 wurde die bis dahin uneinheitliche Handhabung der Baupolizei im Kreis Bergheim vereinheitlicht. Die technischen Prüfungen und Bauabnahmen wurden dem in Düren lebenden Architekten Anton Ruland übertragen, der diese Arbeiten



Abb. 1: Kreisbaumeister Anton Ruland am Beginn seiner beruflichen Laufbahn (Foto: Inge Ruland).

schon einige Jahre für die Bürgermeistereien Bedburg, Kaster, Pütz, Sindorf und Königshoven erledigt hatte. Zunächst erhielt Architekt Ruland einen Dreijahresvertrag. Er zog in den Kreis Bergheim und nahm in Bedburg seinen Wohnsitz¹. Anton Ruland schien sich bewährt zu haben. Nach einem Beschluss des Kreistages vom 31. März 1906 wurde er mit Zustimmung des Bezirksausschusses zu Köln vom 1. April 1906 als Kreisbaumeister des Landkreises Bergheim angestellt, unter der Bedingung jedoch, dass er seinen Wohnsitz in Bergheim nahm.² Die Öffentlichkeit wurde von dieser Tatsache durch eine Notiz in der BERGHEIMER ZEITUNG unterrichtet.³

Kaspar **Anton** Hubert Ruland wurde am 13. Juni 1872 in Lipp bei Bedburg als Sohn des Ackerers und Wirtes Franz **Clemens** Hubert Ruland und seiner Frau Ida Schopen (∞20.5.1871) geboren.⁴ Er hatte noch zwei Geschwister (Hermann **Joseph** Hubert, *4.2.1874, und Maria

am 13. Juni 1872 in Lipp bei Bedburg als Sohn des Ackerers und Wirtes Franz **Clemens** Hubert Ruland und seiner Frau Ida Schopen (∞20.5.1871) geboren.⁴

¹ Otto Graf BEISSEL VON GYMnich, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909, Brauweiler 1909, S. 113.

² Ebd., vgl. auch: Archiv des Rhein-Erftkreises, BERGHEIMER ZEITUNG vom 7.4.1906.

³ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, Bergheimer Zeitung vom 7.4.1906: „Herr Architekt A. Ruland zu Bedburg ist vom 1. April cr. ab seitens des Kreis Ausschusses des Kreises Bergheim zum Kreisbaumeister ernannt worden...“.

⁴ Stadtarchiv Bedburg, Geburtsregister Standesamt Kaster 23/1872.

Sophia Hubertina, *7.12.1876).⁵ Der Vater betrieb in Lipp eine „Schenkwirtschaft, ohne Gehülfe“ mit einem Betriebskapital von 1.200 Mark und einem geschätzten Ertrag von 500 Mark jährlich.⁶ Von Ostern 1884 bis Ostern 1888 besuchte Anton Ruland als externer Zögling die Rheinische Ritterakademie zu Bedburg.⁷ Am 27. September 1904 heiratete er die aus Elsdorf stammende Elisabeth Kappert.⁸ Der Umzug nach Bergheim erfolgte am 28. Februar 1907, zunächst in das vom Genossenschaftsrendanten Franz Arnolds errichtete Haus Bahnhofstraße 14.⁹



Abb. 2: Bahnhofstraße, auf der Karte irrtümlich als Kaiser-Wilhelm-Straße bezeichnet, vor 1914, deren Planung der Bauverein Bergheim Anton Ruland übertragen hatte. Das Wohnhaus Ruland ist noch nicht errichtet (Foto: Stadtarchiv Bergheim).

Seine berufliche Karriere begann Anton Ruland 1890/91 mit einer Lehre bei dem

⁵ Kath. Pfarrei St. Ursula, Bedburg-Lipp, Taufbuch.

⁶ Stadtarchiv Bedburg, Handschriftliche Gewerbeanmeldungen und –abmeldungen bei den Gemeindeverwaltungen von Kaster und Lipp innerhalb von 1897 und 1938. Dank an Herrn Matthias Koch für die Information.

⁷ Frdl. Auskunft von Herrn Matthias Koch, Bedburg.

⁸ Gemeindecarchiv Elsdorf, Heiratsregister Standesamt Elsdorf 35/1904.

⁹ Stadtarchiv Bergheim, 1197. Bei der Bahnhofstraße handelt es sich um die heutige Bahnstraße. In der Zeit der Nationalsozialisten führte die Straße den Namen Horst-Wessel-Straße.

Elsdorfer Baumeister Heinrich Wolff.¹⁰ Später studierte er an der Baugewerkschule Höxter/Holzminden. Das Studium hat wohl Heinrich Wolff finanziert. Frielingsdorf schreibt über das Verhältnis von Wolff und Ruland: „[...] daß *erhaltene Briefe ein beinahe väterliches Verhältnis von Wolff zu Ruland widerspiegeln*“.¹¹

Anton Ruland schien zunächst als freier Architekt in Düren gearbeitet zu haben, ist dann, nachdem er einen Zeitvertrag vom Landkreis Bergheim erhalten hatte, nach Bedburg gezogen.¹²



Abb. 3: Wohnhaus Ruland (li.) und Bürohaus (re. Haus Nr. 10) (Foto: Inge Ruland).

Neben den planerischen Arbeiten, die er weiter als „freier“ Architekt ausführte, stand die bau- polizeiliche Überwachung im Kreis Bergheim im Vordergrund. Bis zu seiner endgültigen Anstellung als Kreisbaumeister hatte er durchschnittlich über 350 Bau- vorhaben im gesamten Kreis geprüft.¹³ Diese Fallzahl wurde auch in den ersten Jahren seiner Festanstellung nicht mehr unterschritten.¹⁴

Anton Ruland erledigte seine Dienstreisen im Kreis Bergheim zunächst mit einer Kutsche. Führt ihn sein Weg an der Paffendorfer Pfarrkirche vorbei, ließ er anhalten und verrichtete vor dem Stand- bild des Hl. Antonius von Padua ein Gebet.¹⁵

1914 errichtete die Familie Ruland ein eigenes Haus auf dem Grundstück der Bahn- hofstraße 12, das zu diesem Zeitpunkt eine Baulücke in der Bebauung der Bahnhof- straße bildete.¹⁶ Das Haus diente ausschließlich Wohnzwecken. Für seine beruflichen Zwecke hatte er vom Bergheimer Bauverein das nebenstehende Haus (Haus Nr. 10) erworben. Die beiden Häuser waren auf jeder Etage untereinander verbunden.¹⁷

¹⁰ Joachim FRIELINGS DORF, Der Baumeister Heinrich Wolff 1843–1924, Wuppertal 1992, S. 21.

¹¹ Ebd.

¹² Siehe Anmerkung 1.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl.: Archiv des Rhein-Erft-Kreises, A 894.

¹⁵ Frdl. Auskunft von Frau Inge Ruland.

¹⁶ Stadt Bergheim, Bestand Bauaufsichtsamt.

¹⁷ Frdl. Auskunft von Frau Inge Ruland.

In den Jahren zuvor hatte Anton Ruland für den Bauverein die Häuser an der Bahnhofstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße geplant. Dabei hatte er die Vorgabe des Bauvereins, dass die Häuser durch ihre Bauart und deren Einrichtung vorbildlich sein sollten, umgesetzt.¹⁸ Der entsprechende Bebauungsplan war von Kanalinspektor Müller erstellt worden.¹⁹

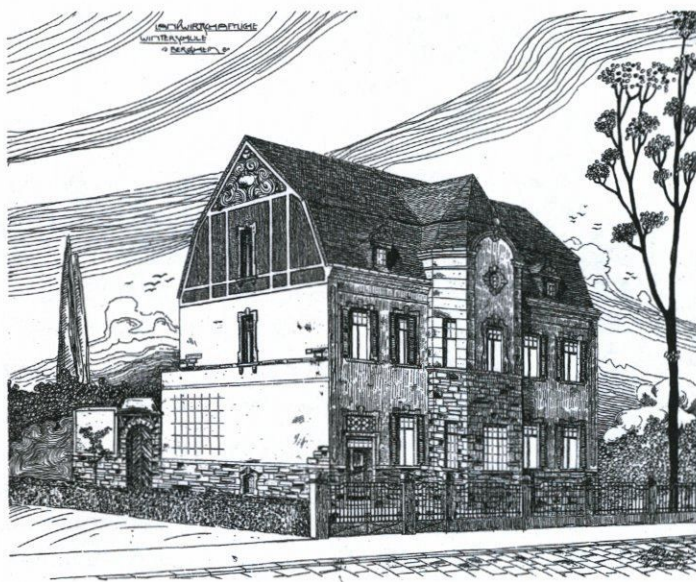


Abb. 4: Landwirtschaftliche Winterschule, die nach Plänen von A. Ruland an der Kaiser-Wilhelm-Straße errichtet wurde. Die Federzeichnung stammt von A. Ruland.

Der Bauverein war am 18. August 1905 als gemeinnütziger Bauverein gegründet worden. Sein Ziel war „die Beseitigung des Mangels an passenden und preiswürdigen Mietwohnungen für Beamte“. 1909 hatte der Verein 34 Mitglieder. Geschäftsführer waren der Steuersekretär Salget, Kreisarzt Dr. Hillebrand und Kanalinspektor Müller, das Stammkapital betrug 28.000 Mk.²⁰ Größter Verdienst des Bauvereins war die Erschließung

und Bebauung eines neuen Straßenzuges in Bergheim. Durch eine Regierungs-Polizei-Verordnung war bestimmt worden, dass an der Kaiser-Wilhelm-Straße und Bahnhofstraße nur Wohngebäude errichtet werden durften. Der Bau von gewerblich genutzten Bauten war ausgeschlossen worden.²¹ Bereits einige Monate nach der Vereinsgründung beschloss der Bergheimer Gemeinderat auf Antrag des Bauvereins am 29.12.1905 unter Vorsitz von Bürgermeister Commer, „die sog. Bahnhofstraße und die Kaiser-Wilhelm-Straße bis zum Schützenplatz straßenmäßig auszubauen und zum Anbau fertig herzustellen und zwar unter der Bedingung, dass die Anschließenden den nach dem Fluchtlinienplan erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich hergeben.“²²

¹⁸ Otto Graf BEISSEL VON GYMNICHT, Der Kreis Bergheim, S. 114.

¹⁹ Stadtarchiv Bergheim, 324, Sitzung vom 12.11.1906.

²⁰ Otto Graf BEISSEL VON GYMNICHT, Der Kreis Bergheim, S. 113-114.

²¹ Ebd.

²² Stadtarchiv Bergheim, 324 (Protokollbuch des Gemeinderates der Spezialgemeinde Bergheim).

Die BERGHEIMER ZEITUNG berichtete, dass mit den Ausschachtungsarbeiten für das erste Doppelwohnhaus an der Bahnhofstraße am 31. März 1906 begonnen wurde.²³ Am 20. Januar 1910 beschloss der Gemeinderat der Spezialgemeinde Bergheim unter Vorsitz von Bürgermeister Kirchmann auf Antrag des Bauvereins: „Gemeinderat erkennt den Bauverein der Stadt Bergheim GmbH als eine gemeinnützige Einrichtung an, die zur Belebung der Bautätigkeit und des Aussehens des Ortes beiträgt. Die Gemeinde tritt daher dem Unternehmen als Mitglied mit einer Stammeinlage von 2.000 M. bei.“²⁴ 1906 hatte der Gemeinderat einen gleich lautenden Antrag abgelehnt. In den Jahren 1913 bis 1915 erwarb die Gemeinde Bergheim mehrere Geschäftsanteile am Verein.²⁵

In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist es zwischen dem Bürgermeister Kirch und dem Bauverein wegen einer von Kirch zu gründenden, die Bürgermeistereien Paffendorf und Bergheim umfassenden Wohnungsbaugesellschaft zum Streit gekommen, der wohl letztlich einer der Gründe war, weshalb Kirch vorzeitig sein Amt niedergelegt hat.²⁶ Im Jahre 1930 löste sich der Bergheimer Bauverein auf.²⁷ Der Immobilienbesitz des Vereins ist auf die Stadt Bergheim übergegangen. Zwischenzeitlich ist dieser Besitz privatisiert worden.

Vor 1925 ist Anton Ruland, wie FRIELINGSDORF zu entnehmen ist, zum ersten Baurat in der Geschichte des Kreises Bergheim ernannt und somit wohl auch in das Beamtenverhältnis übernommen worden.²⁸ Kreisbaurat Ruland war auch einer der Mitinitia-

²³ Archiv Rhein-Erft-Kreis, Bergheimer Zeitung vom 4.4.1906:

„Der Bauverein der Stadt Bergheim hat am 31. v. Mts. Mit den Ausschachtungsarbeiten für den Bau eines Doppelwohnhauses in der hiesigen Bahnhofstraße begonnen. Das Haus, welches den Ansprüchen der Neuzeit entsprechend eingerichtet werden wird, wird äußerlich in einem hübschen Stile gehalten sein und dem Ort zur Zierde gereichen. Hierzu wird auch die Anlage des Hauses mit einem 4 m breiten Vorgarten beitragen. Der Bauverein hat schon früher an die Gemeindebehörde den Antrag gestellt, die von der Hauptstraße nach dem Schützenplatz führende Straße, welche in ihrem ersten Teile Bahnhofstraße und von dem Bethleheimerweg ab Kaiser-Wilhelm-Straße genannt werden wird, unter Zugrundelegung des bestehenden Bebauungsplanes ordnungsgemäß auszubauen. Die Gemeindebehörde hat diesem Antrage entsprechend die erforderlichen Schritte getan. Nach Ausbau wird hier ein Straßenzug entstehen, der für die weitere Entwicklung der Kreisstadt von besonderer Bedeutung sein wird. Auch wird durch den Ausbau der Straße die Bautätigkeit belebt werden und damit der vielfach ausgesprochene Wunsch, es möchten sich hier Rentner und Pensionäre niederlassen, seiner Verwirklichung näher gebracht werden. Bei den jetzt ungünstigen Wohnungsverhältnisse für Mieter war dies bisher ausgeschlossen.“

²⁴ Stadtarchiv Bergheim, 324.

²⁵ Stadtarchiv Bergheim, 325, Sitzung vom 23.5.1913.

²⁶ Vgl.: Helmut SCHRÖN, Alfred August Kirch, Bürgermeister der Bürgermeistereien Paffendorf und Bergheim (1909–1920), in: Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 17, 2008, S. 194.

²⁷ Ebd.

²⁸ Joachim FRIELINGSDORF, a.a.O. S. 302.

toren bei der Gründung des „Heimathauses Bergheim“ im Jahre 1925.²⁹ Anders als von anderen in Bergheim ansässigen Beamten sind von Anton Ruland keine politischen Betätigungen bekannt. Lediglich im Jahre 1921 war er als Mitglied der Baukommission des Bergheimer Gemeinderates vorgesehen, hat die Aufgabe aber wohl nicht angenommen.³⁰



Abb. 5: Kreisbaurat Anton Ruland im Salon seines Hauses (Foto: Inge Ruland).

Zum 1. Mai 1935 trat Baurat Anton Ruland seinen, wie die BERGHEIMER ZEITUNG berichtete, wohlverdienten Ruhestand an. Nachfolger wurde der aus Koblenz kommende und in Eschweiler geborene Kreisbaurat Friedrich Heimbach.³¹

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb Anton Ruland am 27. August 1940 im Alter von 68 Jahren in Köln-Lindenthal. Seine Ehefrau Elisabeth verstarb wenige Wochen später, am 6. November 1940 in Bergheim.³²

Eine exakte Aufgabenwahrnehmung lässt sich, da auch im Kreisarchiv keinerlei Unterlagen mehr vorhanden sind, heute nicht mehr erstellen. Sicher ist aber, dass Ruland neben seiner Funktion als Gutachter für die Baupolizeidienststellen bei den einzelnen Bürgermeistereien auch selber für den Kreis und für einzelne Kommunen des Kreises, wie auch für Privatpersonen oder Institutionen ge-

plant hat. Dabei reicht die Bandbreite vom anspruchsvollen Wohnhaus bis zu einer breiten Palette von kommunalen Zweckbauten (z.B. Schulen). Außerdem schien er gutachtlich in diversen Bereichen des Bauwesens tätig gewesen zu sein, so z.B. bei der Frage, die sich dem Bergheimer Gemeinderat stellte, wie das alte Freibad in der

²⁹ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, BERGHEIMER ZEITUNG vom 12.5.1925.

³⁰ Stadtarchiv Bergheim, 326, Vorblatt.

³¹ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, BERGHEIMER ZEITUNG vom 8.5.1935.

³² Stadtarchiv Bergheim, historische Meldekartei.

Erfüllt in den Thorer Bänden für die Angehörigen der britischen Besatzungstruppen wieder nutzbar gemacht werden könnte.³³ Wie die Eintragungen im Protokollbuch der Jahre 1913 bis 1923 zeigen, hat Ruland des Öfteren als Sachverständiger an den Sitzungen des Bergheimer Rates teilgenommen.³⁴ Nachdem die Bürgermeisterei Bergheim im Jahre 1927 den Gemeindebaumeister Oellers angestellt hatte, erscheint Anton Ruland nicht mehr in den hiesigen Protokollbüchern. Sicher hat Anton Ruland die Funktion des Sachverständigen und Planers auch in den übrigen Kommunen des Kreises Bergheim wahrgenommen. Entsprechende Quellen standen dem Verfasser jedoch nicht zur Verfügung.

Die von Anton Ruland in den Jahren 1906 bis 1920 geschaffenen Bauten zeigen einen „gereinigten Regionalstil im Kontext des Deutschen Werkbundes mit Anklängen zum Jugendstil und Neoklassizismus“.³⁵ Ähnlich der Maxime des Deutschen Werkbundes zeichnen sich seine Entwürfe dieser Zeit durch ein „Bekenntnis zur Qualität“ aus. Ein Anspruch, den auch der Bergheimer Bauverein für die von ihm zu errichtende Bebauung entlang der Bahnhof- und der Kaiser-Wilhelm-Straße formuliert hatte. Es ist deshalb zu vermuten, dass Anton Ruland einer der geistigen Väter des Bergheimer Bauvereins war.

Ein Verzeichnis der von Anton Ruland geplanten Bauten ist, wenn auch naturgemäß unvollständig, als Anlage beigefügt.

Von Kreisbaumeister Anton Ruland geplante Bauvorhaben (unvollständig):

Elsdorf	Schlachthaus	Franz Robens	1891 ³⁶
Bedburg	Gutachten zum Abbruch	Kirchenvorstand der kath.	1905 ³⁷

³³ Stadtarchiv Bergheim, 325, Sitzung vom 31.5.1920.

³⁴ Stadtarchiv Bergheim, 325.

³⁵ Dank an Herrn Dr. Ulrich Bock, Köln, für die Hilfe bei der Einordnung des architektonischen Werkes von A. Ruland.

³⁶ Joachim FRIELINGS DORF, a.a.O. S. 255.

³⁷ Pfarrarchiv St. Lambertus Bedburg: *Betrifft: Abbruch des in der Geschichte Bedburgs oft erwähnten Gemeindehauses am Marktplatz in Bedburg, das bereits das alte Gymnasium im Jahre 1623 sowie auch das Augustiner-Gymnasium zu Bedburg von 1696 bis 1805 beherbergte. Weiterhin war dort die Gemeindeverwaltung untergebracht. Dieses neben dem Kloster stehende Gebäude beherbergte nach 1800 unten links die Sitzungsräume der Kirchengemeinde und Schulkinder, oben wurden die Sitzungen des Friedensgerichtes des Kantones Bergheim abgehalten.*

Zeitweise (ab ca. 1808) war dort auch das „weibliche Erziehungs-Institut“ der Madame Therese Reiß untergebracht, das nach 1812 bis 1852 als Handarbeitsschule weitergeführt wurde. Danach leitete Frau Heidemann diese wöchentlichen Mädchenkurse. Auch war dort in 2 Räumen die Elementarschule mit bis zu 270 Jungen und Mädchen unter Leitung des im Or-

	des Gemeindehauses	Pfarrrei St. Lambertus	
Bergheim	Bebauung der Bahnhof- und Kaiser-Wilhelm-Straße	Bauverein der Stadt Bergheim G.m.b.H.	1906 ³⁸
Bergheim	Erweiterung der höheren Knabenschule	Gemeinde Bergheim	1907 ³⁹
Bergheim	Winterschule; Kaiser-Wilhelm-Straße 5	Kreis Bergheim	1907 ⁴⁰
Bergheim	Rathaus	Stadt Bergheim	1911 ⁴¹
Bergheim	Kaiser-Wilhelm-Straße 7, Villa Pechstein	Betriebsdirektor Pechstein	1912 ⁴²
Bergheim	Bahnstraße 12, Haus Ruland	Anton Ruland	1914 ⁴³
Bergheim	Kaiser-Wilhelm-Straße 9-11	Bauverein der Stadt Bergheim G.m.b.H.	1914 ⁴⁴
Bergheim	Beamtenwohnhaus	Landkreis Bergheim	1920 ⁴⁵
Bergheim	Vierfamilienhaus	Gemeinde Bergheim	1920 ⁴⁶
Oberaußem/Fortuna	Volksschule Oberaußem Volksschule Fortuna	Gemeinde Oberaußem	1921 ⁴⁷
Bergheim	Gutachten zur Instandsetzung des Aachner Tores	Gemeinde Bergheim	1923 ⁴⁸
Niederembt	Restaurierungsarbeiten Weißes Haus	Kreis Bergheim, Kath. Pfarrgemeinde Niederembt	1925 ⁴⁹
Bergheim	Mehrfamilienwohnhaus	Gemeinde Bergheim	1926 ⁵⁰

te angesehenen Lehrers Gottfried Schwieren bis zum Neubau (1868) [der heutigen Wilhelm-Busch-Grundschule an der Kölner Straße] untergebracht....

Das Gebäude wurde nach Information von Herrn Matthias Koch, Bedburg, ebenso wie das Kloster im Jahre 1905 abgerissen.

³⁸ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, S. 114.

³⁹ Stadtarchiv Bergheim, 324, Sitzung vom 13.2.1907.

⁴⁰ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, S. 112.

⁴¹ Archiv Rhein-Erft-Kreis, Bergheimer-Zeitung vom 1.7.1911, vgl. Heinz ANDERMAHR (Hrsg.), Die Einweihung des Bergheimer Rathauses im Jahre 1911, in: Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 5, 1996, S. 180.

⁴² Stadt Bergheim, Bauaufsichtsamt. Die von Frielingsdorf aufgestellte Behauptung (s. S. 291), dass Baumeister Heinrich Wolff auch Architekt des Hauses war, ist unzutreffend. Die der Bürgermeisterei Bergheim vorgelegten Planunterlagen belegen, dass Ruland Planverfasser war.

⁴³ Inge RULAND, Bergheim.

⁴⁴ Stadt Bergheim, Bauaufsichtsamt.

⁴⁵ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 325.

⁴⁶ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 325, Sitzung vom 13.9.1920.

⁴⁷ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 408, Sitzung vom 29.7.1921.

⁴⁸ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 326, S. 15.

⁴⁹ Joachim FRIELINGSDORF, a.a.O. S. 302.

⁵⁰ Stadt Bergheim, Archiv Bauaufsicht.

	Rathausstraße 2-4		
Bergheim	Volksschule	Gemeinde Bergheim	1927 ⁵¹
Elsdorf	Arnoldusschule	Gemeinde Elsdorf	1928 ⁵²



Abb. 6: Volksschule Fortuna, die 1921/22 von A. Ruland erbaut worden ist (Foto: Archiv RWE-Power)

⁵¹ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 326, Sitzung vom 10.1.1927.

⁵² Joachim FRIELINGSdorf, a.a.O. S. 37.

*Neubau eines Wohnhauses
für Herrn Betriebsdirektor W. Pechstein in Bergheim.*

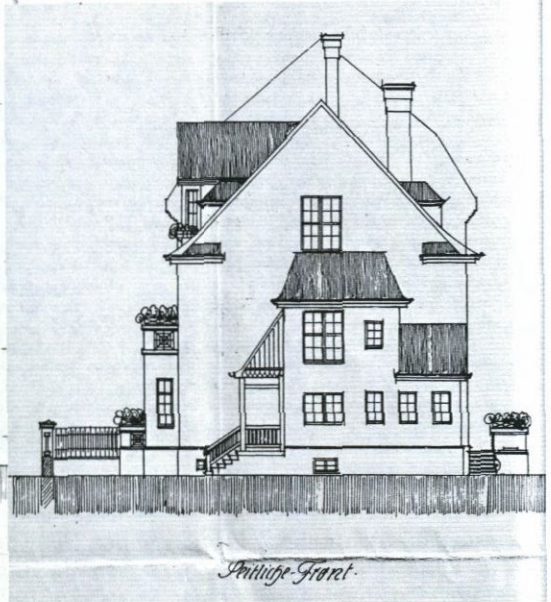
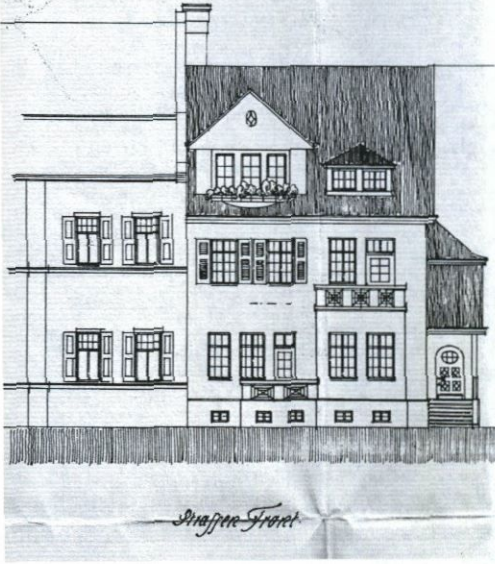


Abb. 11–12: Haus Pechstein, Bergheim, Kaiser-Wilhelm-Straße 7 (heute Schützenstraße 7). Straßenansicht und Seitenansicht. Entwurfszeichnung A. Ruland (1912).⁵³

Strassenansicht



Seitenansicht

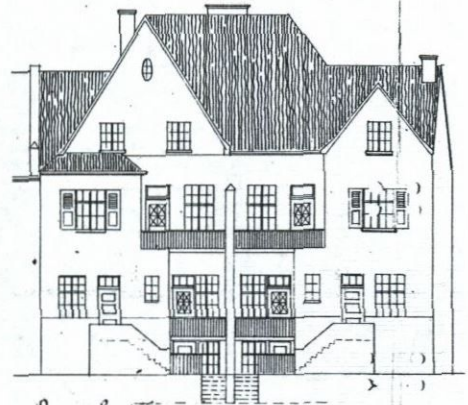


Abb. 13–14: Bergheim, Kaiser-Wilhelm-Straße 9-11 (heute: Schützenstraße 9-11). Straßenansicht und Seitenansicht. Entwurfszeichnung A. Ruland (1914). Bauherr war der Bauverein Bergheim.⁵⁴

⁵³ Stadt Bergheim, Bauaufsichtsamt.

⁵⁴ Stadt Bergheim, Abteilung 6.1.

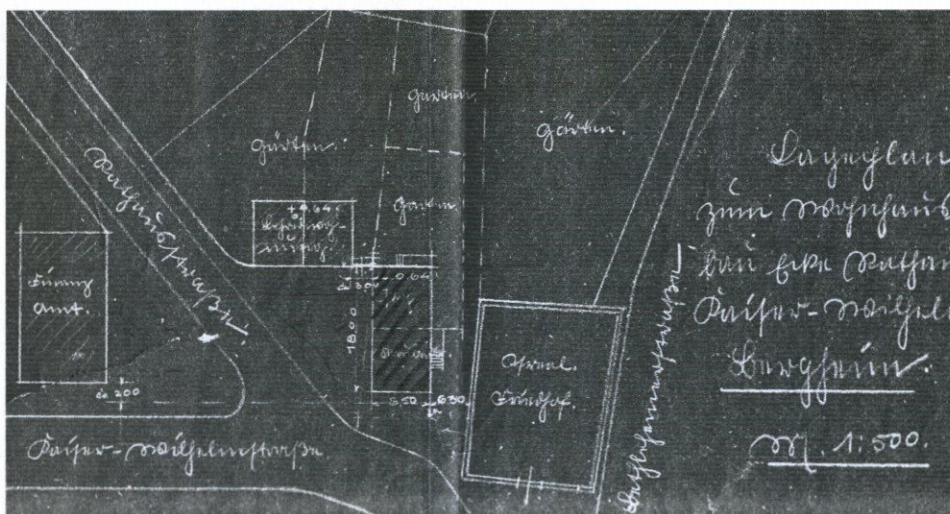


Abb. 15: Lageplan für das Bauvorhaben eines Mehrfamilienhauses (schraffiert) der Gemeinde Bergheim, Rathausstraße 2-4. Rechts von dem Gebäude erkennt man den israelitischen Friedhof. Auf der gegenüberliegenden Seite der Rathausstraße ist das alte Finanzamtsgebäude zu erkennen. Es war ursprünglich im Jahre 1920 als Wohnhaus für den britischen Kommandanten gebaut worden und wurde 1923 vom Finanzamt bezogen.

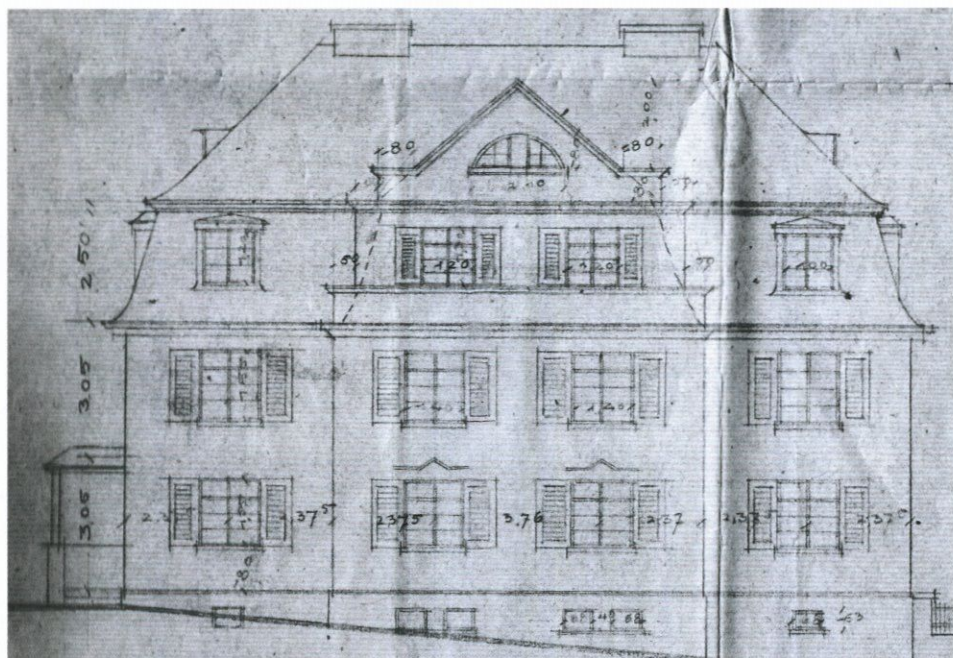


Abb. 16: Straßenansicht des Mehrfamilienhauses Rathausstraße 2-4, erbaut 1926.

Beisselstraße

Ein historischer Straßenzug entlang der Erft in Bergheim

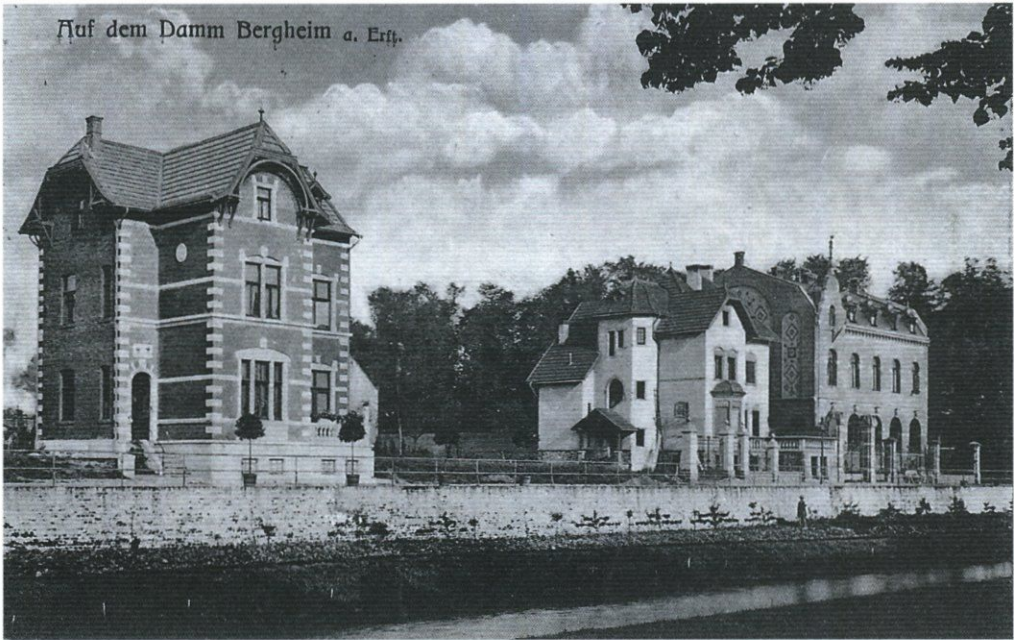


Abb. 1: Beisselstraße, Ansicht um 1906

Die heutige Beisselstraße ist eine der Straßen, die im Zuge der Ausweitung des Bergheimer Städtchens zu Beginn des 20. Jahrhunderts neu angelegt wurden. Sie verläuft in nördlicher Richtung von der Hauptstraße entlang der Kleinen Erft.

Die dichteste Bebauung herrschte in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1994 wurden die Häuser 13 und 15 im Zuge der Stadtkernsanierung abgerissen.¹ Bei allen Gebäuden handelt bzw. handelte es sich um repräsentative Bauten, die die soziale Stellung des Erbauers zur Geltung bringen sollten. Lediglich Haus Nr. 15 war nicht für private Zwecke gebaut worden. Hier hatte die Kreisspar- und Darlehenskasse Bergheim, Vorgängerin der Kreissparkasse Bergheim, ihren Sitz.

¹ KÖLNER STADT-ANZEIGER, Lokalausgabe Erftkreis vom 27.6.1994 (siehe Abb. 16).

Am 9. August 1901 stand als Punkt 1 auf der Tagesordnung des Bergheimer Gemeinderates: *„Anlegung einer Straße auf dem Grundstück des Kaufmannes Westhoff zu Cöln, dem ehemaligen Weidenbach'schen Damm.“* Der Kölner Kaufmann Carl Westhoff² hatte am 30. Juli desselben Jahres den Antrag gestellt, eine Straße auf seinem Grundstück zu errichten. Der Gemeinderat beschloss, dass die Gemeinde Bergheim die Straße unter bestimmten Bedingungen bauen wolle. Mit den festgesetzten Bedingungen schien Westhoff jedoch nicht einverstanden gewesen zu sein, denn am 14. Oktober des gleichen Jahres beriet der Gemeinderat die Angelegenheit erneut und machte von seinem ersten Beschluss Abstriche. Einen Tag später ergänzte der Gemeinderat den Beschluss vom Vortag noch dahin gehend, dass auch die Schutzmauer in das Eigentum der Gemeinde übergehen müsse. In seiner Vorlage vom 24. Januar 1902 lagen dem Gemeinderat die Submissionsergebnisse vor. Nach Prüfung der eingegangenen Angebote erklärte *„sich der Gemeinderath einstimmig einverstanden, dass dem wenigst fordernden Unternehmen Aug. Brücher hierselbst der in Frage stehende Straßenbau für die Summe von „Viertausendeinhundert Mark“, also ein 5% unter Kostenanschlag gegen annehmbare Bürgschaft übertragen und mit demselben Vertrag abgeschlossen wird, sobald p. Westhoff den Betrag von 4.100 M. an die hiesige Gemeindekasse eingezahlt hat.“*

Über die Anbringung des Geländers auf der Schutzmauer beschloss der Gemeinderat, von den 7 vorliegenden Angeboten, mit Rücksicht auf Herrn Westhoff, das billigste Angebot des Schlossermeisters Gebrüder Bommer aus Bergheim zum Angebotspreis von 889 Mark zu nehmen. Von dieser Summe wollte die Gemeinde einen Betrag von 289 Mark übernehmen. Westhoff hielt sich jedoch nicht an diese Vereinbarung und wollte sich an der Finanzierung des Gitters in dem vom Gemeinderat beschlossenen Umfang nicht mehr beteiligen. Daraufhin beschloss der Gemeinderat, die Hälfte der Kosten tragen zu wollen.

Um die neue Straße an die Provinzialstraße [Hauptstraße] anzubinden, beschloss der Gemeinderat, die vorhandene Rinne entlang der Hauptstraße mit einer Überfahrt zu versehen.

Die Gemeinde verpachtete im Jahre 1903 das Grundstück am Fuß der Mauer an den Gärtner Lambert Knüchel zu einem jährlichen Pachtzins von 1 Mark jährlich. Knüchel legte hier eine Spalierobstkultur an³ (Abb. 3).

1904 wurden in Bergheim Straßennamen eingeführt. Die Straße auf dem

² Greven's Adressbuch von Cöln und Umgebung 1895: Carl Westhoff, Rentner, Hohenzollernring 50, Köln, war Mitinhaber der Kohlen-Verkaufsstelle C. Westhoff & Söhne in [Köln] Mülheim.

³ Stadtarchiv Bergheim 324, Sitzungen vom 9.8., 14.10., 15.10.1901 (siehe: Dokumentation), 24.1., 5.3., 29.3.1902 und 6.7.1903.

„Westhoff'schen Damm“, wie er zeitweise genannt wurde, erhielt den Namen „Beisselstraße“. Mit der Namenswahl wollten die Bergheimer Stadtväter dem damaligen Landrat Otto Graf Beissel von Gymnich, der sich nach Ansicht des Gemeinderates „um den Kreis und die Kreisstadt außerordentliche Verdienste erworben hat,“ eine besondere Ehrung zu kommen lassen.⁴ In einem Schreiben, das Bürgermeister Commer dem Gemeinderat am 18. Oktober 1904 zur Kenntnis brachte, drückte Landrat Graf Beissel seine Freunde über die Benennung der Straße mit seinem Familiennamen aus.



Abb. 2: Die Häuser 11, 13 und 15 im Jahre 1920.

Im Jahre 1927 hatte der Kreis Bergheim wohl an der hinteren Beisselstraße zum Knüchelsdamm hin geplant, mehrere Doppelhäuser zu errichten. Der Gemeinderat ermächtigte daraufhin den Bauausschuss, ein entsprechendes Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes in Gang zu setzen.⁵ Zu dem Bauvorhaben ist es aber

nicht gekommen.

1928 schien die Beisselstraße in einem schlechten Zustand gewesen zu sein. Das Bergheimer Bauunternehmen Jacobs hatte einen Kostenvoranschlag für die Überholung der Straße erstellt. Die [unbekannte] Summe schien dem Gemeinderat aber zu hoch. Deshalb beschloss er, dass nur die Bordsteine erneuert werden sollten, falls sich die Anlieger mit 70% an den Kosten beteiligen würden.⁶ Hierzu waren die Anwohner aber offensichtlich nicht bereit, wie sie der Gemeinde in einem Schreiben vom 2.11.1928 mitteilten. Daraufhin beschloss der Gemeinderat, von der Maßnahme abzusehen.⁷

⁴ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 324, 9.9.1904.

⁵ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 326, 29.8.1927.

⁶ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 326, 15.10.1928.

⁷ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 326, 19.11.1928, „Wenn die beteiligten Anlieger ... kein Interesse daran haben, dass in der Beißelstraße Bordsteine verlegt werden, so hat die Gemeinde noch weniger Interesse daran, bei ihrer angespannten Finanzlage dieser Frage z.Zt. näherzutreten. Die von den Anliegern beantragte Ausbesserung der Straße erscheint nicht dring-

Die historischen Bauten im Einzelnen:

Beisselstraße 5

Nach Auskunft des heutigen Besitzers soll das Haus im Jahre 1904 errichtet worden

sein. Architekt war wahrscheinlich Wilhelm Lenzen aus Bedburg, der zu dieser Zeit auch das Wohnhaus des Fotografen Roleff in Quadrath errichtet hat. Vermutlich hat der ehemalige Rentmeister der Bürgermeisterei Bergheim, Heinrich Kopp, das Anwesen gebaut. Neben ihm und seiner Familie bewohnte vorübergehend der Königliche Steuersekretär Karl Salget⁸ mit seiner Familie das Haus. Im Adressbuch des Kreises Bergheim für das Jahr 1907 hatte das Haus die Anschrift: 99a.⁹ Errichtet wurde das Haus aus rötlichen Ziegelsteinen, zu denen die weißen Gewände der Fenster und die weißen Ecksteine einen harmonischen Kontrast

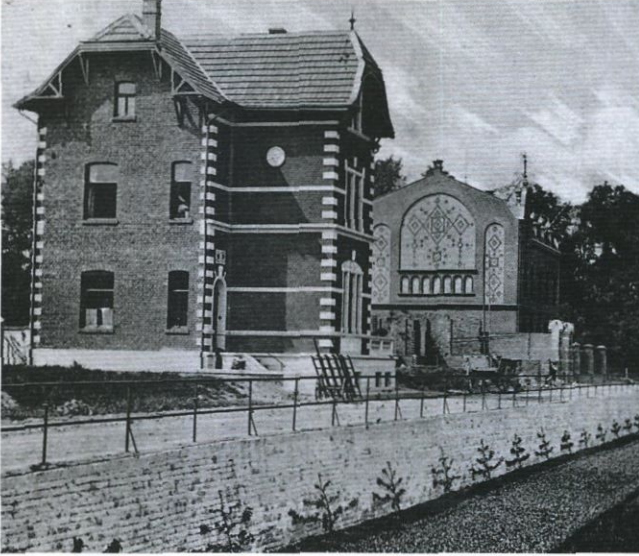


Abb. 3: Beisselstraße 5 und 13 im Jahre 1903. Deutlich erkennbar ist die Stirnseite am Neubau der Kreisspar- und Darlehnskasse als historistische Scheinfassade im neoromanischen Stil mit einer gestuften Blendarkatur und eingesetzter mauresk-geometrischer Musterung. Ebenso erkennbar ist auch die Spalierobstkultur entlang der Mauer.

bilden.

Bei diesem Haus handelt es sich um einen Nachläufer des Historismus, für das maublendenumrahmte Stichbogenfenster und Schmuckgiebel charakteristisch sind. Die Architekten bedienten sich recht beliebig des Bauformenschatzes der zurückliegenden Epochen.

lich... Die Straßenrinne ist mit den allereinfachsten Mitteln auszubessern.“

⁸ Nach dem Adreß-Buch 1911 wohnte Karl Salget, der mittlerweile Kreisausschusseksretär geworden war, zu diesem Zeitpunkt in der Bahnhofstraße 8.

⁹ Adreß-Buch für den Kreis Bergheim 1907.

Beisselstraße 7 und 9

Die beiden Häuser wurden im Jahre 1938 von der Witwe des verstorbenen Kanalinspektors Ludwig Müller als Doppelhaushälften errichtet. Sie sind von dem Bergheimer Architekten Mentgen geplant worden.



Abb. 4: Beisselstraße 7 – 9 (2008)

Beisselstraße 11

Am 11. Februar 1904 reichte Kanalinspektor Ludwig Müller einen vom Architekten Wilhelm Lenzen, Glesch-Bedburg, entworfenen Plan zur Errichtung eines Wohnhauses ein (Abb. 10-12). Bürgermeister Commer erteilte am 26. Februar 1904 die Baugenehmigung, nachdem der Plan zuvor durch den Bedburger Architekten und späteren Kreisbaumeister Ruland baupolizeilich geprüft worden war. Es hatte zunächst die Hausnummer 99b.

Das Haus war ein zweigeschossiges Gebäude mit einem hellen Putz. Zur Straßenseite hin befand sich eine Veranda und erdgeschossig ein Erker. Die Bauausführung wich von der Planung ab. Befand sich in der Planung der Eingang mit einem aufwendigen, teils innen liegenden Treppenhaus auf der nördlichen Seite, wurde der Eingang tatsächlich auf der südlichen Seite ohne den geplanten aufwendigen Erkerbau ausgeführt.

Das Haus war am 22. März 1936, wahrscheinlich wegen seiner großen Veranda, zentraler Schauplatz einer Großveranstaltung der NSDAP anlässlich der am 29. März 1936 stattfindenden Reichstagswahlen, zu der laut ERFT-BOTE 10.000 „deutsche Volksgenossen“ in die Kreisstadt strömten.¹⁰ Die BERGHEIMER ZEITUNG beschreibt die Situation in der Beisselstraße so: „Als Versammlungsplatz hatte man das Gelände an der Erftbrücke, die Anlagen am Kriegerdenkmal, die Hindenburg-Allee und die Graf-Beissel-Str. gewählt. In Letzterer war auf der Terrasse des Wohnhauses des Wasserbau-Inspektors Müller der Rednerplatz mit einem Lautsprecher-Apparat eingerichtet.“¹¹

¹⁰ ERFT-BOTE vom 20.3.1936. Alle Erft-Bote-Belege zitiert nach: Volker H.W. SCHÜLER, Der Kreis Bergheim in nationalsozialistischer Zeit, Bd. 2 Bedburg 1995.

¹¹ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, BERGHEIMER-ZEITUNG vom 23.3.1936.

Nach dem Tode von Wasserbauinspektor Ludwig Müller im Jahre 1936 wurde das Haus zunächst teilweise und später ganz von der Erftgenossenschaft, einem Rechtsvorgänger des Erftverbandes, angepachtet bzw. gekauft.¹²

Der Abbruch des Hauses erfolgte im Jahre 1978.¹³

Beisselstraße 13

Am 12. April 1901 beschloss der Bergheimer Kreistag in Anbetracht der stetigen Zunahme des Geschäftsumfanges der 1855 unter Förderung des damaligen Landrat Raitz von Frens gegründeten Bergheimer Kreisspar- und Darlehenskasse den Bau



Abb. 5: Zeitgenössische Zeichnung des Kreis-Ständehaus in Bergheim

eines „eigenen feuer- und diebessicheren Kassenlokals.“ Bereits im Jahre 1900 hatte der Kreistag eigens eine Baukommission, bestehend aus den in Bergheim wohnenden Kreistagsmitgliedern Peter Weidenbach und Hermann Hons und dem Kölner Königlichen Baurat Karl Freyse¹⁴, gebildet.

Die Baukommission erwarb von Karl Westhoff im Juni 1901 ein Terrain mit einer Frontlänge von 21 m auf dem Weidenbachschen Damm. Der Kaufpreis betrug 7.000 Mark. Mit der Planerstellung und der späteren Bauausführung wurde Baurat H. Freyse, der im Kreis Bergheim seit 1892 als Kreisbauinspektor fungierte¹⁵, beauftragt. Baurat Freyse, der bis 1894 Kölner Stadtverordneter für den Stadtbezirk Lin-

¹² HELMUT KLEIN / INGRID V. PAVEL (Hrsg.), Kleine Geschichte der Bergheimer Straßen- und Flurnamen (I), in: Geschichte in Bergheim, JBBGV, Bd. 6, 1997, S. 174.

¹³ Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes, Abbruchgenehmigung.

¹⁴ Karl Freyse *27.3.1846 Essen, +3.9.1902 Köln-Lindenthal. Von ihm stammt auch der Entwurf des Wappensteines über dem Scheitel des Aachener Tores in Bergheim.

¹⁵ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIICH, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1897/98, Bergheim 1898, S. 29. Freyse war Nachfolger des Kreisbaumeisters Müller, der von 1860 bis 1892 im Amt war, und zahlreiche Bauten im Kreis Bergheim geplant hatte; vgl. die Biografie Müller bei: Joachim FRIELINGSDORF, Der Baumeister Heinrich Wolff 1843–1924, Wuppertal 1992, S. 38.

denthal war, hatte in den Jahren 1892/93 bereits das Kreis-Ständehaus, Amtssitz des Landrates, an der Hauptstraße gebaut (Abb. 5).¹⁶ Vor Ort wurde er durch den Bau- fñhrer Haehner vertreten. Beide erlebten die Fertigstellung des Gebäudes aber nicht, so dass die Bauarbeiten durch den Regierungs-Baumeister Senz zu Ende geführt wurden.¹⁷

Der Bauantrag wurde im Juli 1902 bei Bürgermeister Commer eingereicht (Abb. 13-15).¹⁸ Mit den Arbeiten wurde sofort begonnen, so dass der Rohbau noch bis zum



Abb. 6: Anzeige im Intelligenzblatt vom 12. September 1903.

Winter erstellt war. Am 11. September 1903 wurde das Gebäude seiner Bestimmung übergeben. Im Erdgeschoss waren die Geschäftsräume der Kasse, „bestehend aus dem geräumigen Kassenraum mit Tresor, Beratungszimmer, Wartezimmer und Nebenräumen; im ersten Stock und Mansardengeschoss die Wohnung des Sparkassenrendanten“ untergebracht. Die Baukosten hatten einschließlich Stallungen und Garten 62.500 Mark betragen.¹⁹ Die Eröffnung war dem INTELLIGENZBLATT nur eine kleine Notiz wert.²⁰

Der fünfsachsige Bau hatte zur Erft hin eine ansprechende Ziegelsteinfassade mit Rundbogenfenstern, die entsprechend dem damaligen Architekturverständnis zusätzlich durch Bögen, Lisenen etc. gegliedert war. Erftseits befanden sich auf dem Mansardendach drei mit Giebelblumen gekrönte Giebelhauben. Der übergiebelte Eingang war gekrönt mit einem geschweiften Schmuckgiebel. Die südliche Giebelseite war vollflächig mit einer reichen Ornamentik versehen (Abb. 3).

¹⁶ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909, Brauweiler 1909, S. 77.

¹⁷ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, S. 109 ff.

¹⁸ Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes.

¹⁹ Otto Graf BEISSEL VON GYMNIC, Der Kreis Bergheim, a.a.O.

²⁰ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, INTELLIGENZBLATT für den Kreis Bergheim und den Landkreis Cöln vom 19.9.1903: „Seit vergangenen Donnerstag befinden sich die Geschäftsräume der „Spar- und Darlehenskasse des Kreises Bergheim“ sowie der „Kreiskommunalkasse“ in dem neu erbauten Heim auf dem ehemaligen Weidenbach'schen Damme, gegenüber der früheren Kasse. Das mit allen praktischen Neuerungen ausgestattete, vom Kreise erbaute Gebäude, macht, von der Allee aus gesehen, einen imposanten Eindruck und gereicht unserer Stadt zur besonderen Zierde.“

Bewohnt wurde es 1907 von dem Kreissparkassenrendanten Jakob Becker und hatte die Hausnummer 99c. 1911 wohnten in dem Haus der Kreissparkassenrendant Gottfried Kaiser und der Kreiskommunalkassenrendant Peter Kaiser.²¹

Im Jahre 1927 wurde das Sparkassengebäude „unter Aufrechterhaltung des Kreissparkassenbetriebes“ nach Plänen des Kölner Architekten Josef op gen Oorth umgebaut und erweitert.²² Dabei wurde die ursprüngliche Dachkonstruktion durch ein einfaches Pultdach ersetzt.

Die Kreissparkasse blieb in dem Gebäude, bis sie am 4. April 1936 ihren Betrieb in dem von dem Horremer Architekten Hubert Hüren (BDA) erbauten neuen Gebäude an der Hauptstraße aufnehmen konnte.²³ Architekt Hüren hatte seinerzeit auch das Gebäude der AOK des Kreises

Kreis-Sparkasse:	
Büreau: Bergheim Nr. 99c.	
Geöffnet nur an Werktagen	
Vorm. von 8 ¹ / ₂ —12 Uhr,	
Vorstand:	
Vorligender: Kgl. Landri. Graf Weibel.	
Mitglieder:	
Wolter, Kaufmann zu Niederaußem.	
Jven, Gutsbesitzer	Oberembt.
Zillfens, „	Wspersschlag.
Rendant: Becker.	
Gegenrechner: Kaiser.	
Außerdem befinden sich Einzahlungsstellen in:	
Balkhausen, Vertreter: Hofauer.	
Woburg, „	Großmann.
Wengerhausen, „	Effer.
Wuir, „	Effer.
Walter, „	Otter.
Wisdorf, „	Dreesen.
Wependorf, „	Brand.
Worren, „	Matheisen.
Wönigshoven, „	Somanns.
Wiederembt „	Schumacher.
Wberembt, „	Cremerius.
Wiß, „	Meuser.
Wisdorf, „	Wieland.

Abb. 7: Eintrag im Adress-Buch des Kreises Bergheim Ausgabe 1907.



Abb. 8: Kreisleitung der NSDAP

bereits einen vom Kreisbauamt erarbeiteten Plan vor (Abb. 14+15), in dem die Genehmigung zur Schaffung weiterer Büroräume für die Kreisleitung im Dachgeschoss beantragt wurde.²⁶

Bergheim an der Blumenstraße gebaut.²⁴

Unmittelbar nach dem Umzug der Kreissparkasse wurde das Gebäude dann „Verwaltungsgebäude der N.S.D.A.P.-Kreisleitung Bergheim“, obwohl es teilweise schon ab Mai 1935 von Parteidienststellen genutzt worden sein muss.²⁵ Im März 1936 legte NS-Kreisleiter Pieck bereits

²¹ Adreß-Buch des Kreises Bergheim, Ausgabe 1911.

²² Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes, Baubeschreibung vom 12.5.1927.

²³ Erft-Bote vom 31.3.1936.

²⁴ Helmut SCHRÖN, Der Bau des AOK-Verwaltungsgebäudes in Bergheim, in: JBBGV, Bd. 14, 2005, S. 230 ff.

²⁵ Heinz ANDERMAHR, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt, Jülich 2005, S. 258.

²⁶ Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Haus zunächst von der Schutzpolizei und dem Amtsgericht, dessen Dienstgebäude an der Hauptstraße im Krieg zerstört worden war, genutzt.²⁷

Nach dem Auszug des Amtsgerichtes wurde das Gebäude nach Plänen des Kreisbauamtes zum Sitz der Kreispolizeibehörde Bergheim umgebaut.²⁸ Die Kreispolizeibehörde blieb in diesem Gebäude bis zum Umzug des Amtsgerichtes in den Neubau an der Kennedystraße, in dessen altem Gebäude an der Schützenstraße dann nach einer gründlichen Renovierung die Polizei untergebracht wurde. Im Rahmen der Stadtkernsanierung wurden die Gebäude an der Beisselstraße 1994 abgerissen.

Beisselstraße 15

Das Haus Beisselstraße 15 war unmittelbar an das Haus der Kreissparkasse (Haus Nr. 13) angebaut. Es war 1907/08 als Wohnhaus der Familie Lambert Knüchel errichtet worden.²⁹ Der Entwurfsverfasser ist ebenso unbekannt wie der Bauunternehmer, der das Haus erbaut hat (Abb. 21-24).

Das Wohnhaus bestand aus Keller-, Erd-, Ober- und Dachgeschoss. Im Kellergeschoss war der Wirtschaftskeller und ein von außen zugängiges Abort untergebracht. Das Erdgeschoss bestand aus Küche, Speisekammer, Ess- Wohn- und Schlafzimmer und einem weiteren Abort. Die Zimmer im Obergeschoss waren gleich dem Erdgeschoss angeordnet, da das Haus für zwei Familien geplant war. Im Dachgeschoss waren noch zwei Zimmer und ein Speicher geplant. Die „Closets“ waren mit Wasserspülung versehen. Das Dach war als Krüppelwalmdach und die Straßenfront als Jugendstilfassade ausgebildet. Bemerkenswert war auch der mächtige Bruchsteinsockel. Der überdachte Eingang befand sich auf der nördlichen Seite des Hauses.³⁰

Wie lange die Familie Knüchel das Haus genutzt hat, ist nicht bekannt.

Anfang 1937 wurde in dem Haus eine NSV-Schwesternstation eingerichtet.³¹ Die Schwestern übernahmen die Pflege und Betreuung von Kranken und später auch der im Krieg Verwundeten. In Bergheim versorgten sie auch die an die Westfront marschierenden Soldaten mit Erfrischungen.

Nach dem Krieg wurde das Haus zusammen mit dem Nachbarhaus Nr. 13 Teil der

²⁷ Helmut KLEIN / Ingrid v. PAVEL (Hrsg.), a.a.O.

²⁸ Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes.

²⁹ Stadt Bergheim, Archiv des Bauaufsichtsamtes.

³⁰ Stadt Bergheim, a.a.O. Baubeschreibung und Zeichnungen.

³¹ ERFT-BOTE vom 27.2.1937.

Kreispolizeibehörde Bergheim und wurde zusammen mit diesem 1994 im Zuge der Stadtkernsanierung abgerissen.

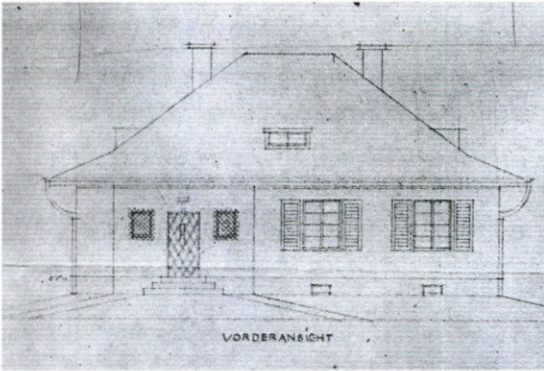


Abb. 9: Beisselstraße 17 (Vorderansicht).

Beisselstraße 17

Optisch heute nicht mehr der Beisselstraße zuzuordnen, errichtete im Jahre 1925 eine Witwe Joh. Jos. Rick auf dem Grundstück, das damals nur über die Beisselstraße erreichbar war, hinter dem sog. Knöchelsdamm ein eingeschossiges Wohnhaus. Nach dem 2. Weltkrieg kamen Stallgebäude hinzu. Die Stallgebäude dienen als Hühnerfarm und wurden im Zuge der

Bebauung der Ertallee, ebenso wie das Wohnhaus, abgerissen.

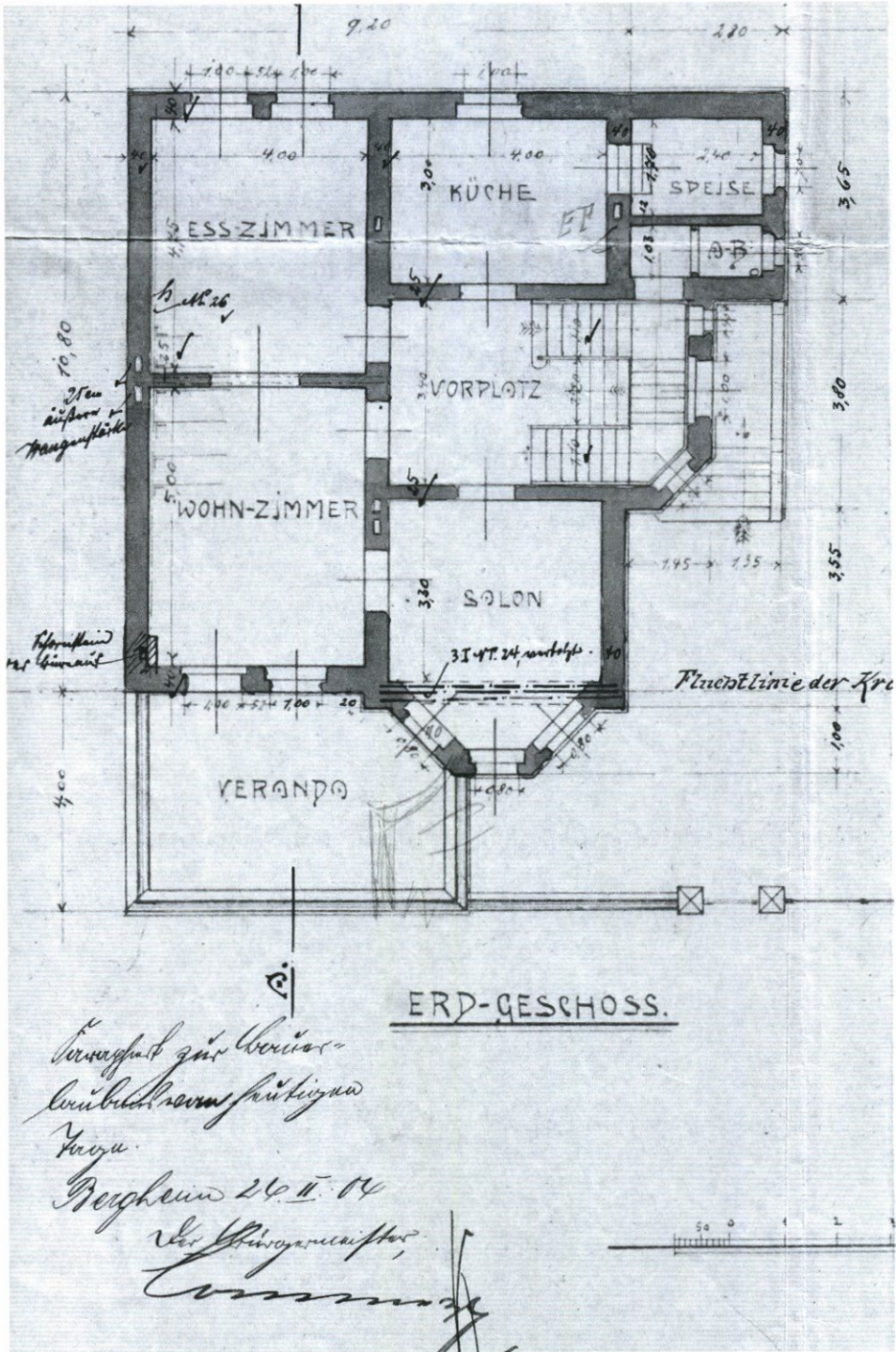


Abb. 10: Beisselstraße 11, Haus Kanal-Inspektor Müller (Grundriss Erdgeschoss).

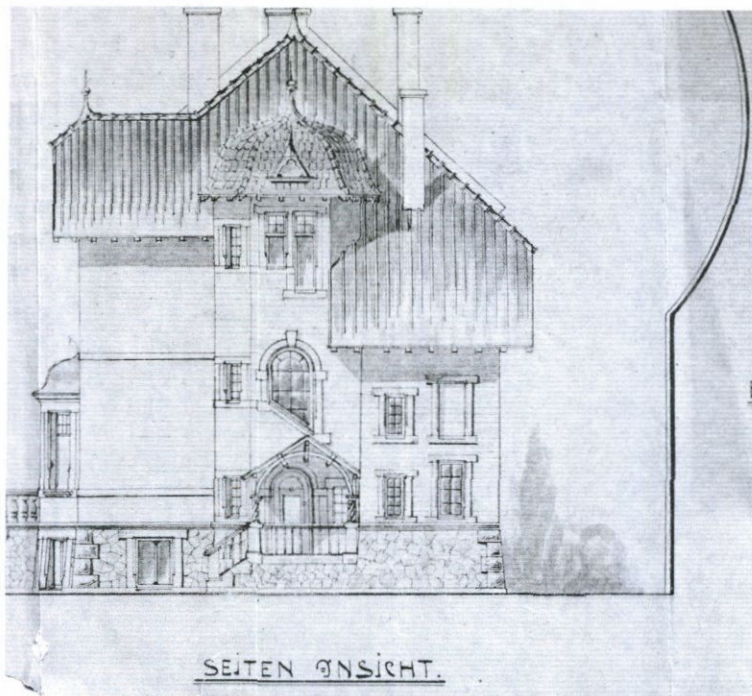


Abb. 11: Beisselstraße 11 (Seitenansicht).

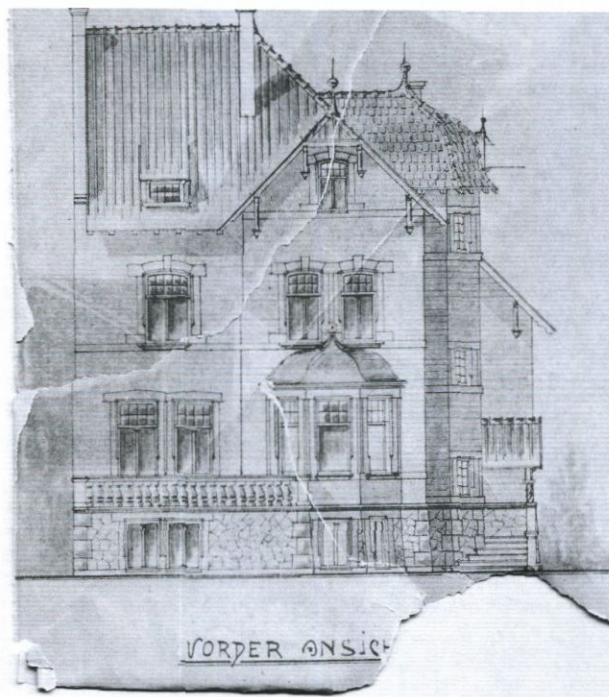
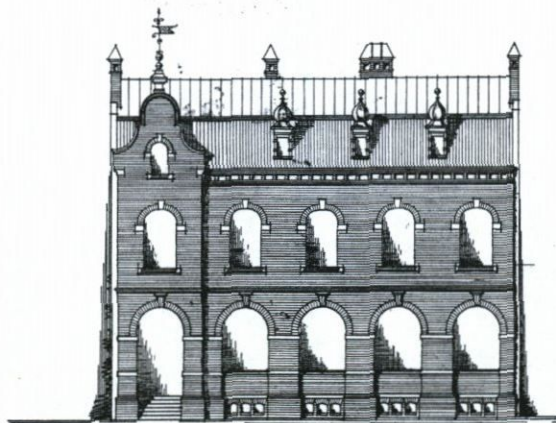


Abb. 12: Beisselstraße 11 (Straßenansicht).

විශ්වවිද්‍යාලයේ ආර්ථික විද්‍යා විද්‍යාලයේ

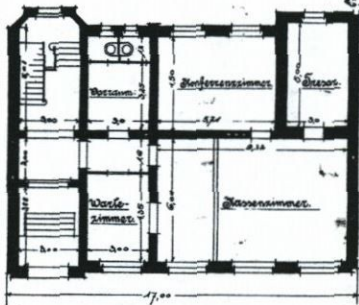


විද්‍යා - චිත්‍රපටි

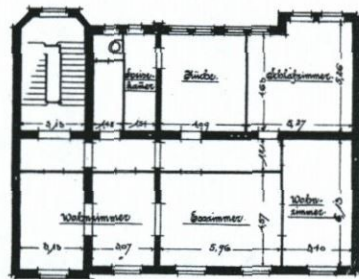


Abb. 13: Beisselstraße 13 (Straßenansicht).

විශ්වවිද්‍යාලයේ ආර්ථික විද්‍යා විද්‍යාලයේ



විද්‍යා - චිත්‍රපටි



1. වැටුප්පටි

Abb. 14: Beisselstraße 13 (Grundrisse).

Kreissparkasse zu Bergheim

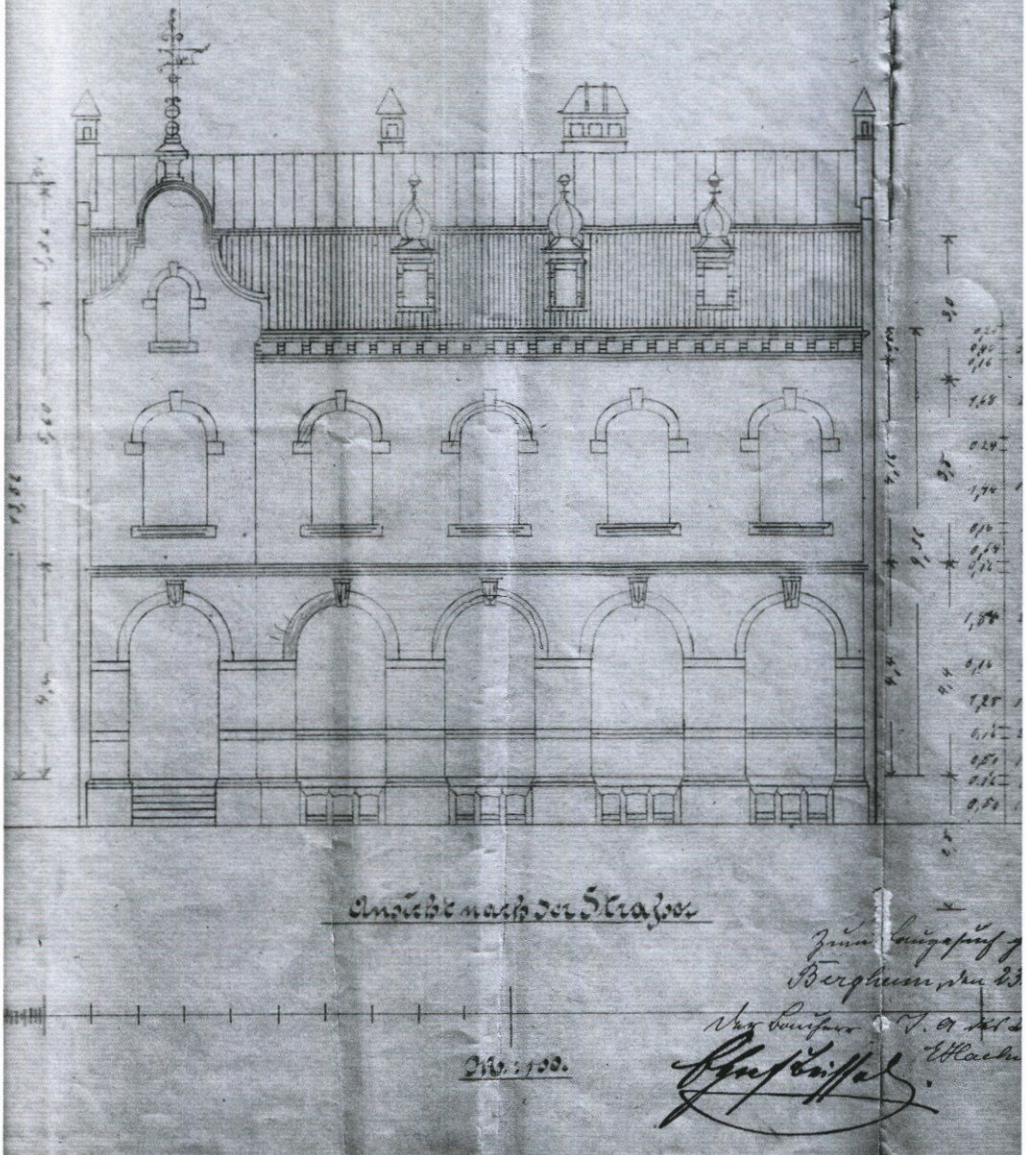


Abb. 15: Aufriss, unterschrieben vom Bauherrn Landrat Graf Beissel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kreisausschusses.

Baubeschreibung.

Es ist beabsichtigt, auf dem Gebäude der Kreisleitung, Beisselstrasse 13, die bisherigen Dachaufbauten zu entfernen und wie in Zeichnung dargestellt, zu erneuern.

Die neuen Dachaufbauten erhalten je ein Fenster von der Grösse 1,25 x 1,40. Die vordere Ansicht des Dachaufbaues soll verschiefert werden. Das Dach des Dachaufbaues soll in der bestehenden Form nach vorne vorgezogen werden. Das bestehende Gesims bleibt unverändert. Alles übrige ist aus der Zeichnung ersichtlich.

Der Bauherr

Genehmigt

durch Bauschein vom 7. 3. 36 Nr. 27

Bergheim-Erfst, den 7. März 1936

Der ^{Handwritten} Bürgermeister
als Ortspolizeibeiw. 3rde.



Baupolizeilich
Bergheim-Erfst, den 17. 3. 19 36

Handwritten
Amtsbaumeister

Abb. 16: Baubeschreibung aus dem Bauantrag des Kreisleiters der NSDAP Pg. Pieck.

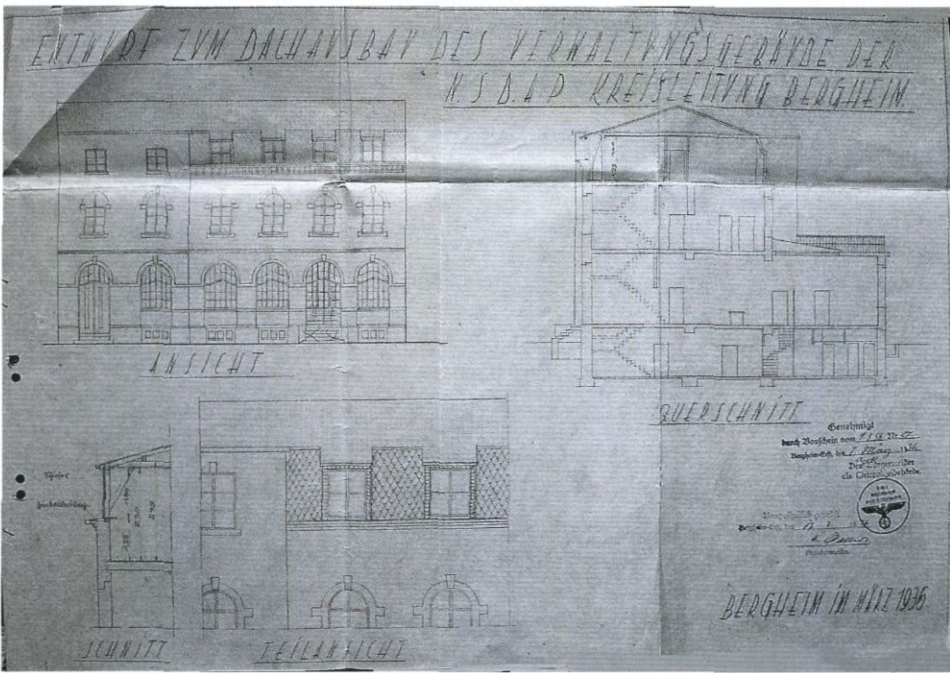


Abb. 17: Plan des Kreisbauamtes Bergheim zum Antrag von Kreisleiter NSDAP Pieck.



Abb. 18: Polizeigebäude, Häuser 13 – 15 (Straßenseite) um 1960.



Abb. 19: Polizeigebäude, Häuser 15 und 13 (Hofseite).

t - u 4

Kölner Stadt-Anzeiger	vom 27.6.84	für
------------------------------	-------------	-----

732/10/07/51/63/60

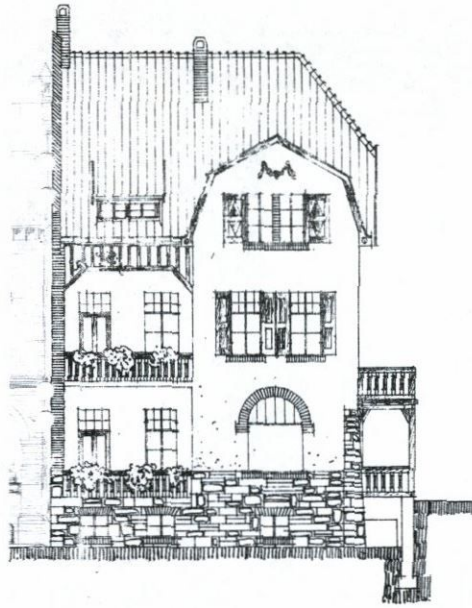
Polizeigebäude ist nur noch Schutt

Bergheim — Das alte Polizeigebäude in der Beffelstraße gehört nun zur Vergangenheit der Stadt Bergheim. Der Abbruch des Hauses ist in vollem Gange. Ein Unternehmen aus Kaiserslautern

mit sechs Mitarbeitern wird etwa vier Wochen mit den Arbeiten beschäftigt sein. Die Stadtverwaltung will anschließend das Gelände mit Kies auffüllen und vorerst als Parkplatz nutzen. Für das Grundstück, auf dem ein Wohn- und Geschäftshaus mit Tiefgarage entstehen soll, haben inzwischen fünf Investoren

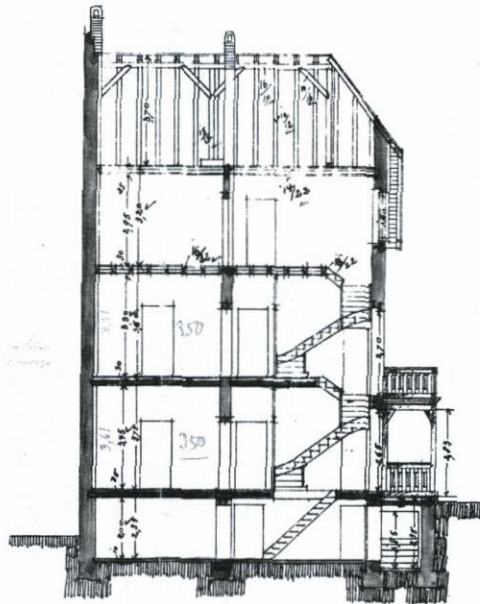
bei der Stadt ihr Interesse angemeldet. Für den Erhalt des alten Hauses hatten sich etliche Verbände, die Grünen, die Jusos und 877 Bürger mit einer Unterschriftenliste stark gemacht. Doch die Sanierung des Gebäudes — sie hätte 2,6 Millionen Mark verschlungen — war der Ratsmehrheit zu teuer. (Text/Bild: Richter)

Abb. 20: Bericht des Kölner Stadt-Anzeigers über den Abbruch des Polizeigebäudes.



„GROßER ANSICHT“

Abb. 21: Beisselstraße 15 – Haus Knüchel (Straßenansicht).



„SCHNITT“

Abb. 22: Beisselstraße 15 (Schnitt).

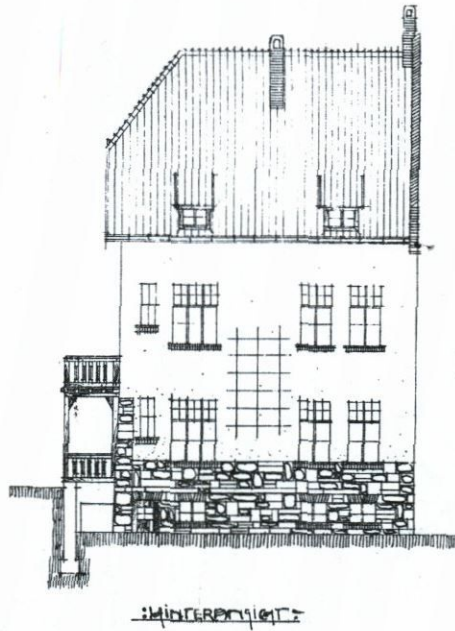


Abb. 23: Beisselstraße 15 (Hofansicht).

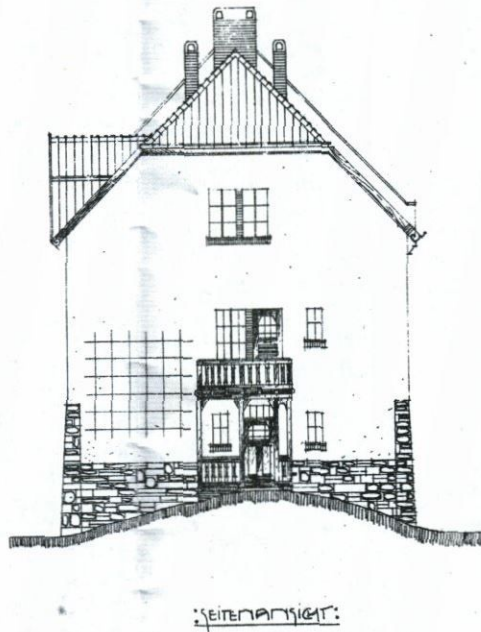


Abb. 24: Beisselstraße 15 (Seitenansicht). Bei dieser Zeichnung ist deutlich der Damm zu erkennen.

Dokumentation

Beschluss des Gemeinderates Bergheim vom 9. August 1901

I. Anlegung einer neuen Straße auf dem Grundstück des Kaufmanns Westhoff zu Cöln, dem ehemaligen Weidenbach'schen Damm.

Auf das Gesuch des Kaufmannes Westhoff zu Cöln vom 30. Juli d. Js. beschließt der Gemeinderath wie folgt:

Die Gemeinde Bergheim übernimmt den Ausbau der projectierten neuen Straße, mit einer festen Basaltdecke auf dem Grundstück des p. Westhoff, dem so genannten Weidenbach'schen Damm und zwar in der halben Länge, wie jetzt die Schutzmauer von Westhoff angelegt ist, für Rechnung des p. Westhoff mit einer Fristbestimmung von zwei Jahren unter den nachfolgenden Bedingungen.

- 1.) *der zur Straßenanlage erforderliche Grund und Boden ist vor Beginn der Arbeiten für den öffentlichen Verkehr frei zu legen, unentgeltlich, lasten und hypothekenfrei der Gemeinde durch Eintragung in das Grundbuch zu übereignen, sodaß derselbe damit in das Eigenthum der Gemeinde Bergheim übergeht.*
- 2.) *Soll durch einen Sachverständigen im Auftrage des Bürgermeisters für Rechnung des p. Westhoff ein Project mit Kostenanschlag baldmöglichst angefertigt und demnach die Arbeit von der Gemeinde im Submissionswege vergeben werden.*
- 3.) *Die Straße soll incl. Rinnenanlagen an beiden Seiten zwischen Bürgersteig und der an der Erft entlang angebrachten Schutzmauer eine Breite von acht Meter bekommen und zur Verhütung von Unfällen auf der Schutzmauer ein der Situation angemessenes schmiedeeisernes solides Geländer angebracht, sowie erftheits mit einer Reihe kleiner Akazienbäume, lessoniana, in angezeigten Entfernungen bepflanzt*

werden.

- 4.) *Der Bürgersteig soll mit sauber bearbeiteten, vollkantigen Bordsteinen aus Niedermendiger Basalt-Lava eingefasst werden, und die Breite derselben ein fünftel der Straßenbreite betragen.*
- 5.) *Die beiderseitigen Straßenrinnen, je 60 cm breit, sollen mit schönen glatten Rinnsteinen gepflastert werden.*
- 6.) *Die Chaussirung soll in einer Stärke von 25 – 26 Centimeter in zwei verschiedenen Lagen hergestellt werden, und zwar:*

1.) die Grundlage oder der Unterbau in 15 Centimeter starker Kiesdecke von mindestens drei und höchstens acht Centimeter Korngröße mit nicht mehr Sand als erforderlich ist, um die Hohlräume zwischen den einzelnen Kieseln zu füllen.

2.) die Decklage in 11 Centimeter starker Basaltkleinschlagdecke von mindestens zwei und höchstens vier Centimeter Größe.

Der so fertig gestellte Fahrdamm wird, nachdem er mit Bindematerial aus etwas lehmigem nicht zu grobkörnigen Kies in der Weise beworfen worden ist, dass nur die Hohlräume zwischen den Basaltstücken ausgefüllt und die ganze Decklage mit einer dünnen Schicht bedeckt wird, zum Schluß eingewalzt.

Die Entwässerungsanlage der Straße soll nach dem vorgelegten Erläuterungsbericht des Kanalinspektors Müller vom 6. ds. Mts. ausgeführt werden.

- 7.) *Die der öffentlichen Straßenbeleuchtung dienenden Vorrichtungen müssen nach Anordnung der Gemeindebehörde angebracht, da dieselben zur Straßenanlage gehörig, gerechnet werden, und im Kostenanschlage vorzusehen.*
- 8.) *Die Hälfte der Kosten der ganzen Straßenanlage nach dem Kosten-*

anschlage incl. der Vorarbeiten bezl. dem Submissionszuschlage sollen vor der Inangriffnahme der Arbeiten von dem p. Westhoff an die hies. Gemeindekasse eingezahlt und demnach als Fonds „Ausgabe der neuen Straße“ bei der hies. Sparkasse hinterlegt werden. Für den Rest der Baukosten soll Westhoff sein Eingangs gedachtes Grundstück hierselbst zur Sicherheit der Gemeinde als erste Hypothek stellen. Die Hypothekeneintragungen im Grundbuch bzw. die notarielle Beurkundung soll in der Weise erfolgen, dass dem p. Westhoff zur beliebigen Veräußerung von Bauplätzen des qu. Grundstücks das Recht eingeräumt wird, wenn derselbe entsprechende Abschlagzahlungen deren Höhe jedesmal vom Gemeinderat zu bestimmen ist, an die Gemeindekasse leistet.

- 9.) Die Kosten der Unterhaltung der neuen Straße nach erfolgter Fertigstellung und Abnahme derselben, hat drei Jahre lang p. Westhoff zu tragen und sollten dafür im Kostenanschlage pro Jahr 150 Mark, also für die 3 Jahre 450 Mark mit vorgesehen und von Westhoff mit sicher gestellt werden.
- 10.) Die sämtlichen Kosten, auch die der erforderlichen Vorarbeiten zur Ausführung des Projects, sowie diejenigen der nötigen notariellen Beurkundung und Eintragung in's Grundbuch hat alleine Westhoff zu tragen. Sollte Westhoff auf die vorstehenden Bedingungen nicht eingehen, dann wird das Project die Genehmigung des Gemeinderathes nicht erhalten Die Genehmigung des Kostenanschlages bleibt dem Gemeinderath vorbehalten; ebenso wird vorbehalten, die Genehmigung des Kreis Ausschusses, soweit solche zu diesem Beschlusse erforderlich ist.

Beschluss des Gemeinderates Bergheim vom 14. Oktober 1901

III. Straßenanlage auf dem Grundstück des Kaufmanns Westhoff zu Cöln.

Auf das Gesuch des Kaufmannes Herrn Westhoff zu Cöln vom 22. September ds. Js. erklärt der Gemeinderath sich mit folgenden Abänderungen seines Beschlusses vom 9. August ds. Js. einverstanden.

Pos. 1 werden aufrecht erhalten. Das unter No. 2 erwähnte Project nebst Kostenanschlag ist bereits von dem Straßenmeister Schiller für Rechnung des Westhoff angefertigt worden und beläuft der Kostenanschlag sich auf 4.270 Mark, nachdem verschiedene Wünsche des Herrn Westhoff Rechnung getragen bzw. solche berücksichtigt worden sind. Ursprünglich belief der Kostenanschlag sich auf 5.150 M. Project und Kostenanschlag wurden vom Gemeinderath genehmigt und soll die Arbeit im Submissionswege vergeben werden.

Pos. 3 wird dahin abgeändert, daß die projectierte neue Straße anstatt 8 Meter nunmehr 7½ Meter breit werden soll, den Wünschen des p. Westhoff aber noch mehr entgegen zu kommen, ist unmöglich, weil bei noch geringerer Breite die Straßenanlage unmöglich werden würde. Die Anbringung eines sicheren, schmiedeeisernen soliden Geländers auf der Schutzmauer soll auf seinem Antrag dem p. Westhoff überlassen sein, mit der Maßgabe aber, daß vor Inangriffnahme bzw. Straßenbaues von der Firma Franz Deppenheuer zu Cöln eine vollständige Zeichnung mit Angabe der Dimensionen dem Gemeinderath zur Prüfung und eventl. Genehmigung vorgelegt wird. Das Recht der Abnahme desselben und seiner Fertigstellung durch einen Sachverständigen bleibt der Gemeinde vorbehalten. Von der Baumpflanzung wird Abstand genommen, da der neue Weg dazu zu schmal wird.

Pos. 4 wird dem Wunsche des p. Westhoff entsprechend dahin abgeändert, dass anstatt den Bürgersteig mit vollkantigen Bordsteinen einzufassen, eine Volllrinne gepflastert, der Bürgersteig gehörig festgestampft und mit einer 8 cm starken De-

cke aus feinem Grubenkies befestigt wird. Project und Kostenanschlag sind dementsprechend schon abgeändert bzw. ist der Kostenbetrag des Kostenanschlages um ca. 1.000 M. reduziert worden.

Pos. 5, 6 und 7 bleiben belassen.

Pos. 8 Der Gemeinderath ändert seinen Beschluß vom 9. August cr. in der Weise ab, dass die ganze Bausumme nach dem demnächstigen Submissionsvertrag von Westhoff an die Gemeindekasse von Bergheim vor Inangriffnahme des Straßenbaues eingezahlt wird.

Pos. 9 wird dahin abgeändert, dass Westhoff keine Kosten der Unterhaltung der neuen Straße zu tragen hat, sondern in die Bedingungen der Submission aufzunehmen ist, daß der Unternehmer eine dreijährige Garantie für die Dauerhaftigkeit der Straße zu leisten bzw. zu übernehmen hat, auch soll für die Fertigstellung der Straße keine 2 sondern eine 1 jährige Frist vorgesehen werden.

Pos. 10 bleibt unverändert bestehen.

Bei diesem Beschlusse glaubt der Gemeinderath dem Herrn Westhoff soweit entgegengekommen zu sein, als mit dem Interesse der Gemeinde vereinbar ist und würden weitergehende Ansprüche strickt abgelehnt werden.

Beschluss des Gemeinderates Bergheim vom 15.10.1901.

Einzigster Tagesordnungspunkt: Straßenanlage auf dem Grundstück des Kaufmanns Westhoff zu Cöln.

Pos. 3 des Beschlusses vom 14. ds. Mts. wird noch dahin ergänzt, dass die Schutzmauer, welche in der oberen Krone durchschnittlich 80 cm. breit ist und selbstverständlich zur neuen Wegeanlage gehören muß, bei der demnächstigen Vermessung mit in das Gemeindeeigentum übergeht, wonach die Gesamtbreite vom neuen Weg und Stützmauer mit 8,30 Meter der Gemeinde als Eigentum zugemessen werden muß.

Abbildungsnachweis:

Stadt Bergheim, Historisches Archiv: Abbildungen 1-3, 7, 17-19.

Stadt Bergheim, Archiv Bauaufsicht: Abbildungen 8-11, 14-16, 20-23.

Aus: Otto Graf Beissel, Der Kreis Bergheim: Abbildungen 12-13.

Helmut Schrön: Abb. 4.

Die Eltern von Quadrath-Ichendorf wollten 1919 ihre Kinder lieber in keine Schule schicken als in eine Schule ohne Kreuz und Schulgebet

Die revolutionäre Umwälzung in Deutschland führte am 12. November 1918 in Preußen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung der SPD mit der zur Räterepublik neigenden Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Die Leitung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übernahmen der SPD-Politiker Konrad Haenisch und der USPD-Politiker Adolf Hoffmann.¹ Adolf Hoffmann hatte als Abgeordneter der SPD im Reichstag und im preußischen Landtag eine lebhafte Agitation gegen den kirchlichen Einfluss in den Schulen geführt.² Seine Ernennung zum Leiter des Ministeriums wurde auch wegen seiner mangelhaften Schulbildung - er hatte nur wenige Jahre die Schule besucht - als Provokation empfunden.³ In seiner neuen Funktion stellte Hoffmann sich als „*Ausmister*“ des Ministeriums vor, er wollte das Ministerium von seiner Funktion als „*Brutstätte für systematische Gehirnlähmung*“ befreien.⁴

Nach seinem Amtsantritt versuchte der Freidenker Hoffmann gegen viele Widerstände, die Ziele der Freidenkerbewegung durchzusetzen.⁵ Die Freidenkerbewegung, die seit 1880 in einem internationalen Freidenkerverband organisiert war, lehnte die Religion und religiöse Lebensformen ab.⁶ Er hob die örtliche geistliche Schulaufsicht auf, erleichterte den Kirchenaustritt und ordnete „*im Namen der Religions- und Gewissensfreiheit*“ die Abschaffung des Religionsunterrichtes und des Schulgebetes an.⁷ Die Kruzifixe wurden aus den Schulen entfernt.⁸ Hoffmann plante auch die Trennung von Kirche und Staat, also die Einstellung aller Staatsleistungen an die Kirche. Sie sollte am 1. April 1919 in Kraft treten.⁹

Die freidenkerische Kulturpolitik Hoffmanns rief die Kirchen und die den Kirchen na-

¹ Hans-Joachim SCHOEPS, Preussen. Geschichte eines Staates, Frankfurt am Main 1995, S. 403.

² Wikipedia. Die freie Enzyklopädie, Artikel Adolf Hoffmann.

³ Horst LADEMACHER, Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815-1953), in: Rheinische Geschichte, Bd. 2, Düsseldorf 1978, S. 694.

⁴ Ebenda, S. 694.

⁵ Siehe Anm. 2: Heiner Jestrabek, Wer war Adolph Hoffmann?

⁶ Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1966 (17. Aufl.), Bd. 6, S. 550.

⁷ Karl-Dietrich ERDMANN, Die Weimarer Republik, in: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausgabe, Bd. 19, München 1980, S. 264.

⁸ Wilhelm JANSSEN, Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1978, S. 376.

⁹ Wie Anm. 2; Archiv des Rhein-Erft-Kreises, Bergheimer Zeitung, Nr. 96, 1918.

hestehenden Parteien zum Widerstand auf. Im Namen der preußischen Bischöfe legte der Kölner Erzbischof, Kardinal von Hartmann, gegen die „*Entchristlichung der Schule*“ laut und feierlich Protest ein.¹⁰ Die katholische Zentrumsparterie stellte den Kampf gegen die Politik Hoffmanns in den Mittelpunkt ihrer Wahlwerbung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung.¹¹

Am ersten Sonntag des Jahres 1919 fand im Frankenschen Saale in Quadrath eine Versammlung der Zentrumsparterie statt.¹² Obwohl keine fremden Redner angekündigt waren, hatte die Versammlung laut dem Zeitungsbericht einen Massenbesuch aufzuweisen. Der Vorsitzende der Zentrumsparterie führte aus, dass die Partei die Versöhnung aller Stände anstrebe und als wahre Volkspartei für die Interessen aller Gruppen des Volkes eintrete. Es folgte eine zwei Stunden dauernde Diskussion, und dann verabschiedete die Versammlung eine vom Pfarrer vorgelegte „*Resolution gegen die von Berlin versuchte Vergewaltigung von Kirche und Schule.*“ Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: „*Die große Versammlung der katholischen Pfarrgemeinde Quadrath erhebt einmütig den schärfsten Einspruch gegen die geplante Trennung von Kirche und Staat und gegen die Entchristlichung der Schule. Sie fordert die vollständige Zurücknahme dieser kirchenfeindlichen Verfügungen und wird eher ihre Kinder in keine Schule schicken als in eine Schule ohne Kreuz und Gebet. Die Versammlung hat zu den katholischen Lehrpersonen das Vertrauen, dass sie in ihrer bisherigen katholischen Erziehungsarbeit unerschrocken fortfahren werden. Von allen katholischen Wählerinnen und Wählern aber fordert die Versammlung, dass sie die Ausübung des Wahlrechts als eine heilige Pflicht betrachten und die ganze Zentrumsliste wählen, um die kirchenfeindlichen Pläne der jetzigen Regierung zu vereiteln.*“

Am Sonntag, 10. Januar, fand in Quadrath eine weitere Versammlung mit Schulrat Wolff aus Bergheim und dem Gewerkschaftssekretär Rotthäuser sowie einer Dame des katholischen Frauenbundes statt.¹³

In den Wochen vor den Wahlen erschienen in der BERGHEIMER ZEITUNG anonyme Anzeigen, die davor warnten, „rot“ zu wählen. So hieß es in einem Inserat vom 18. Januar:¹⁴

„Männer, Frauen! Sozialisten jeder Richtung treiben unaufhaltsam dem grauensvollen Elend zu, in dem das russische Volk langsam verhungert. Wollen auch wir verhungern?“

¹⁰ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, Bergheimer Zeitung, Nr. 102, 1918.

¹¹ Volker H. W. SCHÜLER, Ein Katholik darf nicht Sozialist sein, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 8, 1997, S. 196.

¹² Archiv des Rhein-Erft-Kreises, Bergheimer Zeitung, Nr. 4, 1919. Pfarrer war Wilhelm Böckling (Freundliche Mitteilung von Herrn Heinz Boecker, Quadrath).

¹³ Ebenda.

¹⁴ Archiv des Rhein-Erft-Kreises, Bergheimer Zeitung, Nr. 6, 1919.

Nein!

Deshalb wählt nicht rot!

Die Furcht vor einer Ausbreitung der bolschewistischen Revolution nach Deutschland war verbreitet. Sie wurde zur Wahlpropaganda benutzt.

Ein anderes Inserat warb gegen die Schulpolitik Hoffmanns:¹⁵

„Mütter! Die Erziehung Eurer Kinder ist in Gefahr. Nach dem Willen der Sozialdemokratie soll das religiöse Leben, das die Grundlage jeder gesunden Erziehung ist, aus der Schule verbannt werden. Wenn Euch an Euren Kindern gelegen ist, wählt nicht rot.“

Am 19. Januar wurde die Nationalversammlung gewählt. Erstmals waren auch Frauen wahlberechtigt. In dem Wahlkreis Köln-Aachen gestaltete sich die Wahl zu einem überragenden Erfolg für die Zentrumspartei. Sie erhielt 588.614 von insgesamt 979.614 Stimmen. Das Zentrum konnte 8 Abgeordnete, darunter eine Frau, nach Weimar zur Nationalversammlung entsenden. Auf die anderen Parteien - SPD, Demokraten und Deutsche Volkspartei - entfielen nur 5 Mandate.¹⁶ Die USPD hatte im Wahlkreis Köln-Aachen mit nur 5.758 Stimmen besonders schlecht abgeschnitten.

In Berlin kam es am 29. 12. 1918 im „*Rat der Volksbeauftragten*“ der vorläufigen Reichsregierung zum Bruch zwischen den Mitgliedern der SPD und der USPD. Die USPD schied aus der Regierung aus. Am 4. Januar 1919 traten auch die Minister (oder Volksbeauftragten?) der USPD aus der preußischen Landesregierung aus.¹⁷

Adolf Hoffmann soll bei seinem Abschied aus dem Ministerium gesagt haben: *„Mir sieht hier keener wieder.“* Nun war Konrad Haenisch alleiniger Leiter des Kultusministeriums. Er hatte die *Verordnungstätigkeit Hoffmanns schon im Dezember 1918 gebremst.*¹⁸ Bald zog er den Erlass über die Abschaffung des Schulgebetes, des Religionsunterrichtes und die Entfernung der Kreuze aus den Schulen zurück.¹⁹

20 Jahre später haben die Nationalsozialisten nunmehr unter der Parole von der *„Volksgemeinschaft“* die Schulen weitgehend entchristlicht.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda, Nr. 8, 1919. Die Bergheimer Zeitung berichtet nicht über örtliche Wahlergebnisse.

¹⁷ Ebenda, Nr. 3, 1919.

¹⁸ Wie Anm. 2.

¹⁹ Wie Anm. 6, S. 264 f.

Die beiden ehemaligen Heimatmuseen in der Stadt Bergheim

In Bergheim gab es einst zwei Museen mit geschichtlicher Ausrichtung: das „*Heimathaus*“ des Kreises Bergheim und das Anfang der 80er Jahre gegründete städtische Museum in der Hauptstraße 71, welches nur wenige Monate in rudimentärem Zustand existierte.

Im Mai des Jahres 1925 feierte das Rheinland die tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Als Beitrag des Kreises Bergheim zu diesen Feierlichkeiten erfolgte die Einweihung des „*Kreis Bergheimer Heimathauses*“ im Aachener Tor.¹ Außer dem Aachener Tor nutzte man für das Heimathaus auch zwei benachbarte Häuser, die sich im Besitz des Kreises befanden (sog. Torwächterhaus und Rotes Haus). Das Heimathaus war in erster Linie ein Heimatmuseum, das in der Trägerschaft der „*Gesellschaft für Heimatkunde und Volksbildung*“ geführt wurde. Vorsitzender war der jeweilige Landrat. Die Bürgermeisterei Bergheim hatte, da das Heimathaus sich auf ihrem „*Territorium*“ befand, einen Baukostenzuschuss gewährt. Das Heimathaus enthielt auch eine umfangreiche Bibliothek und wurde als Veranstaltungshaus genutzt; es war nach heutigem Sprachgebrauch auch ein soziokulturelles Zentrum.

Das Bergheimer Heimatmuseum stellte Exponate aus der Vergangenheit des Kreises aus, angefangen von archäologischen Fundstücken aus der Vor- und Frühgeschichte über eine Bildergalerie mit erfländischen Motiven, über Ausstellungsräume mit kirchlicher Kunst und historischer Wohnungseinrichtung bis hin zur Präsentation einheimischer Gewerbe. 1929 verfügte das Kreisheimathaus über etwa 1000 Exponate verschiedener Provenienz, zusammengetragen durch Leihgaben, Geschenke oder Ankäufe.

Aus der Trägergesellschaft ging am 15. Juli 1929 der „*Verein für Heimatkunde des Kreises Bergheim*“ hervor. Erster Vorsitzender wurde Landrat Karl Sieger.

Als ehrenamtlicher Leiter (Kustos) des Museums wurde zunächst Hans Peter Höhner bestellt. Im Jahr 1929 wurde die Leitung des Museums vier „*Sachwaltern*“ anvertraut, darunter Hans Höhner und Friedrich Wilhelm Noll. 1932 übernahm Friedrich Wilhelm Noll die alleinige Leitung des Kreisheimathauses. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte im Mai 1933 eine Neubesetzung des Vorstandes des Bergheimer Vereins für Heimatkunde. Anstelle des bisherigen Landrates Karl Sieger, der am 18. April 1933 aus seinem Amt ausschied, übernahm Otto Pieperbeck, neuer Landrat und Kreisleiter der NSDAP, die Führung des Vereins. Der Verein wurde nun in nationalsozialistischem Sinne ausgerichtet und „*gleichgeschaltet*“. An die Leitung

¹ Volker H.W. SCHÜLER, Aufstieg und Niedergang der Kreis Bergheimer Kultursammlung, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 10, 2001, S. 255 ff.

des Kreisheimatmuseums, die noch immer in den Händen von Friedrich Wilhelm Noll lag, wagten sich die neuen Machthaber noch nicht heran. Noll galt als populäres Denkmal, das nicht zu stürzen war; außerdem drohte dem neuen Regime von seiner Seite wohl auch keine Gefahr.

Am 20. Oktober 1935 erklärte Friedrich Wilhelm Noll seinen Rücktritt. Als Grund für diesen Schritt verwies er auf sein Alter und seine angegriffene Gesundheit. Noll ist 1937 gestorben. Heinrich Schläger übernahm nun die Leitung des Heimathauses.



Abb. 1: Das Rote Haus in Bergheim
(Foto: Stadtarchiv Bergheim)

Heinrich Schläger hatte sich schon früh nach der Machtergreifung der Weltanschauung der Nationalsozialisten verschrieben.² Er war Parteimitglied der NSDAP, Ortsbürgermeister von Oberembt und „Kulturhauptstellenleiter der Kreisleitung der NSDAP“.

Heinrich Schläger ist am 19. August 1900 in Welldorf im Jülicher Land geboren.³ Nach dem Abitur studierte er an der Universität Köln die Fächer Geographie und Geschichte. Seine frühen Jahre nehmen sich recht schillernd aus. Er scheint zunächst Journalist beim KÖLNER TAGEBLATT gewesen zu sein, unternahm während dieser Zeit auch mehrere Afrikareisen und versuchte sich zeitweilig als Manager im Berufsboxsport. 1936 trat er dann in die Bergheimer Kreisverwaltung ein. Heinrich Schläger nahm nach seinem Amtsantritt eine

vollständige Neugestaltung des Heimathauses in nationalsozialistischem Sinn vor.

Im 2. Weltkrieg erlosch die Tätigkeit des Museums. Die Museumsbestände wurden am 2. Oktober 1943 in die Keller des Schlosses Bedburg ausgelagert, wo die abgestellten Kisten aufgebrochen und beraubt wurden.

Nach dem Kriegsende wurde das Heimathaus 1964 im „Roten Haus“, das früher Bestandteil des Heimathauses gewesen war, neu gegründet. Trägerverein blieb der Heimatverein. Das Haus wurde dem Verein vom Kreis kostenlos überlassen. Der aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte „*Kreiskulturreferent*“ Heinrich Schläger, der 1951 Geschäftsführer des rekonstituierten Vereins für Heimatkunde des Kreises

² Zu der weltanschaulichen Ausrichtung Schlägers in jenen Jahren vgl. Heinrich SCHLÄGER, Kamerad Buch. Unsere Dorfbüchereien, in: Jahrbuch des Kreises Bergheim 1939, S. 72 ff.; derselbe, Deutsche Kultur im ländlichen Lebensraum, in: Jahrbuch des Kreises Bergheim 1938, S. 139 ff.

³ Nachruf auf Heinrich Schläger im Kölner Stadtanzeiger vom 19. Oktober 1977.

Bergheim geworden war, leitete das Museum. Heinrich Schläger trat 1967 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Willi Patt.

Die Tage des Heimatmuseums waren jedoch bald gezählt. Am 31. Mai 1972 vermietete der Kreis das „Rote Haus“ an die Volkshochschule, die dort ihre Bergheimer Geschäftsstelle einrichtete. Die Sammlung wurde eingepackt und im Keller des Kreishauses eingelagert.

In den politischen Gremien scheint es damals keine Befürworter eines geschichtlich orientierten Museums gegeben zu haben. Geschichte hatte in der damaligen Zeit überhaupt einen schweren Stand. Auch vom Bergheimer Heimatverein gingen keine maßgeblichen Impulse zum Erhalt der Einrichtung aus.



Abb. 2: Heinrich Schläger (Foto: Kölner Stadtanzeiger vom 19. Oktober 1977)

Dennoch fanden sich weiterhin Bürgerinnen und Bürger, deren Anliegen die Schaffung eines Heimatmuseums blieb.

In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts hatte der Bergheimer Apotheker und Archäologe Hans Klaus Schüller eine weit über die Region hinaus bekannte archäologische Sammlung zusammengetragen. Hans Klaus Schüller hatte viele Funde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit besonders während des Umbaus der Hauptstraße in eine Fußgängerzone bergen können, die für die Besiedlungsgeschichte Bergheims von herausragender Bedeutung sind. Anlässlich der Einweihung der Fußgängerzone wurden diese Objekte

der Öffentlichkeit in einer Ausstellung in der Stadthalle präsentiert, welche auf große Resonanz stieß. Der Ruf nach der Einrichtung eines Heimatmuseums wurde laut.⁴

Es galt nun, für die Schüllersche Sammlung angemessene Ausstellungsräume zu finden. Der Rat der Stadt Bergheim beschloss am 5. Juli 1982, die im Erdgeschoss des Hauses Hauptstraße 71 gelegenen Räume anzumieten. Das architektonisch reizvolle Haus stammte aus dem 17. Jahrhundert und lag mitten in der Fußgängerzone der Altstadt und gehörte Herrn Schüller. In diesem Gebäude sollte ein „Stadtmuseum“ gegründet werden, das zugleich als „Kommunikationszentrum der geschichtlich und kulturell interessierten Bürger“ fungieren konnte. Unterstützung fand das Projekt auf städtischer Seite besonders durch Bürgermeister Bernd Poulheim und den Beigeordneten Dr. Manfred Gubelt. Die Sache war damit so weit gediehen, dass

⁴ Stadtarchiv Bergheim, Nr. 6575.

der Kölner Stadtanzeiger und die Kölnische Rundschau ausführliche Artikel mit dem Titel „Grünes Licht für Museum“ veröffentlichten.

Die Stadt Bergheim trat nun an das Rheinische Museumsamt des Landschaftsverbandes Rheinland heran und bat um finanzielle und museumspädagogische Unter-



Abb. 3: Haus Hauptstraße 71 (Foto: Stadtarchiv Bergheim)

stützung. Zuvor hatten bereits das städtische Kulturamt, der Heimatverein und Hans Klaus Schüller Ideen zur Gestaltung des künftigen Museums entwickelt. Schon kurz nach der Anmietung im August 1982 wurden die ersten Vitrinен und Ausstellungsexponate aufgestellt.

Schon bald stellten sich jedoch Probleme ein, mit denen man nicht gerechnet hatte. Wegen der allgemeinen Haushaltslage sah sich der Landschaftsverband nicht in der Lage, das Museumsprojekt finanziell zu fördern. Von Seiten des Rheinischen Museumsamtes wurde jedoch noch ein anderer Einwand erhoben, der schwerer ins Gewicht fiel. Die Schüllersche Sammlung, die die Grundlage für das Museum bilden sollte, sei lediglich ein „Sammelsurium aus allen Epochen“. Es fehlte der „Bezug auf ein bestimmtes Thema“ und damit die Schwerpunktbildung. Der Sammlungsbestand eigne sich nicht, „ein vernünftiges Museum“ daraus zu machen. Das

entsprach der damals vorherrschenden Ausstellungskonzeption des Rheinischen Museumsamtes. Außerdem bemängelte man das beschränkte Raumangebot. Diese Auffassung - konsequent vertreten - hätte das Aus vieler heute gut und gern besuchter Heimatmuseen bedeutet.

Nach diesem vernichtenden Urteil fand das Museumsprojekt auch in den politischen Gremien der Stadt Bergheim nicht mehr genügend Befürworter. Das Ende kam rasch. In seiner Sitzung am 6. Juni 1984 beschloss der Kulturausschuss die Kündigung des Mietverhältnisses der Räume in der Hauptstraße 71 zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Erneut hatte damit die Geschichte Bergheims ihre Heimstätte verloren.

Im Jahr 2007 gründete sich dann in Bergheim ein Verein mit Namen „Museum der Stadt Bergheim e.V.“, der sich zum Ziel setzte, in Bergheim ein geschichtlich orientiertes Museum ins Leben zu rufen. Initiatoren waren Frank Rainer Hildenbrand und

Hubert Rosellen. Die beiden Gründer wie auch die meisten Mitglieder entstammen dem Bergheimer Geschichtsverein. Wie es gegenwärtig aussieht, scheint dieses Museum bald Gestalt anzunehmen.



Abb. 4: Hans Klaus Schüller 1984 in seinen Museumsräumen (Foto: Hans Klaus Schüller)

Kirchenmusikalische Geschichte Kentens

Allgemeine Grundlagen

Gottesdienst und Kirchenmusik sind in der katholischen Kirchengemeinde allerorts und in Kenten wie 2 Seiten ein und der selben Medaille. Die musikalische und gesangliche Ausstattung der heiligen Messen mit Musik - und hier insbesondere der Jahrhunderte alten klassischen Kirchenmusiker - bilden im Jahreskreis einen großen Bogen von Darbietungen zu den festlichen liturgischen Höhepunkten des Kirchenjahres vom 1. Advent bis zum letzten Sonntag im Kirchenjahr, dem Christ-Königs-Fest.

Die Voraussetzung für die Realisierung der musikalischen Ausführungen sind naturgemäß das Vorhandensein der personenbezogenen Gegebenheiten als auch der technischen Klangkörper zur gegenseitigen Unterstützung und Ergänzung. Für das kirchliche Gemeinwesen „*St. Hubertus in Kenten*“ liegen dazu seit dem 19. Jahrhundert belegbare Daten vor, die in der folgenden Abhandlung zur allgemeinen Kenntnis gelangen mögen.

Alte St.-Hubertus-Kapelle

Aus dem Pfarrarchiv der Kapellengemeinde Kenten lässt sich entnehmen, dass ein Orgelbau-Comitée am 13. April 1858 einen Vertrag mit einem Orgelbauer abgeschlossen hat. Infolge der Erweiterung der St.-Hubertus-Kapelle von 1722 im Jahre 1853 sollte auch eine neue Orgel für die musikalische Darbietung angeschafft werden. Es wurde nach den finanziellen Möglichkeiten geplant und entschieden. Ein Orgelbauer aus Noervenich namens L. Kalscheuer erhielt den Auftrag, eine Orgel für die Kapellengemeinde zu bauen. Die Kosten dafür waren begrenzt auf die Summe von 300 Talern. Das verantwortliche Comitée, dargestellt durch die Gemeindemitglieder Helmgens, Jakob Lentzen, Wilhelm Ehse, Peter Schmitz, Johann Ehlers und Josef Münch, legte nach entsprechenden Planungen Material und Maße fest, als es da zu lesen ist: ein Kasten aus trockenem Tannenholz ungefähr bis zur Decke mit 10 - 12' hoch 6' breit und 3' 8" tief. Wer zu dieser Zeit die Orgel in Kentens Kapelle spielte, ist nirgendwo belegt. Im Jahre 1900 wird aus den Archivunterlagen bekannt, dass bis zum Februar des Jahres der Organist Müller in Kenten tätig war. Ab März wechselte das Organistenspiel an den Organisten Krusewig. Die Entschädigung bzw. Entlohnung betrug 3,75 Gold-Mark pro Monat. Jahre später - 1917 - erhielt der Kentener Organist 80 Goldmark p.a. laut Rechnungsbuch der Kapellengemeinde St. Hubertus Kenten.

Um das kirchenmusikalische Instrument zum Klingen zu bringen, bedurfte es natürlich der notwendigen Luft. Diese wurde in schweren Blasebälgen erzeugt, die von den bestimmten Personen zu treten waren. Für diesen kirchlichen Dienst erhielt 1900 der

„Bälgetreter“ Junggeburch 5 Goldmark als Jahresentgelt. Das vorhin bezeichnete Rechnungsbuch weist die Entschädigung mit 10 Goldmark 1917 nach.



Abb. 1: Josef Thüner (Foto: Verfasser)

Am 1. September 1911 kam Lehrer Josef Thüner nach Kenten. Der in Bendorf bei Neuwied am Rhein geborene Lehrer übernahm neben dem Lehramt die Aufgabe des Organisten an der St-Hubertus-Kapelle. Das Schulamt und der kirchliche Dienst waren damals sehr eng miteinander verbunden. Über Jahre hat er für den guten Ton in der Kentener Kirche gesorgt. Der 1914 ausgebrochene 1. Weltkrieg hatte für den Organisten bedeutende Folgen. Er wurde verschüttet und hat das Trauma nie völlig überwinden können.

Auf seine Anregung fand sich seit November 1919 eine Anzahl Herren zur Einübung und Pflege des Chorals und des kirchlichen Gesanges zusammen. Am Sonntag, dem 23. August 1920, gründete der musikalisch geprägte Lehrer in der Gemeinde aus der bisher lockeren

Singgemeinschaft den Cäcilien-Chor. Alle 27 Mitglieder wurden schriftlich eingeladen, nach der 2. hl. Messe an diesem Sonntag sich im oberen Schulsaal zu versammeln. Ein Satzungsentwurf wurde „Punkt für Punkt“ durchgesprochen, heißt es im Gründungsprotokoll, welcher von den Mitgliedern Völker, Heinrich Vetten und Wilhelm Kaiser entworfen worden war. Die anwesenden Mitglieder - 3 fehlten - wählten ihren ersten Vorstand per Stimmzettel. Im Ergebnis setzte sich der nun gewählte Vorstand zusammen aus *Rektor Keuter als Präsident, Lehrer Thüner als Dirigent, Vetten Heinrich als Kassierer, Kaiser Wilh. als Schriftführer, Froitzheim Joh. Ad. als Beisitzer, Spohr Hubert als Beisitzer.*

In dieser Gründungsversammlung überlegte man auch, wie die Plätze für die Sänger auf der Orgelbühne freigemacht werden könnten. Als Problem stellte sich die bisherige Verpachtung der besprochenen Plätze heraus. Der Vorstand wurde ermächtigt, sich mit dem Kirchenvorstand über eine Lösung zu bemühen, die aber nur unter freiwilligem Verzicht erreicht werden konnte, da die Verpachtung noch bis Ende des nächsten Jahres Bestand hatte. Rektor Keuter versprach ebenfalls, sich um eine Klärung der Sachlage zu bemühen. Die Gründungsversammlung schloss um 11.30 Uhr.

Eine weitere Versammlung wurde einberufen für den 29. August 1920. An diesem Tag wurde die fertig gestellte Satzung unterzeichnet. Es wurde vereinbart, dass die Übungsstunde sonntäglich $\frac{1}{4}$ Stunde nach der 2. hl. Messe stattfinden soll. Außerdem beschloss die Versammlung, den Gesang zum Patrozinium St. Hubertus durch den neuen Chor auszuführen. Dazu sah man es als erforderlich an, neben der einstündigen Übungsstunde am Sonntag eine weitere 2stündige Übungsstunde am

Donnerstag um 9 Uhr abends einzulegen. Die nicht anwesenden Mitglieder wurden schriftlich hierzu eingeladen.

Ab dem 1. April 1921 wurde die Kapellengemeinde in den Rang einer Kirchengemeinde erhoben. In der Folgezeit trat der Cäcilienchor Kenten auch bei verschiedenen profanen Festen auf mit einem sehenswerten Programm, so am 2. Weihnachtstag 1922 im Jugendheim, zur Glockenweihe am 17. Februar 1924 im Haus Manstein.

Unter der neuen Leitung von Matthias Bischof folgten Auftritte zur Bezirksversammlung der Kirchenchöre in Paffendorf am 26. Juni 1927, im Konzert am 25. November 1928 und am 3. Februar 1929 im Haus Manstein.

Am 1. April 1933 kam „*ein frischer Wind aus Glessen*“ nach Kenten, wie es die Chronik beschreibt. Arnold Fabricius wurde Organist und Chorleiter. Über die unter seiner Leitung geprobt und aufgeführten Musikwerke geben in der Regel Jubiläumsveranstaltungen beredte Auskunft, zumal diese Ereignisse den Anlass für eine umfangreiche Rückschau bilden über das, was ansonsten nur in relativer Stille vonstatten geht. Ein Konzertabend am 15. April 1934 im Saale Manstein mit einem bemerkenswerten Programm ist in den Annalen der Pfarrgemeinde erhalten. Aus den Kriegsjahren 1939 – 1945 liegen keinerlei bekannte Veranstaltungen vor. Erst 1948 trat der Chor wieder auf.



Abb. 2: Arnold Fabricius (Foto: Verfasser)

Das Orgelinstrument in der Kapelle war in den Wirren des 2. Weltkrieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Bedingt durch die Nähe zum Bergheimer Bahnhof, der Angriffsziel der Bombenabwürfe war, trug die Hubertuskapelle beträchtliche Schäden davon. Die Orgel verlor ihre Fähigkeiten der schönen gottesdienstlichen Gestaltung. Als Behelf musste ein Harmonium die Stelle der defekten Orgel ersetzen. Ein noch so gutes Spiel konnte die Harmonie einer Kirchenorgel nicht ersetzen und stellte daher nur einen Behelf dar.

Neue Zeiten

In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde im Bergheimer Stadtteil (seit dem 1.4.1938) kräftig gesammelt für eine neue Kirche. Über die Einzelheiten wurde bereits in einem früheren Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins berichtet. Die Weihe des neuen Gotteshauses – unweit der altherwürdigen Kapelle von 1722 – fand statt am 4. Adventssonntag 1955. Zur Kirchweihe vermisste der Organist Arnold Fabricius die wohl für ihn wichtigste Einrichtung, nämlich eine Orgel. Im Jahre 1958, am Ostermontag, feierte die ganze Gemeinde das Silberne Ortsjubiläum des Organisten Fabricius in einer Feierlichkeit im Saale Rick. Dechant Houben überbrachte die Glückwünsche der Geistlichkeit des Dekanates und

bestätigte, dass er als Kaplan an St. Maria im Kapitol in Köln die Fähigkeiten des Jubilars kennen lernte. Sein Lehrer und Orgelvirtuose Karl Sattler habe seinen Schüler schon damals sehr gelobt. Unter dem Kölner Musikpädagogen Musikdirektor Pesch und Gesangspädagogen Baedorf hatte er Eingang in seinen gewählten Beruf gefunden.

Während seiner Soldatenzeit und Gefangenschaft bis 1948 vertrat ihn in Kenten Hauptlehrer Thüner, der als Chorleiter und vorheriger Organist mit der Gemeinde bestens vertraut war.

Fabricius' kirchenmusikalische Kompositionen, darunter als bekannteste eine Pastoralmesse, eine Missa St. Huberti und eine Weihnachtskantate, wurden mehrfach aufgeführt und fanden viel Anerkennung.

Nachdem die Verwirklichung des neuen Gotteshauses geschafft war, wurde in Kenten aktiv weiter gesammelt. Das Ziel war eine entsprechende Orgel. In Sammellisten waren die Kentener aufgerufen, monatlich einen Obolus für das Kircheninstrument abzuzweigen. Der Appell war nicht vergebens. Ein großes Vorhaben verlangte neben der finanziellen Leistung auch tatkräftige Mitarbeit in den verschiedensten Teilbereichen. Eine namhafte Spende kam wie ein Geschenk des Himmels: Die Deutsch-Amerikanerin Kurtsiefer trug mit einem Betrag von 3000,- DM entscheidend zur Restfinanzierung des bedeutenden Projektes bei. Das große Lob von Pfarrer Johannes Evers war ihr in Wort und Blumenstrauß sicher.

Ein Traum ging in Erfüllung

Die Entscheidung über die Anschaffung einer Orgel für die neue Kentener Kirche war gefallen. Die Finanzierung war gesichert, und die Aufträge konnten erteilt werden. Anfang Januar 1961 setzten freiwillige Helfer in Kenten das Stahlgerüst für den Aufbau der Orgel in der vor 5 Jahren eingeweihten neuen St.-Hubertus-Kirche. Das Eisengerüst wurde hergestellt von den Kentener Pfarrangehörigen L. Krüll, M. Stotzem, H. Menzel, H. Vetten, H. Faust, A. Wallfaß und H. Meier. Ob Hämmern, Schweißen oder Anstreichen, alles das wurde in Kenten selbst erledigt. Damit konnten die Kosten bei der Orgelbaufirma reduziert werden.

Den Auftrag für die Orgel erhielt die Bonner Orgelbauanstalt Johannes Klais. Die Prospektgestaltung erfolgte durch die Firma Klais in Zusammenarbeit mit Dombaumeister Prof. Dr. Willy Werres. Die Schreinerarbeiten erledigte die Kentener Schreinererei Philipp Link. Für die Elektroarbeiten hielten sich J. Göressen und P. Bourtscheidt bereit. So ließen sich viele Arbeiten in kurz zu treffenden Abständen klären, besprechen und letztlich realisieren.

Die neue Orgel war einmalig im damaligen Kreis Bergheim. Es handelt sich um eine sogenannte Schleifladenorgel, die mit 1924 Pfeifen ausgestattet ist, die sich auf 28

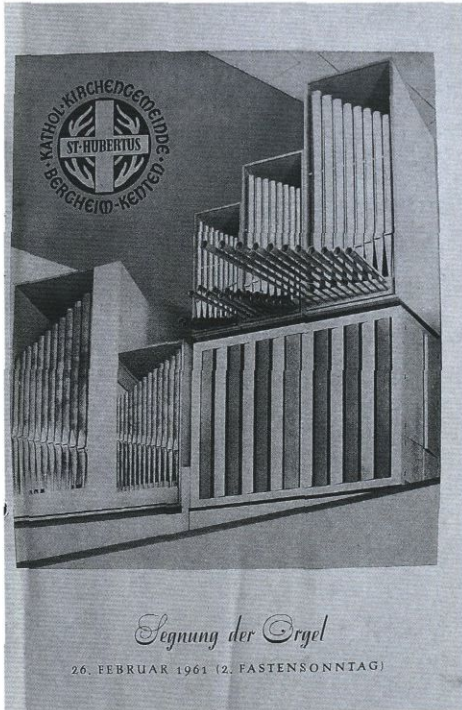


Abb. 3: Segnung der Orgel

wiederum den Klang beeinflussen könnten.

Für den 2. Fastensonntag des Jahres 1961 wurde geplant, die neue Orgel nach der Weihe durch den Priester erstmals für die Gemeinde erklingen zu lassen.

Ein großer Tag für Kenten

Die Arbeiten zum Orgelbau verliefen planmäßig: Am Sonntag, dem 26. Februar 1961 konnte der erzbischöfliche Rat Dechant Houben die fertig hergestellte Orgel an St. Hubertus in Kenten segnen. Von Messdienern begleitet und mit 2 Diakonen stieg Dechant Houben hinauf zur Empore und besprengte das Orgelbauwerk mit Weihwasser unter den Worten der Weihegebete. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Organist und Chorleiter A. Fabricius ohne jede Instrumentalbegleitung in den Gottesdiensten gesungen. Pfarrer Johannes Evers dankte in der Festandacht allen, die sich durch finanzielle Mittel und/oder durch Mitarbeit für das Gelingen des nun fertigen Werkes eingesetzt hatten. Als Festprediger war der Diözesanpräses der Cäcilienvereine - der Domkapellmeister Monsignore Wendel - anwesend. Er betonte, dass durch die Orgel erst die Liturgie in ihrer ganzen Feierlichkeit entfaltet werde. Die Bedeutung zu den einzelnen Kirchenfesten im Jahreslauf bezog er in seine Betrachtungen ein. Den gro-

Register verteilen. 1 Register ist zudem eine Besonderheit in Form der „spanischen Trompete“, deren 56 kupferne Pfeifen flächenartig nach vorne in den Raum ragen. Aus optischen Gründen sind die linken Pfeifen (von vorne gesehen) in Kupfer ausgearbeitet und die rechten in Zinn. Die Entscheidung für die Schleifladenorgel ist getragen von der vorzüglichen Qualität des Klanges mit einer Fülle von Ober- und Untertönen.

Für die klangliche Qualität mussten anderseitig Kompromisse eingegangen werden, so z.B. dass der Spieltisch zum Orgelwerk ausgerichtet sein muss; dadurch sitzt der Organist mit dem Rücken zum Altar. Diesen kann er nur durch einen Spiegel beobachten.

Die Betätigung der Register erfolgt durch gespannte Stahl-Nylon-Fäden, diese verursachen so gut wie keine Geräusche, die

ßen Bogen von der Fastenzeit mit ihren traurigen Klängen, der Ruhe ab Karfreitag bis zum österlichen Jubel spannte Wendel in seinen Ausführungen.

Nun erweckte Prof. Zimmermann die neue Orgel gleichsam zum Leben: *„im Konzertstück C-Dur nach Johann Ernst Weimar von Joh. Seb. Bach vernahm man die ganze Fülle von Passagen, die sich scheinbar spielerisch zu jagen schienen. Der bisher noch seltene Effekt der sogenannten spanischen Trompete im folgenden „Basse de Trompette“ von Fr. Couperin kam verblüffend zur Geltung in der folgenden Viertelstunde, als Zimmermann frei improvisierte. Da vernahm man erst ein schier tastendes zaghafte Spiel mit der Fülle der Ober- und Untertöne; glaubte ein allmähliches Sicher-Werden herauszuhören, das anwuchs, anschwell und in der brausenden machtvollen Sturzflut der Melodien endete.“*

Mit diesem festlichen Tag war für die Kentener die neue Kirche in ihrer Gesamtheit erst richtig fertiggestellt.

Kentener Orgel im Rundfunk

Im Juni 1962 bekundete der WDR sein Interesse an einer Aufnahme eines Orgelkonzertes mit der neuen Kentener Orgel. Der Organist Wolfram Gehring vom Kölner Karthäuser-Kloster spielte Werke von Bach und Mozart.

Die Mikrophone standen auf 4 bis 6 m hohen Stativen im Kirchenraum verteilt. Der Orgelklang sollte im Inneren der Kirche aufgenommen werden. Über unzählige Kabel wurden die Aufnahmen in den Aufnahmewagen draußen vor der Tür geleitet, wo der Beauftragte des Westdeutschen Rundfunks, Knaeble, saß mit einer Partitur in der Hand und die Musik Note für Note verfolgte, um die Aufnahme so vollkommen wie möglich zu gestalten. Oft mussten die Stellen wiederholt werden, sodass die Aufnahmen vom Abend bis um Mitternacht dauerten. Es wurde aufregend, als Knaeble feststellte, dass das „des“ bei der Bachschen g-Moll-Fuge nicht stimmte. Der Intonateur der Orgelbaufirma, der schon am Vormittag die Orgel gestimmt hatte, musste mehrmals auf die Orgelbühne, bis der Aufnahmeleiter mit dem richtigen Ton zufrieden war. Gesendet werden sollte das Konzert an einem Mittwoch im Oktober 1962. Das Programm umfasste, gespielt vom Kölner Organisten: *„Präludium und Fuge g-Moll“* von Bach, *„Fantasie in f-Moll“* von Mozart und eigene Improvisationen, um den Klang der Kentener Orgel und vor allem der spanischen Trompete noch besser zur Geltung kommen zu lassen. Die Phantasie *„Jesu, meine Freude“* von Bach wurde zwar auch aufgenommen, aber sollte aus Zeitgründen einer späteren Sendung vorbehalten werden.

Jubelfeste, Meilensteine einer Chorgeschichte

Der im Jahre 1920 gegründete Chor war längst von einem Männerchor zu einem gemischten Chor geworden. Am 27. September 1970 feierten die Cäcilianerinnen und

Cäcilianer ihr 50-jähriges Bestehen. Das Festhochamt feierte die ganze Gemeinde in der Pfarrkirche St. Hubertus. Neben dem Jubelchor waren Gastchöre zur Bereicherung des Programms erschienen, so der Bergheimer Kirchenchor unter Walter Wiczarkowicz und die Paffendorfer Sängerschlar unter Franz Lieberz. Die Gesamtleitung



Abb. 4: Josef Thüner
1970 (Foto: Verfasser)

der Veranstaltung lag beim Chorleiter des Jubelchores, nämlich bei Arnold Fabricius. Während die Sänger in der Nähe des Altares standen, musizierte das Kammerorchester Bergheim von der Orgelbühne unter der Leitung von Christoph Klöver

Im Mittelpunkt der Messfeier stand die „Missa in G“ des alten Meisters G. B. Cassali, im Kreis Bergheim als „Steinfelder Messe“ bekannt, weil die Dekanatschöre vor einigen Jahren die Messe im Kloster Steinfeld (Eifel) gesungen hatten. Einen zeitgenössischen Beitrag „Sancta Cäcilia“ von Heinrich Lehmann sangen die vereinigten Chöre ebenfalls zum Anlass des Jubiläums. Ein Festakt mit vielen hochkarätigen Musikwerken kam in der anschließenden Festveranstaltung im Saale Rick zum Tragen. Innerhalb der Veranstaltung wurden der Chorgründer Josef Thüner und seine Ehefrau Sophie geehrt und gewürdigt.

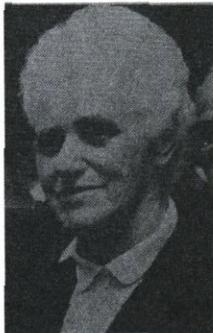


Abb. 5: Sofie Thüner
(Foto: Verfasser)

Zur Zeit des Jubiläums zum halben Jahrhundert zählte der Chor 28 aktive Mitglieder. Nach dem großen Aufbruch 1948 hatte die Sängerzahl ca. 60 erreicht; es war gleichzeitig die Blütezeit des Cäcilienchores. Die aufbrechende Stimmung des Wiederaufbaus drückte sich in dieser stolzen Sängerzahl aus. In der Festschrift zum 50jährigen Bestehen schrieb der Chorleiter Arnold Fabricius: „*Wer will sich heute noch verpflichten - Hoffentlich sterben die Idealisten nicht aus. Nicht immer war es möglich, vierstimmige Chorsätze zu singen. Es mussten zeitweise eben kleinere Stücke für eine Ober- und Unterstimme mit Orgel gesungen werden, um die noch bestehende Begeisterung der wenigen zu erhalten.*“

Am 9. Januar 1978 wurde Arnold Fabricius nach 40-jähriger Tätigkeit in Kanten verabschiedet. Vielseitiges Lob und Glückwünsche des Kardinals aus Köln bestimmten die Abschiedsfeier im Pfarrzentrum.

Willibald König wurde an diesem Tag als neuer Chorleiter eingeführt. Seine 1. Probe leitete er am 16. Januar 1978. Zahlenmäßig gab es in der Chorgemeinschaft wieder einen kleinen Auftrieb in der Mitgliederzahl. Außerhalb des eigenen Kirchenraumes trat der Chor auf in Brüggel-Bracht. Vor den Heiligtümern in Aachen zu singen wurden die Sänger eingeladen, mussten aber wegen zu geringer Teilnehmerzahl und mangelnder Vorbereitung auf diese Überraschung leider verzichten. Sie wurden an dritter

Stelle in der Domstadt Aachen begrüßt nach dem Apostolischen Nuntius und einer ungarischen Vertretung!

Das Vereinsleben wurde durch interessante Ausflüge belebt. Ein paar ganz Mutige sangen in der Kathedrale Notre Dame in Paris das Lourdes-Ave, und man konnte fast das Blut in den Adern spüren. Bei einem anderen Ausflug ins niederländische Maastricht sah der Chor die plötzliche Situation und Gelegenheit, von der Orgelbühne auf das Bild der Gottesmutter zu schauen. Aus dem Augenblick formierte sich die Schar und sang in bester Akustik ein Loblied auf die Mutter Gottes. Anlässlich der Priesterweihe von Alex Ulbrich sang der Chor, ebenso bei einem Dekanatsingen im Kölner Dom – wo das ausgesprochene Lob des Kardinals Höffner nicht auf sich warten ließ. Mehrmals hatte die Sängerschar Gelegenheit, in der Bergheimer Stadthalle zum „Tag der Heimat“ vor den Vertriebenen zu singen. Die passenden Lieder, wie das Danzig-Lied „Hohe Giebel dunkle Fenster“, das Pommern- und Schlesier-Lied beeindruckten die Zuhörer im Parkett. Weitere Meilensteine der Chorarbeit bildeten Auftritte im Altenberger Dom oder im niederrheinischen Wallfahrtsort Kevelaer.



Abb. 6: Willibald König
(Foto: Verfasser)

Sein 70-jähriges Jubiläum feierte der Kentener Kirchenchor im Jahre 1990. Die Struktur des Chores spiegelte zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerungsstruktur wider. Zur Chorgemeinschaft gehören Damen und Herren aus Kenten und allen deutschen Gebieten und ausländische Mitbürger. Über das ganze Jahr fanden verschiedene Veranstaltungen statt unter dem großen Leitgedanken „70 Jahre St. Cäcilia Kenten“. Die Hauptveranstaltung mit einer Hl.

Messe fand am 28. Oktober 1990 ihren Ausdruck mit der „Missa Serena“ von Hermann Josef Rübben als Erstaufführung. Das Rheinbraun-Orchester brachte zum Festtag ebenfalls einen geschätzten Beitrag. Das Festjahr 1990 brachte für die Sänger als ein gewisses „Danke-schön“ eine Reise nach Rom, verbunden mit der Teilnahme an einer Papstmesse mit Johannes-Paul II. in St. Peter. Anschließend oben hoch auf der Kuppel des Michelangelo in der Laterne zu stehen und auf die Welt dort unten zu blicken, war ein Erlebnis von einmaliger Bedeutung und Schönheit.

In seiner Festansprache zum „krummen“ Jubiläum - wie es die Sänger selbst nannten, verglich der Vorsitzende Engelbert Inderdühnen die derzeitige Situation in Deutschland mit einem biblischen Ereignis. Er sagte, für uns war es unvorstellbar, wenn die Bibel schreibt, in Jericho seien Mauern durch den Schall der Posaunen eingestürzt. Wir sind Zeugen dafür, dass in Deutschland durch die Gebete in der Leipziger Nikolai-Kirche die Mauern in Berlin zum Einsturz gekommen sind; auch dieses Ereignis ist nicht zu fassen - aber die Versammlung war Zeuge dieses ungeahnten und unfassbaren Ereignisses in Deutschland und brachte die Wiedervereinigung nach der bitteren Trennung 1961.

Zum Jubiläum hatte sich die Mitgliederzahl auf 33 Aktive erhöht und war wohl das Ergebnis einer interessierten öffentlichen Meinung über den Wert und das Wirken des Kirchenchores im Bergheimer Stadtteil Kenten.



Abb. 7: Kirchenchor zum Jubiläum 70 Jahre

Bedingt durch Alterung im Chor und überörtliche Entscheidungen der Kirchenleitungen unter dem Begriff „ZUKUNFT HEUTE“ haben sich umwälzende Ereignisse ergeben, die das Chorleben sehr zum Leidwesen stark beeinträchtigt haben. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass der glimmende Docht nicht ausgetreten wird, sondern nur eine Delle in der Entwicklung des insgesamt kirchlichen Daseins bedeutet. Zaghafte wird nämlich auch wieder von einem Erstarren der Religiosität gesprochen.

Quellenangaben:

Pfarrarchiv St. Hubertus Kenten, Gründungsprotokoll 1920, Mitgliederliste 1921, Konzert-Programm Kirchenchor 1934, Festschrift St. Cäcilia 70 Jahre, Kölnische Rundschau 09.04.1958, Kölnische Rundschau 11.01.1961, Kölnische Rundschau 04.02.1961, Kölner Stadt-Anzeiger 04.02.1961, Kölner Stadt-Anzeiger 28.02.1961, Kölnische Rundschau 06.06.1962, Kölnische Rundschau 30.07.1962, Kölnische Rundschau 28.09.1970, Gespräch mit Josef Fabricius, Repros Engelbert Inderdühnen.

Ein bisher unbekanntes Gemälde von Haus Laach

Die Geschichte des Hauses Laach ist 2001 von Heinz Andermahr erforscht worden.¹ Vor einem Jahr ist ein Ölgemälde ausfindig gemacht worden, das in der Literatur bislang unbekannt gewesen ist und hier vorgestellt werden soll.



Das Gemälde stammt aus dem Jahr 1922. Der Maler heißt H. Esser. Er wohnte in Widdendorf und betrieb das Malen als Hobby. Von Haus Laach sind das Wohnhaus, der teilweise verfallene Torturm sowie die östlich gelegene ehemalige Vorburg abgebildet. Das Anwesen ist von einem von Wasser gefüllten Graben umgeben. Der Zugang führt über eine nördlich gelegene steinerne Brücke. Außerhalb des Wassergrabens, am Zugang zur Brücke, ist eine bislang in den bildlichen Darstellungen unbekannte Toreinfahrt zu sehen. Zwar fehlen die Torflügel, das Mauerwerk ist jedoch noch vorhanden. Welche Funktion diese Toreinfahrt erfüllte, ist nicht ohne Weiteres ersichtlich. Möglicherweise bildete sie einmal den Zugang zum Garten bzw. Park der Burg.

Das Ölgemälde befindet sich heute im Besitz einer Widdendorfer Familie.

¹ Heinz ANDERMAHR, Haus Laach – eine untergegangene Bergheimer Burg, in: Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins, Bd. 10, 2001, S. 77 ff.

Nachruf Hans Klaus Schüller †

Hans Klaus Schüller wurde am 22. April 1921 in Köln als Sohn eines Apothekers geboren. 1928 siedelte die Familie nach Bergheim über und übernahm hier die „Löwenapotheke“, welche sich einer langen Tradition erfreute und bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Prägenden Einfluss auf die Interessen und Neigungen des Apothekersohnes übte sein Onkel aus, der Dombaumeister von Xanten war und bei dem er häufig die Schulferien verbrachte. Unter seiner Anleitung lernte er schon früh, Felder in der Umgebung des geschichtsträchtigen Xanten zu begehen, Scherben aufzusammeln und zu bestimmen.

Nach dem Abitur in Bergheim (1941) begann Hans Klaus Schüller in Köln mit dem Studium der Vor- und Frühgeschichte sowie der Klassischen Archäologie. Ein Höhepunkt seines Studiums war wohl ein längerer Studienaufenthalt in Italien, wo er unter Anleitung von Professor A. Maiuri an Ausgrabungen in Pompeji teilnahm. Zu diesem Kontakt hatte ihm der Kölner Archäologe und Leiter des Römisch-Germanischen Museums, Fritz Fremersdorf, verholfen. Professor Fremersdorf war es auch, der Hans Klaus Schüller nach dessen kriegsbedingtem Wechsel 1946 nach Bonn das Thema der Doktorarbeit vorgab: „*Römische Öllampen aus Kölner Produktion*“.

Neben seinem archäologischen Hauptstudium besuchte Hans Klaus Schüller jedoch auch damals schon in Bonn Vorlesungen und Seminare über Pharmazie. Auf Wunsch des Vaters und aus wirtschaftlichen Erwägungen sattelte er dann 1952 endgültig um, ohne seine Promotion zum Abschluss zu bringen. In Aachen beendete er 1955 sein Pharmaziestudium mit dem Staatsexamen. Nach Apothekertätigkeiten in Viersen und Balkhausen übernahm er am 1. Oktober 1957 die väterliche Apotheke in Bergheim.

Die Archäologie blieb jedoch auch weiterhin die Herzensangelegenheit von Hans Klaus Schüller. Er wurde einer der bedeutendsten Sammler antiker Funde im Rheinland. Er besaß mit 2000 Exponaten die umfangreichste römische Öllampensammlung in der Bundesrepublik Deutschland. Besonders antike Funde aus dem Mittelmeerraum hatten es ihm angetan. 1971 präsentierte er diese Funde seiner Sammlung in einer Auswahl im Bonner Landesmuseum anlässlich der Ausstellung „*Antiken in Privatbesitz*“. Der größte Teil seiner Sammlung ging inzwischen in den Kunsthandel oder befindet sich im Ghetty-Museum in Amerika bzw. in der Ruhruniversität Bochum.

Sein Augenmerk galt über viele Jahrzehnte auch allen Bautätigkeiten im Bergheimer Stadtgebiet. Die archäologischen Funde, die er dabei barg, befinden sich seit 1987 im Besitz der Stadt Bergheim. Sie stellen einen wichtigen Aspekt der Bergheimer Stadtgeschichte von der Antike bis zur Neuzeit dar und sind in dieser Form im Rhein-

Erft-Kreis einzigartig. Sein über viele Jahre verfolgtes Ziel, diese bedeutenden Exponate in einem städtischen Museum unterzubringen, schlug 1986 endgültig fehl.



Im Jahre 1992 gehörte Hans Klaus Schüller zu den Gründern des Bergheimer Geschichtsvereins, dessen Beisitzer er von 1992 bis 2004 und dessen

Ehrevorsitzender er von 2004 bis 2009 war. Seine Verdienste um die Erforschung der Bergheimer Stadtgeschichte fanden 1993 ihre Würdigung durch die Verleihung des „Rheinlandtalers“ seitens des Landschaftsverbandes Rheinland und 1998 des Bergheimer Guldens seitens der Stadt Bergheim.

Seit 1992 wertete Hans Klaus Schüller die über viele Jahrzehnte gesammelten Aufzeichnungen seiner Grabungskampagnen in Bergheim aus und veröffentlichte fast jährlich einen oder sogar mehrere Aufsätze im Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins. Ohne diese Veröffentlichungen wüssten wir sehr viel weniger über Bergheims Vergangenheit.

Am 28. März 2009 verstarb Hans Klaus Schüller kurz vor der Vollendung seines 88. Lebensjahres. Es mag als Ironie des Schicksals zu gelten haben, dass er in jenem Jahr starb, in dem sein Lebenstraum, ein geschichtliches Museum in Bergheim, Gestalt annimmt. Der Bergheimer Geschichtsverein trauert um einen liebenswerten und kompetenten Wegbegleiter. Der Unterzeichner vermisst einen Freund und Mentor. Wir werden Herrn Hans Klaus Schüller in ehrender Erinnerung behalten.

Heinz Andermahr im Namen des Vorstandes des Bergheimer Geschichtsvereins.

Tätigkeitsbericht für das Vereinsjahr 2008

- Sonntag, 20. Januar
Führung durch die Pfarrkirche St. Remigius, Bergheim, unter Leitung von Hans-Joachim Schultes
- Mittwoch, 27. Februar
Vortrag von Petra Tutlies MA über die archäologischen Ausgrabungen der letzten Jahre im Rhein-Erft-Kreis unter besonderer Berücksichtigung der Kreisstadt Bergheim
- Samstag, 15. März
Historischer Ortsrundgang durch Niederaussem mit Besuch der Kirche St. Johannes Baptist unter Leitung von Rolf Kremer und Christoph Schmitz
- Mittwoch, 9. April
Mitgliederversammlung mit Vortrag von Helmut Schrön über den Bergheimer Bürgermeister Alfred Kirch
- Samstag, 17. Mai
Halbtagesfahrt zum Rheinischen Industriemuseum Euskirchen-Kuchenheim (Alte Tuchfabrik) und Aufenthalt in Münstereifel
- Samstag, 21. Juni
Halbtagesfahrt zum Rheinischen Freilichtmuseum in Mechernich-Kommern (Ausstellung „Wir Rheinländer“)
- Samstag, 23. August
Fahrt nach Worms mit Dom- und Stadtführung
- Samstag, 13. September
Halbtagesfahrt nach Stolberg mit Stadtführung
- Samstag, 27. September
Historischer Ortsrundgang durch Fliesteden unter Führung von Dr. Heinz Braschoß
- Samstag, 11. Oktober
Führung durch die Pfarrkirche St. Martinus, Niederembt, die Straßenzeile „Auf dem Driesch“, Elsdorf, und die Parkanlage des Sittarderhofes

- Samstag, 25. Oktober
Besuch des Pianomuseums auf Haus Eller in Ahe
- Samstag, 8. November
Führung durch die romanische Kirche St. Ursula, Köln, unter Leitung von Dr. Ulrich Bock
- Samstag, 29. November
Halbtagesfahrt nach Zülpich (Museum für Badekultur) und zum Weihnachtsmarkt nach Münstereifel

I. Schriften zur Bergheimer Geschichte

1. Wilhelm Corsten, Die köln-jülichische Christianität Bergheim von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende ihres Bestehens (1450-1802), Diss. 1920, Nachdruck 1994 [Preis: 12,50 Euro].
2. Lutz Jansen, Schlenderhan. Geschichte und Kunstgeschichte eines rheinischen Adelssitzes, Bergheim 1996 [vergriffen].
3. Jürgen Perlick, Mer soll et nit sage, wat et im Dörp ens all jejevve hät. Paffendorf - Erinnerungen aus längst vergangenen Tagen, Bergheim 2006.
4. Jürgen Perlick, Wä kannt fröher ad et angere Eng vum Dörp? Paffendorf - eine veränderte dörfliche Welt, Bergheim 2008.
5. Lutz Jansen, Schloss Frens. Beiträge zur Geschichte eines Adelssitzes an der mittleren Erft, Bergheim 2009 [Preis: 20,00 Euro]

II. Geschichte in Bergheim. Jahrbuch des Bergheimer Geschichtsvereins

Erschienen sind die Jahrbücher 1, 1992 bis 18, 2009. Davon sind die Jahrbücher 1, 3 bis 7, 11 bis 12 und 15 vergriffen.

Das Jahrbuch „Geschichte in Bergheim“ wird vom Bergheimer Geschichtsverein e.V. herausgegeben.

Redaktion: Helmut Schrön/Heinz Andermahr

Wir danken Frau Helga Lipp, Bergheim, für die Mühe des Korrekturlesens.

Für den Inhalt ihrer Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Verzeichnis der Autoren:

Heinz Andermahr	50126 Bergheim, Agnes-Miegel-Str. 3
Winfried Becher	50259 Pulheim, Karl Str. 12
Dr. Heinz Braschoß	50129 Bergheim, Büsdorfer Mühle
Fritz Hemmersbach	50171 Kerpen, Martinusstr. 7
Engelbert Inderdühnen	50126 Bergheim, Meisenweg 6
Dieter Kempkens	50126 Bergheim, Eschenweg 4
Matthias Koch	50181 Bedburg, Augustinerallee 16
Hubert Rosellen	50127 Bergheim, Römerstr. 99
Stefanie Schmitz	50127 Bergheim, Nordring 23a
Helmut Schrön	50126 Bergheim, Carl-Bosch-Str. 7
Hans Klaus Schüller †	53359 Rheinbach, Linckeweg 20
Petra Tutlies MA	52385 Nideggen, Zehnthofstr. 45 (Rhein. Amt f. Bodendenkmalpflege, Außenstelle Nideggen)
Dr. Claus Weber	53115 Bonn, Endenicher Str. 133 (Rhein. Amt f. Bodendenkmalpflege)

Geschäftsstelle: Marco Lemper,
Ahornweg 9, 50126 Bergheim
(www.bergheimer-geschichtsverein.de)

Bankverbindung: Kreissparkasse Köln, Zwst. Bergheim (BLZ 370 502 99)
Kontonummer: 0142005125

Antrag auf Mitgliedschaft im Bergheimer Geschichtsverein e.V.:

Name:	Vorname:
Straße:	PLZ; Ort
Telefon:	Ab

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bergheimer Geschichtsverein e.V. Den Jahresbeitrag von z. Zt. € 13,--/erm. € 8,--)* werde ich mittels untenstehender Einzugsermächtigung bezahlen.

Datum

Unterschrift:

) * Ehegatten von Vereinsmitgliedern, Schüler und Studenten mit Studienbescheinigung.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Bergheimer Geschichtsverein e.V. widerruflich, den von mir zu entrichtenden Jahresbeitrag bei Fälligkeit von dem angegebenen Girokonto mittels Lastschrift einzuziehen.

Name:	Vorname:
Kontonummer:	Bank/Sparkasse:
BLZ:	Datum
Unterschrift	

Bitte ausreichend frankiert senden an:

Bergheimer Geschichtsverein e.V.

MARCO LEMPER

Ahornweg 9

50126 BERGHEIM

